Mittwoch, 17. September 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

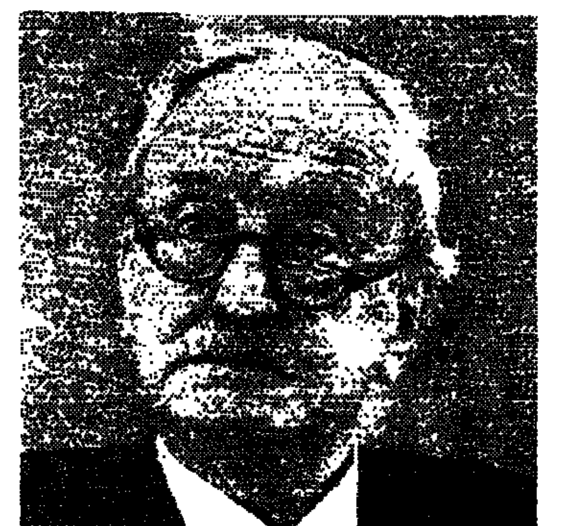
DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 216 - 38.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 6,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL

DIE WELT IM GESPRÄCH



Abs: Falscher Rat aus USA

Mut bescheinigt der Bankier und Finanz-Diplomat Hermann Josef Abs den Deutschen, sonst hätte sich die Wirtschaft der Bundesrepublik nicht so hervorragend entwickelt. Ein „Wunder" sei das nicht gewesen, das Wort beschreibe weder die Vergangenheit noch die Gegenwart. Im zweiten Teil des großen Interviews, das die WELT heute veröffentlicht, nimmt Abs zur Wirtschaftspolitik Stellung. Er warnt die Regierung davor, dem Ratschlag der Amerikaner zu folgen und die Wirtschaft anzukurbeln: „Das heißt auf deutsch, eine kleine Inflation zu veranstalten." Den Parteien empfiehlt er mehr Gemeinsamkeit bei wichtigen Gesetzesvorhaben, den Gewerkschaften mehr politische Zurückhaltung. Seite 6

Vranitzky: Wir gehen nicht den Weg der deutschen SPD

Waldheim weigert sich, die FPÖ-Minister zu entlassen / WELT-Interview

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

In einem Interview für die WELT hat der österreichische Bundeskanzler Vranitzky festgestellt, daß angesichts der auf die europäischen Politiker zukommenden Aufgaben das herkömmliche Schema von „links" und „rechts" überholt sei. Vranitzky betonte ferner, die SPÖ werde nicht den Weg der deutschen Sozialdemokratie gehen. Eine Partei müsse, wenn sie die Mehrheit behalten wolle, neben festen politischen Grundwerten auch über den notwendigen Pragmatismus verfügen.

Zur Auflösung der kleinen Koalition erklärte Vranitzky im Gespräch mit der WELT, er habe sich zu diesem Schritt entschlossen, weil in der FPÖ eine Führungsmannschaft ans Ruder gekommen sei, in der das liberale Element zurückgedrängt wurde. Außerdem fehle ihm die persönliche Vertrauensbasis, so daß er sich auf die neuen Leute nicht verlassen könne. „Ich habe den freiheitlichen Ministern vorgeschlagen, bis zur Wahl im Amt zu verbleiben – aber unter zwei Voraussetzungen: Erstens, daß daraus nicht wesentliche politische Diskrepanzen entstehen und zweitens, daß es sich um dieselben Leute handelt wie bisher, weil ich es für unpassend halte, acht Wochen vor einer Neuwahl noch eine Regierungsumbildung vorzunehmen."

Bei der Auflösung seiner Koalition ist Vranitzky auf Schwierigkeiten gestoßen. Bundespräsident Kurt Waldheim hat sich geweigert, das Entlassungsdekret für die FPÖ-Minister zu unterschreiben. Er soll den Regierungschef darauf aufmerksam gemacht haben, daß die bisherige Mehrheitsregierung sich in eine Minderheitsregierung verwandeln würde, wenn die Freiheitlichen aus den Ministerien entfernt würden.

SEITE 2: Gottes Mantel
SEITE 8: Interview

Eine solche Minderheitsregierung Vranitzky würde aber im Parlament in die Gefahr geraten, noch vor Toresschluß einem Mißtrauensvotum der oppositionellen ÖVP zum Opfer zu fallen, dem sich die Mehrheit der enttäuschten FPÖ-Abgeordneten anschließen könnte. Das hätte den sofortigen Rücktritt aller zur Folge, wobei dann Österreich bis zum Wahltermin am 23. November von einem Beamtenkabinett regiert werden müßte. Vranitzky weigerte sich, der Forderung der neuen SPÖ-Führung nachzukommen und Steger zu entlassen sowie an dessen Stelle den freiheitlichen Verteidigungsminister Krünen zum Vizekanzler und den freiheitlichen Staatssekretär Holger Bauer zum Handelsminister zu ernennen. Er unterscheide bei der FPÖ nicht zwischen „guten und bösen Indianern". Wenn einer von ihnen gehen solle, dann müßten alle gehen.

Die Freiheitlichen wiederum konterten mit der Erklärung, wenn Vranitzky die nichtsozialistischen Regierungsmitglieder entfernen wolle, müsse er den Rücktritt der ganzen Regierung verkünden.

Haider beschuldigte vor der Presse die SPÖ, das Koalitionsabkommen mit der FPÖ gebrochen zu haben. In diesem Abkommen sei vorgesehen, daß die Koalition nur im beiderseitigen Einvernehmen aufgelöst werden könne.

DER KOMMENTAR

Strafmaß

PETER GILLIES

Zumindest seit der napoleonischen Seeblockade weiß man, daß wirtschaftliche Strafmaßnahmen gegen Staaten nie den erwünschten Erfolg zeitigen. Entfalteten sie jedoch ausnahmsweise Wirkung, dann war es meist die ungewollte. Den jetzt beschlossenen Sanktionen gegen Südafrika dürfte das gleiche Schicksal beschieden sein.

So wird die Regierung in Pretoria von der europäischen Strafaktion mäßig beeindruckt sein. Es ist zu hoffen, daß Südafrika bei seiner Zusage bleibt und keine Gegenmaßnahmen ergreift, denn es verfügt über äußerst begehrte Rohstoffe, die Europa wohlweislich nicht unter das Embargo stellt. Nun wollen die Europäer vor allem auf Importe von Waren verzichten, die sie selbst im Überfluß haben oder problemlos andernorts beschaffen können. Bei der Kohle hätte es Probleme gegeben, weshalb ein gemeinsames Votum nicht herzustellen war.

Das beschlossene Investitionsverbot wiegt da schon etwas schwerer. Es bedeutet, daß die Unternehmen, wenn sie sich daran halten (können), zu einem Wachstumsverzicht verurteilt werden. Damit wäre ihnen gleichzeitig verboten, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Sollte das Bündel der Sanktionen wirken, dann wären genau jene Bevölkerungsteile getroffen, denen man eigentlich auf dem Weg zu mehr Demokratie und Menschenrecht helfen wollte.

Ein Hauch von Rücksichtslosigkeit umgibt den EG-Beschluß auch deshalb, weil die Anrainerstaaten, die stark mit Südafrika verflochten sind, schwer getroffen würden. Die Vernichtung von Arbeitsplätze bedeutet nicht zwingend mehr Demokratie.

Freilich hat es die Regierung Botha selbst in der Hand, die Ursachen von Sanktionen aus dem Wege zu räumen. Die EG steht in der Pflicht, ihre politischen Einwirkungsmöglichkeiten gegen die Apartheid stärker zu nutzen. Sie sind der logische Flankenschutz der wirtschaftlichen Strafmaßnahmen. Sonst bliebe der Eindruck haften, man ergreife nur jene Kampfmaßnahmen, über deren Wirkungslosigkeit man sicher sei.

POLITIK

Attentat: In der pakistanischen Hauptstadt Islamabad ist gestern ein sowjetischer Diplomat, der Marineattaché Fjodor Gorenkow, erschossen worden. Die offiziöse pakistanische Nachrichtenagentur APP meldete, der geistesgestörte Täter habe überwältigt werden können. Er hatte das Fahrzeug des Diplomaten an einer Straßenkreuzung gestoppt.

NATO: Die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in den europäischen NATO-Staaten haben in Oslo die NATO als notwendig und unersetzbar zur Verteidigung und zur Verhinderung eines Krieges bezeichnet. Sie betonten, die Europäer könnten die Verantwortung für ihre Sicherheit nicht delegieren. (S. 10)

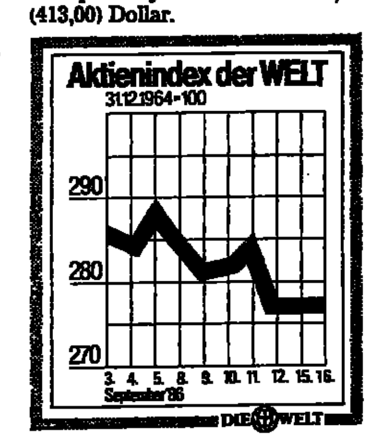
UNO: Die Bundesrepublik Deutschland, Argentinien, Italien und Sambia werden voraussichtlich nächstes Jahr als nicht-ständige Mitglieder für zwei Jahre in den Weltsicherheitsrat gewählt. Die Bundesrepublik war schon einmal, 1977/78, Mitglied dieses Gremiums. Beide deutsche Staaten waren 1973 Mitglied der Vereinten Nationen geworden. (S. 2)

Medizin: In der Bundesrepublik werden in diesem Jahr rund 4,7 Milliarden Mark für Medikamente zur Selbstbehandlung ausgeben, fünf Prozent mehr als 1985. Damit verringern sich die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung um etwa zwei Milliarden Mark. Der Trend ist nicht unproblematisch. (S. 15)

WIRTSCHAFT

Etat 87: Die Haushaltsexperten der Bonner Koalitionsfraktionen wollen die Neuverschuldung des Bundes im kommenden Jahr um wenigstens 600 Millionen Mark auf 23,7 Milliarden Mark, also auf das 86er Niveau, senken. In der nächsten Woche, am Dienstag und Mittwoch, tagen sie in Berlin in Klausur. (S. 2 und 13)

Börse: An den deutschen Aktienmärkten setzte sich gestern bei sehr ruhigem Geschäft die Konsolidierung auf hohem Niveau fort. Am Rentenmarkt konnten sich DM-Auslands- und öffentliche Anleihen knapp behaupten. WELT-Aktienindex 278,15 (278,03). BHF-Rentenindex 107,059 (107,131). BHF-Performance-Index 106,938 (106,980). Dollarmittelkurs 2,0525 (2,0460) Mark. Goldpreis je Feinunze 417,25 (413,00) Dollar.



KULTUR

Frauen-Festival: Die Sehnsucht und die Lust, sich liebend und leidend darzustellen ohne das Stützkorsett männlicher Verhaltensmuster und Ideale, waren entscheidende Triebkräfte eines Meetings in Hamburg. (S. 23)

Justinus Kerner: Der Mediziner-Poet war im Kreis der Schwäbischen Dichterschule gewiß der bizarrste und wunderlichste. Er war nicht nur Arzt und Lyriker, er war auch Magier. Vor 100 Jahren wurde Kerner geboren. (S. 23)

SPORT

Tennis: Der Neusser Eric Jelen (21), neben Wimbledonsieger Boris Becker für den Daviscup nominiert, verlor in der ersten Runde der Internationalen Deutschen Meisterschaften von Hamburg mit 4:6, 1:6 gegen Pavel Slozil aus der Tschechoslowakei. (S. 11)

Fußball: Teamchef Franz Beckenbauer hat einen weiteren Neuling ins Aufgebot der Nationalmannschaft für das Spiel gegen Dänemark am nächsten Mittwoch in Kopenhagen berufen: den 20 Jahre alten Mannheimer Abwehrspieler Jürgen Kohler. (S. 11)

AUS ALLER WELT



Deutsche Küche: Die Rezepte stammen zum Teil von Großmuttern, natürlich nach den Regeln der Nouvelle Cuisine verfeinert, die Grundprodukte kommen aus deutschen Landen. Franz Keller junior (Foto) geht diesen Weg in Köln am konsequentesten. (S. 24)

Wildunfälle: Jährlich sind im Durchschnitt 15 Menschenleben und 1500 Verletzte zu beklagen, 200 000 Stück Wild werden getötet, der Sachschaden liegt bei 180 Millionen Mark. Gerade im Herbst ist Vorsicht geboten. (S. 24)

Rau: Eureka eine Chance für Europa

Nordrhein-Westfalen investiert verstärkt in Weltraum-Forschung / WELT-Gespräch

DW. Düsseldorf

„Die nordrhein-westfälische Landesregierung setzt verstärkt auf die zivile Nutzung des Weltraums im europäischen Verbund." Dies erklärte gestern Ministerpräsident Rau (SPD) der WELT. Nach seinen Worten eröffneten sich gerade auf diesem Gebiet für die Zusammenarbeit der europäischen Länder großen Chancen, die seine Regierung zum Beispiel im Rahmen von Eureka nutzen wolle.

Besonders gute Voraussetzungen für diese forschungs- und energiepolitische Offensive gebe es in Nordrhein-Westfalen in der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft und Raumfahrt (DFVLR) in Köln-Porz. Dort seien erfolgreich das erste deutsche Satellitenprojekt „Azur" und später die beiden Weltraumsonden Helios und Giotto entwickelt worden, bevor die beiden Weltraummissionen „Spacelab" und „D 1" geplant, koordiniert und überwacht worden seien.

Der Regierungschef betonte, daß die Bedeutung der Weltraumaktivitäten in Nordrhein-Westfalen vor allem dadurch unterstrichen würden, daß die Leitung der „D 1"-Mission an Professor Sahm von der Technischen Hochschule Aachen übertragen worden sei. Sahm habe inzwischen auch die Führung der nächsten deutschen Weltraummission „D 2" übernommen. Rau sagte, die Aktivitäten zur Nutzung des Weltraums seien in die forschungs- und technologiepolitische Initiative des Landes eingebunden, die auch in anderen Schlüsselbereichen für die industrielle Entwicklung an Rhein und Ruhr zu zukunftsweisenden Erfolgen geführt habe.

Auf dem Gebiet der Materialwissenschaft, der Flüssigkeitsphysik, der Medizin und der Biologie seien inzwischen in Köln Labors mit Weltgeltung entstanden, die unter Weltraumbedingungen experimentieren könnten. Die Zusammenarbeit auf dem Sektor der Flugmedizin mit der Sporthochschule Köln biete eine hervorragende Voraussetzung für die medizinische Betreuung der Astronauten. Rau: „Unsere Forschungs- und Technologiepolitik ist ein wichtiger Bestandteil unseres Weges zur ökologischen und ökonomischen Erneuerung des Industrielandes Nordrhein-Westfalen. Ich bin zuversichtlich: Von allen traditionellen Industrieländern werden wir das erste sein, das diesen schwierigen Umstrukturierungsprozeß mit Erfolg hinter sich gebracht hat."

Der Regierungschef und SPD-Kanzlerkandidat erklärte dies kurze Zeit vor dem Empfang der WELT anläßlich des Wechsels im Düsseldorfer Korrespondetenbüro, zu dem weit über 200 Gäste in den „Breidenbacher Hof" nach Düsseldorf gekommen waren. Vor prominenten Vertretern aus Politik und Wirtschaft sowie zahlreichen Repräsentanten der Medien und der Kulturszene an Rhein und Ruhr verabschiedete WELT-Herausgeber Herbert Kremp den bisherigen Korrespondenten Wilm Herlyn, der als Geschäftsführender Redakteur zur „Bunten" wechselt, und begrüßte Helmut Breuer, den neuen Mann der WELT in Düsseldorf.

Frau Thatcher zu Konsultationen bei Helmut Kohl

Co. Bonn

Eine breite Skala politischer und wirtschaftlicher Fragen beherrschte gestern die Konsultationen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und der britischen Premierministerin Margret Thatcher. Die Themen reichten von den West-Ost-Beziehungen, Abrüstungs- und Sicherheitsproblemen bis zu Sanktionen gegen Südafrika, Umweltschutz und Terrorismus-Bekämpfung.

Frau Thatcher war am Nachmittag in Begleitung ihrer Minister für Verteidigung, Technologie und Umwelt in Bonn eingetroffen und von Kohl mit militärischen Ehren empfangen worden. Die beiden Außenminister Howe und Genscher wurden erst später aus Brüssel erwartet.

Ein Gespräch der Regierungschefs unter vier Augen und Parallelgespräche der Fachminister bildeten den Auftakt der Konsultationen. Später kamen beide Delegationen zu einer Plenarsitzung zusammen. Den Abschluß bildete ein Abendessen im Palais Schaumburg.

Heute wollen Frau Thatcher und Kohl gemeinsam britische Armeeeinheiten in Fallingbostel und Sennelager besuchen.

EG einigt sich auf Sanktionen gegen Südafrika

Ha. Brüssel

Die EG-Staaten haben sich gestern auf eine Reihe von wirtschaftlichen Sanktionen verständigt, um auf die Abschaffung der Apartheidspolitik in Südafrika hinzuwirken. Geplant sind mit Wirkung vom 27. September ein unbefristetes Einfuhrverbot für bestimmte Eisen- und Stahlerzeugnisse, ein Verbot von Neuinvestitionen in Südafrika sowie ein Importembargo für Goldmünzen (Krügerrand). Kein Einvernehmen gab es in den überraschend schwierigen zweitägigen Verhandlungen der Außenminister über den Wunsch einiger Regierungen, auch Kohle in das Embargo einzubeziehen. Die EG nimmt etwa 60 Prozent der südafrikanischen Kohleexporte auf.

Ein Importstopp würde jedoch nach deutscher und portugiesischer Ansicht unvertretbare Auswirkungen auf das Los der schwarzen Bevölkerung haben und auch deshalb von zweifelhaftem Wert sein, weil die USA und Japan sich nicht daran beteiligen wollen. Die EG will außerdem eine neue politische Initiative gegen die Rassentrennungspolitik vorbereiten.

Seite 12: Kohle-Embargo

Schüsse in Berlin zerstören Hoffnung

Schießbefehl nicht aufgehoben / Grenzsoldaten „übersehen" absichtlich Fluchtversuche

D. DOSE, Berlin

In den vergangenen Wochen hat es eine auffällige Zunahme erfolgreicher Fluchtversuche aus Ost-Berlin und der „DDR" in den Westen gegeben. Zwar sagt der Berliner Senatssprecher Winfried Fest, daß „wir uns nicht in der Lage sehen, daraus Schlußfolgerungen zu ziehen", doch sind sich alle westlichen Beobachter darin einig: Diese Entwicklung ist auf zwei Gründe zurückzuführen:

Zum einen war offensichtlich nicht nur im Westen, sondern auch in der „DDR"-Bevölkerung der Eindruck entstanden, daß der Schießbefehl stillschweigend aufgehoben sei. Das Risiko eines Fluchtversuchs schien relativ gering zu sein. Zweitens umgehen anscheinend immer mehr Grenzsoldaten den Gebrauch ihrer Waffe, indem sie vorgeben, den Fluchtversuch nicht bemerkt zu haben.

Die vermutlich tödlichen Schüsse in der Nacht zu Sonntag am Grenzkontrollpunkt Drewitz haben diese west-östlichen Hoffnungen schlagartig zerstört. Es war der vierte Gewaltakt innerhalb von zweieinhalb Wochen an der Berliner Grenze. Alliierte, Bundesregierung und Senat haben diesen erneuten Schußwaffengebrauch mit großer Schärfe verurteilt.

Manches deutet darauf hin, daß nach den vielen gelungenen Fluchten der jüngsten Zeit mit diesem Schußwaffengebrauch ein deutliches Warnzeichen an die Bevölkerung in der „DDR" gesetzt werden sollte. Nichts scheint die Annahme zu rechtfertigen, daß der Schießbefehl – „Grenzverletzer sind aufzuspüren, festzunehmen beziehungsweise zu vernichten" – auf offizielle Weisung hin nicht mehr so konsequent wie in den Jahren zuvor gehandhabt wird. Ein Vertreter des „DDR"-Justizministeriums hatte seine Existenz vor dem UNO-Ausschuß für Menschenrechte 1984 unumwunden bestätigt.

Erst kürzlich haben geflüchtete Grenzsoldaten in einem Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl außerdem darauf hingewiesen, daß viele Fluchtversuche schon im kilometerbreiten „Sicherungsbereich" vor der Grenze vom Westen her unbemerkt scheitern. Die Zahl der Toten, so wird bestätigt, wäre außerdem höher, „wenn alle im Grenzdienst Stehenden befehlsgemäß gehandelt hätten".

Die westlichen Erkenntnisse über die Schüsse am Wochenende in Drewitz sind im übrigen so eindeutig, daß eine Meldung der Ostberliner amtlichen Nachrichtenagentur ADN keinerlei Eindruck hinterlassen hat. Auf vier Zeilen wurde gestern der Vorfall dementiert und als „Märchen" bezeichnet.

Der amerikanische Stadtkommandant, Generalmajor John H. Mitchell, hatte in seinem Protest besonders darauf abgehoben, daß durch die etwa 20 bis 30 Schüsse auch Unbeteiligte gefährdet worden seien.

Aus der vor knapp drei Wochen geglückten Flucht über den Berliner Ausländerübergang Checkpoint Charly hat Ost-Berlin jetzt eine zusätzliche Konsequenz gezogen: Die Verkehrsführung auf östlicher Seite ist umgebaut und zusätzlich kompliziert worden.

Gebaut wird, aber Lehrlinge fehlen

hg. Bonn

Die Klagelieder am Bau sind verstummt: Sowohl der Zentralverband des deutschen Baugewerbes als auch der Hauptverband der Bauindustrie teilten mit, daß sich Produktion und Auftragseingänge „erfreulich" verbessert haben. Die Auslastung der Kapazitäten sei gestiegen und die Investitionsneigung „stark ausgeprägt". Sorgen machten die Ertragslage, der Mangel an Facharbeitern und die Tatsache, daß 12 000 Lehrstellen nicht besetzt werden konnten.

Seite 13: Erholung

WELT-Report über Energie

DW. Bonn

Das Thema Energie ist so alt wie die Industrienation Deutschland. Doch nie war es politisch so brisant wie zur Zeit. Ausstieg aus der Kernkraft, sagen die einen trotz eines Anteils von mehr als 30 Prozent an der Stromerzeugung. Kernkraft muß gefördert werden, sagen die anderen, die auf technologischen Fortschritt setzen. Verwoben in diesen Streit sind Kohle, Öl und Gas, aber auch die regenerativen Energien. Beleuchtet wird die Szene von einem zehnseitigen WELT-Report (Seiten I bis X).

Paris stellt sich Gegnern von Cattenom

Zweifel an Sicherheit des Reaktors zurückgewiesen / Vogel greift Saarbrücken an

ULRICH REITZ, Mainz

Die Vorsitzenden der deutschen und der französischen Reaktorsicherheitskommission, Adolf Birkhofer und François Cogne, haben sich in Mainz gestern zum ersten Mal der Öffentlichkeit gestellt, um den Bedenken gegen das französische Kernkraftwerk Cattenom entgegenzutreten. Die Veranstaltung in Mainz, die auf eine Vereinbarung zwischen Bundeskanzler Kohl und dem französischen Premierminister Chirac zurückgeht, machte deutlich, daß die Franzosen bereit sind, ihre Nachbarn im Osten über die Atomenergiepolitik zu informieren. Mit der jetzt praktizierten Politik der Offenheit gibt Chirac offenbar ein Signal, daß die in der Bundesrepublik geforderte engere Zusammenarbeit in Fragen der Atomenergie in Frankreich nicht auf taube Ohren stößt.

François Cognes ließ allerdings keinen Zweifel an der Sicherheit des umstrittenen Kernkraftwerks aufkommen. Cattenom gehört für ihn „zu den modernsten Kernkraftwerken der Welt". Birkhofer wie auch sein französischer Kollege wiesen darauf hin, daß nach ihren Studien die Sicherheitsstandards von deutschen und französischen Atomkraftwerken vergleichbar seien. Daran könne auch der jüngste Zwischenfall in Cattenom, als es offenbar bereits am Freitag während eines Probelaufs zu mehreren Kurzschlüssen kam, nichts ändern. Dieser Vorfall wäre, so Cogne, auch dann nicht „sicherheitsrelevant" gewesen, wenn die Anlage voll in Betrieb gewesen wäre.

Cogne zeigte Härte aber nicht nur gegenüber den Zweiflern an Cattenom, sondern auch gegenüber der rheinland-pfälzischen Forderung nach einer völkerrechtlichen Absicherung der zugesagten niedrigeren Grenzwerte. „Wir werden in jedem Fall weniger als drei Curie pro Block und Jahr abgeben", sagte er und fügte hinzu: „Die französischen Regeln werden nicht geändert."

Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel machte Cogne allerdings darauf aufmerksam, daß er nicht mit ihm, sondern mit der französischen Regierung über dieses Problem verhandle. Vogel nutzte die Veranstaltung, um der saarländischen Landesregierung, die gegen die Inbetriebnahme von Cattenom geklagt hat, einen „Stellvertreterkrieg" gegen die Kernenergie vorzuwerfen, der zu Lasten des deutsch-französischen Verhältnisses gehe.

Der Angriff Vogels wurde noch am gleichen Tag vom saarländischen Umweltminister Jo Leinen, der als „Gast" der rheinland-pfälzischen SPD in Mainz weilte, beantwortet. Nicht die Verantwortlichen in Saarbrücken belasteten das deutsch-französische Verhältnis, sondern die, die gegen Cattenom nichts unternähmen.

Kanada demonstriert jetzt Ansprüche auf die Arktis

Horchposten sollen vor Angriffen des Ostblocks schützen

AFP, Hall Beach

Die Arktis soll nicht länger herrenlos sein. Kanada will jetzt militärische Präsenz zeigen. Ziel der Regierung in Ottawa, die sich bislang im Norden der Erdkugel zurückhaltend zeigte, ist es, die „Souveränität Kanadas über das Polargebiet nicht nur symbolisch zu zeigen". Das erklärte der neue Verteidigungsminister Perrin Beatty in Hall Beach, einem Dorf auf der Halbinsel Melville innerhalb des Polarkreises. Die Aufgabe scheint enorm: Das betreffende Gebiet ist rund vier Millionen Quadratkilometer groß und die kanadische Armee hat nur etwa 83 500 Mann unter Waffen.

Die Technik soll es möglich machen. Das Luftverteidigungssystem Nordamerikas (NORAD) wird derzeit vollständig modernisiert und das North Warning System (NWS), eine Komponente des NORAD, wird von 1992 an vollkommen unter kanadischer Kontrolle stehen. Das NWS besteht aus insgesamt 47 Horchposten, von denen 36 mit automatischem Radar ausgerüstet und permanent besetzt sein sollen. Die USA richten fünf Stationen in der Arktis ein. Damit umgibt eine unsichtbare Mauer den Luftraum der Arktis von Ost nach West.

„Eine Invasion Kanadas auf dem Landweg ist angesichts der Unzulänglichkeiten der Arktis praktisch ausgeschlossen", erklärte General Dave Battye, der für die NORAD-Modernisisierung verantwortlich ist. Die einzige Gefahr in einem Konflikt mit dem Osten bildeten niedrig fliegende Raketen. Diese Schwachstelle werde jetzt ausgemerzt. Die Canadian Rangers, 650 Freiwillige, meist Eskimos, werden mit 18 Patrouillenflugzeugen regelmäßig das Gebiet überfliegen. Siedlungen, Landepisten, Schiffe und U-Boote werden verzeichnet.

Kanadas Bemühungen werden jedoch noch dadurch erschwert, daß die USA die kanadische Oberhoheit über die „Nord-West-Passage" nicht anerkennen. So durchquerte das amerikanische Schiff „Polar Sea" 1985 diese Wasserstraße, die die Baffin-Bucht mit der Beaufort-See verbindet, ohne zuvor die Genehmigung Kanadas eingeholt zu haben.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Peres auf Erfolgssuche

Von Peter M. Ranke

Unter Regierungschef Peres ist ein Stück Realismus und Verläßlichkeit der israelischen Außenpolitik der überhitzten Suche nach Erfolgen in der Friedenspolitik geopfert worden. Peres will auch als Außenminister, der er von Oktober an nur noch sein wird, seinen Namen im Buch des Friedens in Nahost verewigen. Für den Fall von Neuwahlen kann das ihm und der Labour-Partei nützlich sein. Aber: Das Buch des Friedens bleibt wegen der arabischen Intransigenz geschlossen, bisher stehen nur die Namen Sadat und Begin darin.

Nach dem Gerede in Alexandrien, wo Peres und der ägyptische Präsident Mubarak ein Jahr der Friedensverhandlungen voraussagten, obwohl König Hussein weiter in seiner Ecke bleibt, sind nun in Washington die Wortspiele von Peres um die Vorbereitung einer internationalen Nahost-Konferenz zurechtgerückt worden. Die US-Politik hat weiterhin kein Interesse daran, den Sowjets ein Mitspracherecht zuzubilligen, das Moskau zugunsten der radikalen Syrer und Libyer sowie der PLO verwenden würde. Es war ja gerade die Politik des Ägypters Sadat, die Moskau ausmanövrierte und dadurch 1979 zum Frieden vom Camp David führte.

Die Politik der kleinen Schritte und der direkten Verhandlungen zugunsten einer internationalen Show aufzugeben, muß Israel isolieren und die lebenswichtigen Verbindungen zu den USA gefährden. Das hatte schon Außenminister Shamir erkannt. Peres ist ihm jetzt in Washington nach ausführlichen Gesprächen gefolgt. Er erklärte, Friedensverhandlungen sollten nur zwischen den direkt Betroffenen stattfinden. Er rückt also von der internationalen Nahost-Konferenz, die nach dem Krieg von 1973 ja schon einmal in Genf scheiterte, wieder ab.

Vor einer Konferenz müsse Moskau seine Nahost-Politik ändern und Israel als normalen Staat behandeln, betonten Peres und Präsident Reagan jetzt. Damit wird Peres wieder auf ein Axiom der israelischen Außenpolitik zurückgeführt, das er im Überschwang des Treffens von Alexandrien nicht gerade betont hatte. Im Verhältnis zwischen Israel und Moskau ist weiterhin kein Silberstreifen erkennbar. Immerhin hat Peres nichts verschlimmert. Der Ring ist jetzt frei für Shamir.

An exponierter Stelle

Von Bernt Conrad

Die Bundesrepublik Deutschland wird wieder für zwei Jahre als nichtständiges Mitglied in den Weltsicherheitsrat einziehen. Zwar muß das formell erst noch von der UNO-Vollversammlung beschlossen werden. Nach informellen Absprachen zwischen den Regionalgruppen ist aber schon seit einiger Zeit klar, daß die Bundesrepublik und Italien als Nachfolger Australiens und Dänemarks die frei werdenden westlichen Plätze im obersten UNO-Gremium einnehmen werden.

Damit wird Bonn genau zehn Jahre nach seiner ersten Mitarbeit im Sicherheitsrat zum zweiten Mal direkten Zugang zu den Schalthebeln der Weltpolitik erhalten – wenngleich deren Reiz dadurch gemindert wird, daß sie aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in der UNO meist auf Leerlauf gestellt sind. Immerhin: Die Bundesrepublik kann und muß mitreden, und sie wird sich dabei zwei Jahre lang verstärkt dem Scheinwerferlicht ausgesetzt sehen.

Dies birgt Chancen, aber auch Gefahren. Klar ist, daß eine umsichtige, auf Solidarität mit den Verbündeten ebenso wie auf die Wahrnehmung eigener Interessen bedachte, bei Bedarf flexible, im Grundsätzlichen jedoch standfeste Haltung im Sicherheitsrat dem Ansehen der Bundesrepublik dienen kann.

Auf der anderen Seite bringt der Zwang, an exponierter Stelle zu heiklen Fragen, wie der Nahostpolitik, der Entwicklung in Südafrika oder Forderungen der Dritten Welt Stellung nehmen zu müssen, immer auch die Versuchung zum Opportunismus mit sich. Wer will sich schon gern – und immer wieder – gegen die Mehrheit stellen, die in der UNO nun einmal häufig dazu neigt, die Interessen des Westens beiseite zu schieben? In einer solchen Lage kann sogar Stimmenthaltung manchmal schon der Preisgabe eigener Ziele oder der Preisgabe eines Verbündeten gleichkommen.

Das heißt: Die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat ist keineswegs ein politisches Himmelbett. Sie erfordert taktisches Geschick, strategische Weitsicht, Prinzipientreue und als Voraussetzung eine festumrissene eigene Konzeption. Bonn wird sich darauf gründlich vorbereiten müssen.

Kein Dialog in El Salvador

Von Günter Friedländer

Die Regierung El Salvadors hat am gestrigen Unabhängigkeitstag des Landes durch den Mund ihres Präsidenten Napoleon Duarte abermals erklärt, daß sie den Friedensdialog mit den kommunistischen Rebellen fortsetzen will, die seit sechs Jahren den Bürgerkrieg in dem mittelamerikanischen Land führen, der bisher fünfzigtausend Menschenleben kostete. Der Vorsatz klingt lobenswert, aber die Rebellen hatten bereits am Sonntag erklärt, daß sie nicht erscheinen werden.

Die vorbereitenden Unterhaltungen für die Friedensgespräche, die am kommenden Freitag in der kleinen salvadorianischen Ortschaft Sesori, etwa 150 Kilometer östlich von San Salvador, die vorangegangenen Gespräche des Oktober und November 1984 fortsetzen sollten, fanden bisher in Panama statt. Das war ein Fehler: El Salvadors rechtmäßige Regierung hätte nicht zulassen dürfen, daß Gespräche zwischen Salvadorianern über El Salvadors Zukunft außerhalb ihres Hoheitsbereiches stattfinden.

Diese Konzession provozierte eine weitere Forderung der Rebellen: Die Regierung müsse ihre Truppen aus dem Gebiet von Sesori abziehen, weil die Rebellenführer ihr Leben nicht dem Heer anvertrauen wollen. Es ist allerdings unerfindlich, warum der Präsident des Landes und seine Mitarbeiter ihr Leben den Rebellen anvertrauen sollten.

Guillermo Manuel Ungo, der den politischen Arm der Rebellen leitet, meint: „Duarte hat unsere Sicherheit garantiert, aber das ist für uns keine Garantie." Duarte hingegen sagte in seiner Rede, er werde am Freitag nach Sesori gehen, auch wenn er dort allein bleiben würde. Das werde zeigen, daß die Rebellen keinen Friedensdialog führen wollen.

Beide Seiten zeigen das wirkliche Problem der Friedensgespräche. Die Kommunisten wollen sich nur auf einen „Frieden" einlassen, der ihnen eine Basis zur alleinigen Machtergreifung verschafft, so, wie ihre Genossen in Nicaragua alle Nichtkommunisten aus der Sandinistenfront verdrängten. Die Regierung kann sich nur auf demokratische Prozeduren einlassen und keinen bewaffneten Staat im Staate dulden. Duarte sollte durch sein Allein-Erscheinen am Freitag in Sesori zeigen, wer zum Dialog bereit ist und wer nicht.



Alpine Seilschaft KLAUS BÖHLE

Gottes Mantel in Wien

Von Carl Gustaf Ströhm

Vierundzwanzig Stunden nach der Aufkündigung der Wiener sozialliberalen Koalition durch die Sozialisten läßt sich die Frage stellen, ob der abrupte Hinauswurf der im neuen „rechten" Gewande auftretenden Freiheitlichen Partei aus der Regierung Vranitzky der Weisheit letzter Schluß war. Wie man hört, waren die sozialistischen Minister und sogar der Bundeskanzler eher geneigt, die Koalition mit den Freiheitlichen fortzusetzen. Angeblich wurden sie aber von einer starken Grundströmung in der SPÖ gezwungen, das Tischtuch mit Haider und der FPÖ sofort zu zerschneiden.

Nun befindet sich die SPÖ allerdings – so sehr ihr der vorgezogene Wahltermin auch Probleme ersparen mag, die im April auf sie zugekommen wären – taktisch in keiner beneidenswerten Situation. Zunächst ist da die Person des neuen FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider, der mit einem Male als erzreaktionärer Beelzebub in den linksgerichteten Medien dargestellt wird. Diese plötzliche Neuentdeckung wirkt aber nicht recht überzeugend, wenn man bedenkt, daß Haider bis jetzt jahrelang Mitglied der Kärntner Landesregierung war, in der die Sozialisten über die absolute Mehrheit verfügen.

Auch die in linken Medien angelaufene „Enthüllung", wonach Haiders Großonkel seinem Neffen „arisiertes" Grundvermögen vererbt haben soll, erinnert an die Kampagne um Waldheim – und könnte ähnliche Folgen an der Wahlurne haben.

Hinzu kommt, daß die Sozialisten nach ihrer von Bundeskanzler Vranitzky formulierten Ablehnung einer künftigen Koalition mit der FPÖ faktisch in der Innenpolitik keinen Spielraum mehr besitzen. Wenn man die Möglichkeit einer absoluten Mehrheit für die Sozialisten ausschließt, bleibt für sie nur noch entweder die Große Koalition mit der Volkspartei oder der lange Marsch in die Opposition.

Umgekehrt stehen jetzt der ÖVP jene Optionen offen, über die bisher nur die Sozialisten verfügten. Der Führung der Volksparteien neigt wie die SPÖ zu einer Großen Koalition. Strittig sind nur noch die Bedingungen, unter denen nach dem Wahltermin des 23. November die „Elefantenhochzeit" stattfinden soll. Wer die relative Mehrheit erhält, wird in einer solchen Großen Koalition den Bundeskanzler stellen wollen.

Wenn es nun aber der ÖVP gelingen sollte, diese relative Mehrheit für sich zu gewinnen, und wenn ferner der neue FPÖ-Chef Haider das bisherige Stimmpotential seiner Partei zu halten vermag, dann könnte eine Situation eintreten, in der eine bürgerliche ÖVP-FPÖ-Mehrheit – analog zur deutschen Koalition zwischen Union und FDP – rechnerisch möglich wäre. Selbst wenn es aus vielen Gründen wenig wahrscheinlich ist, daß die Volkspartei den Mut (oder sollte man sagen: die Verwegenheit?) zu einem solchen „Renversement des alliances" findet – allein die Möglichkeit einer solchen Lösung schwächt die Verhandlungsposition der Sozialisten. Wer in Verhandlungen ohne Alternative hineingeht, ist immer schlechter dran als jener, der im entscheidenden Augenblick zu sagen vermag, er sei auf seinen Partner nicht unbedingt angewiesen.

Für die seit Jahren in die bundespolitische Opposition verbannten christlichen Demokraten Österreichs, also die ÖVP, bringt der Wahltag vom 23. November große Chancen, aber auch Gefahren und Herausforderungen. Eine christlich-demokratische, bürgerliche Partei tut sich in der Opposition schwer. Das hat das Schicksal der Union in der Ära Brandt bis Schmidt gezeigt. Das Oppositionsschicksal der ÖVP war noch härter und dauert noch länger. So ist nicht verwunderlich, daß manche österreichischen Bürgerlichen nur ein Ziel kennen: Jedes Hindernis auf dem Wege zum Ballhausplatz wegzuräumen. Auch gibt es im österreichischen Wesen – im Gegensatz etwa zu den Deutschen mit ihrem Hang zur Prinzipienreiterei – ein natürliches Harmoniebedürfnis, so daß Worte wie „Zusammenarbeit" und „Überwindung der Gegensätze" einen magischen Klang erhalten.



Verwegenheit oder „Zusammenarbeit": ÖVP-Chef Alois Mock FOTO: VIOUJARD / STUDIO X

Würde sich die ÖVP nach einem relativen Wahlsieg auf den Lorbeeren einer Großen Koalition ausruhen, könnte nach einer Legislaturperiode ein erneutes Absacken in die Opposition ihr Schicksal sein. Denn alle bitteren Probleme, die jetzt angesichts der Krise der verstaatlichten Industrie oder des bedenklichen Haushaltsdefizits auf die Österreicher zukommen (und bis jetzt in die alleinige Verantwortung der seit mehr als anderthalb Jahrzehnten regierenden Sozialisten fallen) müssen in einer Großen Koalition vom bürgerlichen Partner voll mit übernommen, mitgetragen und schließlich mitverantwortet werden.

In diesem Sinne kann man jene ÖVP-Politiker verstehen, denen es insgeheim lieber gewesen wäre, die bisherige rotblaue Koalition hätte über den Winter mitsamt der dann auftretenden Arbeitslosigkeit fortgewurstelt. Nun steht die Volkspartei vor der Frage, die Haftung mitzuübernehmen oder gar allein zu übernehmen. Sie fürchtet sich davor, daß SPÖ und Gewerkschaften auf kräftige Sanierungsmaßnahmen einer schwarzblauen Regierung mit Straßenaktionen antworten könnten, aber sie weiß, daß die Arbeiter derzeit den Roten die Misere der Staatsfirmen anlasten und mißtrauisch auf Kanzler Vranitzkys Sanierungsversprechen reagieren – eine verzwickte Situation.

Jedenfalls hat die „Wende", die in Österreich mit der Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten einsetzte, eine erstaunliche Eigendynamik entwickelt. Für die Volkspartei stellt sich jetzt die Frage, ob sie Glück und Geschick genug besitzt, den von Bismarck so bezeichneten Mantel Gottes zu ergreifen – anstelle des Schürzenzipfels einer anderen Partei. Österreich braucht in der heraufziehenden Krise eine starke Führung. Die ÖVP hat sich zu prüfen, ob sie dem Land diese Führung geben kann.

IM GESPRÄCH Reinhard Metz

Tausch im Zweiergespann

Von Winfried Wessendorf

Jetzt spielen sie das langerwartete Bäumchen-wechsle-Dich: der Bremer CDU-Bundestagsabgeordnete Reinhard Metz (49) und Bremens CDU-Chef Bernd Neumann (44). Die beiden Freunde, der eine ohne den andern in der Bremer CDU nicht denkbar, tauschen ihre Posten auf Beschluß ihres Landesvorstandes und mit dem Segen Kohls zur Bundestagswahl. Nach dreizehn Jahren an der Spitze der christlich-demokratischen Fraktion der bremischen Bürgerschaft ist Neumann amtsmüde und wird Bundestagsabgeordneter, während Metz an der Weser nach dem Rechten schaut.

Dieser Tausch wird allerdings nur wenig Wende für die größte Oppositionspartei im kleinsten Bundesland bringen. Denn die beiden aufeinander eingeschworenen Spitzenpolitiker mischen nach wie vor überall mit, in Fraktion, Partei und in Bonn. Der Nachwuchs bleibt Nachwuchs, Taktik und Stil der Opposition ändern sich nicht.

Dennoch: Gefahren drohen von binnen und buten. Metz muß als Spitzenkandidat seiner Partei den Wahlkampf zur Bürgerschaft im nächsten Jahr anführen, und die Christdemokraten müssen noch viel tun, um seinen Bekanntheitsgrad zu heben; denn der Hobby-Saxophonist spielte im Bonner Haushaltsausschuß zwar wirksame, aber doch leise Töne. Er wurde in zehn Jahren als Bundestagsabgeordneter aus dem kleinen Bremen zwar Mitglied des Fraktionsvorstands, konnte sich aber mit den spezifischen Küstenproblemen (Werften, Schiffahrt, Seerechtsfragen) auf keine Hausmacht stützen.

Bremens Christdemokraten haben es in der SPD-Hochburg schwer, deshalb bilden sie im bundesweiten Vergleich das Schlußlicht in den Landtagen. Unter Neumann ging es zwar bergauf mit der CDU-Bürgerschaftsfraktion, aber eben nur von knapp unter 30 auf 33,3 Prozent (1983). Neumann führte Fraktion und Partei straff. Mit dem Gemurre an der Basis hielt er sich nicht lange auf. Metz als stellvertretender Landesvorsitzender stand ihm stets hilfreich zur Seite.



Wechsel, keine Wende: Neuer Bremer CDU-Chef Metz FOTO: DPA

So wurde die Partei in Schach gehalten. Nur der Bremerhavener Kreisverband probte im vergangenen Jahr den Aufstand. Er prangerte den rigorosen Führungsstil an. Einige traten aus der Partei aus und flüchteten zu den Republikanern. Es folgten Schwierigkeiten bei Kreiswahlen, die der gelernte Lehrer Neumann mit vielen Klimmzügen dennoch in den Griff bekam.

Das Gespann Metz/Neumann hat Erfahrung mit Aufständen. Sie probten selbst einen erfolgreich, als sie 1973 den damaligen Vorsitzenden der Jungen Union, Neumann, mit 31 Jahren in den Fraktionssattel hoben. Seinerzeit fuhr mit der Bremer CDU zum ersten Mal eine komplette Landtagsfraktion in den Ostblock. Auf der Fahrt in die Pußta Ungarns bearbeiteten die beiden ihre Fraktionskollegen und klopften diese für die kommende Wahl des Fraktionsvorsitzenden weich. Seitdem geben Neumann und Metz das Heft nicht mehr aus der Hand. Sie wollen es weiter so halten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜDWEST PRESSE

Das Ulmer Blatt staunt über die Neue Heimat:

Dieses Verfahren zeugt schon von unglaublicher Dreistigkeit: Die Neue Heimat verkauft Wohnungen zum Schleuderpreis an die gewerkschaftseigene Immobiliengesellschaft BGI. Dieses Unternehmen bietet die Wohnungen zu einem deutlich höheren Preis den Mietern zum Kauf an. Die Gewinne, die diese Immobiliengesellschaft erzielt, werden nur zum Teil der Neuen Heimat vergütet, das heißt, die Gewerkschaften verdienen an den Verkäufen der BGI ... Man stelle sich einmal vor, welch schrilles Gezeter gerade von den Gewerkschaften erhoben würde, käme ein ähnliches Finanzierungskunststück, vorgeführt von einem lupenreinen Kapitalisten, ans Licht des Tages.

LE MATIN

Die Pariser Zeitung schreibt zum letzten Anschlag in Paris:

Das ist eine Niederlage, eine Erniedrigung. Einen Tag nachdem der französische Regierungschef sich zum Feldherrn aufgeschwungen, die Verteidigung organisiert und die rettende Offensive angekündigt hat, schlagen die Terroristen ausgerechnet bei der Polizei zu ... Auf diese Ohrfeige sollte man nicht mit Schadenfreude reagieren, denn der ganze Staat wird von dem Explosionsdruck dieser Bombe erschüttert.

The Washington Post

Sie kritisiert das Vorgehen der USA im Fall Daniloff:

Am Wochenende sagte der stellvertretende Außenminister, daß der Fall Daniloff auf der Tagesordnung des für Freitag angesetzten Treffens der Außenminister der USA und der Sowjetunion „sehr weit oben" stünde, aber er sei „natürlich nicht das einzige Thema". Dies kommt einer Einladung an Eduard Schewardnadse unangenehm nahe, dem Beispiel seines Amtsvorgängers zu folgen, wenn sein amerikanischer Gesprächspartner Besorgnis über die Menschenrechte zur Sprache brachte: Andrej Gromyko pflegte dann, ohne zu antworten, einfach an die Wand zu starren. Muß man die Regierung Reagan wirklich daran erinnern, daß dies nicht die richtige Art ist, mit dem Kreml umzugehen?

KURIER

Die Wiener Massenzeitung spekuliert über die Neuwahlen:

Spätestens im Frühjahr (sprich noch vor dem ursprünglich geplanten April-Wahltermin) hätte ein Budgetüberschreitungsgesetz die Bevölkerung die traurige Wahrheit der Budgetmisere erahnen lassen. Ebenfalls im Jänner des kommenden Jahres werden wir mit der größten Wirtschaftsarbeitslosigkeit seit 1954 zu rechnen haben. Vielen der zur Kündigung vorgesehenen Voest-Mitarbeiter werden spätestens bis zur Jahreswende die blauen Briefe ausgehändigt werden. Dem allen kann Vranitzky mit Neuwahlen im Herbst noch entgehen.

THE GUARDIAN

Zum Bombenterror in Paris heißt es in der britischen Zeitung:

Je mehr Frankreich sich als Teil eines mitfühlenden gemeinsamen Kampfes sieht, um so wahrscheinlicher ist es, daß es in der Zeit der Unruhe feste Nerven behält.

Für Spendierhosen ist es noch zu früh

Licht und Schatten beim Subventionsabbau / Von Heinz Heck

Der Stoßseufzer des Haushaltspolitikers ist verständlich: Manfred Carstens, CDU-Dirigent im Haushaltsausschuß, ist mit der Bilanz dieser Legislaturperiode im Subventionsabbau „am allerwenigsten zufrieden". Aus dem Politikerdeutsch übersetzt, heißt das: er ist ganz und gar enttäuscht.

Kein Zweifel: Die neue Regierung hat das Thema nicht so beherzt in Angriff genommen, wie man es nach den Ankündigungen der Unionsparteien aus der Opposition heraus wenn schon nicht erwarten, so doch zumindest hätte hoffen dürfen. Doch sollte man sich vor Schwarz-Weiß-Malerei hüten. Kaum ein anderes Feld der Finanzpolitik steckt so voller Untiefen, enthält ein so unentwirrbares Knäuel von Verdiensten, Versäumnissen, Widerständen, Ungereimtheiten und Tabus.

Fangen wir bei den Verdiensten an: Finanzminister Gerhard Stoltenberg hat mit der politischen Unterstützung vor allem der Haushälter das Wunder fertiggebracht, fünf Etats (den der Wahljahre 1983 und 1987 eingeschlossen) mit niedrigsten Steigerungsraten zwischen zwei und drei Prozent über die Hürden zu bringen. Auch Zunahmen um vier bis fünf Prozent wären ihm – denken wir nur an die Diskussion über das „Totsparen" (Hans Apel) während der Wende – nicht nur als extrem ehrgeizig gutgeschrieben worden; er hätte sich auch manchen blauen Fleck in den Schlußberatungen, den „Chefgesprächen" mit den Ressortministern, erspart.

Nur: Der Haushalt 1987 läge dann nicht bei 271 Milliarden, sondern um einen beachtlichen zweistelligen Milliardenbetrag höher – und die Neuverschuldung der letzten Jahre auch. Anders ausgedrückt: Der Konsolidierungseffekt mit seinen segensreichen Wirkungen auf Preisstabilität, Zinsniveau und so fort hätte sich gar nicht einstellen können. Mit der dauerhaften und verläßlichen Verweigerung eines stärkeren Ausgabenanstiegs hat Stoltenberg gleichsam den unsichtbaren Beitrag zum Subventionsabbau geleistet.

Doch der Haushalt ist nicht alles. Man kann seine Klientel auch durch steuerliche Subventionen befriedigen; etwa – und hier liegt das wohl gravierendste Versäumnis der Legislaturperiode – durch die Gießkannenzuwendungen an Landwirte über die Vorsteuerpauschale. Dies allein hat die Konsolidierung um zweistellige Milliardenbeträge zurückgeworfen.

Die Talfahrt der Nettokreditaufnahme als das wohl augenfälligste Konsolidierungs-Kriterium wird im 87er Kabinettsentwurf erstmals seit der Wende unterbrochen. Ist Stoltenberg mit seinem Konsolidierungs-Latein am Ende? War es wirklich nicht möglich, die Ausgaben um 600 Millionen Mark – das ist nicht einmal ein viertel Prozent des Gesamtbetrags – zu senken, um die Verschuldung wenigstens auf dem 86er Niveau zu halten?

Gerade diese Größenordnung legt die Vermutung nahe, daß es ihm vor allem um ein Signal geht. Er will die Koalitionäre wachrütteln. Für Spendierhosen ist es noch zu früh. Haushaltsdisziplin bleibt – auch ungeachtet der Anfechtungen aus Washington – das Gebot mindestens der nächsten Legislaturperiode, wenn die Gratwanderung zwischen Konsolidierung und Steuerentlastung gelingen soll. Und massiver Subventionsabbau, den sich beide Koalitionsparteien ins Programm geschrieben haben, ist realistisch nur in einem Zug-um-Zug-Geschäft mit einer noch deutlicheren Steuerentlastung.

Wie schwierig es selbst dann noch ist, zeigt Stoltenbergs gescheiterter Versuch, mit drei Milliarden Subventionsabbau die Steuersenkung 1986/88 von nunmehr rund 20 (ursprünglich geplant 25) Milliarden anzureichern. Auch stehen Tabus und Ungereimtheiten im Wege. Niemand will zum Beispiel an die Berlinförderung herangehen. Aber welcher Kürzungsspielraum besteht noch beim Häuslebauer-Paragraphen 7b nach der jüngsten steuerlichen Neuordnung im Wohnungsbau? Oder: Als es dem neuen Kassenwart gelang, die Verluste in den Bundesunternehmen zu senken, gingen die Zuschüsse aus Bonn entsprechend zurück. Das brachte ihm kein Lob für Subventionbsabbau, sondern Tadel für Kürzung der öffentlichen Investitionen ein. Ungereimt oder nicht?

Nicht ohne Grund traut man am ehesten Stoltenberg die überfällige große Steuerreform zu. Ist doch noch in deutlicher Erinnerung, daß Nordrhein-Westfalen zunächst nicht nur gegen die Steuersenkung 1986/88 war (wie übrigens alle SPD-regierten Länder), sondern auch schon gegen die letzte Steuersenkung der SPD-geführten Regierung 1981. Steuern und Subventionen zu kürzen kann populär sein. Mit Sicherheit aber ist es schwierig. Denn nicht zuletzt braucht man auch für das schönste Konzept die Zustimmung der Ländermehrheit mit zum Teil widerstreitenden Interessen.

„Man muß nur aufpassen, daß man am Leben bleibt“

Ordnung, Arbeit und Optimismus: Für Rudolf August Oetker sind diese drei Tugenden unverzichtbar. Sie sind das Rezept, nach dem er lebt und mit dem er seine Firma führt.

Von HANS BAUMANN

Er legt die Fingerkuppen gegeneinander und stemmt die Daumen unters Kinn. „Familie und Arbeit“, das sind für Rudolf August Oetker die Quellen der Lebensfreude. „Golf? Dafür braucht man zuviel Zeit.“

Wir sitzen beim Mittagstisch in Bielefeld zusammen. „Sie feiern am 20. September ihren 70. Geburtstag. Ist das für Sie ein Datum, sich aus dem Geschäft zurückzuziehen?“ Ein spitzbübisches Lächeln spielt um die Mundwinkel des Hünen. „Die haben mir die Hotels und die Lampe-Bank gelassen, weil sie sicher sind, daß ich damit genug zu tun habe und ich mich nicht um ihren Kram kümmere.“

„Die“, das sind die Komplementäre der Kommanditgesellschaft Dr. August Oetker, Sohn August (42), der energisch zum Primus inter pares aufsteigt, Dr. Guido Sandler, Rudolf Stellbrink und Dr. John Henry de La Trobe, die den „Gemischtwarenladen“ im Detail steuern. Jeden Tag ist Rudolf August Oetker acht Stunden im Dienst. Doch er empfindet es nicht als Bürde, eben weil ihm die Arbeit Spaß bereitet.

Vor zehn Jahren noch hatte er „Freiheit und Arbeit“ als die Elemente seines Lebens empfunden. Mit zunehmendem Alter ist die Familie mehr und mehr in den Vordergrund gerückt, ohne daß dabei für ihn die Freiheit zu kurz gekommen wäre. Zwei Ehen gingen zu Bruch, eben weil er die Arbeit obenangesetzt hatte.

Frau Maja, geborene von Malaisé, gelang es schließlich, ihn doch mehr auf seine Sippe zu fixieren. Drei Kinder hat er aus dieser dritten Ehe. Die jüngste Tochter Julia ist sieben und geht auf eine englische Schule in Bielefeld, weil sie für die deutsche vier Wochen zu jung war.

Ärger mit den Kindern, von denen er immerhin acht hat? „Hab' ich eigentlich nie gehabt“, meint er. Soweit sie großjährig sind, unterschrieben sie Erbverzicht-Verträge. Für die Minderjährigen liegen die gleichen Verträge beim Notar. Mit der Unterschrift wird den Kindern je ein Besitz übertragen – durchweg Immobilien.

Sinn des Erbverzichts: Besetzung der Führungsspitzen des Hauses Oetker mit Topmanagern – auch nach dem Tod des Chefs. Und der weiß aus der Wirtschaftsgeschichte, daß sehr häufig in der dritten Generation, spätestens aber in der vierten, auch festfundierte Unternehmen die Segel streichen, wenn auf den entscheidenden Sesseln immer nur „Erben“ sitzen.

Mit Sohn August ist ihm da eine Sorge abgenommen worden. Der hat das Heft in der Hand – und einen sehr guten Kontakt mit seinen Mitkomplementären, von denen Rudolf August Oetker sagt, „die hab' ich mir vor dreißig Jahren selbst gesucht“. Und da die Zeit nicht stehenbleibt, muß Sohn August sich nun seinerseits umsehen. Doch der Vater ist optimistisch: „Mein Sohn ist mit dem Mund besser dabei als ich.“

Der da am Samstag siebzig wird, paßt in kein Klischee. Er sieht prächtig aus, seine Grundstimmung ist heiter. Er hat Freude am Erzählen, hört aber auch aufmerksam zu. Wer da meint, ein Herrscher über 3,6 Milliarden Mark Umsatz habe leicht heiter sein, der sollte sich ein wenig im Leben dieses Rudolf August Oetker umschauen.

Eigentlich hätte er gern einen Gemüseladen gehabt und mit den Leuten geredet, gesteht er. „Ich könnte jede Art Leben führen. Voraussetzung: Ordnung und etwas zu tun haben.“

Seine Sprache ist kein Feuerwerk, ihr Inhalt voll von rustikalem Witz. Wursteln ist ihm zuwider. Auch dem zweiten Gebot für Unternehmer gehorcht er: Du sollst ein Optimist sein. Heute wundert er sich, daß er überhaupt noch lebt. Im Krieg hat er in Rußland mehrere Monate ganz allein in einem Dorf mitten unter den Russen gelebt. Erst später stellte sich heraus, daß dieses Dorf mitten in einem Partisanengebiet lag.

In das Bild dieses Mannes, der menschliche Ordnung liebt und an eine höhere Ordnung glaubt, paßt die Vokabel von der Gnade, als die er die Normalität seiner Kinder empfindet, wohl auch sein Leben als Rudolf August Oetker.

„Sind Sie geizig, Herr Oetker?“ Frau Maja versucht, diese ihm nachgesagte Eigenart zu relativieren: „Er ist nur geizig gegen sich selbst.“

Doch Rudolf August Oetker will selbst definieren, was man möglicherweise für Geiz hält. „Am besten passen mir meine Schuhe, die zwanzig Jahre alt sind.“ Oder: „Die neuen breiten Krawatten mag ich nicht. Ich hab' noch schmale.“ Oder: Er fährt nicht Intercity, wenn auf der gleichen Strecke ein Schnellzug verkehrt, weil er in der Eisenbahn eh arbeitet. Logisch faßt er zusammen: „Wenn Sie daraus auf Geiz schließen, dann bin ich geizig.“

Der Konzern ist ein „volkseigener Betrieb“

Eigentum gehört für ihn zum Menschen. Sein Konzern ist für ihn „so etwas wie ein volkseigener Betrieb“. Seit Jahrzehnten habe er keinen Pfennig aus der Firma bekommen. Der größte Nutznießer des Oetker-Imperiums ist nach seiner Feststellung die Belegschaft, auf Platz zwei sieht er das Finanzamt, also den Staat.

Umverteilung von Vermögen? Das Lächeln wird sarkastisch: „Umverteilen kann man bei Oetker Schulden. Die haben wir reichlich.“ In der Tat sind die Eigenmittel an der Bilanzsumme mit rund 16 Prozent eher mager. „Geld kriegen Sie nur, wenn Sie persönliches Ansehen genießen“, doziert er. Auch das klassifiziert ihn als Unternehmer.



Rudolf August Oetker wird 70 FOTO: TEUTOPRESS

Auch heute noch wird Rudolf August Oetker, von dem niemand als dem „Alten“ spricht, wegen seines hervorragenden Gedächtnisses gelobt, der die Probleme schnell durchschaut und sie gleichzeitig griffig beschreiben kann.

Haben die Komplementäre den Kommanditisten einmal überredet, so gibt er sich geschlagen mit den Worten: „Na, dann macht man“. Hat sich das Führungsgremium geirrt und Geld zum Fenster hinausgeworfen, dann triumphiert er nicht. Er hilft eher bei der Reparatur des Schadens, so als hätte eine eigene Idee Schiffbruch erlitten.

Sein Vater fiel im Ersten Weltkrieg. Sein Stiefvater Richard Kaselowski, ein Jugendfreund seines Vaters Rudolf, legte vertraglich seinen eigenen Rausschmiß aus der Geschäftsleitung des Hauses Oetker fest – „sobald Rudolf August das 27. Lebensjahr erreicht hat“.

Der junge Oetker, dessen Opa Dr. August Oetker die Idee der fixen Menge zum fixen Preis bei Nahrungsmitteln mit Erfolg praktiziert hatte und seine Apotheke langsam, aber sicher mit Backpulver als treibender Kraft zu einem Unternehmen der Dienstleistung ausbaute, ging nach dem Abitur ins Bankgeschäft bei der Vereinsbank in Hamburg und dann in die bittere Lehre des Krieges. Seine Eltern kamen in Bielefeld im Bombenregen um.

Elf Tage nach seinem 28. Geburtstag ist er Chef der Oetker-Werke. In Hamburg lag alles in Schutt und Asche, in Bielefeld der größte Teil. Der Auslandsbesitz war beschlagnahmt, doch daran war man gewöhnt – aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Und wieder mußte das Haus Oetker diesen Besitz für viel Geld zurückerwerben. Doch den Wiederaufbau nennt er, ohne zu zögern: „Einfach“. Begründung: „Es begann ja mit einer ganz primitiven Tauschwirtschaft.“

Heute steht das Haus stärker da als je zuvor. Mit Vokabeln kann man die Aktivitäten kaum umfassen, man müßte Langnese nennen, Oetker rund um die Küche, Tiefkühlkost, Mumm, Fürst von Metternich, Henkell, Söhnlein, Spirituosen bis hin zum Wodka Gorbatschow, Hotels (dabei Brenners Parkhotel, Schwarzwaldklinik, Lancaster-Beauty-Farm, Hotel Bristol in Paris, Parkhotel Vitznau [Schweiz] oder Grand Hotel du Cap d'Antibes/Eden Roc an der Côte d'Azur), das Bierimperium (Binding, Berliner Kindl, Allgäuer Brauhaus, Dortmunder Actien).

Man muß auch was riskieren

Hinzu kommen die Schiffahrtsinteressen, konzentriert in der Reedereigruppe Hamburg-Süd, Versicherung Condor, Chemische Fabrik Budenheim, die Lampe-Bank, die Bank für Brauindustrie, die Omnia Werbegesellschaft, Dr. Oetker Haushaltsgeräte, den Ceres-Verlag und so weiter, und so weiter – aber wachsend.

Hat's mal gekriselt und gekracht? Das Lächeln ist mit keiner Frage umzubringen. „Wir haben verdammt viel Geld verloren. Aber man muß auch was riskieren – man muß nur aufpassen, daß man am Leben bleibt.“

Diese Maxime gilt auch für den Siebzigjährigen. „Da muß so 'n alter Kerl noch so ein Ei legen!“, schmunzelt er während der Schilderung seines jüngsten unternehmerischen Coups. Wieder einmal waren ein Freund und Kapitalmangel im Spiel. Da griff der Bildersammler Rudolf August Oetker zu und kaufte die Kunstgalerie Colnaghi, Ecke Old Bond Street in London, die einen Jahresumsatz von immerhin 200 Millionen Pfund hat.

Nun handelt das unternehmerische Urgestein auch noch mit Originalen.

Ein Funke genügt, und der Mob ist nicht zu bremsen

Paris gleicht einem Pulverfaß: Bomben, Verletzte und Tote haben die Stadt erschüttert. Hinzu kommt eine neue Gefahr. Ein Funke kann genügen – und der Haß auf die Fremden, die Farbigen explodiert.

Von PETER RUGE

Der Nachrichtensprecher von Antenne 2 stockte mitten im Satz, als ihm ein Zettel gereicht wurde: „Wie AFP, die französische Nachrichtenagentur, soeben meldet, hat sich eine Explosion in einem Café auf dem Boulevard St.Michel ereignet.“

Was sich nun abspielen würde, war auch ohne Fernsehbilder vorstellbar: Polizei, Feuerwehren, Sanitätsfahrzeuge vor Ort, Krankenbahren werden herausgetragen – in den Gesichtern der Umstehenden Wut, Angst, Hilflosigkeit. Politiker mit versteinerten Gesichtern.

Paris steht seit Tagen unter dem Schock der Bombenserie. Daß die Regierung nun handelt, ist wie eine Befreiung von einem Alptraum, obwohl sich niemand einer Illusion hingibt: Wer morgens die Wohnung verläßt, hat Sorge, abends gesund nach Hause zurückzukehren.

Die Stimmung ist explosiv. Selbst die Bettler verkriechen sich. Der junge Mann in der Metro, der plötzlich aufsteht, sich als Arbeitsloser bezeichnet und an das Mitgefühl seiner Mitbürger appelliert, bekommt die unmißverständliche Antwort: „Schmeißt die Araber raus, dann geht es uns allen bessser.“ Viele Leute nicken, keiner ruft: „Du Rassist.“ Die Geldbeutel bleiben zu.

In der Metrostation Réaumur-Sébastopol schweigen die Buschtrommeln. Dieser Umsteigebahnhof ist nun leer von den Schwarzen, die sich sonst dort austobten: tanzend, grölend, rauschgiftbeseelt. Die Furcht geht um, denn immer mehr Pariser sehen in jedem Fremdartigen den potentiellen Attentäter. Noch gab es keine Tätlichkeiten. Aber es geht die Angst um, daß es im bisher von Toleranz geprägten Miteinander der Völker in dieser zehn Millionen großen Weltstadt wie in einem Pulverfaß zu lodern beginnt.

Sorgenvoll sagt ein Pariser: Ein Funke genügt, eine falsche Verdächtigung mag ausreichen, den Mob zu mobilisieren, einen vielleicht Unschuldigen für die Grausamkeit der terroristischen Bedrohung büßen zu lassen.

Kontrollen überall. Auf den Bahnhöfen, vor Kaufhäusern, den öffentlichen Gebäuden. Handtaschen müssen geöffnet werden, Ausweise sind vorzuzeigen – ohne Widerrede. Wer sich widersetzt, muß nach den soeben in Kraft getretenen, vom Parlament verabschiedeten neuen Sicherheitsbestimmungen mit empfindlichen Strafen rechnen.

Das ist neu für die Franzosen. Da hätte es früher Proteste gesetzt: Eingriff in die persönliche Freiheit, Schnüffelei, Anmaßung der Obrigkeit. Nun geht alles lautlos: „Öffnen Sie Ihre Tasche, danke – bitte weitergehen.“

Vor der Pariser Oper staut sich eine Schlange. Nur eine Tür ist zur Abendvorstellung geöffnet. Geduldig warten die Damen in ihren Roben – im strömenden Regen. Der beim Premierminister gebildete Sicherheitsrat hat die Verantwortlichen der Theater, der Vergnügungstempel vor die Wahl gestellt: die Häuser zu schließen oder einen eigenen Kontrolldienst einzurichten.

Rigoros sind auch die Anordnungen für die Kinos: Die Föderation der Kinobesitzer hat zur Auflage gemacht, jeden Besucher zurückzuweisen, der ein Paket bei sich führt. Während der Vorstellung sollen die Saalbewegungen überwacht werden.

Doch auch dieses Sicherheitsnetz hat Lücken: Mitten in Paris gehört zu den am besten bewachten Gebäuden die Préfecture auf der Île de la Cité, das Polizeipräsidium. Es wimmelt nur so von Bewachern. Zur Verstärkung sind mehrere Regimenter der CRS, Sondereinheiten der Armee, in die französische Hauptstadt verlegt worden. Jeder, der in die Préfecture will, muß sich fast eine Leibesvisitation gefallen lassen. Und dennoch: Den Terroristen gelingt es, mitten in die Höhle des Löwen eine Bombe zu legen.

Die Explosion im Saal der Führerscheinstelle reißt nicht nur Menschen in den Tod, sie verbittert auch die Polizei, weil sie Hohn über die Ordnungskräfte auszuschütten scheint. Das wird auch von der Bevölkerung als ein Affront empfunden. Diese Dreistigkeit ist es nun, die den dringenden Ruf an die Nation auslöst, mit den Fahndern zusammenzuarbeiten, die neuen Abwehrmaßnahmen zu unterstützen.

Besorgt fragt eine Pariser Zeitung: „Werden wir jetzt ein Volk von Denunzianten?“ Galt es bisher als unmoralisch, den Nachbarn, den Kollegen am Arbeitsplatz zu beobachten oder ihn gar zu bespitzeln, so sieht sich nun mancher vor eine Gewissensfrage gestellt – soll er, oder soll er nicht?

Das staatliche Fernsehen führt das Beispiel eines Libanesen vor, der als angesehener Arzt seit Jahren in Frankreich lebte. Den hatte die Polizei vorgeladen. (Wie sich überhaupt die verschiedenen arabischen, iranischen oder maghrebinischen Kolonien seit Beginn der Attentate eine besondere Aufmerksamkeit gefallen lassen müssen.) Der Arzt kam im Fernsehen gar nicht mehr zu Wort: Er saß bereits in Abschiebehaft, weil – wie an seiner Stelle der Bruder erklärte – sich dieser libanesische Arzt geweigert hatte, der Polizei Auskünfte über seine Bekannten zu geben. Das ist die Kehrseite einer amtlichen Bitte, einer Stimmungslage, die jeden, der nicht mehr Freund ist, zum Feind erklärt.

Premierminister Chirac hat zur Abwehr des Feindes die innere Mobilmachung ausgerufen. Die Armee ist seit 24 Stunden in Frontstellungen gegangen, zur Sicherung der Grenzen. Auf den Flugplätzen sind Paßkontrollen obligatorisch. Es herrscht Visazwang, ausgenommen sind nur Bewohner der EG-Länder und der Schweiz.

Unmut bei den Zoll- und Paßstellen. Über Nacht sind von Beamten aus den umliegenden Ausländerbehörden und dem Quai d'Orsay provisorische Schalter eingerichtet worden. Sie erteilen Visa für die Reisenden, die von den französischen Anti-Terror-Maßnahmen überrascht wurden. Vorläufig, für 14 Tage, bis die Konsulate den Ansturm bewältigen.

Die Regierung in Paris weiß, entschlossenes Handeln allein genügt nicht, sie muß bald Erfolge vorweisen. Die Franzosen sind überreizt. Dies in der Kontrolle zu behalten ist wohl die schwierigste Aufgabe von Jacques Chirac.

Das beweist auch die anfangs erwähnte Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur AFP: Der Sprecher von Antenne 2 mußte sich nämlich korrigieren. Minuten nach der Schreckensmeldung über ein neues Attentat auf dem Boulevard St. Michel hieß es abschwächend: „Es war wieder einmal ein Fehlalarm, wie ihn Paris heute hundertfach erlebte.“



Die Innenstadt von Paris: Nach den Bombenanschlägen kontrolliert die Sicherheitspolizei Taschen und Handgepäck der Passanten FOTO: DPA

Gesamtschule in Dormagen nahm Unterricht auf

dpa/DW. **Dormagen**

Gestern hatte das Provisorium in Dormagen endlich ein Ende. Erleichtert und mit einer gewissen Portion Neugier machten sich denn auch die *Kinder am Morgen auf den Weg in die* Gesamtschule. Das spontan organisierte einwöchige, außerschulische Ersatzprogramm wurde jetzt durch geordnete Unterrichtsformen ersetzt.

Die Eltern der betroffenen 116 Schüler, die diesen Schultyp für ihre Sprösslinge ausgesucht und trotz des monatelangen Streits an ihrer Entscheidung festgehalten hatten, machten bereits am Vorabend des ersten Schultages ihrer Erleichterung lautstark Luft. Mit Jubelrufen und Applaus begleiteten die Anwesenden am Montagabend die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses im Rat der Stadt Dormagen. Dieser hatte mit den Stimmen von SPD und Grünen und überraschend auch denen des Zentrums beschlossen, die umstrittene Schule einzurichten.

Die drei Zentrumsabgeordneten machten damit einem Streit ein Ende, der nicht zuletzt durch ihren früheren Sinneswandel ausgelöst worden war. Im Dezember 1985 hatten sie mit SPD und Grünen für die Errichtung gestimmt. Im März schlugen sie sich auf die Seite der Gesamtschulgegner innerhalb der CDU und brachten den Beschluß wieder zu Fall. Ihren neuerlichen schulpolitischen Salto schließlich begründete einer ihrer Sprecher damit, man wolle dem für Kinder und Eltern „zutiefst ungerechten und unchristlichen Zustand ein Ende" bereiten.

Bauherren sahen sich in den Ruin getrieben

Erwerber-Gemeinschaft belastet die Neue Heimat

DIETHART GOOS, **Bonn**

Erstmalig hat der Untersuchungsausschuß Neue Heimat gestern Zeugen gehört, die durch Geschäftspraktiken des gewerkschaftseigenen Baukonzerns schwere wirtschaftliche Nachteile erlitten haben. Dabei ging es um den Erwerb von Eigenheimen der Neuen Heimat in Bremerhaven.

Auf Anzeigen meldeten sich dort Interessenten, die mit der NH Kaufverträge abschlossen. Obwohl kein Eigengeld vorhanden, sei es von der Neuen Heimat in den Verträgen ausgewiesen worden. Offenbar konnte das Unternehmen nur auf diese Weise öffentliche Mittel für Zins- und Tilgungshilfe und Restgeldfinanzierung beschaffen. Später habe – so die Darstellung – die Neue Heimat ohne Wissen der Erwerber die Verträge geändert. Dadurch stieg für sie die vereinbarte monatliche Belastung von 700 bis 1000 Mark auf 1500 bis 2000 Mark und mehr. Der Anwalt der Erwerber berichtete, von 90 seiner Mandanten seien 40 wirtschaftlich gefährdet. 15 Häuser wurden bereits versteigert.

Die im Untersuchungsausschuß schon mehrfach kritisierte Verkaufspraxis der Neuen Heimat hat zu neuen Kontroversen geführt. Aus Unterlagen des Ausschusses geht hervor, daß die Neue Heimat seit 1982 etwa 25 000 Sozialwohnungen zum Preis von fast 1,1 Milliarden Mark an die Gewerkschaftsunternehmen „BG-Immobilien Gesellschaft" (BGI) und „Vermögensholding und Unternehmensbeteiligungsgesellschaft" (VHU) veräußert hat.

Nicht nur diese umfangreichen Transaktionen, sondern auch die Preisgestaltung stießen auf heftige Kritik von Ausschußmitgliedern. So rügte der CDU-Abgeordnete Johannes Gerster, daß die Neue Heimat ihre Wohnungen zum Quadratmeterpreis von 700 Mark an die BGI abgab, während NH-Mieter beim Eigenerwerb ihrer Sozialwohnungen der Neuen Heimat 1300 bis 1700 Mark pro Quadratmeter zahlen müssen.

Zu dieser Kritik erklärte NH-Sprecher Hermann Boekholt, bei einem Blockverkauf von Wohnungen sei ein erheblicher Preisnachlaß üblich.

Tschernobyl zeitigt internationale Aktivität

Wallmann will in Wien zwei Konventionen zur Sicherheit bei Reaktorunfällen zeichnen / Moskau kooperationsbereit

DIETHART GOOS, **Bonn**

Fünf Monate nach dem verhängnisvollen Reaktorunglück im sowjetischen Tschernobyl nahe Kiew wird die *Internationale Atomenergie-Kommission* (IAEO) in Wien auf einer Sondergeneralkonferenz vom 24. bis 26. September praktische Konsequenzen aus der Katastrophe ziehen. Bundesumweltminister Walter Wallmann, der die Bonner Delegation leitet, rechnet mit wichtigen Entscheidungen für die internationale Zusammenarbeit und größtmögliche Sicherheit kerntechnischer Anlagen.

So werden sich am Mittwoch nächster Woche Delegationen aus etwa 70 Staaten zu der Wiener Konferenz mit dem Thema „Maßnahmen zur Stärkung der internationalen Kooperation in kerntechnischer Sicherheit und im Strahlenschutz" treffen. Bei insgesamt 112 Mitgliedsstaaten der IAEO ist diese hohe Beteiligung ungewöhnlich.

Bereits wenige Tage nach der Reaktorkatastrophe hatte Bundeskanzler Helmut Kohl ein internationales Expertentreffen vorgeschlagen und fand mit diesem Plan in Ost und West schon schnell großen Widerhall.

Nach Eingangserklärungen des österreichischen Außenministers Peter Jankowitsch und des IAEO-Generalsdirektors Hans Blix zu Konferenzbeginn werden alle Delegationsleiter – Wallmann eröffnet die Rednerliste – im Namen ihrer Regierungen Erklärungen abgeben.

Den Konferenzteilnehmern liegt der Entwurf von zwei Konventionen vor, die in Wien verabschiedet werden sollen. Sie betreffen die Verpflichtung der Unterzeichnerstaaten zur frühzeitigen Unterrichtung von Nuklearunfällen sowie internationale und gegenseitige Hilfeleistung bei Reaktorunglücken oder radiologischen Notfällen. Wallmann wird beide Abkommen in Wien unterzeichnen. Sie sollen so schnell wie möglich mit entsprechenden Ratifizierungsgesetzen nationales Recht der Bundesrepublik Deutschland werden.

Ziele weiter gesteckt

Mit Beratung und Verabschiedung der beiden Konventionen ist die Aufgabe der IAEO-Sondergeneralversammlung nicht beendet. „Wien ist kein Schlußstein, sondern der Beginn eines weiteren Prozesses mit dem Ziel, höchstmögliche Reaktorsicherheit zu erreichen", versichert Wallmann. Ihm geht es darum, auf der Ebene der IAEO für alle Mitgliedsstaaten zusätzlich verbindliche Sicherheitsstandards der kerntechnischen Anlagen zu vereinbaren.

Beim Besuch in Moskau Anfang letzter Woche haben Wallmanns sowjetische Gesprächspartner die Bereitschaft zum Abschluß solcher Verträge signalisiert und sich auch mit Kontrollen ihrer Reaktoren durch die Wiener Kommission einverstanden erklärt.

Seine in Moskau gewonnenen Erkenntnisse faßte der Umweltminister mit diesen Worten zusammen: „Ich hätte eine solche positive Entwicklung seitens der Sowjetunion vor vier Wochen noch nicht für möglich gehalten. Offenbar habe das schwere Unglück bei den sowjetischen Verantwortlichen einen tiefen Umdenkungsprozeß ausgelöst."

Wie bekannt wurde, hat die Sowjetunion die Hälfte ihrer insgesamt 28 Kernreaktoren vom Tschernobyl-Typ RBMK nach der Katastrophe abgeschaltet und alle Anlagen einer gründlichen Sicherheitsrevision unterzogen. Außerdem ist geplant, die Risikoreaktoren durch ein Schutzgebäude (Containment) nach westlichem Vorbild zu sichern.

Westliche Experten äußern sich zufrieden über die sowjetische Kooperationsbereitschaft zur Verhütung neuer Katastrophen. Gelobt werden auch Großbritannien und die USA. Dagegen sieht Frankreich offenbar keine Veranlassung, die Sicherheit der eigenen Anlagen entsprechend den Vorstellungen der Bundesregierung zu optimieren.

Biblis unter der Lupe

Die von der Bundesregierung angebotene internationale Inspektion deutscher Kernkraftwerke beginnt im nächsten Monat. Sachverständige aus Schweden, den USA, Großbritannien und der „DDR" werden zunächst den Reaktor Biblis A untersuchen und noch vor Weihnachten ihren Bericht vorlegen. Es folgen dann die Kernkraftwerke Philippsburg und Krümmel. An dieser IAEO-Kontrolle sind deutsche Stellen nicht beteiligt. Wallmann begrüßte diese Inspektion: „Wir wollen ein klares Ergebnis über die Sicherheit unserer Reaktoren, damit die Verdächtigungen endlich aufhören."

Folgt Holik für Ruth?

Der Posten des Abrüstungsbeauftragten wird neu besetzt

Co. **Bonn**

Der in der gegenwärtigen Phase der West-Ost-Beziehungen besonders wichtige Posten des Abrüstungsbeauftragten der Bundesregierung wird demnächst neu besetzt werden. Friedrich Ruth, der dieses Amt neuneinhalb Jahre lang innegehabt hat, soll als Botschafter nach Rom gehen und dort Lothar Lahn ablösen, der die Altersgrenze erreicht.

Als Ruths möglicher Nachfolger ist der Bonner Delegationsleiter bei den Wiener Truppenreduzierungsverhandlungen (MBFR), Josef Holik, im Gespräch.

In der Bundeshauptstadt sowie in den Regierungskanzleien des Westens und des Ostens hat sich der 59jährige Berufsdiplomat Ruth (Mitglied der CDU) seit langem den Ruf eines erstklassigen Experten erworben. Als enger Mitarbeiter von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat Ruth dem sozialdemokratischen Kanzler Helmut Schmidt ebenso loyal gedient wie dessen Nachfolger Helmut Kohl. Mit besonderem Engagement hat er sich von Anfang an für die Realisierung des NATO-Doppelbeschlusses eingesetzt. *Das hinderte ihn allerdings nicht daran*, in sachlicher und kooperativer Weise regelmäßige Konsultationen *mit den Abrüstungsfachleuten der* Sowjetunion, der „DDR" und anderer Ostblockregierungen zu führen.

Mit dem 55jährigen, aus Tetschen im Sudetenland stammenden, Josef Holik steht ein Kandidat für Ruths Nachfolge bereit, der die Abrüstungs- und Rüstungskontroll-Materie ebenfalls professionell beherrscht. Er lernte sie – nach wertvollen Erfahrungen an der Botschaft in Moskau – als stellvertretender Leiter des NATO-Referats, Leiter des Referats Sicherheit und Abrüstung in Europa und dann als Stellvertreter des Abrüstungsbeauftragten Ruth im Auswärtigen Amt gründlich kennen. Dem Wechsel muß das Kabinett noch zustimmen.

„Ohne Ausländer geht es nicht"

D. G. **Bonn**

Trotz der hohen Arbeitslosenrate kann die Bundesrepublik Deutschland nicht auf ausländische Beschäftigte verzichten. Zu diesem Ergebnis kommt ein Bericht, den die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Liselotte Funcke, gestern vorgelegt hat. Die FDP-Politikerin bezeichnete die Behauptung als irrig, ausländische Arbeitnehmer würden den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen.

Mit etwa 4,4 Millionen Personen stelle die ausländische Bevölkerung einen beachtlichen volkswirtschaftlichen Faktor dar. In Bereichen wie Hoch- und Tiefbau, Bergbau, Schwerindustrie, Fahrzeugmontage und Gastronomie könne auf sie nicht verzichtet werden. Auch sei von 1988 an mit einer Abnahme der deutschen Arbeitnehmerschaft zu rechnen. Frau Funcke sprach sich für ungehinderten Nachzug von Ehegatten und Kindern sowie ein kommunales Wahlrecht aus. Ausweisung solle nur bei Schwerstkriminalität erfolgen.

Mannheims Bredouille mit der NPD

HARALD GÜNTER, **Stuttgart**

Gerhard Widder, Mannheims sozialdemokratischer Oberbürgermeister, ist fest entschlossen, es auch auf einen Prozeß ankommen zu lassen. Schließlich weiß er sich in diesem Fall mit allen Gemeinderatsfraktionen einig. „Die Verwaltung", hatte das Stadtparlament bereits am 10. Juni entschieden, „wird angewiesen, die Benutzung städtischer Räumlichkeiten oder Flächen durch die NPD, deren Gliederungen oder Mitglieder zu verhindern."

An diese Anweisung, die den Namen des Vorsitzenden Widder trägt, hat sich der Wahlbeamte Widder, zugleich oberste Liegenschaftsverwaltung, bis heute gehalten. Aber die NPD läßt nicht locker.

Sie will im „Rosengarten", dem nobelsten Kongreßzentrum Baden-Württembergs, ihren nächsten Bundesparteitag ausrichten. Wegen „Duldung und Förderung gesetzeswidriger Beschlüsse des Gemeinderats" hat sie inzwischen gegen Gerhard Widder beim Regierungspräsidium Karlsruhe eine Art Rechtsaufsichtsbeschwerde erhoben.

Dieser Streit ist kein Einzelfall. Immer wieder kommt es vor, daß Städte und Gemeinden sich weigern, öffentlichen Versammlungsraum für extremistische Parteien zur Verfügung zu stellen. Dabei bewegen sich die Kommunen allerdings juristisch auf dünnem Eis. Viele sind dabei schon eingebrochen, wie eine Reihe höchstrichterlicher Urteile ausweist.

In Mannheim begründen Oberbürgermeister und Gemeinderat ihr Haltung damit, daß die NPD eine „Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP" sei, für die das Gleichbehandlungsgebot des Grundgesetzes nicht gelten könne. Außerdem würde eine Vermietung an die NPD den Mannheimer „Rosengarten" zweckentfremden.

Gemäß Paragraph 10 der baden-württembergischen Gemeindeordnung, argumentiert Stadtrechtsdirektor Friedrich Metzger, erstelle eine Kommune derartige öffentliche Einrichtungen „für ihre Einwohner", nicht aber für jede beliebige Bundespartei.

Die kommunale Rechtsaufsicht sieht das anders. Grund: Nach dem Parteiengesetz sollen bei der Zuteilung von Einrichtungen oder öffentlichen Leistungen „alle Parteien gleich behandelt werden". Außerdem schreibt dasselbe Gesetz an anderer Stelle die Veranstaltung von Parteitagen vor.

CDU, SPD und FDP gehen dieser Verpflichtung regelmäßig im „Rosengarten" nach. „An der Pflicht der Stadt Mannheim zur Gleichbehandlung ist daher nicht zu rütteln", sagt Albrecht Quecke, Referatsleiter für kommunales Verfassungsrecht im Stuttgarter Innenministerium.

Die NPD, die bundesweit gut 6000 Mitglieder hat, kam bei der Bundestagswahl 1983 auf einen Stimmenanteil von 0,2 Prozent, bei der Europawahl steigerte sie sich auf 0,8 Prozent. In Baden-Württemberg beteiligte sich die Partei zuletzt 1980 bei einer Landtagswahl. Ergebnis: 0,1 Prozent.

Wir betrauern den Tod von

Dr. rer. pol. Bruno Blaschka

Mitglied des Vorstands und der Konzernleitung der PWA Papierwerke Waldhof-Aschaffenburg Aktiengesellschaft

Herr Dr. Blaschka verstarb im 59. Lebensjahr am 11. 9. 1986 an einer heimtückischen Krankheit, gegen die er bis zuletzt in heroischer Weise kämpfte.

PWA verliert mit dem Verstorbenen eine Persönlichkeit, die in fast 30 Jahren an allen unternehmenspolitischen Entscheidungen maßgeblichen Anteil hatte und der wir durch klugen Rat und klares Urteil viel verdanken. Mit unternehmerischer Weitsicht und Mut hat er die Voraussetzungen für die Fusion und damit für die PWA in ihrer heutigen Gestalt mitgeschaffen. Durch seine fachlichen und menschlichen Qualitäten erwarb sich Herr Dr. Blaschka in hohem Maße Wertschätzung und Respekt der Mitarbeiter und Geschäftsfreunde.

Auf ausdrückliche Bitte des Verstorbenen, der gewünscht hatte, in aller Stille diese Welt zu verlassen, zeigen wir seinen Tod erst nach der Beisetzung an, die am 16. September 1986 in Kirchdorf im engsten Familienkreis stattgefunden hat.

Raubling, am 17. September 1986

PWA PAPIERWERKE WALDHOF-ASCHAFFENBURG AKTIENGESELLSCHAFT

Aufsichtsrat
Vorstand
Gesamtbetriebsrat

Tief bewegt haben wir die Nachricht von dem plötzlichen Tod unseres

Vorstandsmitgliedes

Heinrich Boogen

vernommen.

Herr Boogen war fast zwei Jahrzehnte die tragende Säule des Unternehmens, dessen heutige Substanz und Struktur im wesentlichen sein Werk sind.

Seine absolute Vertrauenswürdigkeit, seine Zuverlässigkeit und seine Loyalität waren beispielhaft. Mit dem Verstorbenen hat uns auch ein Freund verlassen, der in seiner Persönlichkeit nur schwer zu ersetzen ist.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Peipers
Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat und Vorstand

Siegen, den 17. September 1986

Nach schwerer Krankheit verstarb am 14. September

Jörn Pfab

Bildhauer

geboren 6. März 1925

Er war die Erfüllung meines Lebens.

Dr. Fotini Pfab geb. Djelar-Oglou
im Namen aller Angehörigen

2000 Hamburg 13, St.-Benedict-Str. 5

Auf Wunsch des Verstorbenen findet die Beisetzung in aller Stille statt. Anstelle zugedachter Blumen bitte eine Spende an die „Gesellschaft für Metallskulpturen-Unikate", Vereins- und Westbank Hamburg, BLZ 200 300 00, Kto. 60 067.

Bitte keine Besuche.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

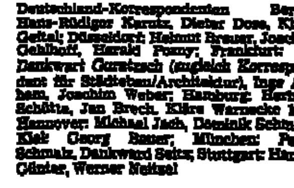
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

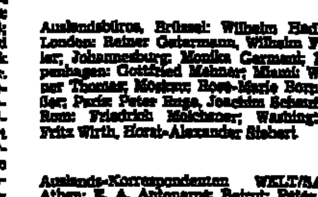
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad



Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb



Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/33, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

China setzt Akzente in Mittel- und Südamerika

Rivalität der Supermächte fordert heraus / Der Handel lockt

JOCHEN HEHN, Hongkong

Um das Ansehen der Völker der Dritten Welt zu gewinnen, und seine Position in der internationalen Politik zu stärken, bezeichnet sich die aufstrebende Weltmacht China gern als „Entwicklungsland“ und betont, daß sie niemals eine „Supermacht“ wie die Sowjetunion oder die USA werden wolle.

Ungeachtet dieser bescheidenen Einordnung in die Hierarchie der Nationen der Welt ist Peking unauffällig, aber stetig darum bemüht, auf der Weltbühne der Politik einen wichtigeren Part zu spielen. Auf dem Weg dorthin hat es nicht nur sein Verhältnis zu den beiden Supermächten entspannt und weitgehend normalisiert, sondern auch eine Vielzahl von Kleinstaaten – vor allem im angrenzenden weiten pazifischen Raum – umworben.

Wie im Falle Nicaraguas ist China dann auch zu finanziellen Opfern bereit: Trotz eigener Devisenknappheit sagte es Managua anläßlich des Peking-Besuchs von Präsident Daniel Ortega eine Soforthilfe in Höhe von 20 Millionen US-Dollar zu, die zinsfrei gegeben wird.

Die Gespräche mit Ortega zeigen, wie China seine außenpolitischen Akzente setzt. So ließen seine Gesprächspartner wissen, daß China prinzipiell jede Einmischung der Supermächte in die Angelegenheiten anderer Staaten bekämpfe und daher den Sandinisten – wenn nicht mit Waffen, so doch finanziell – in ihrem Kampf gegen die von Washington unterstützten Contras helfe.

Sieht China sein Engagement in der mittelamerikanischen Krisenregion vor allem durch die Rivalitäten der Supermächte herausgefordert, so stehen in seinen Beziehungen zu den lateinamerikanischen Staaten – mit Ausnahme von Paraguay und Uruguay, die als einzige noch Taiwan anerkennen – mehr wirtschaftliche Interessen im Vordergrund.

Zhaos Reise

Die Reise des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang Ende letzten Jahres hat da viel Bewegung in die Beziehungen zwischen China und Lateinamerika gebracht, die zwar zusammen über 30 Prozent der Weltbevölkerung und über 20 Prozent der Landmasse verfügen, deren bilateraler Handel bis dahin jedoch weniger als ein Prozent des Welthandels ausmachte.

Engere Wirtschaftsbeziehungen streben China und Lateinamerika nun in einem Handel auf Tauschbasis an, der für beide Seiten von Vorteil sein könnte, weil dadurch die Zahlung in Devisen vermieden werden kann. Diesem Tauschhandel werden auch deshalb gute Chancen eingeräumt, weil China und Südamerika über sehr unterschiedliche Naturvorkommen verfügen.

Besonders weit hat China seine Fühler in den pazifischen Raum ausgestreckt. Dabei ist festzuhalten, daß es Pekings Diplomaten in einer langwierigen und mühevollen Kleinarbeit gelungen ist, das traditionelle Mißtrauen der südostasiatischen Staaten gegenüber China abzubauen.

Nicht länger Störenfried

Zwischen China und der Asean beispielsweise werden heute kaum mehr politische Differenzen, Furcht von kommunistischer Subversion oder ethnische Unvereinbarkeiten angesprochen. Vielmehr ist von gegenseitiger Achtung der Unabhängigkeit und spektakulären Zuwachsraten im beiderseitigen Handel die Rede.

Mit Ausnahme von Indonesien, das Peking immer noch mißtraut und zu ihm auch keine diplomatischen Beziehungen unterhält, gilt China heute bei den meisten Staaten nicht mehr als der Störenfried, der versuchte, die chinesische Revolution in die benachbarte Region zu exportieren, indem es Guerrillas unterstützte.

Chinas Diplomatie des Lächelns, in ideologiefreier Verpackung präsentiert, hat offenbar auch die Staaten im Südpazifik überzeugt. Ihnen gegenüber erklärte der chinesische KP-Generalsekretär Hu Yaobang bei einer Besuchstour vor Jahresfrist, China habe nicht die Absicht, eine militärische Rolle im Südpazifik zu spielen. Der Südpazifik gehöre den Ländern und Völkern dieser Region.

Aus Hu Yaobangs Versicherung, Peking hege auch keinerlei Absicht, mit anderen Ländern (das heißt den Supermächten) zu konkurrieren, sollte jedoch nicht ein Prinzip des Nichthandelns herausgelesen werden.

Intensive Kontakte zu Australien, Neuseeland, aber auch zu kleinen Inselstaaten wie Westsamoa, Fidschi und Papua-Neuguinea weisen darauf hin, daß Chinas Diplomatie des Lächelns auch offensive Züge trägt, dann nämlich, wenn es darum geht, die Ambitionen der Sowjetunion im Pazifik-Raum zurückzudrängen.

Die Kernkraft könnte Koalition in Rom sprengen

SAD, Rom

Wann immer Gino di Tacco zur Feder greift und einen Aufsatz für das sozialisitsche Parteiblatt „Avanti“ schreibt, nehmen ihn Politiker aller Schattierungen genau unter die Lupe. Denn hinter diesem Namen verbirgt sich kein geringerer als der italienische Sozialistenchef und Ministerpräsident Bettino Craxi.

Kein Wunder also, daß auch die jüngste Analyse Craxis Beachtung fand. Denn er bezog in einer wichtigen Frage Stellung, der er bisher aus dem Weg gegangen war. Er sprach sich gegen die Kernenergie und den Bau neuer Kernkraftwerke aus – in Italien sind vier in Betrieb. Aufs neue hat er damit die Diskussion über den Fortbestand der Fünf-Parteien-Koalition entfacht.

Craxi, der aufgrund einer Koalitionsabsprache das Amt des Ministerpräsidenten im Frühjahr an einen Christdemokraten abgeben muß, will sich auf einen Kompromiß nicht einlassen: Er warnte seine christdemokratischen Koalitionspartner davor, daß eine Fortsetzung der Atomdiskussion „auf diese Art und Weise einen offenen politischen Konflikt auslösen“ könnte.

Damit stellte sich Craxi vor seinen engsten Vertrauten, den sozialistischen stellvertretenden Parteichef Martelli, der sich für die Anwendung anderer Energiequellen ausgesprochen hatte. Eine ähnliche Position bezogen auch die italienischen Kommunisten. Das veranlaßte einige Kommentatoren zu der Feststellung, daß „die beiden Linksparteien zum erstenmal seit vielen Jahren in einer wichtigen Sachfrage einer Meinung sind.“

Christdemokraten und Republikaner dagegen sind für den Bau von Kernkraftwerken. Der Generalsekretär der Democrazia Cristiana, Ciriaco de Mita, sagte kürzlich, daß „wir uns von der Angst nicht verleiten lassen dürfen“. Auch der republikanische Verteidigungsminister Spadolini hat betont, daß das Rad der Entwicklung nicht zurückgedreht werden könne.

Dieser Schlagabtausch findet vor dem Hintergrund zunehmender Aktivitäten der Atomgegner statt: Verschiedene Gruppen haben angekündigt, daß sie am 11. Oktober die vier Kernkraftwerke blockieren und zum Stillstand bringen wollen. Am Montag kam es zu einem Zwischenfall in Anzio südlich von Rom, als Greenpeace-Aktivisten ein Schiff mit Atommüll in ihre Gewalt zu bringen versuchten.

Beatrix: Einigkeit der NATO brachte Moskau an den Verhandlungstisch

Hoffnung auf „stabileres“ Verhältnis zwischen den Supermächten / Thronrede der Königin

HELMUT HETZEL, Den Haag

Zu mehr Toleranz im gesellschaftlichen Umgang miteinander und Mut beim Lösen der sich heute in vielen Bereichen stellenden Probleme rief die niederländische Königin Beatrix ihre 14 Millionen Mitbürger in ihrer traditionellen Thronrede auf, die de facto eine Regierungserklärung der amtierenden christlich-liberalen Koalition ist, und auch im Zeichen des 450. Todestages des Rotterdamer Philosophen Erasmus stand.

Einmal mehr zeigte sich die Notwendigkeit solcher Appelle. Denn direkt vor dem königlichen Palast in Amsterdam hatte die Polizei nur Stunden vor der Thronrede eine Bombe entdeckt. Den Sicherheitskräften gelang es gerade noch rechtzeitig, sie zu entschärfen. „Vor allem die Politiker“, so der eindringliche Appell der Königin, „könnten diese Toleranz, für die Erasmus sich so vehement einsetzte, mit Leben füllen.“

Wichtiger Bestandteil der Thronrede war das noch für dieses Jahr geplante Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan und dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow. Die Begegnung müsse dazu beitragen, daß das Verhältnis zwischen den Supermächten in Zukunft „ein stabileres“ werde.

Die Haager Regierung werde auch künftig innerhalb des Atlantischen Bündnisses alles tun, was zu schnellen und greifbaren Resultaten und bindenden sowie überprüfbaren Vereinbarungen zwischen Ost und West führen könne. Es sei jedoch die Einigkeit der NATO gewesen, die dazu beigetragen habe, daß die Sowjetunion schließlich wieder an den Verhandlungstisch zurückgekehrt sei. Aus diesem Grund könne man auch nicht von der Erhöhung der Verteidigungsausgaben im kommenden Jahr absehen. „Das“, so die Königin, „muß uns unsere Freiheit wert sein.“



Königin Beatrix ermahnt ihre Mitbürger zu Toleranz FOTO: DPA

Auf Südafrika eingehend führte die Monarchin aus, daß Den Haag alles unterstützen werde, was auf friedlichem Wege „die Abschaffung der Apartheid“ herbeiführen könne.

Königin Beatrix, die wie üblich zusammen mit ihrem Gatten Prinz Claus in der berühmten „Goldenen Kutsche“ den Weg zum Parlament unter den Jubelrufen von Zehntausenden Niederländern und unter starken Sicherheitsvorkehrungen quer durch die Haager Innenstadt zurücklegte, schnitt auch andere heikle Themen an. So die des Ausbaus der Kernenergie. Hier forderte sie eine Denkpause.

Im sozial-ökonomischen Teil ihrer Ausführungen plädierte die Monarchin für den beschleunigten und längst überfälligen Ausbau des europäischen Binnenmarktes. Die einzelnen EG-Mitgliedstaaten seien alleine viel zu schwach „die technologischen und industriellen Herausforderungen unserer Zeit anzunehmen“. Sie setzte sich auch nachdrücklich für das Recht der Schwachen ein, die einen Anspruch auf staatliche Versorgung hätten.

Damit der Staat diesen Anspruch aber auch einlösen könne, seien solide Staatsfinanzen unverzichtbar. Die Mitte-Rechts-Regierung müsse daher weiter auf Sparkurs bleiben, und auf Grund des Gaspreisverfalls, der dem niederländischen Fiskus im kommenden Jahr zwölf Milliarden Gulden weniger einbringen wird, sei eine Mehrwert- und Benzinsteuererhöhung jetzt unvermeidlich.

Da die niederländische Wirtschaft aber insgesamt wieder in Schwung gekommen sei, stünden die Chancen gut, daß in den kommenden vier Jahren die Arbeitslosigkeit, derzeit 670 000 oder zwölf Prozent, wesentlich stärker als bisher zurückgehen könne.

Kreml-Rakete in China abgestürzt

rtr, Washington

Eine sowjetische U-Boot-Rakete ist nach amerikanischen Informationen in China eingeschlagen, nachdem sie bei einem Übungsschießen in der Barents-See vom Kurs abgekommen war. Die „Washington Post“ berichtete gestern unter Berufung auf Kongreß- und Geheimdienstkreise, die Rakete des Typs SSN-8 sei fast 2500 Kilometer vom Zielgebiet Kamtschatka entfernt in der Nähe des Grenzflusses Amur heruntergekommen. Unbekannt sei, warum die Rakete nicht in der Luft zerstört worden sei und ob chinesische Stellen Trümmer oder den Übungsgefechtskopf geborgen hätten.

SS 20 blockieren Genfer Gespräche

DW. Genf/Washington

Die amerikanisch-sowjetischen Expertengespräche in Genf über ein Atomtestverbot erzielten nach Meinung des sowjetischen Delegationschefs, Petrossjants, keine Fortschritte. Als dennoch „nützlich“ bezeichnete der amerikanische Sprecher, Henze, die Unterredung. Ein Abrüstungsabkommen wird nach Meinung von Kenneth Adleman, Leiter der US-Behörde für Rüstungskontrolle, dadurch behindert, daß die Sowjets Abrüstungsmaßnahmen in Asien ablehnen. Ein Abkommen, das die dortigen SS-20-Raketen ausschließe, bringe keine Sicherheit, da man sie schnell nach Europa transportieren könne.

Aquino-Mord wird neu verhandelt

rtr/dpa, Manila

Ein Gericht in Manila hat gestern die Verhaftung von 26 Personen angeordnet, die in dem Prozeß um die Ermordung des philippinischen Oppositionspolitiker Benigno Aquino freigesprochen worden waren. Darunter ist auch der ehemalige Stabschef der Streitkräfte, General Ver. Ein neues Verfahren soll eröffnet werden. Präsidentin Corazon Aquino besucht derzeit zum ersten Mal seit ihrem Amtsantritt die USA. Im Mittelpunkt ihrer Gespräche mit Präsident Reagan, Politikern des Kongresses und Weltbank-Präsident Conable wird die schlechte Wirtschafts- und Finanzlage der Philippinen stehen.

„Daniloff muß jetzt schnell freikommen“

rtr/SAD/DW. Washington

Die USA haben Moskau davor gewarnt, daß weitere Verzögerungen bei der Lösung des Falls Daniloff das Verhältnis zwischen den Supermächten belasten würden. Präsidialamtssprecher Larry Speakes sagte in Washington, die Verhandlungen seien gegenwärtig festgefahren. Die EG protestierte unterdessen gegen die Behandlung des 51jährigen Journalisten und forderte seine freie Ausreise aus der UdSSR. Wenn sich Außenminister Shultz am Freitag mit seinem sowjetischen Kollegen Schewardnadse trifft, wird jetzt nicht nur der Termin eines neuen Treffens Reagan–Gorbatschow im Mittelpunkt stehen, sondern auch die Frage, wann es Daniloff erlaubt sein wird, die US-Botschaft in Moskau zu verlassen.

Präsident Reagan verteidigte sich gegen den Vorwurf, er habe dem Druck Moskaus nachgegeben, indem er zuließ, daß der in New York als Spion verhaftete sowjetische UNO-Angestellte Gennadi Sacharow der Obhut seiner Botschaft überstellt wurde. Er habe in keinem Moment „geschwankt“. Das sei auch die Haltung aller Regierungsmitglieder gewesen. Reagan sagte, für ihn sei Daniloff nach wie vor eine „Geisel“.

Jeder will doch entweder nach Florida fliegen, oder er fährt mit seiner Frau, die später an Malaria erkrankt, nach Kenia" – mit diesen sarkastischen Worten kritisiert Hermann Josef Abs im zweiten Teil des großen WELT-Interviews die Reiselust der Deutschen, die in diesem Jahr 35 Milliarden Mark ins Ausland tragen. Positiv fällt sein Urteil über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Bonner Regierung aus. In dem Interview, das Herbert Kremp und Manfred Schell führten, äußert der Bankier Sorgen über das Verhältnis der Parteien zueinander und zum Staat: Mehr Gemeinsamkeit wäre besser.

„Die Wirtschaft kennt kein Wunder. Die Deutschen hatten einfach Mut“



Hermann Josef Abs in seinem Büro im 29. Stockwerk der Deutschen Bank. Der Ehrenvorsitzende des Aufsichtsrats arbeitet mit Vorliebe am Stehpult. FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Abs über Bonn: Konsens der Großen – was sonst?

WELT: *Die Deutschen sind wieder sehr optimistisch – im Unterschied zur Zeit früherer Regierungen. Es geht ihnen sichtlich gut. Die Sozialausstattung in der Bundesrepublik Deutschland ist gut, das Lohn- und Gehaltsniveau außerordentlich hoch. Hoch sind aber auch die Belastungen für die Unternehmen. Können wir uns einen derartigen Höhenflug auf Dauer leisten?*

Abs: Das möchte ich mit dem einfachen Wort Nein beantworten. Denn es ist ja schon errechnet, daß die heute bei 19,2 Prozent liegende Beitragsbelastung für die Rentenversicherung, die je zur Hälfte vom Arbeitgeber und vom Arbeitnehmer zu tragen ist, nach dem Verlauf der demographischen Entwicklung zukünftig erheblich angehoben werden müßte. Das beantwortet die Frage. Das spricht aber auch dafür, daß nicht nur in der Außenpolitik, sondern in entscheidenden Fragen der Sozialpolitik ein Einverständnis zwischen Regierung und Opposition herbeigeführt werden müßte. Statt dessen gibt es nur fruchtlose Streitgespräche.

WELT: Wenn Sie jetzt sagen, Herr Abs, daß sowohl in der Außenpolitik wie auch in wichtigen Punkten der Sozialpolitik ein Konsens zwischen Opposition und Regierungslager hergestellt werden müßte, dann votieren Sie ja eigentlich für eine Große Koalition. Warum eigentlich? Politische Entscheidungen kommen doch im Streit zustande.

Abs: Der Streit kommt wieder; es gibt ja auch Streit in jeder einzelnen Partei. Man kann sich allerdings längstens *eine Legislaturperiode lang* streiten, das wären vier Jahre. Aber wenn Sie wichtige Gesetze auf der *Basis des Konsenses machen wollen* – ich halte das für notwendig –, dann braucht man diese vier Jahre, um Gesetze vorzubereiten, auf die man sich verständigen will. Natürlich – es muß eine gemeinsame politische Grundlage geben, auf der man eine Koalition bildet.

WELT: Also Konsens, Koalition der wichtigen Parteien auf wichtigen Gebieten. Ist das der politische *Ratschlag, den Sie für die Situation* heute geben? Halten Sie die großen Parteien für koalitionsfähig?

Abs: *Ja, denn* was wäre die Alternative? Ich gehe nicht davon aus, daß die FDP mal dieser, mal jener großen Partei zur Regierungsmehrheit verhilft. Ich glaube an die Standfestigkeit gewisser Männer dort, die sich nicht, wie im Oktober 1969, leichtfertig dafür gewinnen lassen, mit der SPD eine Koalition zu bilden. Ich kann nur sagen, wie ich es sehe, und muß hinzufügen, daß ich kein Politiker bin und nie im Leben einer Partei angehört habe. Aber stellen Sie sich doch einmal vor, es käme 1987 zu einer rot-grünen Koalition à la Hessen im Bund. Nun, wir haben zwar Herrn Rau, den ich gut kenne und schätze, aber nach der Wahl in Niedersachsen hat er im Fernsehen gesagt: Wir haben die Mehrheit um nur einen Sitz verfehlt. Er hat also ein Zusammengehen von SPD und Grünen ins Kalkül gezogen und damit seine früheren Erklärungen selbst überholt. Das war eine echte, spontane Aussage, auch wenn manche sagen, man solle sie nicht ernst nehmen.

Gerade hatten wir den bezeichnenden Streit um die Besetzung des Vorstandes beim Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk. Ich war selber dabei, zwar nur als Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates. Aber ich kenne mich gut aus, denn ich habe 1974 mit den Kommunen die Vereinbarung über das Berufungsverfahren des Vorstandes für das gemischte Unternehmen, gemischt zwischen Anteilseigner-Vertretung, der öffentlichen Hand – Landkreis und Städte – *und der Arbeitnehmer-Vertretung,* getroffen.

Nun plötzlich sollte unter politi*schem Vorzeichen ein gegenüber der* Kernkraft kritisch eingestellter Kandidat in den Vorstand hineinbugsiert werden, entgegen dem Willen des dafür berufenen Gremiums, das einen anderen Vorschlag gemacht hatte. Der Aufsichtsrat hat seinen Willen durchgesetzt und Oberstadtdirektor Herbert Krämer mit 15 gegen vier Stimmen – das ist eine klare Zwei-Drittel-Mehrheit – gewählt.

Abs über Erhard: Er war zu gut für diese Welt

WELT: Noch einmal zur Großen Koalition. Ihr wurde Ludwig Erhard geopfert. Der Wirtschaftsminister war nicht Adenauers Wahl. Gehörte zu seinen Favoriten nicht Finanzminister Franz Etzel, an den sich heute kaum noch jemand erinnert?

Abs: Ja, Adenauer hatte vier, fünf Leute im Auge, und Herr Etzel war sehr stolz, daß er dazugehörte.

WELT: Zu Ihren Gemeinsamkeiten mit Adenauer gehörte ja auch die Ablehnung eines Bundeskanzlers Ludwig Erhard. Ist das richtig?

Abs: Damit kommen wir zum Ernst der Sache. Kurz vor seinem Tode bat mich Adenauer zu sich. Ich kletterte die Treppe in Rhöndorf hoch. Adenauer begrüßte mich mit den Worten: *Na, Herr Abs, habe ich nicht* recht gehabt mit meiner Kritik an Herrn Erhard? Ich antwortete: Herr Bun*deskanzler, was haben Sie eigentlich* Positives für Ihre Nachfolgeschaft getan?

Da sagte Adenauer: Nehmen Sie Kaffee oder Tee?

Ich: Gerne Kaffee.

Er: Aber Herr Abs, sonst nehmen Sie doch immer Tee, das ist für Ihre Gesundheit doch sicher besser.

Ich: Nein, heute Kaffee.

Er: Kommen Sie rein, ich habe beides.

Dann fing er mit einer Tour d'horizon an, mit Rußland …

Ich: Moment, Herr Bundeskanzler, *Sie schulden mir eine Antwort.*

Er: Eine Antwort – auf was denn?

Ich: Ich hatte Sie gefragt, was Sie Positives für Ihre Nachfolgeschaft getan haben.

Dann wurde Adenauer sehr ernst, das einzige *Mal,* daß ich das erlebt habe, und er gab zu, daß er hier einen Fehler gemacht hat. Ich war in dem Gespräch sehr offen, ich hatte ja nichts zu verlieren. Wir sprachen nicht über Namen. Adenauer sagte, es sei schlecht, einen „Kronprinzen“ zu ernennen, bei Churchill sei das mit Anthony Eden schiefgegangen. Demgegenüber schlug ich vor, er solle Mitgliedern seines Kabinetts oder Politikern seiner Partei deutliche Zeichen seiner Anerkennung und seines Wohlwollens geben, damit sich in der Öffentlichkeit die Meinung bilden könne, nach Adenauer gebe es nicht eine, sondern mehrere Persönlichkeiten, die fähig seien, sein Werk fortzusetzen. Aber er hat genau das Gegenteil getan. Zunächst hatte er Hermann Ehlers im Sinn, das war eine große Begabung, dann den schon erwähnten Etzel, sogar bei dem damaligen Wohnungsbauminister Lücke fragte er nach. Er begrüßte den Gedanken an Erhard, um ihn schließlich wieder zu verwerfen.

WELT: Was bewunderte er und *was kritisierte er an Erhard?*

Abs: Adenauer bewunderte an Erhard die traumwandlerische Sicherheit, *mit der er die soziale Marktwirtschaft* verkündete und verteidigte. Etwas anderes ist aber, den Gebrauch der *Macht* zu beherrschen. Erhard mußte als Kanzler versagen, weil er kein Verhältnis zur Macht hatte. Das *ist der einzige Vorwurf, den ich* Erhard machen kann. Aber er hatte Mut – das hat Adenauer mir gegenüber *bestritten. Ich habe viel mit ihm dis*kutiert, weil ich für Erhard eintrat trotz meiner Skepsis, ob er der geeig*nete Kanzler sei.*

WELT: Wie beurteilen Sie die Gründe für Erhards Sturz 1966?

Abs: Ich habe mit ihm noch im letzten Augenblick der Krise gesprochen. Erhard wurde am 1. Dezember 1966 durch den Kanzler der Großen Koalition abgelöst. Kurz vorher war er noch in den USA, um die Amerikaner dazu zu bringen, die fälligen Stationierungskosten in Höhe von 3,2 Milliarden Mark zu stunden. Er ist damit gescheitert. Man hatte ihn nach Amerika geschickt, obwohl das Geld natürlich zur Verfügung stand. Die Bundesbank hatte es entgegen der allgemeinen Meinung, weil keiner die Bilanzen der Bundesbank oder die eigenen Statistiken der Bundesbank zu *lesen* versteht. Nach der *Krise sagte* der damalige Präsident Johnson zu seinem Finanzminister Henry H. Fowler: *Wir konnten Sie durch Ihr* Nein zum Sturz Erhards beitragen? Antwort Fowlers: „Mr. President, I *only did what you told me to do.*“ Das ist eine schöne Politik. Erhard war zu gut für diese Welt.

WELT: *Sie äußern sich skeptisch* über das politische Verfahren der Bundesregierung und über den *mangelnden Konsens* der *großen* Parteien auf verschiedenen Gebieten. Aber ist die Wirtschafts- und *Finanzpolitik der Bundesrepublik* Deutschland heute wieder auf dem richtigen Wege?

Abs: *Dazu sage ich eindeutig ja* – gerade nach den Attacken, die wir seitens des Präsidenten des amerikanischen Federal Reserve Board, Paul *Volcker, seit längerem vom amerika*nischen Finanzminister James Baker und einigen anderen Politikern drü*ben erleben. Reagan hat sich die* Vorwürfe an die Adresse der Europäer und der Deutschen noch nicht zu eigen gemacht. Wir sollen also, wie die Herren sagen, etwas tun, um die Wirtschaft anzukurbeln, das heißt auf deutsch, wir sollen eine kleine Inflation veranstalten. Das ist ein schlechter Ratschlag.

Natürlich sind *unsere* gewaltigen Außenhandelsüberschüsse für die Amerikaner schmerzlich, die ihrer*seits in diesem Jahr ein Außenhan*delsdefizit von schätzungsweise 130 bis 150 Milliarden Dollar erreichen werden. *Dazu kommt ein* erhebliches Defizit aus den Zinszahlungen für ausländische Börsenanleger und schließlich das Budgetdefizit von si*cher wiederum mehr als 200 Milliar*den Dollar. Das ist ein Problem, mit dem Amerika in erster Linie aus eige*ner Kraft fertigwerden muß. Die Lö*sung hängt nicht von unserem Entgegenkommen ab.

Ich halte also die Politik, wie wir sie im Augenblick treiben, für richtig, doch müssen wir dabei zwischen monetärer *Politik* und *Fiskalpoliktik* unterscheiden. Ich hätte es für besser gehalten, wenn die Steuerermäßigungen nicht *in zwei Stufen,* sondern in einem Schritt gewährt worden wären. Aber das ist ja jetzt nicht mehr zu korrigieren. *Mehr Kaufkraft* durch geringere Steuern und geringere Belastung der niedrigen und mittleren *Einkommen zu schaffen,* ist ein sehr wirksames Mittel, jedenfalls besser, als einen Schub über Lohnerhöhungen zu erzeugen. *Zwar steigt* die Sparquote, aber auch der Konsum nimmt zu. Dies wäre eine maßvolle Ankurbelung und würde damit auch dem gerecht, was draußen, vor allem in den USA, von uns erwartet wird.

Die monetäre Politik halte ich für richtig. Ich glaube, wir sollten an ihr *festhalten. Allenfalls* würde ich dazu raten, mit dem Lombardsatz ein halbes Prozent runterzugehen, denn der Lombardsatz *ist für die Kreditkondi*tionen wichtiger als der Diskontsatz. Der Diskontsatz selbst ist keine Indikation für den längerfristigen Zinssatz, für längerfristige Anleihen. Abgesehen davon sollte der Bund Bagatellsteuern beseitigen wie diese lächerliche Börsenumsatzsteuer, die die deutschen Banken zwingt, ihre Operationen in London abzuwickeln, wo sie steuerfrei sind, und nicht im Inland. Hier zeigt sich ein Mangel an Flexibilität.

WELT: Nun würde ja der Inlands*konsum auch wachsen, wenn die* Deutschen im Urlaub nicht so viel Geld ins Ausland tragen würden. *Die Deutschen reisen ja noch mehr* als die Amerikaner und Engländer. Damit fließt doch ein gewaltiger Betrag in den Konsum anderer Länder.

Abs: *Dazu möchte ich ein deutliches* Wort sagen. Die Deutschen werden in diesem Jahr vermutlich 35 Milliarden Mark für Auslandsreisen ausgeben. Denn jeder will doch entweder nach Florida fahren, um mit seinen Kindern dort Disney-Land zu besuchen, oder er fährt mit seiner Frau, die möglicherweise später an Malaria erkrankt, nach Kenia. Jeder soll seine Freude haben, aber ich halte das für übertrieben. Die Nachbarn bringen dann Bilder mit und schicken Ansichtskarten, was sie alles gesehen haben, vielmehr nicht gesehen haben, wo sie gewesen sind, und da muß ich auch hin. Hetzen von einem Platz zum anderen, ohne die Schönheit oder die Kunst oder die Landschaft oder das Volk oder irgendetwas kennenzulernen – *nichts.* Per saldo haben wir im Auslandsreiseverkehr immer noch 25 bis 26 Milliarden Defizit …

Abs über den DGB: Politik bedroht seine Einheit

WELT: Wir haben mehr Beschäftigung und gleichzeitig eine ziemlich stabile Arbeitslosigkeit. Ist der Weg, den die Bundesregierung jetzt geht, der einzige, der möglich ist, oder geben Sie den Politikern einen anderen Rat?

Abs: Wenn der Inlandskonsum steigt, werden mehr Menschen, die arbeiten wollen, Beschäftigung finden. Ich glaube, man sollte das Problem nicht nur von der Warte der 90 Prozent, die Arbeit haben, betrachten, und die dafür eintreten, das Problem der Unterbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich zu lösen. In Wirklichkeit *hängt* die Lösung davon ab, daß die Besitzer von Arbeitsplätzen denjenigen, die aufgrund der Zeitverkürzung Arbeitsplätze erhalten, Teile des Lohns überlassen. Das heißt, Arbeitszeitverkür*zung ist nur sinnvoll unter* Verzicht auf Lohn.

Das hat keiner klarer gesagt als *mein alter Freund, der Jesuit Oswald* von Nell-Breuning. Aber über diese vernünftige Schlußfolgerung gibt es wieder *keinen Konsens. Bei der letz*ten Bundestagswahl gaben IG-Metall, DGB und SPD die Losung aus: „Wir sind für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.“ Das ist natürlich billig. Wenn ich jedem alles gebe, was er verlangt, mache ich mir Freunde. Aber das ist keine volkswirtschaftlich vertretbare Richtung.

Diskutieren muß man auch über die Art und Weise, wie die Arbeitslosenstatistik geführt wird. Da kommen beispielsweise Neuanmeldungen von Leuten, die einmal beschäftigt waren, infolge Heirat aber eigentlich nicht mehr beschäftigt sein müssen, die vielleicht nur eine Halbtagsbeschäftigung suchen. Das geht alles in die Statistik ein. Wichtiger ist die Zunahme der Beschäftigtenzahlen. Das ist in vollem Gang. Daimler-Benz zum Beispiel hat in den beiden letzten Jahren eine beachtliche Zahl von neuen Arbeitsplätzen geschaffen. Die Beschäftigtenzahl zu messen, erscheint mir also wichtig; ihre Zunahme wird in letzter Zeit ja auch wirkungsvoller nach außen dargestellt.

WELT: Wenn man sich die demographische Entwicklung in der Bundesrepublik ansieht, das Nachwachsen schwacher Geburtenjahrgänge, dann stellt sich doch die Frage, ob in absehbarer Zeit nicht wieder alle länger arbeiten müssen. Graf Lambsdorff hat während eines Aufenthaltes in Tokio einmal gesagt, wir sollten uns zumindest auf diesem Gebiet an Japan ein Vorbild nehmen.

Abs: Ob Japan für uns Beispiel oder gar Vorbild sein kann, bezweifle ich. Dort wird man nicht so leicht arbeitslos, auch nicht bei Minderbeschäftigung. In den kleinen und mittelständischen Unternehmen herrscht eine familiäre Beziehung, die vieles aufsaugt. Bei den Großbetrieben ist das anders. Dort gibt es in Zeiten des Abschwungs auch Entlassungen, und zwar von solchen *Leuten,* die nicht fest angestellt sind. Da gibt es Unterschiede. Bei den Japanern ist eben *vieles anders,* man *müßte das genau*er untersuchen, aber sie imponieren allen Leuten, die dorthin reisen, über *die Maßen.*

WELT: Glauben Sie, daß die Gewerkschaften in dem Sinne, wie *Sie und Nell-Breuning denken,* überhaupt noch konsensfähig sind, oder gerät die Einheitsgewerkschaft *immer mehr in politisches* Fahrwasser?

Abs: Diese Gefahr ist sehr groß, aber *wir* sollten dennoch die Tatsache der Einheitsgewerkschaft begrüßen. Denken Sie an das abschreckende englische Gegenbeispiel, wo beim Schiffsbau 26 Gewerkschaften engagiert waren. Da brauchten nur die Schweißer zu streiken, dann lag der Bau still. Englische Reeder und große Ölgesellschaften gaben Aufträge nach Deutschland, weil hier die Ablieferungstermine pünktlich eingehalten wurden. Wir sollten also die Einheitsgewerkschaft haben, doch kann man verlangen, daß sie unpolitisch bleibt. Die Spaltung der Gewerkschaften würde nichts nützen, weil die einzelnen Teile dann in eine noch größere Parteinähe gerieten.

WELT: Aber hat der DGB die Grenze zur Parteipolitik nicht schon überschritten?

Abs: Die ist ständig überschritten – um so mehr muß man kämpfen. Ich kann nur sagen, was ich wünsche und worum zu kämpfen es sich lohnt.

Abs über deutsche Manager: Mehr Team als Tycoon

WELT: Deutsche Industrieprodukte genießen Weltgeltung, das deutsche Management nicht unbedingt. Womit erklären Sie dies, und gäbe es eine Empfehlung, die Sie deutschen Managern auf den Karriereweg geben wollten?

Abs: Ob diese These stimmt oder nicht, vermag ich nicht zu beurteilen. Ich glaube, daß man auch eine andere *Ansicht zu dieser Frage haben kann.*

Wenn Kritik geäußert wird, so verkennt man zum Beispiel die unterschiedliche Führung der *Industrie*-Unternehmen in anderen Ländern und in Deutschland. Während zum Beispiel in den USA einzelne Persönlichkeiten, die mit großer Entscheidungsmacht ausgerüstet sind, in das Rampenlicht treten, wird in Deutschland grundsätzlich eine Teamarbeit des Vorstandes verlangt; so schreibt es auch das deutsche Aktiengesetz vor.

Was eine Empfehlung an deutsche Manager bezüglich ihrer Karriere angeht, so möchte ich auf das zurückkommen, was ich zu Beginn unseres Gesprächs sagte: Das Verhältnis von Theorie und Praxis darf nicht zu Lasten oder zugunsten der einen oder der *anderen Seite* verändert werden.

WELT: In den letzten Jahren wird die deutsche Volkswirtschaft international immer häufiger mit der Kennzeichnung „Neues deutsches Wirtschaftswunder“ bedacht. Ist dies gerechtfertigt oder birgt sie die Gefahr, die Leistungsbereitschaft einzuschläfern, die Herausforderungen einer Exportnation zu verkennen?

Abs: Es gehört zu den Besonderheiten, daß die deutsche Volkswirtschaft heute – wie in der Nachkriegszeit – oft das Merkmal erhält, es handele sich hier um ein „Wirtschaftswunder“. Meiner Meinung nach ist diese Bezeichnung für die Vergangenheit und für heute unangebracht. Die Wirtschaft kennt kein Wunder.

Daß in der Nachkriegsperiode die Rehabilitation der deutschen Wirtschaft als „Wunder“ bezeichnet wurde, ist deshalb abwegig, weil die Deutschen sich bei dem Aufbau der *zerstörten Städte,* Kommunikationswege und Industrieanlagen etc. in besonderem Maße für den Wiederauf*bau verantwortlich fühlten. Dies* gilt vor allem auch für die arbeitsfähigen, aus dem Osten vertriebenen Deutschen, *worunter sich mindestens* vier Millionen Beschäftigungssuchende befanden. Ein großer Strom von *Flüchtlingen und Vertriebenen* aus dem Osten, nämlich zwölf bis 14 Millionen Menschen, ist in Deutschland aufgenommen worden und hat zusammen mit zwei Millionen Gastarbeitern Arbeit gefunden.

Die Leistung der Deutschen, die sich für den Aufbau einsetzten, fand in dieser Nachkriegsperiode große *Unterstützung* durch die USA. Hierbei spielte nicht nur die materielle Unterstützung (Marshall-Plan usw.) eine bedeutende Rolle, sondern vor allem einfach der Mut, der den Deutschen durch USA-Politiker und -Wirtschaftler zugesprochen wurde, und die Überzeugung, daß die Deutschen es schaffen würden.



Abs (r.) bewundert den Mut, mit dem Ludwig Erhard (l.) für die soziale Marktwirtschaft kämpfte. Aber er bescheinigt dem Adenauer-Nachfolger, daß er kein Verhältnis zur Macht gehabt habe. Die Aufnahme entstand 1977 beim Gratulations-Empfang zum 80. Geburtstag Erhards. Zeuge: Der heutige Kanzler. FOTO: WOLF P. PRANGE

Sich ausziehen und trotzdem Tugend bewahren

Die Bonmots von Abs werden bewundert und gefürchtet. In vielen Hauptversammlungen und Konferenzen brillierte der Bankier mit witzigen Anekdoten oder sarkastischen Formulierungen. Die WELT stellte eine kleine Auswahl zusammen:

In meinem Lehrzeugnis wurde besonders meine natürliche Bescheidenheit gelobt. Als ich das meiner Familie vorlas, mußte sie lauthals lachen. Das Zeugnis schloß übrigens mit der Bemerkung: Die hervorragende Auffassungsgabe wird nach meiner Auffassung Herrn Abs eine außergewöhnliche Karriere auf dem Gebiet des Bankwesens verschaffen.

*

Ein Aktionär fragte Abs in der Hauptversammlung eines Unternehmens nach dem größten Aktionär. Abs, einen Augenblick nachdenkend und den Frager bedauernd ansehend: Tut mir sehr leid, ich kann Ihnen nicht sagen, wer unser größter Aktionär ist. Wir kennen nicht einmal den zweitgrößten.

*

Es gehört zum guten Benehmen eines Aufsichtsratsvorsitzenden, daß er sich die Vorstellungen des Vorstandsvorsitzers zu eigen macht.

*

Auf die Frage eines Aktionärs nach den Steuern des Unternehmens: Es ist sehr schwer zu erreichen, daß man seine Unschuld behält und gleichzeitig sich auszieht. Ich kann nur empfehlen, sich weiter auszuziehen und dennoch die Tugend zu bewahren.

*

Ich pflege Äußerungen von Regierungsmitgliedern während des Wahlkampfes nicht mit pari zu bewerten.

*

Abs auf die Frage, was er vom japanischen Yen halte: Über die Währungen anderer Länder pflege ich ebensowenig zu reden wie über die Frauen meiner Freunde.

*

Ein etwas älterer Kollege einer anderen Bank in der Diskussion im Aufsichtsrat eines Unternehmens: Herr Abs, ich weiß ja, daß Sie genausoviel von der Sache verstehen wie ich. Abs: Nein, bedeutend mehr.

Wenn Sie die erste Folge dieses Interviews versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

Am Samstag in der WELT:

Abs über Banken: Sie sind keine Nonnenklöster – Abs über das Dritte Reich: Das *Sicherheitshauptamt durchsuchte* meine Akten – Abs über Kunst und Mäzenatentum: Sammlertätigkeit läßt sich nicht staatlich organisieren

Abgeordneter der SPD gesteht Geheimnisverrat

Bessere politische Willensbildung als Grund angegeben

W. K. Düsseldorf

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Walter Kolbow hat gestern vor dem Staatsschutzsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichtes ein Geständnis abgelegt. Aus Gründen einer besseren „politischen Willensbildung" im Parlament und unter den Wählern habe er 1984 die geheime Bundeswehrplanung bis zum Ende des Jahrtausends öffentlich gemacht, sagte der Angeklagte, der bis zum Juni vergangenen Jahres stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages war. Die Bundesanwaltschaft wirft dem Würzburger Verwaltungsjuristen vor, mit der Preisgabe des Staatsgeheimnisses habe er „fahrlässig die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland verursacht."

In der dreieinhalbstündigen Vernehmung vor dem 4. Strafsenat gab der 42jährige SPD-Sicherheitsexperte keine Erklärung ab, warum er sich bei Bekanntwerden der Indiskretion nicht als Urheber vorgestellt habe. Von Seiten der SPD wurde vielmehr Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) der Mißwirtschaft mit Geheimpapieren verdächtigt. Ein Minister, der so sorglos mit der Bundeswehrplanung umgehe, schwäche die Verteidigungsbereitschaft. Der Bürger müsse den Eindruck haben, sein Ministerium sei ein „Saustall", zitierte der Senatsvorsitzende Wagner den SPD-Verteidigungsexperten Erwin Horn aus Zeitungsberichten über die Fahndung nach der damals unbekannten Quelle.

Sogar der SPD-Fraktionsvorstand geriet gestern infolge unklarer Aussagen Kolbows ins Zwielicht, wider besseres Wissen die Attacken auf Wörner geduldet zu haben. Zwar erklärte der Abgeordnete, er habe sich der Fraktion offenbart. Der Geheimstempel auf der „teuren Planung" sei für ihn jedoch nur ein „Maulkorb" gewesen. Der Zeitpunkt, wann der Fraktionsvorstand von dem eigenmächtigen Vorgehen in Kenntnis gesetzt wurde, blieb im Dunkeln. Das Gericht ließ eine „Reportsendung", die auf der von Kolbow der Redaktion überlassenen Kopie des Geheimplans basierte, im Saal vorführen. Der Prozeß soll vier Tage dauern.

Hamburger Senat kündigt Ausstieg bis 1995 an

hs. Hamburg

Der Hamburger Senat hat gestern ein Rahmenkonzept für den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Bis etwa 1995 sollen die Hamburg versorgenden Kernkraftwerke Krümmel, Stade und Brunsbüttel stillgelegt werden; das Kernkraftwerk Brokdorf soll nicht ans Netz gehen. Moderne Kraftwerksanlagen auf Kohlebasis sollen den Ausfall an Energie ausgleichen. Dabei sind neue Rauchgasreinigungs-Technologien vorgesehen, um die voraussehbaren höheren Umweltbelastungen zu begrenzen.

Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) wies darauf hin, daß ein isolierter Ausstieg der Hansestadt nicht möglich ist – alle vier Kernkraftwerke stehen in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen. „Der Ausstieg kann nur dann mit Erfolg vollzogen werden, wenn das Atomgesetz und das Energiewirtschaftsgesetz mit einer politischen Mehrheit auf Bundesebene durchgesetzt werden können". Dennoch wolle der Senat die „jeweils möglichen regionalen Schritte unternehmen". Dazu gehöre als Zielvorgabe eine Satzungsänderung der Hamburgischen Elektrizitätswerke (HEW), durch die die Produktion von Strom aus Kernkraftwerken ausgeschlossen werden solle.

Auch wenn sich die angestrebte Änderung der Mehrheitsverhältnisse auf Bundesebene nicht erreichen lasse, setze der Senat auf einen „gesellschaftspolitischen Konsens" in Richtung auf einen Ausstieg, sagte Dohnanyi.

Rau unterstützt die Forderungen der Soldaten

rmc. Bonn

Der Kanzlerkandidat der SPD, Johannes Rau, unterstützt die Forderung des Deutschen Bundeswehr-Verbandes nach Einführung eines gesetzlich festgelegten Anspruchs der Soldaten auf eine 40-Stunden-Woche. Dies teilte die Bonner Parteizentrale gestern nach einem Besuch des Verbandsvorsitzenden Rolf Wenzel bei Rau mit.

In der Pressemitteilung hieß es weiter, der Kanzlerkandidat sei wie der Bundeswehr-Verband für eine Herabsetzung der Dienstzeitbelastung und „damit verbunden eine Anhebung der Ausgleichszulage für Spitzendienstzeiten". Die 40-Stunden-Woche solle als Berechnungsgrundlage für einen Ausgleich in Freizeit oder Geld dienen.

Wenzels Verband hatte vor kurzem in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde eingelegt und verlangt, die Soldaten müßten wie alle anderen Angehörigen des öffentlichen Dienstes einen gesetzlich verbrieften Anspruch auf die 40-Stunden-Woche haben. Die Bundesregierung wendet sich gegen eine gesetzlich fixierte Dienstzeitregelung für Soldaten, weil sie dann die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr gefährdet sieht.

Andererseits aber ist die Regierung bestrebt, die Dienstzeiten in den Truppenteilen soweit wie irgendmöglich zu senken, und wo das nicht geht, in einer „individuellen Regelung" jedem von mehr Dienstzeit Betroffenen einen finanziellen Ausgleich zu geben.

Fahnder hoffen jetzt auf Hilfe aus Paris

Die Terrorismusbekämpfung soll erleichtert werden

WERNER KAHL, Bonn

Bei den deutschen Sicherheitsbehörden erhofft man sich von dem scharfen Vorgehen der französischen Regierung gegen den Terrorismus Erfolge auch gegen deutsche Terrorgruppen. Das erklärten gestern gegenüber der WELT Sicherheitsexperten. Die Frage ist nun, ob der französische Geheimdienst DST (Direction de la surveillance du territoire) seine Erkenntnisse über Aufenthaltsorte, Verbindungswege und Unterstützer der RAF und Anhänger der „Revolutionären Zellen" der deutschen Justiz zur Verfügung stellen wird.

In den vergangenen Jahren gingen französische Regierungsstellen ungeachtet konstruktiver Zusammenarbeit zwischen Polizei und Nachrichtendienst beider Länder auf deutsche Ersuchen um Verfolgung von Terroristen nur bei Übermittlung genauester Daten ein. Paris wünschte präzise Adressen und möglichst sogar den Decknamen des Gesuchten. Konnte dies nicht geliefert werden, lehnten die französischen Regierungsvertreter Verfolgungs-Maßnahmen ab.

Dadurch war es der RAF und ihrem Umfeld möglich, in Frankreich Fuß zu fassen. Wie sehr den Terroristen das gelungen ist, zeigte die Enttarnung mehrerer Bandenverstecke in Paris.

Unterschlupf in Frankreich

In Wohnungen fand die Polizei Waffen, Munition, Sprengstoff und Werkstätten zur Erprobung von Flugzeug- und Automodellen für ferngezündete Bombenanschläge. 1978 war bereits das RAF-Mitglied Stefan Wisniewski aufgrund einer Fahndungskooperation der französischen Polizei mit dem BKA in Paris verhaftet worden. 1980 wurden Sieglinde Hofmann, Ingrid Barabaß, Regina Nicolai, Carola Magg und Karin Kamp-Münnichow festgenommen. 1982 stellte sich in der deutschen Botschaft in Paris das RAF-Mitglied Günter Rausch. Seitdem konnte sich das RAF-Kommando der Verfolgung in Frankreich entziehen.

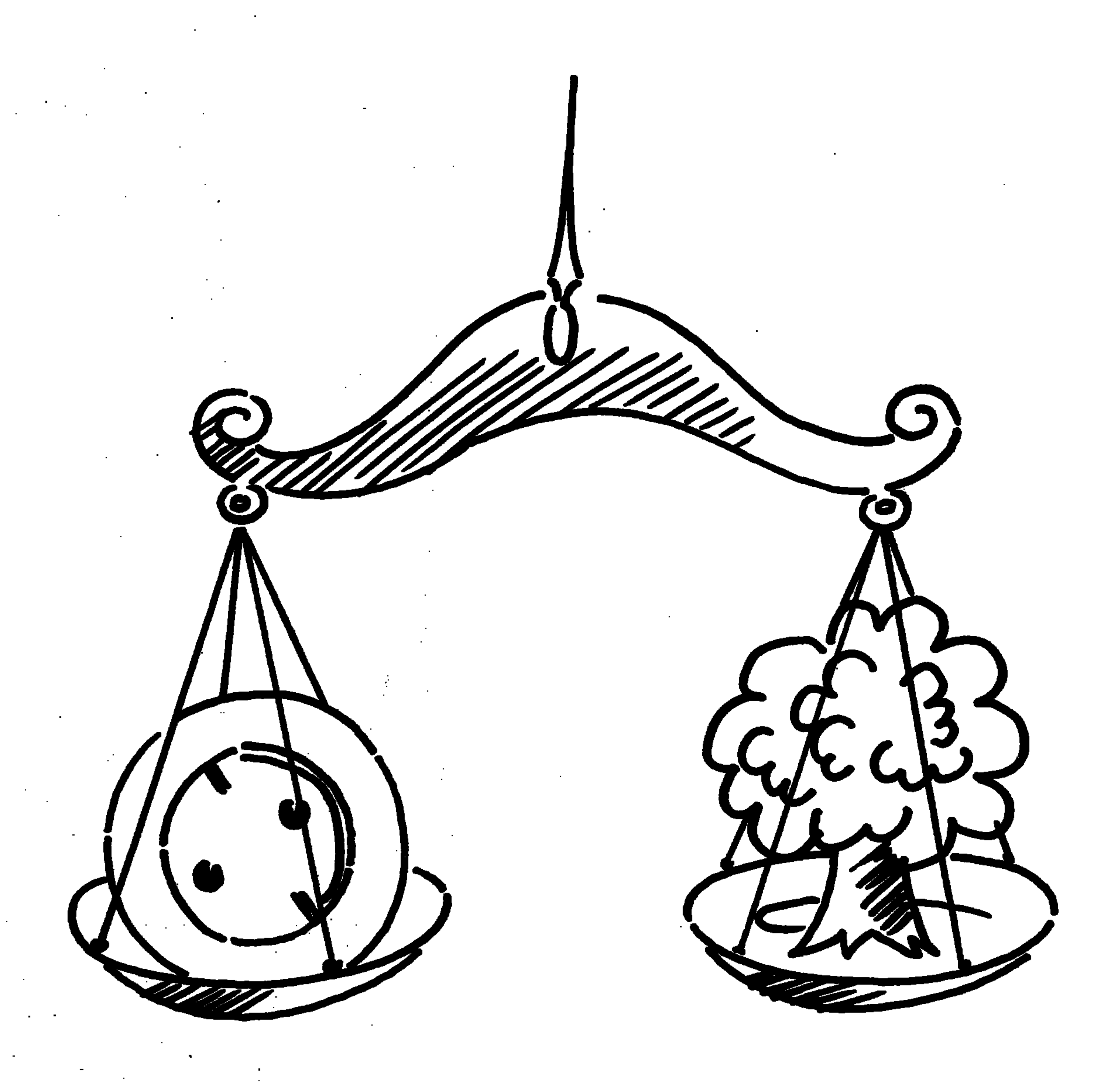
Eine Anzahl in Deutschland vorbestrafter Terroristen, die „Revolutionären Zellen" zugerechnet werden, ließ sich als freie Mitarbeiter der Grünen („Regenbogenfraktion") im Straßburger Europa-Parlament im Elsaß nieder oder pendelt zwischen linksrheinischem französischen Gebiet und der Bundesrepublik Deutschland. Kontakte zwischen Terroristen in der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich wurden auch über Unterstützer getätigt, die in Paris Beschäftigung suchten.

Hilfe durch Rechtsanwälte

Anwälte der RAF bildeten mit Einverständnis einflußreicher früherer Berater der französischen Regierung mit gleichgesinnten französischen Kollegen Verteidigungskomitees, die im Hintergrund ebenfalls als Kontaktstellen für extremistische Aktionen dienten. Eine bevorzugte Kurierlinie war längere Zeit der Nachtexpreß Stuttgart-Paris und die Strecke aus der französischen Schweiz nach Frankreich.

Es gibt Anzeichen, daß sich die RAF in den vergangenen Jahren ungeachtet mehrerer Fahndungserfolge der Polizei in Süddeutschland einschließlich dem Rhein-Main-Gebiet massierte und die offenen Grenzen nach Frankreich, aber auch nach Österreich und in die Schweiz gegen die Verfolger ausspielte.

Nach offiziellen Angaben halten sich allein in der Schweiz „100 bis 200" Sympathisanten verschiedener internationaler Terrororganisationen auf. Darunter sei ein „harter Kern von 30 bis 40 Personen", die Terroristen logistisch unterstützten, erklärte dazu der Chef der Schweizer Bundespolizei, Peter Huber. Die Mehrheit dieser Sympathisanten hätten die schweizerische Staatsangehörigkeit. Ein Polizeisprecher fügte erklärend hinzu, die meisten dieser Personen gingen jedoch nicht zu Taten über.



WELT-Interview mit Österreichs Bundeskanzler Franz Vranitzky / Der Wohlfahrtsstaat hat Zukunft / Bekenntnis zum Westen

„Wir brauchen heute mehr Pragmatismus"

Bundeskanzler Franz Vranitzky ist das Zugpferd der Sozialdemokraten für den kommenden Wahlkampf in Österreich. Wie denkt er? Was hat er vor? Wie sieht er die Zukunft der Sozialdemokratie? Mit Vranitzky sprach Carl Gustaf Ströhm.

WELT: Herr Bundeskanzler, Sie werden von vielen als „Macher" charakterisiert – als Mann, der nach den Ideologen kommt. Wie würden Sie sich selber einstufen?

Vranitzky: Solche Etiketten entstammen eher tagespolitischen Marketing-Überlegungen. Obwohl ich auf so etwas nicht viel gebe, wehre ich mich nicht gegen die Charakterisierung als Macher. Denn machen heißt ja auch tun – und das Gegenteil davon wäre *Nichtstun. Konkret gesprochen:* wir haben in Europa eine Situation, in der sich die meisten Staaten in einem sehr intensiven Wettbewerb befinden, der sich nicht nur auf das Ökonomische beschränkt, sondern auch andere Kategorien umfaßt – zum Beispiel: die Geltung eines Landes als politischer Faktor, sein Stellenwert bei *der Erörterung internationaler* Fragen oder in den Vereinten Nationen, das Problem der Integration. Das alles vollzieht sich in einem Umfeld, das charakterisiert ist von latenten und permanenten Spannungen zwischen den beiden Großmächten. *Ökonomisch wird diese* Entwicklung von der Notwendigkeit einer Standortbestimmung zu den beiden Wirtschaftsmächten westlich des Atlantik und im Fernen Osten geprägt. Dazu kommen noch innerhalb unserer Staaten neue gesellschaftliche Strömungen, *mit denen* sich die Politik befassen muß.

WELT: Welche Strömungen sehen Sie hier am Werke?

Vranitzky: Ich meine damit das Thema „Lebensraum" – wobei ich darunter nicht nur den Umweltschutz verstehe. Aber der Lebensraum umfaßt auch die Städte, den Mikrokosmos des unmittelbaren Wohnbereichs, die Familie, die Nachbarschaft. Und eine weitere gesellschaftspolitische Kategorie ist die Auseinandersetzung mit dem Thema „Staat". Welche Rolle soll der Staat, soll irgendeine Ordnungskraft in Zukunft gegenüber dem einzelnen Menschen spielen? Last not least ist da noch die Auseinandersetzung über die Kernspaltung – sei es im militärischen Bereich oder in der friedlichen Nutzung. Wenn man das alles zusammenfaßt, ist der Aufgabenbereich für einen europäischen Politiker ziemlich groß.

WELT: Mit welchen Methoden sollte ein europäischer Politiker aus Österreich Ihrer Meinung nach an diese Aufgaben herangehen?

Vranitzky: *Man* muß sehr vorsichtig ans Werk gehen. Die traditionellen Werte – also Sozialismus, Konservativismus, Liberalismus – haben gewiß heute ihre Bedeutung. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, daß neue politische Aufgaben vor uns auftauchen, die nicht ins herkömmliche Schema von links und rechts passen. Aus der Größe und Neuartigkeit der Aufgaben – und nicht etwa aus irgendeiner kritischen *Distanz zu* ideologischen Positionen – erklärt sich *die Notwendigkeit* eines größeren Pragmatismus. Wir brauchen heute mehr Pragmatismus bei der Lösung der Aufgaben als etwa vor 25 Jahren. Der Pragmatismus in Europa äußert sichh darin, daß etwa Staatsfinanzen, Wohlfahrtsstaat, Kernenergie, Umwelt, Lebensraum sich für die meisten Politiker als gleichgeartete Aufgaben stellen – gleichgültig, ob sie nun einer sozialdemokratischen oder

> ***„Wir wollen das, was uns unsere deutschen Freunde von der SPD vorgelebt haben, nicht nach Österreich importieren"***

einer konservativen Bewegung entstammen.

WELT: Wird Ihnen dieser Weg durch die in der SPÖ vollzogene *Trennung von Parteivorsitz und* Kanzleramt nicht erschwert?

Vranitzky: *Ich meine*, es ist bis *auf* weiteres besser, wenn der pragmatischere Teil, der die Regierungsarbeit umfaßt, auch aus dieser pragmatischen Perspektive gesehen wird. Demgegenüber kann die organisatorische und gedankliche Erneuerung des *parteipolitischen Lebens* vor sich gehen, ohne vom tagespolitischen Geschäft bedrängt zu werden. Am Ende muß dann natürlich eine Synthese erfolgen.

WELT: Sehen Sie da nicht die Gefahr, daß es zu Widersprüchen kommt? In der deutschen Sozialdemokratie – denken Sie an das Schicksal von Helmut Schmidt – hat sich eine Bewegung durchgesetzt, die vom Pragmatismus weg in eine Re-Ideologisierung führte.

Vranitzky: Wir wollen das, was uns unsere deutschen Freunde da vorgelebt haben, nicht nach Österreich importieren, obwohl wir sonst soviel aus Deutschland beziehen. Aber aus österreichischer Sicht: abstrakt gesprochen ist die Ämtertrennung zwischen dem Parteivorsitzenden und dem Bundeskanzler etwas, worüber man sehr geteilter Meinung sein kann. Konkret gesprochen – *also auf* die Personen bezogen, nämlich auf Sinowatz und mich, *meine ich*, daß das persönliche Verhältnis und die *gemeinsame* Zielsetzung uns vor Störfaktoren freihalten werden. Eine Partei am Ende der achtziger Jahre kann weder ohne feste politische Grundwerte noch ohne den notwendigen Pragmatismus auf die Dauer eine Mehrheit halten.

WELT: Sie haben sich das rigorose Sanierungskonzept des neuen Managements gestellt. Befürchten Sie nicht, daß die Arbeiterschaft – Ihre eigenen Wähler, *die dies alles materiell* sehr bitter tragen müssen – Ihnen die Gefolgschaft versagen könnte?

Vranitzky: Unsere Eisen- und Stahlindustrie hat, wie auch vergleichbare Industrien in anderen Ländern Europas und der Welt, ziemlich verlustreiche Jahre hinter sich. Man muß aber Verlusten durch Veränderungen der Kostenentwicklung beikommen. Das heißt: wir müssen die Kosten senken. Wenn wir weiter Verluste haben – dann bedeutet dies, daß der Steuerzahler bei diesen zu 100 Prozent verstaatlichten Betrieben immer den Verlust abdecken muß. *Es ist also* im Sinne wirtschaftlicher Vernunft, den Steuerzahler von zusätzlichen Belastungen zu befreien. Dies ist durchaus auch im Sinn der Arbeiterschaft. Es ist aber auch im Sinn der Arbeiterschaft in der verstaatlichten Industrie, den Menschen erstens reinen Wein einzuschenken, zweitens *Gesundungskonzepte* von den Vorständen ausarbeiten zu lassen, drittens die Arbeiter im Sinn unseres Arbeitsverfassungsrechts an den Konzepten mitarbeiten zu lassen. Zur Frage, ob das Wählerstimmen kostet: Im Endeffekt und per Saldo nicht, weil der *Arbeiter und Angestellte in der heutigen* Gesellschaft so aufgeklärt ist, daß er die Implikationen unterlassener Sanierungsprogramme sehr gut zu beurteilen vermag.

WELT: Einer Ihrer Amtsvorgänger, Bruno Kreisky, hat einmal gesagt, ihm seien 5 Prozent Inflation und mehr Staatsschulden lieber als 5 Prozent Arbeitslose. Wie stehen Sie dazu?

Vranitzky: Diese Formel stammt aus einer Zeit, die mehr als ein Jahrzehnt hinter uns liegt. Damals, als die Budget-Defizite noch nicht einen so hohen *Anteil an der Gesamtwirtschaft* hatten, konnte man im keynesianischen Sinne durch das Schrauben an den öffentlichen Ausgaben tatsächlich Beschäftigung schaffen. Damals mag diese Formel gestimmt haben. Inzwischen ist ein Jahrzehnt ins Land gegangen, und die Budget-Defizite haben die recht unangenehme Eigenschaft, nach unten starr zu sein – das heißt, sie nehmn kaum jemals ab. Also bedeutet dies höhere Staatsverschuldung – und das heißt wiederum mehr Ausgaben für Zinsen und Tilgung. Wenn aber die Staatsausgaben hauptsächlich dafür verwendet werden, kann man mit ihnen keine Arbeitsplätze mehr schaffen.

WELT: Österreich gehört als neutraler Staat keiner Wirtschaftsgemeinschaft an. Sehen Sie die Gefahr einer Isolierung, vor allem im Blick auf die moderne technologische Entwicklung?

Vranitzky: Wir haben ein Arrangement mit der Europäischen Gemeinschaft. Wir sind aber entschlossen, mit den Vertretern der EG darüber zu beraten, wie wir eine Isolation vermeiden. Hier ist eine politische Bemerkung angebracht. Unsere Neutralität ist militärisch zu verstehen – das heißt, daß wir uns von militärischen Konflikten fernhalten und nach besten Kräften danach trachten müssen, fremden Truppen den Zugang zu *unserem Staatsgebiet zu verweigern.* Östereich bekennt sich in seinem Gesellschaftssystem und seiner politischen Ausrichtung klar und eindeutig zur westlichen Demokratie. Für unsere Entwicklung gehen wichtige Impulse von Westeuropa aus – ich meine *hier die EG* und *künftige* Forschungsvorhaben. Wir müssen unser spezifisches Verhältnis zu der Europäischen Gemeinschaft so entwikkeln, daß wir nicht abgekoppelt werden können. Österreich hat aber gerade auf wissenschaftlichem Gebiet eigene interessante Entwicklungen zu bieten, die es Westeuropa anbieten kann.

WELT: Sind Sie sehr glücklich über die bedingungslose österreichische Entscheidung gegen die Atomenergie?

Vranitzky: Sehr glücklich wird man über das Kernkraftthema überhaupt *nicht sein. Wir haben in unserem* Land eine sehr breite Stimmung, die auf Distanz auch zur friedlichen Nutzung der Kernenergie geht. Die in den benachbarten Ländern arbeitenden Kernkraftwerke sind unser, wenn man so will, importiertes Atomproblem. Wir bemühen uns, mit allen Nachbarstaaten in dieser Frage zu einem Arrangement zu kommen. Ich werde auch in Zukunft sehr genau den Wissenschaftlern und Industrieleuten, die etwas davon verstehen, zuhören. So verstehe ich auch die Forderung der deutschen Sozialdemokraten nach einem schrittweisen Aussteigen *aus der* Kernkraft. Aber dies darf nicht nur von Angst und Sorge getragen werden, sondern muß schon auch das Potential künftiger industrieller Entwicklungen im Auge behalten.

Der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky, (Jahrgang 1937) galt als Wirtschafts- und Finanzfachmann, bevor er als Finanzminister ins Kabinett Sinowatz aufrückte. Der Kanzler, der nun im Wahlkampf von der angeschlagenen SPÖ als „Wunderwaffe" eingesetzt werden soll, verfügt nach Meinungsumfragen zur Zeit über Sympathiewerte, welche die seiner Partei bei weitem übertreffen. FOTO: DPA/VOTAVA

WELT: Bisher galt Österreich als ein Land ohne Anti-Amerikanismus. In *letzter* Zeit hört man aus Ihrer Partei aber doch kritische Töne gegenüber Amerika, getarnt mit Symphatieerklärungen für Nicaragua. Hat sich das Verhältnis Österreichs zu Amerika *abgekühlt?*

Vranitzky: Es gibt in Österreich eine große Zahl von Leuten, die mit den

> ***„Wir gestalten unsere Beziehungen zum Ostblock sehr deutlich bilateral"***

politischen Vorstellungen der derzeitigen amerikanischen Administration nicht konform gehen. Es gibt ja auch sehr viele Freunde Englands, die sich aber nicht den politischen Konzepten der britischen Konservativen verbunden fühlen. Im Zuge unseres Präsidentschaftswahlkampfes sind dann einige weniger erfreuliche Töne aus Amerika nach Österreich gedrungen. Ich halte das alles aber *für ein Problem, das zu null tendiert.* Es läuft jetzt gerade eine vielbeachtete österreichische Ausstellung in New York. Es funktionieren die Finanz- und Handelsbeziehungen zu den USA. Wir haben mit den Amerikanern die offene Frage des Technologietransfers *bereinigt. Ich wüßte also* überhaupt nicht, was zwischen der Supermacht USA und dem mitteleuropäischen Kleinstaat Österreich noch auszutragen wäre. Vor uns liegt eine ganz andere Aufgabe: Die Position Österreichs als neutraler Staat in der *Mitte* Europas *stärker* in den USA zu manifestieren.

WELT: *Wo sehen Sie heute und* vielleicht auch nach der Wahl die außenpolitischen Schwerpunkte *Ihrer Regierungsarbeit?*

Vranitzky: Wir liegen an der Schnittlinie *zweier Systeme* und *müssen* diese unsere Position zum Vorteil und nicht zum Nachteil für uns ausnutzen. Wir betrachten übrigens unsere Nachbarn aus dem sozialistischen Bereich nicht als einen Block, sondern gestalten unsere Beziehungen sehr deutlich bilateral. Für uns ist jedes dieser Länder ein Faktor für sich und steht auch für sich. Wir haben zur Bundesrepublik und zur Schweiz traditionell wohletablierte Beziehungen. Wir haben auch die Beziehungen zu Italien, die lange Zeit nicht so gepflegt wurden, nun intensiviert, so daß wir im Konzert der Europäer, der Mitteleuropäer, eine respektierte Rolle spielen. Man spricht ja von einer Renaissance des Begriffs Mitteleuropa. Ich möchte das aber doch in erster Linie kulturhistorisch und kulturpolitisch sehen, vielleicht auch ökonomisch – aber einen anderen Stellenwert kann das nicht haben.

WELT: Wie sehen Sie die Zukunft der Sozialdemokratie in Europa? Hat diese Bewegung noch eine Zukunft?

Vranitzky: Ich möchte zunächst dem aus Ihrer Frage hervorschimmernden Eindruck entgegentreten, als sei die Sozialdemokratie *am* Ende ihrer Tätigkeit angekommen. Denn ich meine, daß der Wohlfahrtsstaat nicht dort sein Ende gefunden hat, wo er bestimmte materielle Grundbedürfnisse abdeckt. Was wir in diesen rasch wachsenden Ökonomien zu tun haben, *ist die Absicherung* des Wohlfahrtsstaates auch in der Zukunft. Wenn wir davon ausgehen, daß der Wohlfahrtsstaat geprägt ist von einem hohen Beschäftigungsgrad und wir gleichzeitig sehen, daß die modernen Industriegesellschaften geprägt sind von einem *Auseinanderklaffen* zwischen Wirtschaftswachstum einerseits und Beschäftigung andererseits, dann haben wir alle Hände voll zu tun. Aber es ist nicht nur die materielle Seite. Es gibt auch Dinge, die wir in unserer volkswirtschaftlichen Gesamtwertung gar nicht bewerten: die saubere Umwelt, das jederzeit verfügbare Bett im Krankenhaus, das Rettungsauto am Unfallort. All das scheint in den Wohlstandsindikatoren nicht auf. Politik muß im Dienste der Menschen agieren. Der nächste Schub im Wohlfahrts- und Sozialstaat muß daher meiner Meinung nach darin bestehen, für die Persönlichkeitsentwicklung des Menschen bestmögliche Freiräume zu schaffen – Freiräume in der intellektuellen, kulturellen, sehr individuellen Betätigung des einzelnen Menschen. Da haben wir noch große Aufgaben vor uns.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Plattform für Klarheit

„Kann der Westen die Entspannung überleben?"; Geistige WELT vom 6. September

Sehr geehrte Herren,

den einzigen Mangel, den ich an dem Bukowski-Artikel sehe, ist die Tatsache, daß er nicht auf Hochglanzpapier oder Karton mit Nachbestellnummer gedruckt worden ist. Ich hätte ein Dutzend davon an das Auswärtige Amt zur Verteilung an den Herrn Minister und seine Staatssekretäre geschickt, mit der dringenden Bitte, anstelle öffentlicher Auftritte und globaler Reisen den Text einige Male zu lesen und sodann ein Gedächtnisprotokoll zu versuchen.

Hört man Aussagen der Herren wie „man muß differenzieren", „ich glaube", „ich wünsche", „ich hoffe", „gehe davon aus..." so kann man mit Bukowski nur annehmen, „die Leute wollen ihre Ruhe haben". So verdienstvoll es ist, daß Sie Bukowski mit Ihrer Zeitung eine hervorragende Plattform geschaffen haben, so sicher ist leider, daß das Reden und Handeln gewisser Politiker in Illusionen und auf ideologischen Bahnen weitergeht, während erfahrenen Pragmatikern und dem die Politik erduldenden Bürger nur ängstliches Staunen bleibt, es sei denn, daß sich unser Herr Außenminister mit Herrn Bukowski zu einer Live-Runde zusammensetzt und zu den brennenden Fragen des Artikels Punkt für Punkt Stellung nimmt.

Eine solche Sitzung würde das deutsche Fernsehpublikum, die deutsche Nation, auch drüben, in Atem halten, anders als die Sprüche, das Lächeln und der Händedruck beim Ausstieg aus dem Flugzeug, auf dem roten Teppich oder unter Kronleuchtern.

Mit freundlichen Grüßen
Hajo Herrmann,
Düsseldorf 1

Noch älter

„Berliner Funkhaus – Baudenkmal von nationalem Rang"; WELT vom 12. September

Bei aller Ehrfurcht vor dem imposanten Poelzigbau in der Berliner *Masurenallee scheint mir die Formu*lierung, es handele sich hier um „das älteste Funkhaus der Welt", wohl ein wenig zu hoch gegriffen. Immerhin drei Jahre vor der Grundsteinlegung des Berliner Funkhauses entstand als erster Zweckbau des Rundfunks in Deutschland schon 1926 das Funkhaus der Schlesischen Funkstunde in Breslau.

Und die „Lili Marleen" erreichte die Millionen Landser – und ihre damaligen Gegner! – vom 18. August 1941 an allabendlich über den Soldatensender Belgrad. Der Reichsrundfunk mied damals auf Geheiß von Herrn Goebbels das Lied wie der Teufel und verschwieg es, wenn es irgend ging.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Rudolf Fritsche,
Fellbach

Arbeitsplätze und Import

„Sand in den Augen"; WELT vom 8. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

Hans J. Mahnke vermißt in seinem Kommentar im Zusammenhang mit der kürzlich erfolgten Verlängerung des Welttextilabkommens (WTA) die Vernunft, denn im Gatt-Jahresbericht könne man schwarz auf weiß nachlesen, daß trotz der „Importbarrieren" in der EG und den USA in erheblichem Umfang Arbeitsplätze verlorengegangen seien, und dies werde auch in Zukunft der Fall sein. Außerdem koste die Erhaltung eines Jobs nach einer für die USA geltenden Untersuchung den Verbraucher jährlich 50 000 Mark.

Mahnke selbst bestreitet nicht, daß ohne WTA die Arbeitsplatzverluste noch höher – ich füge hinzu: wesentlich höher – gewesen wären. Der Hinweis auf die trotz WTA beträchtlichen Arbeitsplatzverluste zeigt eben, daß dieses Abkommen, das ja nur die Importzuwachsraten limitiert, nicht zu den viel geschmähten Folterwerkzeugen des Protektionismus gehört. Wenn, wie Mahnke zu Recht ausführt, die Textilindustrie aus einer einstmals arbeitsintensiven Branche zu einer kapitalintensiven wurde mit weniger Arbeitsplätzen, so ist dies nicht zuletzt eine Folge des trotz WTA, jedenfalls auf dem deutschen Markt, von Jahr zu Jahr wachsenden Importdrucks. Genau dies war die Peitsche, die eine forcierte Rationalisierung erzwungen hat, mit entsprechenden Konsequenzen für die Beschäftigung. Das WTA hat lediglich allzu bruchartige Entwicklungen verhindert, nicht mehr und nicht weniger.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Konrad Neundörfer,
Hauptgeschäftsführer
Gesamttextil e. V., Frankfurt/Main

Vorbild Schweiz

„Das Los der Arbeitslosen war für viele kein Thema"; WELT vom 12. September

Sehr geehrte Redaktion,

für das traurige Los der Arbeitslosen bei uns hat sich noch nie weder eine Bundesregierung noch eine der Kirchen ernsthaft interessiert. Ursache dieser Misere ist auch das völlige Fehlen eines Nationalbewußtseins, das keinen Unterschied zwischen fremden Zuwanderern und der einheimischen Bevölkerung macht. Doch damit rührt man schon wieder an einem Tabu.

Beispielhaft bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Schweiz anzusehen. Dort gibt es inzwischen gerade 0,7 Prozent Arbeitslose, über die zu reden kein Thema mehr ist. Ungelernte, Behinderte und ältere Arbeitnehmer finden dort mühelos Arbeit, bei allerdings 42 bis 44 Wochenstunden. Dennoch werden dort saisonal 700 000 Ausländer beschäftigt, die allerdings nach Saisonschluß die Schweiz wieder verlassen müssen – übrigens auch Deutsche. Die Schweiz gilt gewiß nicht als der klassische Sozialstaat, er sorgt aber dafür, daß seine Bürger jederzeit Gelegenheit zur Arbeit haben und nicht auf staatliche, entwürdigende Sozialhilfe angewiesen sind.

Mit freundlichen Grüßen
Victor Hölterling,
Ludwigsburg

Die Semantik des Terrors

Der Beobachter der Medienlandschaft hat hinsichtlich der Berichte über eine Ballung von Attentaten eine seltene Gelegenheit, die Spuren der Ideologie zu verfolgen: Während man einerseits mit Empörung auf die arabischen Terrorakte gegen Israel und die USA reagiert (Karatschi, Istanbul), bringt man ein gewisses „Verständnis" für die entsprechenden Akte in Südafrika und Chile auf.

Zwei Leitlinien (Sprachregelungen?) zeichnen sich für letzteres ab:
1. Lenkt man den Blick vom Attentat und seinen Opfern ab auf die Folgemaßnahmen der Regierung und die davon – durchweg unschuldig – Betroffenen; und
2. rechtfertigt man – mehr oder weniger versteckt – diesen Terror durch den Hinweis auf seine „letzten Ursachen", also Apartheid beziehungsweise Militärdiktatur.

Daß auch der arabische Terror auf die „letzte Ursache" bei Israel und dem Palästinenserproblem zu verweisen liebt und daß man damit in die Sackgasse des „gerechten Kriegs" (= Befreiungskriegs) läuft, muß natürlich bei dieser Art von Berichterstattung unterdrückt werden. Man wiederholt daher im Falle Müller-Borchert auch nicht die Nachrichten über die Waffenfunde in Chile und über den Guerrilla-Ableger der dortigen KP, sondern wendet sich bevorzugt dessen Hinweis auf die Verantwortung der Medien zu.

Prof. Dr. Günther Wenck,
Norderstedt

Wort des Tages

„Die Vergangenheit muß reden und wir müssen zuhören. Vorher werden wir und sie keine Ruhe finden."

Erich Kästner, deutscher Autor (1899–1974)

Personen

EHRUNGEN

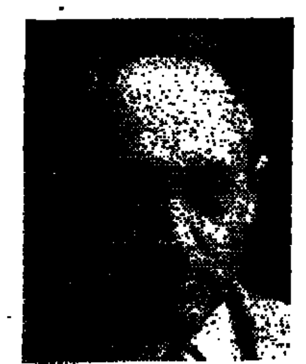
Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** hat mehrere Abgeordnete des Bundestages ausgezeichnet. Das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland mit Stern erhielt die SPD-Politikerin **Helga Timm**. Seit 1973 ist sie parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion. Das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland bekamen: Der CDU-Abgeordnete Dr. **Otto Wulff**, Präsident der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn und Vorsitzender der deutsch-österreichischen Parlamentariergruppe; der SPD-Bundesgeschäftsführer Dr. **Peter Glotz**, er war von 1977 bis 1981 Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin und leitet seit 1981 die Parteizentrale als Bundesgeschäftsführer; der ehemalige Berliner Oberschulrat **Lothar Löffler**, in den vergangenen Jahren gehörte er dem Haushaltsausschuß des Bundestages an, war stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion und ist heute stellvertretender Vorsitzender im Ausschuß für innerdeutsche Beziehungen; der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. **Axel Wernitz**, er gilt als hervorragender Experte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Innenausschusses im Bundestag.

AUSWÄRTIGES AMT

Bonns Abrüstungsbeauftragter und Spitzenbeamter des AA, Dr. **Friedrich Ruth**, soll Botschafter beim Quirinal in Rom werden. Einer entsprechenden Kabinettsentscheidung heute dürfte nichts entgegenstehen. Ruth wurde 1977 der erste Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Anfang der siebziger Jahre war er bereits als Leiter des Referates für Sicherheit in Europa tätig und hatte 1973 die deutsche Delegation bei den Wiener MBFR-Verhandlungen über Truppenreduzierung in Europa geleitet. Friedrich-Ruth war nach einem Studium der politischen Wissenschaften in Atlanta und dem Studium von Englisch, Geschichte und Philosophie in Heidelberg 1955 ins Auswärtige Amt eingetreten. Zu seinen ersten Auslandsposten gehörten Moskau und Washington. Dr. Ruth leitete diesen Montag in Bonn die Konsultationen mit den Sowjets zu Fragen der Abrüstung im Bereich der chemischen Waffen. Sein sowjetischer Counterpart in Bonn war **J. K. Nazarkin**, Leiter der Abteilung Friedliche Nutzung des Weltraums und Kosmos im sowjetischen Außenministerium.

UNIVERSITÄT

Ein interessanter Wechsel bahnt sich auf dem Lehrstuhl für Politische Wissenschaften in Bonn an. Professor **Karl-Dietrich Bracher**, der den Lehrstuhl für Politische



Hans-Peter Schwarz

Wissenschaften und Zeitgeschichte seit 1959 in Bonn innehat, wird im kommenden Jahr 65 und damit emeritiert. Sein Nachfolger soll Professor **Hans-Peter Schwarz** werden. Professor Schwarz hat an der Kölner Universität den Lehrstuhl für Politische Wissenschaften inne und ist Direktor des Forschungsinstituts für Politische Wissenschaften und Europäische Fragen an der Uni Köln. Professor Schwarz bestätigte gegenüber der WELT, daß er einen Ruf auf den Bonner Lehrstuhl erhalten hat. Eine Entscheidung aber, sagt er, sei noch nicht gefallen. Hans-Peter Schwarz, Jahrgang 1934, ist international vor allem auch als der Adenauer-Biograph bekannt geworden.

MEDIEN

Der Chefredakteur der „Husumer Nachrichten", **Gerhard Mumme**, wird zum Jahresende nach zweieinhalbjähriger Tätigkeit seinen Posten verlassen. Mit Beginn des Jahres 1987 kehrt er zur „Welt am Sonntag" zurück – als stellvertretender Chefredakteur neben **Günter Böddeker** und **Hans-L. Schmahl**. Gerhard Mumme war bereits von 1976 bis August 1984 bei der „Welt am Sonntag", davor bei der WELT und früher bei der Illustrierten „Stern".

GESTORBEN

Er war geradezu berüchtigt als Energiebündel und galt als unverwüstlich. Nun ist **Erich Schumacher** im Alter von 78 Jahren gestorben. Mit ihm trat ein verdienter Theatermann endgültig von der Bühne ab, der letzte aus der ersten Garde jener, die nach dem Krieg das deutsche Theater wieder zu internationalem Ansehen brachten. Sein Leben war dem Theater gewidmet. Er war Theaterwissenschaftler und Theaterpraktiker, dessen Rat in Fachkreisen geschätzt wurde. Er promovierte über Shakespeare, war mit 31 Jahren bereits Intendant in Gießen. Nach dem Zweiten Weltkrieg brachte er als Intendant die Verbindung der Bühnen von Krefeld und Mönchengladbach zustande, die heute noch stabil ist. Als Theaterchef in Essen – 15 Jahre lang – unternahm er als erster mit seinem Ensemble erfolgreiche Gastspiele in West- und Osteuropa, als erster zog er auch namhafte ausländische Regisseure nach Essen.

Koch findet Ost-Berlin „ganz grau und eintönig“

New Yorks Bürgermeister eröffnet „Friedenskinderwoche“

SAD, New York

Der für seine freimütigen Äusserungen bekannte New Yorker Bürgermeister Edward Koch legte sich keine Zurückhaltung auf, als er jetzt in seinem Rathaus von einer Besuchergruppe aus der „DDR“ gefragt wurde, wie ihm Ost-Berlin bei einem Kurzbesuch gefallen habe. „Ich fand es ganz grau, ganz eintönig“, erwiderte er unumwunden und wurde erst freundlicher, als er sich mit seinen zunächst verstimmten Gästen über Probleme der Abrüstung unterhielt.

Ein Nachspiel hatte jedoch Kochs Freimütigkeit, nachdem er am selben Tag vor einer amerikanisch-sowjetischen Kinderschar die sowjetische Regierung als „das Letzte “ (the pits) bezeichnet hatte. Auch die amerikanischen Kinder und Jugendlichen kritisierten den New Yorker Bürgermeister, und ein Beamter des sowjetischen Kulturministeriums, der die sowjetischen Jugendlichen auf einer Reise durch die Vereinigten Staaten begleitet, sagte einen Besuch im Rathaus ab.

Die aus zehn sowjetischen und zwölf amerikanischen Kindern und Jugendlichen im Alter von zehn bis 18 Jahren bestehende Gruppe bereist amerikanische Städte, wo sie ein Musical über den Frieden aufführt.

Nach Proklamierung einer „Friedenskinderwoche“ anläßlich des Besuchs erwähnte Koch das Schicksal des in Moskau verhafteten und inzwischen wieder vorläufig freigelassenen amerikanischen Korrespondenten Nicholas Daniloff und sagte: „Ich kann die Gelegenheit nicht verstreichen lassen, ohne einen Kommentar zur Sowjetunion abzugeben. Nicht die Kinder und nicht die Menschen dort, aber ihre Regierung ist wirklich das Letzte. Und die Tatsache, daß ich eben eine Proklamation für den Frieden gemacht habe, bedeutet nicht, daß ich Frieden mit der sowjetischen Regierung geschlossen habe.“

Die sowjetischen Kinder verließen das Rathaus in sichtlich gedrückter Stimmung. Der 14jährige Jegor Druschinin aus Leningrad sagte zu einem Reporter: „Ich will keine Minute länger in dem Gebäude bleiben. Ich möchte in einen Bus steigen und von hier weit, weit weg fahren. Es tut mir leid, aber so fühle ich mich jetzt.“

Auch die 16 Jahre alte Colleen Barry aus Washington kritisierte den Bürgermeister. „Wir waren hier, um die Verständigung zu fördern. Welches politische System das bessere ist, hat damit gar nichts zu tun.“

Koch hatte seinen Gästen aus der „DDR“ aber vorher erklärt: „Außenpolitik, das müssen Sie verstehen, ist nämlich mein Steckenpferd.“

War Wildschütz Jennerwein ein früher Sozi?

PETER SCHMALZ, München

Weil Franz Josef Strauß auf einem Ruinengrundstück mitten in München eine neue Staatskanzlei zu bauen gedenkt, durfte er den Vorwurf der Sozialdemokraten hören, prunksüchtig und bauwütig zu sein wie einst Ludwig II., auch Märchenkönig genannt. Einer kam sogar auf den aparten Gedanken, der Herr Ministerpräsident könnte doch mitsamt seinem Herrn Stoiber gleich auf Schloß Neuschwanstein Quartier nehmen und die Landeshauptstadt von seinen Bauplänen verschonen.

Nun könnte daraus der Schluß gezogen werden, Bayerns Genossen fehle die tiefe Zuneigung zu jenem Monarchen, der im vergangenen Jahrhundert das Bayernland an Preußen verschacherte und eigentlich nur deshalb noch in aller Mund ist, weil er der hiesigen Fremdenverkehrswirtschaft zwischen Chiemsee und Allgäu verstreut unschätzbare Attraktionen hinterlassen hat.

Doch weit gefehlt: Wie Helmut Rothemund – einst bayerischer SPD-Chef und nunmehr Wahlkampfmanager für Karl-Heinz Hiersemann – jetzt offenbarte, hegen die weißblauen Sozialdemokraten offenbar eine lange verborgene, aber tief sitzende Liebe zu diesem König. Diese geht sogar so weit, daß sie den Märchenkönig im ersten ihrer vier Fernsehspots als Wahlhelfer vor ihren Karren spannen: Vom livrierten Lakaien begleitet, fährt der Monarch übers Land und doziert in bekannter Arroganz gegenüber einem gramgebeugten Bauern, dessen Sohn statt den Hof zu übernehmen lieber in der Stadt die feinen Künste zu erlernen gedenkt, dies eben sei die Freiheit im Lande. Und deshalb, so endet der Spot wiederum mit dem Bilde Ludwigs, mache, „wer Freiheit und Gerechtigkeit liebt, wie er sein Kreuz in diesem Kreis“.

Dem Volke fern

Rothemund findet das Werk recht witzig und gut gelungen. Worin aber die Taten des Herrschers lagen, daß er den Sozialdemokraten heute werbewirksam als einer der ihren zur Seite treten darf, das gab der Wahlkampforganisator nicht bekannt. War es vielleicht seine bis ins Unerträgliche gesteigerte Abneigung gegen das gemeine Volk, das er nach eigenen Bekundungen am liebsten ausrotten wollte bis auf den letzten Mann? Oder war es vielleicht sein wenig charmanter Umgang mit dem Personal, das zeitweise maskiert vor ihm erscheinen mußte, auf daß er nicht der unwürdigen Gesichter ansichtig wurde? Womöglich aber war es gar der verschwenderische Hang zum Geld, was den Staat an den Rand des Bankrotts brachte? Sicher aber war es nicht die enge Verbindung zu Bismarck, der des Königs Bautätigkeiten finanziell unterstützte und mit ihm einen regen Briefwechsel pflegte. Denn, daß Bismarck nicht gerade als Freund der Sozialdemokraten gilt, kann nur dem entgangen sein, der den Geschichtsunterricht permanent schwänzte.

Wie auch immer: Die Sozialdemokraten im bayerischen Wahljahr 1986 waren die ersten, die König Ludwig II. als einen Verfechter von Freiheit und Gerechtigkeit erkannten. Und weil Bayerns Geschichte reich ist an farbigen und zuweilen auch schillernden Figuren, fiel es Helmut Rothemund und seinen historisch bewanderten Schatzsuchern nicht schwer, noch einige Blutsverwandte zu finden.

„Freiheit geliebt“

Wie beispielsweise den Wildschütz Jennerwein, der sich dadurch auszeichnete, daß er Recht und Ordnung mißachtete, wildernd durch die bayerischen Wälder zog und mit seinem Stutzen auch mal auf einen Förster anlegte, bis ihn die Kugel eines Forstmannes niederstreckte. – Auch einer, der die „Freiheit liebte“.

Selbst Albrecht Dürer wird zum frühen Sozi verwandelt. Seine Freiheit war in der Tat eine reale, die auch unter dem Zwang der Nürnberger Ständeherrschaft unangefochten gedeihen konnte: Die Freiheit der Kunst. Die Botschaft dieses Spots könnte demnach lauten, Freiheit habe es in den Grenzen des heutigen Bayern schon lange vor Gründung der SPD gegeben.

Erste Spur von Münchner Bombenlegern

DW. München/London

Nach dem Sprengstoffanschlag auf das Bürohaus der „Tornado“-Firma Panavia Aircraft in München ist gestern bei der „Süddeutschen Zeitung“ ein Schreiben eingegangen, in dem eine „Kämpfende Einheit Anna Maria Ludmann“ angibt, sie habe die Bombe gelegt. Anna Maria Ludmann war ein Mitglied der italienischen Terrororganisation „Rote Brigaden“ und 1980 in Genua erschossen worden.

Unterdessen bemühen sich Israel, die EG und die USA um geeignete Maßnahmen zum Schutze vor Terroristen. Der israelische Verkehrsminister Corfu hat bei der internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) einen Vorschlag eingereicht, um eine internationale Anerkennung von Gewaltanwendung als Mittel der Selbstverteidigung im Kampf gegen Luftpiraten zu erreichen.

Die Internationale Schiffahrtsorganisation (IMO) hat in London die Vorschläge der Vereinigten Staaten zum Schutz gegen Terrorakte in Häfen und auf Schiffen angenommen. Zu den Maßnahmen gehören schärfere Durchsuchungen sowie eine verbesserte Ausbildung des Sicherheitspersonals und dessen Überprüfung vor der Einstellung.

Mit den Möglichkeiten einer europäischen Reaktion auf den internationalen Terrorismus beschäftigt sich auch die Parlamentarische Versammlung des Europarats heute in Straßburg. Im Gespräch ist die Bildung eines europäischen Gremiums für die Zusammenarbeit in Fragen des Terrorismus.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident, Johannes Rau (SPD), hat sich dafür ausgesprochen, der internationalen Verflechtung des Terrorismus größere Aufmerksamkeit zu widmen. Dabei müßten jedoch die Erfordernisse der inneren Sicherheit und die Errungenschaft der Freizügigkeit verantwortungsbewußt gegeneinander abgewogen werden.

„Jede Strafe hat eine Grenze“

idea, Stuttgart

Für einen Gnadenerweis für die vier letzten inhaftierten deutschen Kriegsverurteilten hat sich der frühere Präsident des Diakonischen Werkes der evangelischen Kirche, Theodor Schober, ausgesprochen. Schober, Beauftragter des Rates der EKD für die Seelsorge an deutschen Kriegsverurteilten im ausländischen Gewahrsam, schreibt in einem Beitrag für den Informationsdienst der Evangelischen Allianz (idea), jedes Strafmaß könne „an eine Grenze geraten, hinter der die Strafe ihren Sinn verliert“.

Zu den vier Inhaftierten gehört unter anderem der einstige „Stellvertreter des Führers“, der 92 Jahre alte Rudolf Hess, der in Berlin-Spandau einsitzt.

Schulpflicht ist Rechtens

H. R. Karlsruhe

Die allgemeine Schulpflicht ist Rechtens. Eltern müssen ihre Kinder zur Schule schicken. Die Verfassungsbeschwerde eines Lehrerehepaares, das sich geweigert hatte, seinen Sohn zum Besuch der Volksschule anzumelden, ist von der 2. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes nicht zur Entscheidung angenommen worden.

Die Beschwerdeführer hatten sich darauf berufen, den Willen ihres Sohnes zu respektieren, nicht zur Schule gehen zu wollen. Mit ihrer Verfassungsbeschwerde wandten sie sich gegen Geldbußen, die ihnen wegen eines Verstoßes gegen das bayerische Schulpflichtgesetz auferlegt worden waren.

„Rolle Europas in der NATO stärken“

Bahr interpretiert Sozialisten-Konferenz in Oslo / Abkehr von „Flexible Response“

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Europa muß in der NATO eine größere Rolle spielen soll und seine Interessen gegenüber den USA dann durchsetzen, wenn sie denen der amerikanischen Globalmacht nicht entsprechen. Diese Auffassung vertreten die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der europäischen NATO-Länder, deren Vertreter sich zu einer sicherheitspolitischen Konferenz in Oslo versammelt hatten. Über deren Ergebnisse sagte Egon Bahr gestern in Bonn unter Hinweis auf das in Oslo beschlossene Kommuniqué, die NATO bleibe entscheidend dafür, ob eine angemessene Verteidigungsfähigkeit erhalten und eine Politik der Kriegsverhinderung durch Entspannung, Rüstungskontrolle sowie Abrüstung fortgesetzt werden kann. Die Konferenz war die dritte einer Serie dieser Parteien, die im Frühjahr 1985 in Lissabon begonnen hatte.

Als völlig neues Element in die politischen Überlegungen führte die Sozialisten-Konferenz die Forderung nach einer aktiven Teilnahme der europäischen NATO-Staaten an den Verhandlungen der Supermächte über die Verringerung der in Europa stationierten Nuklearwaffen ein. Bahr fügte hinzu, es werde interessant sein zu sehen, ob auch die osteuropäischen Staaten ein vergleichbares Verlangen an die Sowjetunion richten werden und wie Moskau darauf reagiere.

Die Osloer Konferenz einigte sich auch auf die Forderung, den „europäischen Pfeiler“ der NATO zu stärken. Dazu sollten die Europäer ihre Politik besser aufeinander abstimmen und ihre Verteidigungspotentiale zusammenführen und bei deren weiteren Aufbau kooperieren. Aus Bahrs Sicht bedeutet das aber nicht, daß dazu auch die französische Atommacht gehören soll. Sie werde „unabhängig“ bleiben, sagte Bahr. Damit interpretierte er das Kommuniqué von Oslo, in dem es heißt, unter den Parteien habe es über die Rolle der Atomwaffen und der nuklearen Abschreckung „unterschiedliche Einschätzungen“ gegeben. Gemeinsam aber verträten sie die Auffassung, daß es notwendig sei, „von einer Strategie, die Atomwaffen eine dominierende Rolle einräumt, überzugehen zu dem Konzept der nuklearen Mindestabschreckung“. Darin sehen die Osloer Konferenzteilnehmer auch einen „bedeutenden Schritt auf dem Weg zur Abschaffung von Atomwaffen“. Nach Bahrs Ansicht ist diese Kommuniqué-Passage noch mehr, sie formuliere nämlich, wie er sagte, die Abkehr von der NATO-Strategie der flexiblen Reaktion.

Generell müsse es das Ziel einer europäischen Sicherheitspolitik sein, heißt es schließlich in der Osloer Erklärung, „wechselseitig garantierte Sicherheit nicht nur für die beiden Supermächte, sondern auch für Europa zu erreichen“. Bahr fügte hinzu, diese Formulierung hätten die Parteien von Präsident Reagan übernommen, der „mutual assured security“ wolle. Um sie zu erreichen, sind Bahr zufolge Verhandlungen hilfreich. Wenn durch sie aber ein Kräftegleichgewicht“ nicht zu erreichen sei, sei auch eine konventionelle Aufrüstung in Europa nicht auszuschließen.

Kein Gespräch der SED mit der Kirche

DW. Berlin

Ein von „DDR“-Staats- und Parteichef Erich Honecker im Frühjahr 1985 in Aussicht gestelltes zweites Grundsatzgespräch zwischen ihm und der Leitung des Evangelischen Kirchenbundes ist gegenwärtig nicht in Sicht. Dies bestätigte der Vorsitzende des Kirchenbundes, der Thüringer Landesbischof Werner Leich, in einem Interview mit dem Evangelischen Pressedienst (epd).

Von dem Gespräch selbst erwarte er „zitierfähige Aussagen und Richtlinien“ für innenpolitische Konfliktfelder zwischen Kirche und Staat, erklärte Leich.

Er sprach sich für eine Erweiterung der staatsbürgerlichen Teilhabe an Entscheidungsprozessen aus, womit er den Wunsch nach mehr Demokratie andeutete. Insbesondere hofft Leich darauf, daß Wehrpflichtige, die sich für den waffenlosen Dienst in den Baueinheiten der „DDR“-Volksarmee entschieden haben, auch an nichtmilitärischen Objekten eingesetzt werden. Er fordert, daß die Stellung junger Christen im staatlichen Bildungswesen verbessert wird.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

SPORT-NACHRICHTEN

Dänemark ohne vier

Kopenhagen (dpa) – Dänemarks Fußball-Nationaltrainer Sepp Piontek muß im Spiel gegen Deutschland auf vier Stammspieler verzichten. Sören Lerby, Sören Busk, Frank Arnesen und Ivan Nielsen erhalten keine Freigabe von ihren Klubs in Frankreich und Holland. Dabei ist aber der für den 1. FC Köln spielende Libero Morton Olsen.

Comeback von Bugner

Sydney (sid) – Der bereits 36 Jahre alte britische Shwergewichtsboxer Joe Bugner feierte in Sydney ein Comeback. Der ehemalige Europameister, der zweieinhalb Jahre pausiert hatte, besiegte den Australier James Tillis in zehn Runden nach Punkten.

Blomqvist führt

Honkong (dpa) – Der Schwede Stig Blomqvist führt mit seinem Audi Quattro bei der Rallye Honkong–Peking. Nach zwei Etappen liegt er mit 18 Sekunden Vorsprung vor seinem Landsmann Björn Waldegaard auf einem Toyota. Der Brite Andy Dawson (Audi Quattro) hat als Dritter bereits 30 Minuten Rückstand. Die Rallye endet am Freitag.

Amerikaner in Köln

Köln (sid) – Der Basketball-Bundesligaklub BSC Köln hat den 2,02 m großen Amerikaner Linton Townes (24) verpflichtet. Townes, ein ehemaliger Profi von den Portland Trail Blazers, spielte zuletzt beim spanischen Meister Real Madrid. Er wird am 15. November für die Kölner spielberechtigt.

Seoul: Volles Programm

Seoul (sid) – Trotz des Bombenanschlags auf dem Flughafen von Seoul werden die 10. Asienspiele nach dem geplanten Programm stattfinden. Das Organisationskomitee informierte die teilnehmenden Länder von diesem Entschluß. Der Präsident des Asiatischen Sportrates, der kuwaitische Scheich Fahad Alsbah, ließ die Organisatoren wissen, daß seine Organisation die Durchführung der Spiele in der geplanten Form voll unterstützt.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Deutschland in Hamburg: 1. Runde: Slozil (CSSR) – Jelen (Bundesrepublik Deutschland) 6:4, 6:1, Purcell (USA) – Stepanek (Bundesrepublik Deutschland) 6:3, 6:4, Vilas (Argentinien) – Motta (Brasilien) 7:5, 7:6, Srejber (CSSR) – Schwaier (Bundesrepublik Deutschland) 6:2, 6:4. – **Grand Prix** in Los Angeles, 1. Runde: Lundgren – Jarryd (beide Schweden) 5:7, 6:3, 7:5, Yzaga (Peru) – Annacone (USA) 6:1, 6:4, Cash (Australien) – Ozidur (Nigeria) 4:6, 7:6, 6:4.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 1 159 899,10 Mark, 2: 144 987,30, 3: 7062,90, 4: 131,50, 5: 10,00. – **Toto,** Elferwette: 1: 10 289,30, 2: 436,60, 3: 44,60. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 817 386,60, 2: 70 474,70, 3: 6218,30, 4: 73,10, 5: 5,20. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 79,50, 2: 13,40. – Rennen B: 63,90, 2: 33,00. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 49 045,20. (ohne Gewähr)

Schobel: Statt klarer Linie butterweiche Ausflüchte

Zum Länderspiel in Wermelskirchen erschien Handball-Bundestrainer Simon Schobel mit ungewohnt weichen Gesichtszügen. Es war jedoch nicht die Aussicht auf eine bessere Zukunft der Nationalmannschaft, die seinem Gesicht einen Anflug von Milde verlieh. Die Ursache war äußerer Natur: Simon Schobel hatte seinen Schnäuzer abgenommen, der früher für seinen Ausdruck mürrischer Unerbittlichkeit verantwortlich gewesen war.

Jetzt paßt die äußere Erscheinung besser zur inneren Haltung des Bundestrainers. Denn so weich sein Gesicht jetzt erscheint, so butterweich

STAND ● PUNKT

waren erneut seine Ausflüchte nach dem 19:19 im ersten Länderspiel gegen Island. Es war das erste von 21 offiziellen Spielen, die die Nationalmannschaft als Vorbereitung auf die B-Weltmeisterschaft in Italien bestreiten wird. Nur fünf Monate bleiben dem Bundestrainer noch, um bis dahin eine Mannschaft zu formen, die sich durch einen der beiden ersten Plätze noch für das olympische Turnier in Seoul qualifizieren kann.

Doch die Leistungen beim 19:19 gegen Island boten nur selten Anlaß zu Optimismus. „Wir sind noch nicht eingespielt", entschuldigte Schobel die vor allem in der Abwehr auffälligen Fehler. Wie aber soll sich eine Mannschaft einspielen, wenn Schobel die Aufstellung von Spiel zu Spiel ändert? Schon in der Vorbereitung auf die Weltmeisterschaft im Februar dieses Jahres hatte er den Fehler gemacht, die Mannschaft pausenlos umzustellen.

Auch jetzt läßt er wieder eine klare Linie vermissen. Frage nach dem Spiel: Haben Sie Ihren Kader für die B-WM schon gefunden? Schobel: „Ich arbeite mit den Spielern, die jetzt nominiert wurden." Und die Spieler, die als Reserve aufgeführt sind? Schobel: „Die bleiben in Reserve." Das heißt, Sie planen ohne Happe, Schwalb und Roth? Schobel: „Wieso, Schwalb hat doch gespielt."

Im offiziellen Aufgebot des DHB waren Martin Schwalb und Uli Roth nur als Reservisten geführt, wurden aber wegen der Absage der drei Essener Jochen Fraatz, Stefan Hecker und Peter Quarti sowie der Verletzung von Andreas Dörhöfer und Jörg Löhr kurzfristig nachnominiert. Vorgesehen waren sie nicht. Und Erhard Wunderlich? Schobel: „Das werden wir sehen."

Der Bundestrainer traut sich nicht, sich deutlich zu einer Mannschaft zu bekennen, fordert aber gleichzeitig verantwortungs- und selbstbewußte Spieler. Wie aber soll eine Mannschaft Selbstvertrauen gewinnen, wenn nicht einmal der Trainer ihr sein Vertrauen schenkt? hof

TENNIS / Internationale Deutsche Meisterschaften

Boris Beckers Partner Jelen enttäuschte stark

C. H. **Hamburg**

Für ihn selbst war sein Spiel „katastrophal". Für diejenigen, die ihn schon als zweite deutsche Tennis-Hoffnung neben Wimbledonsieger Boris Becker gesehen hatten, war seine Niederlage ein herber Rückschlag. Mit 4:6 und 1:6 unterlag der Neusser Profi Eric Jelen (21), die Nummer 30 der Weltrangliste, bereits in der ersten Runde der Internationalen Meisterschaften von Deutschland in Hamburg dem Tschechoslowaken Pavel Slozil.

In keiner Phase des 69 Minuten dauernden Spiels – und das ließ die Verantwortlichen des Deutschen Tennisbundes (DTB) betroffen auf Jelens Auftritt auf dem Centre Court blicken – präsentierte sich da ein Kandidat für das Daviscup-Abstiegsspiel gegen Ekuador Anfang Oktober in Essen.

Bis zum 4:4 hatte Jelen zu Matchbeginn mithalten können, ehe der keineswegs überragende Slozil erstmals Jelens Aufschlag durchbrach und den ersten Satz für sich entschied. Im zweiten Durchgang gewann Jelen zwar sofort den Aufschlag des Tschechoslowaken, verlor aber hintereinander die nächsten sechs Spiele.

Noch vor dieser Begegnung hatte Niki Pilic, der jugoslawische Teamchef der deutschen Tennis-Herrenmannschaft, gehofft, daß Eric Jelen seine Nominierung für den Daviscup bestätigen und schon in Hamburg beweisen könne, daß er sich im Einzel und Doppel zur ersehnten Ergänzung der Nummer eins Boris Becker entwickelt hat.

Doch Jelens sieben Doppelfehler, dazu zahlreiche Vorhandfehler und immer wieder unvorbereitete Netzangriffe, die Slozil sichere Passierschläge ermöglichten, all das muß Teamchef Pilic ins Grübeln gebracht haben. Ist der schnelle Aufstieg Jelens vom hochtalentierten, aber trainingsfaulen Bruder Leichtfuß zum ernsthaften und prompt erfolgreichen Profi schon beendet? Nun ist gerade Tennis ein Spiel mit vielen unwägbaren Elementen: Da kommt es auf die Tagesform genauso an wie auf Gemütsverfassung und Bodenbelag.

Er habe noch am Vormittag mit Boris Becker trainiert und sei bestens vorbereitet gewesen, erzählte Jelen anschließend. Doch auf dem Platz sei er völlig verkrampft und habe auch nie das Gefühl gehabt, gewinnen zu können. Eine Verkrampfung, so glaubte Niki Pilic festgestellt zu haben, die vielleicht auf die bedeutungsvolle Umgebung des Centre Courts zurückzuführen sei.

Und dann war da vor allem dieser langsame Boden. Asche, zudem regennaß. Das kommt einem Serve-and-Volley-Spezialisten wie Jelen gar nicht entgegen. Hier mußte er auf Ballhalten spielen, und das, sagte der 21jährige, „ist nicht mein Spiel". Vor allem nicht gegen einen Pavel Slozil, der zwar nur 197. der Weltrangliste ist, aber Sandplätze bevorzugt.

Auf schnellen Bodenbelägen, das weiß auch Niki Pilic, spielt der Neusser erheblich besser. Auf diesen Böden hat er sich seine glänzende Weltranglistenposition erarbeitet. Und auf schnellem Hallenbelag wird auch das Daviscup-Spiel in Essen bestritten. Insofern wird der Jugoslawe, der erwartet, Ende des Jahres einen deutschen Paß zu erhalten, auch weiterhin an Eric Jelen festhalten.

Da hat wohl auch Michael Westphal (21) aus Pinneberg, dessen Einstellung Pilic hart kritisierte, der aber nach langer Erfolglosigkeit in Hamburg endlich wieder Runde eins überstand, kaum eine neue Chance. „Warten wir das Spiel gegen Andres Gomez ab", sagte Pilic, einen Sieg Westphals schien er dabei aber nicht zu erwarten.

Ein besonderes Augenmerk des Teamchefs gilt in Hamburg auch dem Doppel Boris Becker/Eric Jelen, die sich erstmals seit Jahren wieder zusammengetan haben. Die beiden werden auch kurz vor dem Essener Auftritt ein Trainingslager im schweizerischen Crans Montana beziehen. Gestern nachmittag bestritt das Duo sein erstes Spiel gegen Westphal und den Neusser Christian Saceanu. (Das Ergebnis lag bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe noch nicht vor.) „Die beiden sind gute Freunde", sagte Pilic, „und ich glaube, ein gutes Doppel ist möglich" – nur auf schnellem Boden?

Der Münchner Hansjörg Schwaier unterlag Milan Srejber (CSSR) in der ersten Runde 2:6, 4:6. Boris Becker trifft heute in seinem ersten Spiel auf Mel Purcell (USA), der gestern den deutschen Meister Alexander Stepanek (Berlin) 6:3, 6:4 schlug.

FUSSBALL

Beckenbauer hält Wort: Talente in der Nationalelf

sid/dpa, **Frankfurt**

Franz Beckenbauer hält Wort. Der Teamchef der deutschen Fußball-Nationalmannschaft hatte nach der Weltmeisterschaft gesagt: „In Mexiko hatten wir eine Mischung zugunsten der älteren Spieler, künftig werden wir eine Mischung zugunsten der jüngeren haben." Dieses Versprechen wird jetzt eingelöst. Gestern berief Beckenbauer den 20 Jahre alten Mannheimer Abwehrspieler Jürgen Kohler in sein vorläufiges Aufgebot von 20 Spielern für das erste Länderspiel nach der Weltmeisterschaft gegen Dänemark am 24. September in Kopenhagen. Kohler und der Nürnberger Dieter Eckstein wurden gleichzeitig auch für die Junioren-Auswahl (U 21) nominiert, die einen Tag zuvor ebenfalls in Kopenhagen spielt. Das Aufgebot wird nach den Bundesligaspielen am Samstag auf 16 Spieler reduziert.

Dabei gibt es schon jetzt konkrete Anhaltspunkte für die Aufstellung der Mannschaft. In der Abwehr vor Torwart Harald Schumacher werden Berthold und Frontzeck Außenverteidiger, Augenthaler Libero und Buchwald Vorstopper spielen. Da die WM-Teilnehmer Matthäus, Brehme, Allofs und Völler ihren Platz sicher haben, bleiben zwei freie Plätze im Mittelfeld. Kandidaten sind hier Wolfram Wuttke, Wolfgang Rolff, Olaf Thon und Uwe Rahn. Über Wuttke sagt Beckenbauer: „Er wird sicher seine Chance bekommen." Aus dem Kreis der Spieler, die der Teamchef vor zehn Tagen zu einem Kurzlehrgang eingeladen hatte, fehlen Wolfgang Funkel aus Uerdingen (verletzt) und Bayern Münchens Stürmer Roland Wohlfahrt (Beckenbauer: „Stürmer habe ich momentan genug").

Der Deutsche Fußball-Bund hat die Prämie für die Endspielteilnahme von Mexiko nachträglich um 5000 auf 75 000 Mark erhöht. Jeder Spieler erhält außerdem noch etwa 50 000 Mark aus den Werbeeinnahmen des Verbandes.

● **Europapokal heute:** Meister: PSV Eindhoven – Bayern München (19.30). – Pokalsieger: VfB Stuttgart – Spartak Trnava (20.00). – UEFA-Cup: Kalmar FF – Bayer Leverkusen (19.00), Bayer Uerdingen – FC Jena (20.00), Atletico Madrid – Bremen (21.00). – **Im Fernsehen:** Der private Sender SAT 1 überträgt das Spiel aus Uerdingen live. Das ZDF sendet eine Zusammenfassung von 22.05 bis 23.35 Uhr.

Schach: Karpow verlor die Dame. WM schon entschieden?

LUDEK PACHMANN, **Bonn**

Die Schach-Weltmeisterschaft ist praktisch entschieden. Titelverteidiger Garri Kasparow gewann in Leningrad die 16. Partie und hat nun drei Punkte Vorsprung vor Herausforderer Anatolij Karpow (9,5:6,5). In den restlichen acht Partien müßte Karpow sechs Mal gewinnen, um doch noch Weltmeister zu werden.

Die Notation (Weiß Kasparow, Spanisch): **1.e4 e5, 2.Sf3 Sc6, 3.Lb5 a6, 4.La4 Sf6, 5.0-0 Le7, 6.Te1 b5, 7.Lb3 d6, 8.c3 0-0, 9.h3 Lb7, 10.d4 Te8, 11.Sbd2 Lf8, 12.a4 h6, 13.Lc2 exd, 14.cxd Sb4, 15.Lb1 c5, 16.d5 Sd7, 17.Ta3 c4, 18.Sd4 ...**

Bisher war das Spiel mit der 14. Partie identisch, in der Kasparow nach 18.axb5 axb5, 19.Sd4 Txa3, 20.bxa3 Sd3, 21.Lxd3 cxd3, 22.Lb2 schließlich in Vorteil kam. Offenbar fand Karpow hier eine Verstärkung für Schwarz.

18. ... Df6!,

Ein sicherlich vorbereitetes Bauernopfer, nach dem Schwarz tatsächlich starkes Gegenspiel bekommt. Der Punkt d3 wird zum idealen Stützpunkt für den Springer. Falls Schwarz statt dessen mit Df6 fortsetzt, bekommt er nach 19.S2f3 nebst 20.Le3 Schwierigkeiten mit seiner Dame.

19.Sd2f3 Se5, 20.axb5 axb5, 21.Sxb5 Txa3, 22.Sxa3 ...

Um auf a3 mit dem Springer schlagen zu können, hat Weiß nicht vorzeitig auf b5 getauscht. Aber der Springer kommt auf a3 auch in eine Abseitsstellung. Offen gesagt, macht auf mich Kasparows Eröffnungsstrategie im 14. Spiel einen besseren Eindruck.

22. ... La6, 23.Te3 Tb8, 24.e5 dxe5, 25.Sxe5 Sb4d3, 26.Sg4 Db6, 27.Tg3 g6!,

Hier kam zwar auch Kh8 in Betracht, aber mit dem Gegenangriff sucht Schwarz mehr. Der Abtausch 27. ... Sxc1, 28.Dxc1 wäre weniger gut, da danach gleichzeitig 28.Sh6+ und 28.Sxc4 drohen würde.

28.Lxh6 Dxb2, 29.Df3 Sd7,

Ausreichend wäre hier Lg7. Es sind keine unmittelbaren Drohungen von Weiß ersichtlich.

30.Lxf8 Kxf8!?,

Und hier würde man eigentlich Txf8 erwarten: Der Springer a3 bleibt angegriffen, und es ist unklar, was dem Nachziehenden passieren sollte.

31.Kh2 Tb3?,

Die Partie hat eine erstaunliche inhaltliche Ähnlichkeit mit dem achten Spiel. Auch dort kam Karpow zum Gegenspiel, entfernte jedoch seinen Turm und erlaubte seinem Gegner die Entscheidung am Königsflügel. Auch dort brachte Kasparow seinen König mit einem einfachen Zug wie hier Kh2 in Sicherheit und brachte damit Karpows Konzept durcheinander. Ihn kosten solch reine taktische Stellungen vor allem zu viel Bedenkzeit.

32.Lxd3 c4xd3?,

Karpow ahnt noch keine Gefahr. Vielleicht übersah er in der Vorausberechnung Kasparows 37. Zug.

33.Df4 Dxa3, 34.Sh6 De7, 35.Txg6 De5,

Darauf hat sich Karpow wohl verlassen. Aber nun geht seine Dame schnell verloren.

36.Tg8+ Ke7, 37.d6+! Ke6, 38.Te8+ Kd5, 39.Txe5+ Sxe5, 40.d7 Tb8, 41.Sxf7 Aufgabe.

Eine für das breite Publikum sicherlich attraktive Partie. Aber man muß feststellen, daß Kasparow seinem Gegner diesmal viel mehr konkrete Chancen gab als in den vorigen Wettkämpfen. Auch in der 16. Partie spielte er äußerst riskant. Die Analytiker werden wohl jetzt in aller Ruhe klare Siegchancen für Karpow nachweisen können. Aber aus psychologischer Sicht ist Kasparows Spiel sehr wirkungsvoll: Er zwingt dem Gegner seinen scharfen taktischen Stil auf.

Bonn hat Kohle-Embargo gegen Südafrika blockiert

EG beschließt Wirtschaftssanktionen / Ein deutliches Signal?

WILHELM HADLER, Brüssel

Mit einem deutlichen Signal wollte die EG ihre Entschlossenheit bekunden, wegen der Rassentrennungspolitik notfalls auch wirtschaftlichen Druck auf die südafrikanische Regierung auszuüben. Der gestern gefaßte Beschluß der Außenminister spiegelt indes eher die unterschiedlichen Ansichten über die Wirksamkeit von Sanktionen wider. Er bleibt hinter dem von den Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft im Juni in Den Haag diskutierten Paket zurück.

Die EG-Minister beschlossen Einfuhrverbote für Eisen, Stahl und Goldmünzen sowie ein Verbot neuer Investitionen. Über die Einbeziehung von Kohle – dem wichtigsten in Frage stehenden Erzeugnis, für das ein Importverbot vorgeschlagen worden war – gingen die Ansichten jedoch ebenso auseinander wie über den Grad der Verbindlichkeit, mit dem ein Embargo für Goldmünzen (Krugerrand) und ein Verbot von Neuinvesititionen beschlossen werden sollte.

Das Einfuhrverbot für Kohle wurde von den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und Portugals strikt abgelehnt, weil dadurch Zehntausende von Arbeitsplätzen Schwarzer gefährdet würden. Die Niederlande, die auch das Kohle-Embargo angewendet sehen wollten, gaben schließlich nach. Die Präsidentschaft erklärte aber, sie werde in dieser Frage weiter nach einem Konsens suchen.

Zunächst kreiste die Diskussion in Brüssel vorwiegend um die Frage nach der geeigneten Rechtsgrundlage für EG-Sanktionen, die für die Gemeinschaft aber nur von geringer wirtschaftlicher Bedeutung sind. Die Bundesregierung, die mit ihrer häufig geäußerten Skepsis über den Sinn von wirtschaftlichen Sanktionen nicht hinter dem Berg hielt, wollte Maßnahmen nur dann zustimmen, wenn eine einheitliche juristische Basis dafür gewählt würde. Wie die Brüsseler Kommission und eine Reihe von anderen EG-Staaten trat auch Bonn für einen Beschluß auf der Grundlage der EWG-Vertrages ein, der in den Mitgliedsländern unmittelbar geltende Verpflichtung schafft. Andere Außenminister, darunter der britische, waren der Meinung, daß weder das Investitionsverbot noch der Einfuhrstopp für Krugerrands unter EG-Recht fallen würden.

Athen leistet Widerstand

Ha. Brüssel

Einen enttäuschenden Start hatten gestern die Bemühungen um eine Wiederbelebung des Assoziationsverhältnisses zwischen der Europäischen Gemeinschaft (EG) und der Türkei. Vor dem Hintergrund ihrer bilateralen Konflikte mit Ankara ließ die griechische Regierung keinen Zweifel daran, daß sie sich vorerst jeder weiteren Integration der Türkei in die Gemeinschaft widersetzen wird. Europaminister Theodoros Pangalos distanzierte sich in der Sitzung des „Assoziationsrates" – der ersten seit 1980 – offen von der einleitenden Erklärung des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe. Diese Erklärung war zuvor in mühsamen Beratungen von EG-Diplomaten als Stellungnahme der EG ausgearbeitet worden.

Pangalos sagte, die griechische Regierung sei gegen die Einberufung des Assoziationsrates gewesen und habe nach wie vor schwere Bedenken gegen die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, solange sich die interne Situation in der Türkei nicht ändere und die Regierung in Ankara ihre Politik gegenüber Griechenland nicht revidiere.

Demgegenüber vertrat Howe im Namen der übrigen EG-Partner die Meinung, daß der Demokratisierungsprozeß in der Türkei zwar noch weitere Anstrengungen erfordere, die Fortschritte auf dem Wege zur Demokratie jedoch die Wiederaufnahme der Arbeiten im Rahmen der Assoziierung in der Gemeinschaft erlaubten. Der türkische Außenminister Halefoglu betonte, sein Land betrachte sich als Bestandteil der westlichen Welt. Ankara lege auf die Menschenwerte den gleichen Wert wie andere Länder und habe auch keinerlei Ansprüche auf griechisches Territorium.

Bonn lehnt Diplomabschluß für Mediziner ab

zyl. Bonn

Für die Einführung eines Diploms nach Abschluß des Medizinstudiums und vor Beginn der Arzt-im-Praktikum-Phase hat sich gestern der Bundesvorstand des Verbands der niedergelassenen Ärzte Deutschlands (NAV) auf seiner Sitzung in Köln ausgesprochen. Dies sei ein sinnvoller Weg, damit all jene Absolventen des Medizinstudiums einen Abschluß vorweisen könnten, die eine Berufsausübung anstrebten, bei der keine behandelnde ärztliche Tätigkeit erforderlich sei, erklärte der Verband.

Für Diplom-Mediziner stehe eine große Auswahl von Tätigkeiten offen. So bestehe beispielsweise in der Pharmaindustrie, im Umweltschutz, in der Computertechnik und im Ingenieurwesen ein immer größerer Bedarf an Fachleuten, die zwar eine medizinische Ausbildung, aber keine praktische Erfahrung mit anschließender Approbation zum Arzt benötigten.

In seinen Ausführungen bezieht sich der NAV auf die von der Bundesregierung im Bundesrat eingebrachte fünfte Novelle zur Änderung der Approbationsordnung für Ärzte, die Vorschriften für den künftigen „Arzt im Praktikum" enthält.

Das Gesundheitsministerium allerdings wies gestern gegenüber der WELT die Vermutung zurück, mit der eingebrachten Novelle solle eine weitere ärztliche Berufsbezeichnung wie etwa „Diplom-Mediziner" oder „Magister der Medizin" eingeführt werden. Es sei nicht an eine Spaltung des Arztberufes gedacht. „Arzt" sei jeder, der erfolgreich sein Medizinstudium abgeschlossen habe. Wer allerdings Patienten behandeln wolle, der müsse nach dem Studium eine zusätzliche praktische Ausbildung – die sogenannte Arzt-im-Praktikum-Phase – absolvieren. Danach werde ihm die Approbation erteilt.

Auch der Vorsitzende des Hartmannbundes, Horst Bourmer, und der Bundesverband der angestellten Ärzte („Marburger Bund") sprachen sich gegenüber der WELT gegen einen neuen „Gesundheitsberuf" aus. Der „Arztverschnitt", wie sie den Vorschlag des NAV nannten, sei nicht nur überflüssig und schade dem Ansehen des Arztberufes, sondern stifte darüber hinaus nur Verwirrung in der Öffentlichkeit.

Verwirrspiel um sowjetische Teilnahme an Nahost-Konferenz

Peres: Beteiligung Moskaus setzt diplomatische Beziehungen voraus

FRITZ WIRTH, Washington

„Der Weg zu einem Frieden im Nahen Osten ist noch weit." Mit dieser Bilanz dämpfte der israelische Ministerpräsident Peres nach seinem einstündigen Gespräch mit Präsident Reagan alle zu optimistischen Prognosen, die nach seinem Gespräch mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak laut geworden waren.

Peres und Reagan machten unmißverständlich klar, daß eine Internationale Friedenskonferenz mit sowjetischer Beteiligung nur denkbar ist, wenn die Sowjets die seit 19 Jahren abgebrochenen diplomatischen Beziehungen mit Israel wiederaufnehmen und zugleich eine bessere Behandlung der in der Sowjetunion lebenden Juden zusagen. Diese Bedingungen wurden von der amerikanischen Regierung, die bisher starke Bedenken gegen eine Internationale Nahost-Friedenskonferenz mit sowjetischer Beteiligung hatte, mit Nachdruck unterstrichen.

Peres dementierte, daß diese Bedingungen die Friedensbemühungen gemäßigter arabischer Staaten zunichte machen würden. „Unsere arabischen Freunde kennen unsere Bedingungen", erklärte er gestern in einem Fernseh-Interview. „Wir haben sie wissen lassen, daß wir mit einer Internationalen Konferenz leben können, vorausgesetzt, daß alle teilnehmenden Nationen diplomatische Beziehungen miteinander haben. Wir gehen nicht in eine Konferenz, in der die Sowjets nicht bereit sind, mit uns zu sprechen." Peres verglich die Internationale Konferenz mit einer „Versammlung von Schwiegermüttern, die gegen eine Hochzeit sind. Wenn sie aber dagegen sind, warum sollen sie überhaupt erst zusammenkommen?"

Peres und seine amerikanischen Gesprächspartner sind nach wie vor überzeugt, daß am Ende nur direkte israelisch-arabische Verhandlungen zu einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten führen können. Mindestens drei arabische Länder, Ägypten, Marokko und Jordanien, stimmten damit überein, sagte Peres. „Eine Internationale Konferenz ist kein Ersatz für diese direkten Verhandlungen, sondern höchstens ein Hilfsmittel", betonte er.

Peres gab sich zuversichtlich, daß seine Friedensbemühungen auch nach dem bevorstehenden Regierungswechsel in Israel weiter verfolgt werden. „Dies sind keine Verhandlungen zwischen den Führern, sondern zwischen Menschen und Ländern, und selbst wenn Mr. Shamir mich ablösen wird, repräsentiere ich immer noch die halbe Regierung. Sollte es in dieser Regierung keine gemeinsame Politik mehr geben, würde es auch keine gemeinsame Regierung mehr geben."

Obwohl sich Reagan nach dem Gespräch mit Peres zuversichtlich gab und „Anlaß für Hoffnung und Optimismus" entdeckte, werden die Erfolgschancen zu einem Durchbruch in den Friedensbemühungen im Nahen Osten von Beamten der US-Regierung skeptisch beurteilt.

Peres flog gestern nach New York weiter. Berichte, denen zufolge er dort mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse zusammentreffen werde, wurden von Peres nicht bestätigt.

„Alles war nur taktisches Manöver"

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Unverkennbar war die Herzlichkeit, mit der Präsident Reagan und Außenminister Shultz den israelischen Premierminister Shimon Peres in Washington empfingen, nachdem er auf dem Gipfel mit Präsident Mubarak in Alexandria in der vorigen Woche einen weiteren Spannungsherd im Nahen Osten beseitigt hatte.

Gleichzeitig verdeckten die schönen Worte im Weißen Haus einen Gesinnungsumschwung um 180 Grad, den Peres nach eingehenden Besprechungen mit seinen Gastgebern machte: „Die internationale Nahost-Konferenz mit sowjetischer Beteiligung" besteht nicht mehr. Das Ganze sei nur „ein taktisches Manöver", erläuterte Peres vor israelischen Pressevertretern in der amerikanischen Hauptstadt, denn „ich stellte Bedingungen, die die Russen nie annehmen würden, wie zum Beispiel volle diplomatische Beziehungen mit Israel und die Öffnung der sowjetischen Auswanderungstore für die Juden".

Er habe nur den Jordaniern beweisen wollen, daß er nicht gegen eine sowjetische Beteiligung sei, daß hingegen die Sowjets nicht mitkommen wollten. Jordanien macht nämlich seinen Einstieg in den Friedensprozeß mit Israel und Ägypten von einer sowjetischen Beteiligung an einer internationalen Konferenz abhängig.

Sogar den Begriff „Internationale Konferenz" ließ Peres in Washington wie eine heiße Kartoffel fallen. Nach dem gleichbleibenden Adjektiv „international" stellte er abwechselnd Gemeinschaft, Begleitung, Forum oder Schirm; die Konferenz jedenfalls war weg.

Für den Jerusalemer Koalitionspartner „Likud" war dies schöne Musik in den Ohren, denn der „Likud" tritt nicht nur gegen eine sowjetische Beteiligung ein, sondern will auch von einer internationalen Nahost-Konferenz nichts wissen, egal, mit welchen Euphemismen man sie auch belegt.

Ein Sprecher für den „Likud", Knesset-Abgeordneter Dan Meridor, der auch mit Peres am Gipfeltreffen in Alexandria teilgenommen hatte, bemerkte in Jerusalem: „Wir begrüßen diese Entwicklung und loben den Ministerpräsidenten, daß er sich von den Amerikanern überreden ließ und eingesehen hat, daß eine internationale Konferenz über den Nahen Osten ein Unglück für uns wäre, geschweige denn eine Teilnahme der Sowjetunion." (SAD)

Agrarkonzept soll angemessene Preise schaffen

DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl und das Präsidium des Deutschen Bauernverbandes (DBV) haben sich gestern in Bonn auf ein längerfristiges Konzept der Agrarpolitik geeinigt. Danach sollte die Überschußproduktion an Agrarerzeugnissen so weit abgebaut werden, daß die Bauern in absehbarer Zeit wieder angemessene Preise für ihre Produkte erhalten können. Einigkeit herrschte darüber, daß es in der Europäischen Gemeinschaft keine Politik des Preisdrucks mehr geben dürfe.

Bayern-Entwurf für schärfere Strafen

rtr, München

Die bayerische Staatsregierung will im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts einbringen. Ein gestern vom bayerischen Ministerrat beschlossener Entwurf sieht unter anderem Ausweitungen beim Straftatbestand des Landfriedensbruchs vor. Bei Wiederholungstätern sollen die Haftgründe erweitert werden. Außerdem sind danach künftig auch Personen strafbar, die bei Ausbruch von Gewalttätigkeiten einer polizeilichen Aufforderung zum Auseinandergehen nicht folgen. Außerdem soll die Teilnahme an verbotenen oder aufgelösten Versammlungen unter Strafe gestellt werden.

Barschel gegen Ostblock-Privileg

geo. Kiel

Zur Lösung des Asylantenproblems hat Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Uwe Barschel jetzt vorgeschlagen, der Bundesinnenminister solle eine allgemeine Verwaltungsvorschrift vorlegen, durch die eine bundeseinheitliche Regelung des Asylverfahrens erreicht werden könne. Außerdem forderte er die Aufhebung des Ostblock-Privilegs. Bewerber, die rechtskräftig als Asylanten nicht anerkannt würden, müßten grundsätzlich zurückgeschickt werden, meinte Barschel. Nichtabschiebung solle es nur noch in besonders gelagerten Einzelfällen geben.



WELT DER WIRTSCHAFT



Die Zeitungs- und Zeitschriftengrossisten hoffen in diesem Jahr auf eine bessere Rendite. Die rund eine Million Kilometer, die die Pressegrossisten im Jahr fahren müssen, um rund 95 000 Einzelhändler zu beliefern, kamen aufgrund des Ölpreisverfalls wesentlich billiger als 1985. (S. 14) FOTO: HÖFT

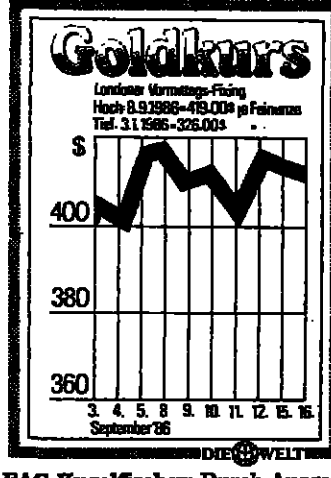
WELTWIRTSCHAFT

Gatt: Die nächste Liberalisierungsrunde für den Welthandel soll Uruguay-Runde heißen. Die Europäer kamen mit ihrem Vorschlag nicht durch. (S. 15)

USA: Nach Steuern sind die Gewinne der verarbeitenden Industrie der USA auf 4,7 Prozent ihrer Umsätze im zweiten Quartal nach 3,5 Prozent im ersten Quartal gestiegen.

Brasilien: Der größte Kaffee-Erzeuger der Welt muß in diesem Jahr Kaffee importieren, um den eigenen Bedarf zu decken. Grund: Die schwere Dürreperiode, die die Ernte des Landes um rund zwei Drittel reduziert hat.

FÜR DEN ANLEGER



FAG Kugelfischer: Durch Ausgabe von 620 000 stimmrechtslosen 50-DM-Vorzugsaktien zu einem Ausgabepreis von 350 DM wird das Grundkapital des Unternehmens von 165 Mill. DM auf 196 Mill. DM erhöht. (S. 15)

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 278,15 (278,03); Chemie: 164,78 (164,51); Elektro: 333,39 (332,95); Auto: 740,45 (742,56); Maschinenbau: 154,28 (153,64); Versorgung: 155,61 (157,96); Banken: 407,96 (408,65); Warenhäuser: 168,33 (168,18); Bauwirtschaft: 535,37 (533,59); Konsumgüter: 185,70 (183,51); Versicherung: 1470,50 (1457,98); Stahl: 154,21 (154,93).

Kursgewinner:	DM	+ %
Amax	31,20	7,59
Wella Vz.	790,00	6,18
Highv. Steel	3,45	6,15
Fiat St.	21,70	5,85
Rheinelektra	160,00	4,98

Kursverlierer:	DM	– %
Schiess	115,00	5,74
Atlas Copco NA	65,00	5,52
Asko	1400,0	5,28
Toray	8,65	4,95
Concordia Ch.	252,00	4,91

(Frankfurter Werte)
Nachbörse: Leichter

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

VW: Olivetti hat vereinbarungsgemäß die 98,4 Prozent der Volkswagen AG am Kapital des Büromaschinenherstellers Triumph-Adler übernommen. (S. 15)

Beteiligung: Die Dresdner Bank beteiligt sich an der neugegründeten Turiner Handelsbank Comeba.

Austin Rover: Für das 1. Halbjahr werden voraussichtlich Verluste von mehr als 60 Mill. Pfund (über 180 Mill. DM) ausgewiesen.

Kooperation: Ford soll sich zunächst mit 30 Prozent an Alfa Romeo beteiligen. Diese Quote soll nach drei Jahren auf 51 Prozent erhöht werden.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	15. 9. 86	12. 9. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	189,50	189,50	165,0	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	123,00	124,50	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	76,50	74,50	78,50	139,00	29,00

MÄRKTE & POLITIK

EG-Agrarminister: Gestern begann die Debatte über die Verwirklichung des Getreideabkommens, das nach dem Beitritt Spaniens zur EG mit den USA geschlossen worden war.

Saarstahl: Der Vorsitzende der Geschäftsführung, Kurt Kühn, schloß im Saarländischen Landtag eine Korrektur der geplanten Endzahl von rund 9800 Beschäftigten nach unten nicht aus.

US-Luftfahrt: Texas Air übernimmt die finanziell notleidende Billigfluggesellschaft People Express.

Kabelfernsehen: Der zweimillionste Anschluß wurde übergeben.

NAMEN

Triumph-Adler: Der bisherige Vorstandsvorsitzende Wolfram Nadebusch wird im VW-Konzern andere Aufgaben wahrnehmen. Über einen Nachfolger wurden keine Angaben gemacht; „gehandelt" wird Francesco Tato, zuletzt Geschäftsführer des Olivetti-Verlages Mondadori.

WER SAGT'S DENN?

Logistik ist, wenn der Verkäufer den Container öffnet und weiß: Hemden blau, Größe 43, liegen hinten rechts.

Karl Übelakker, Chef der Spedition Schenker

Mit der Steuerreform müssen Subventionen abgebaut werden

WELT-Gespräch mit den Haushaltsexperten der Bonner Regierungskoalition

HEINZ HECK, Bonn

Die Haushälter der Bonner Koalitionsfraktionen sind sich einig: Bei den Etatberatungen 87 soll die Nettokreditaufnahme um wenigstens 600 Millionen auf 23,7 Milliarden Mark, also das 86er Niveau, gesenkt werden. In einer Klausurtagung in der nächsten Woche in Berlin wollen sie ihre Marschroute festlegen. Die zweite und dritte Lesung im Bundestag ist noch für November vorgesehen, so daß auch 1987 der Haushalt – wie seit 1983 ununterbrochen – pünktlich zum 1. Januar in Kraft treten kann.

Eine Kürzung um 600 Millionen Mark ist „die absolute Untergrenze", erklärt Manfred Carstens, Obmann *der CDU im Haushaltsausschuß*, der WELT. Auch für seinen FDP-Kollegen Wolfgang Weng ist dies das „Minimum". Beide Politiker sehen Kürzungsmöglichkeiten etwa im Verteidigungsetat, wo zahlreiche Ansätze auf ein realistisches Maß zu reduzieren seien. Weng sieht auch im Forschungsetat größere Reserven und erinnert an die Millionen-Subvention für Siemens. Beide Politiker erwarten mit Blick auf das Wahljahr erhebliche Ausgabenwünsche, die zurückgedrängt werden müßten.

Der Konsolidierungsfortschritt im Etatentwurf 1987, so Carstens, ist größer, als die Zahlen erkennen lassen. So sei auf der Einnahmeseite der Bundesbankgewinn mit sieben um gut 5,5 Mrd. niedriger als 1986 (12,66). „*Ich glaube schon*", erklärt er auf die Frage, ob der Bundesbankgewinn noch höher ausfallen könnte und hält acht Mrd. für realistisch.

Die Haushälter wissen auch, daß zum Beispiel wechselkursbedingte zusätzliche Anforderungen unabweisbar sein können, etwa für Kokskohle. Auch bei der Werfthilfe werden höhere Ausgaben erwartet. Weng möchte bei der Mittelstandsförderung und für das Umweltministerium „etwas mehr tun".

„Am allerwenigsten *zufrieden*" ist Carstens mit dem Subventionsabbau in dieser Legislaturperiode. Zwar habe es jährlich gewisse Kürzungen gegeben. „Aber der eigentliche Brocken liegt bei den Steuersubventionen", der nachhaltig nur zusammen mit der geplanten großen Steuerreform verkleinert werden könne. Weng meint diplomatisch, die Konsolidierung sei „bisher nicht zu schnell" verlaufen und erklärt für die nächste Legislaturperiode, wenn es der alten und hoffentlich neuen Koalition nicht gelinge, den Subventionsabbau zusammen mit der Steuerreform voranzubringen, dann sei sie „in dieser Frage nicht handlungsfähig".

Die früher übliche Vermehrung der Planstellen ist in den letzten Jahren gestoppt worden. 1983 und 1984 hat es sogar einen Abbau gegeben. Carstens betrachtet es schon als Fortschritt, wenn es nicht zu erneuter Vermehrung kommt. Das sei anders, sobald die geburtenschwachen Jahrgänge ins Berufsleben eintreten und die Rückkehr zur Vollbeschäftigung erreicht sei. Dann müsse der öffentliche Dienst zurückstecken. Weng ist „bemüht", auch 1987 die zusätzlichen Planstellen an anderer Stelle wieder einzusparen.

In der Bauwirtschaft setzt sich die Erholung fort

Vor allem öffentliche Aufträge bringen Beschäftigung

HANNA GIESKES, Bonn

Die deutsche Bauwirtschaft erholt sich immer mehr: Der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes teilte gestern in Bonn mit, daß die Bauproduktion im August ein Niveau erreicht habe, „das erstmals wieder höher lag als im Vorjahr". Beim Hauptverband der Deutschen Bauindustrie war von einer „erfreulichen Verbesserung" die Rede, und Bundesbauminister Oscar Schneider stellte fest, daß der Eigenheimbau kräftig zugelegt habe.

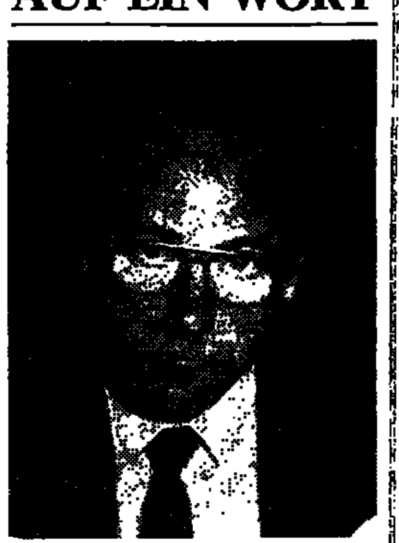
Im ersten Halbjahr nahm die Produktion im Bauhauptgewerbe nach Angaben der Bauindustrie gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,3 Prozent zu; die Auftragseingänge erhöhten sich um 7,2 und die Baugenehmigungen um fünf Prozent. Lediglich die Nachfrage nach Wohnungen sei mit einem Minus von 1,9 Prozent hinter dieser Entwicklung zurückgeblieben, heißt es weiter.

Bauindustriepräsident Günther Herion begründete die Aufwärtsentwicklung zum einen mit der günstigen Konjunktur, die die Nachfrage nach Wirtschaftsbauten belebt habe, zum anderen mit dem Verhalten der öffentlichen Auftraggeber, „das wesentlich positiver zu bewerten ist als vor einem Jahr".

So sind die Bauausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden im ersten Quartal 1986 um 2,3 Prozent auf 4,9 Milliarden Mark gestiegen; im ersten Halbjahr beschleunigte sich diese Entwicklung auf 5,5 Prozent oder 12,7 Milliarden Mark. Hier habe der Umweltschutz einen sehr wesentlichen Anteil, sagte Herion weiter; allein im ersten Quartal seien die Investitionen in wasserwirtschaftliche Bauten um 11,1 Prozent gestiegen. Diese Belebung hat bewirkt, daß die Zahl der Insolvenzen um 8,5 Prozent auf 1130 im ersten Halbjahr sank.

Sorgen hat die Branche jedoch immer noch: Nach Ansicht beider Verbände reichen die nahezu konstanten Baupreise nicht aus, um die steigenden Kosten aufzufangen. Außerdem spürten manche Unternehmen, vor allem im Süden Deutschlands, einen deutlichen Mangel an Facharbeitern, obwohl 135 000 Bauarbeiter – bei etwas über einer Million insgesamt – arbeitslos oder von Kurzarbeit betroffen sind. *Ein besonderes Problem ist* der Nachwuchs; rund 12 000 Lehrstellen am Bau seien unbesetzt, sagte Herion. Beide Verbände wollen sich jetzt verstärkt an Eltern und Schulen wenden. Vor allem müsse den Jugendlichen die Angst vor etwaiger Arbeitslosigkeit genommen werden, „denn die braucht ein guter Facharbeiter nicht zu befürchten".

AUF EIN WORT



„Der neue Zöpel-Erlaß zur Ansiedlung von Einzelhandelsgroßbetrieben in NRW ist eine klare Mißachtung der Wünsche und Vorstellungen der Bürger von einer sinnvollen, preisgünstigen und bequemen Warenversorgung mit dem Auto an gut erreichbaren Standorten außerhalb der City."

Dr. Walter Wichmann, Geschäftsführer des Bundesverbandes der Selbstbedienungs-Warenhäuser (BdSW) e. V., Bonn. FOTO: DIE WELT

Privatisierung konsequent weiterführen

Stoltenberg nimmt für Steuerentlastung auch kurzfristige Neuverschuldung in Kauf

ot. Berlin

Völlig mißverstanden fühlt sich Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg durch die Aussage, er plane in der nächsten Legislaturperiode zur Finanzierung der großen Steuerreform mit einer Entlastungswirkung von 40 Mrd. DM auch eine Erhöhung der Tabaksteuer. Das sei verkürzt wiedergegeben worden, so Stoltenberg vor Journalisten in Berlin anläßlich der Berlin-Tagung der Vorstände von 140 Bundesunternehmen. Der Tabaksteuer will er allenfalls eine Art Nebenkriegsschauplatz zugestehen.

Überhaupt will er sich konkret nicht zur Finanzierung der großen Steuerreform äußern. Sein Ziel ist eine durchgreifende lineare Tarifreform, der sogenannte Mittelstandsbauch soll verschwinden. Dafür will er auch eine vorübergehende höhere Neuverschuldung in Kauf nehmen, der er gar gute Seiten abgewinnen kann, denn das sei ja ganz im Sinne einer Konjunkturförderung.

Wert legt Stoltenberg aber auf die Feststellung, daß höhere Schulden zeitlich begrenzt sein müssen. Wenn er auch das heiße Eisen der Tabaksteuer anpacken sollte, will er der Industrie auf jeden Fall nicht zu sehr weh tun. Wenn er auch strikt betont, daß alles noch im Fluß ist, so nennt er doch mögliche Anhebungen. Denkbar seien beispielsweise fünf Prozent, sagt er, oder drei oder sechs Prozent.

Stoltenberg zeichnete ein optimistisches Bild der wirtschaftlichen Lage. Seit dem Tiefpunkt der Konjunktur 1982/83 seien bis heute 600 000 neue Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen worden. Für das nächste Jahr verweist er auf Prognosen, die ein reales Wirtschaftswachstum von 3,5 Prozent voraussagen.

Deutlich machte Stoltenberg, daß er die Politik der Privatisierung der Bundesunternehmen konsequent fortsetzen werde. 1987 und 1988 will er die restlichen 25 Prozent der Veba und 20 Prozent von VW verkaufen. Weiter will er die Deutsche Pfandbrief-Anstalt in Wiesbaden ganz und die Deutsche Siedlungs- und Rentenbank teilweise privatisieren. Dazu kommt noch in diesem Oktober der Verkauf von 45 Prozent Anteil an der IVG Industrieverwaltungs-Gesellschaft.

Über eine Teilprivatisierung der Lufthansa, gegen die bekanntlich der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß Einwände hat, kann jetzt in Ruhe weiterdiskutiert werden, sagt Stoltenberg. Er schließt auch eine Privatisierung der Salzgitter AG nicht aus, vielleicht sei es in vier Jahren soweit. Denn der Konzern macht jetzt im zweiten Geschäftsjahr hintereinander Gewinn. Noch vor vier Jahren habe Salzgitter noch 600 Mill. DM Verlust ausweisen müssen.

Stoltenberg zeigte viel Verständnis für den Wunsch des Berliner Senats, daß sich die Bundesunternehmen stärker in der Stadt engagieren. Doch müsse man auch verstehen, daß die Unternehmen neue Arbeitsfelder zunächst an ihrem angestammten Standort entwickelten. Salzgitter habe immerhin aber schon 60 Arbeitsplätze in Berlin geschaffen, bei der neuen Berliner Lufthansa-Software-Tochter sei die Mitarbeiterzahl auch inzwischen zweistellig.

Frohe Töne am Bau

hg. – Solch frohe Töne hat man vom Bau schon lange nicht mehr gehört: Es gehe aufwärts, signalisieren die Verbände, und der zuständige Minister verkündet es auch. Und es stellt sich die Frage, warum dies, da sich die Konjunktur doch nicht erst gestern erholt hat, erst jetzt gekommen ist. Haben die Funktionäre vom Bau gemauert?

Haben sie nicht, obwohl einigen von ihnen eine gewisse Neigung zur Trübsal nicht abzusprechen ist. Die Bauwirtschaft ist nun einmal das Kellerkind der Konjunktur, und sie findet den Weg nach oben immer als letzte.

Das liegt zum einen an ihrer relativen Unbeweglichkeit – ihre Kapazitäten sind nicht so einfach anzupassen wie etwa in der Konsumgüterindustrie – und zum anderen an ihrer Kundenstruktur: Zu mehr als 60 Prozent sind es öffentliche Auftraggeber, und dort geht es in der Regel schwerfällig zu.

Doch es gibt noch einen „hausgemachten" Grund, der für sich genommen allerdings erfreulich ist: Bei Preisstabilität ist eine Anlage in Sachwerten wesentlich weniger attraktiv als bei einer hohen Inflationsrate. Wenn sich jetzt trotzdem der Eigenheimbau belebt, dann bedeutet das freilich nicht, daß die Bauherren nun wieder mit einem steigenden Preisniveau rechnen; eher ist es die Umsetzung der Erkenntnis, daß die Rahmenbedingungen ihnen zur Zeit gewogen sind.

Zur Zeit. Denn Bauindustriepräsident *Herion schließt für das kommende* Jahr eine Preiswelle am Bau nicht aus – was die Branche vielleicht wegen ihrer miesen Ertragslage ganz gern hätte –, und er fürchtet für das Ende der achtziger oder den Anfang der neunziger Jahre eine neue Rezession am Bau. Ob dies wohl die Hintertür für einen etwaigen Rückzug an die Klagemauer ist?

Balladurs Budgetwunder

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Zum ersten Mal werden in Frankreich nicht nur die Steuern, sondern gleichzeitig auch die Ausgaben gesenkt. Das Defizit wird abgebaut. Wer diese Erklärung von Wirtschafts- und Finanzminister Edouard Balladur wörtlich nimmt, müßte an Wunder glauben. Bei näherer Betrachtung des jetzt beschlossenen Haushaltsplans für 1987 löst sich allerdings das Rätsel. Seine Präsentierung erscheint jedoch gewagt.

Von einer allgemeinen Steuersenkung kann jedenfalls keine Rede sein. Ermäßigt werden im nächsten Jahr nur die direkten Steuern um 27 Milliarden Franc, davon die der Unternehmen um elf Mrd. Franc und die Einkommensteuer um 16 Milliarden Franc. Gleichwohl dürfte der Ertrag dieser beiden Steuern wegen des auf real 2,8 Prozent veranschlagten Wirtschaftswachstums nominell um 1,2 und um 15,6 Prozent steigen. Das gleiche gilt für die Mehrwertsteuer (TVA), die allein etwa die Hälfte aller Staatseinnahmen stellt. Ihr Mehrertrag wird auf 27 Milliarden Franc veranschlagt. Die gesamten Steuereinnahmen dürften danach um 5,5 Prozent höher ausfallen.

In Frankreich wird es noch Jahre dauern, bis das von den Sozialisten ererbte Budgetdefizit spürbar verringert werden kann. Mit drastischen Ausgabenkürzungen ist aber jetzt ein wichtiger Schritt getan.

Gemessen an ihren diesjährigen Einkommen werden die Franzosen im nächsten Jahr durchschnittlich drei Prozent weniger Steuern zu bezahlen haben. Aber die Regierung wird fast den gleichen Betrag durch die Erhöhung der sozialen Pflichtabgaben zum Ausgleich des Defizits der gesetzlichen Sozialversicherung wieder entziehen. Demzufolge wird auch der Anteil der Abgabenlast (Steuern und Sozialabgaben) am Bruttosozialprodukt mit 44,9 Prozent unverändert hoch bleiben. (Zum Vergleich Bundesrepublik: 38 Prozent). Erst im Wahljahr 1988 soll er bei einer versprochenen Steuersenkung von fünf Prozent reduziert werden.

Schon jetzt allerdings werden die unteren Einkommensschichten wohl nicht nur aus sozialen Gründen besonders begünstigt. Zusätzlich zu der allgemeinen Steuersenkung erhalten sie neue Steuerabschläge und kinderreiche Familien geraten in eine niedrigere Steuergruppe. Die Zahl der Franzosen, die keine Einkommensteuer zu bezahlen hat, dürfte sich damit von zur Zeit neun auf elf Millionen erhöhen. Das ist mehr als ein Drittel aller Steuerpflichtigen.

Fast noch stärker begünstigt der neue Haushaltsplan die Reichen und gut Verdienenden, die allerdings von der sozialistischen Regierung besonders stark geschröpft worden waren. So wird die Vermögensteuer, die immerhin 4,5 Milliarden Franc erbracht hatte, abgeschafft und der 25prozentige Steuerfreibetrag von der Erbschaftsteuer und von Schenkungen zu Lebzeiten wieder eingeführt, nachdem schon für die illegale Kapitalflucht ins Ausland Amnestie verfügt wurde. Nicht zuletzt aber wird der oberste Einkommensteuersatz von 65 auf 58 Prozent gesenkt.

Die Unternehmen, die schon in diesem Jahr beträchtliche Steuererleichterungen erhalten haben, brauchen 1987 nur noch 45 statt 50 Prozent ihrer Gewinne an Körperschaftsteuern zu zahlen. Außerdem wird die Gewerbesteuer gesenkt und die sozialistischen Sondersteuer auf Spesen von 30 Prozent abgeschafft. Ferner wird die Aufteilung von Unternehmen an die künftigen Erben steuerlich erleichtert. Auf der anderen Seite aber reduziert der Staat die Subventionen an die private Wirtschaft. Die Subventionen an die Staatsunternehmen sollen durch die Privatisierungsaktion finanziert werden.

Vor allem aber spart der Staat bei seiner eigenen Verwaltung. Sämtliche Ministerien mit Ausnahme der Verteidigung, Kultur und Justiz mußten mehr oder weniger bedeutende Abstriche von ihren Budgets in Kauf nehmen. Insgesamt werden 20 500 Beamtenstellen gestrichen. So werden sämtliche Staatsausgaben nur um 1,8 Prozent steigen und damit erstmals seit vielen Jahren real zurückgehen.

Ob gleichzeitig das Budgetdefizit um 16 Milliarden Franc oder 12 Prozent gesenkt werden kann, hängt allerdings sehr wesentlich von der Einnahme und damit der Konjunkturentwicklung ab, die vor allem durch den Export beflügelt werden soll. Daß ihn Frankreich 1987 um real 4,8 Prozent (nach 0,9 Prozent *1986*) steigern könnte, wie der Haushaltsplan unterstellt, scheint aber doch fraglich. Realistischer ist die auf 5,0 (4,1) Prozent angehobene Zunahme der Investitionen.

Damit ist freilich die Hypothek der sozialistischen Defizitwirtschaft noch nicht getilgt. Bis die Staatsverschuldung und das überzogene Sozialversicherungssystem, vor allem die von den Sozialisten eingeführte gesetzliche Altersgrenze von 60 Jahren, auf ein vernünftiges Maß zurückgebracht werden können, bedarf es noch Jahre. So mußte der Staat den Franzosen das, was er ihnen jetzt an Steuererleichterungen gewährte, durch höhere Sozialabgaben wieder wegnehmen.

Austin Rover kommt nicht aus den roten Zahlen

fu. **London**

Der einzige rein britische Automobilhersteller in Großserien-Fertigung, Austin Rover, schafft es nicht, aus den roten Zahlen herauszukommen. Wie die Unternehmensleitung jetzt anläßlich der bevorstehenden Tarifverhandlungen für die 26 000 Austin-Rover-Automobilarbeiter zugeben *mußte, wird der Betriebsverlust* in der Personenwagen-Fertigung für die erste Hälfte dieses Jahres aller Voraussicht nach 60 Mill. Pfund (182 Mill. DM) überschreiten.

Noch Mitte letzten Jahres sah es so *aus, als hätte der Pkw-Bereich* des staatlichen Automobilkonzerns (damals noch British Leyland, inzwischen umbenannt in Rover Group) das Blatt zum Besseren gewendet; so war *in den ersten sechs Monaten* 1985 ein Rohgewinn in Höhe von 600 000 Pfund erzielt worden. Doch insbesondere ein verzweifelt gefochtener Preiskampf mit den beiden US-Töchtern Ford und Vauxhall (General Motors) *um Marktanteile führte zu einer* rapiden Verschlechterung der Finanzlage bei Austin Rover.

Branchenkenner rechnen damit, daß der Betriebsverlust im Personenwagenbereich der Rover Group für das volle Geschäftsjahr an die 90 Mill. Pfund heranreichen dürfte. Zu den Austin-Rover-Modellen zählen der neue Rover 800 sowie die Klein- und *Mittelklassewagen Metro und Montego.* In den Rover 800 wurden rund 130 Mill. Pfund investiert.

Nur mit erheblichen Preisnachlässen konnte das Management verhindern, daß der Marktanteil der Austin-Rover-Modelle an den Neuzulassungen in Großbritannien unter 15 Prozent abrutschte; dies hätte bedeutet, daß der zweite Platz hinter Ford an den Konkurrenten Vauxhall (einschließlich dessen Opel-Importe) verlorengegangen wäre. Die rapide Verschlechterung der Finanzlage von einem Betriebsverlust im vergangenen *Jahr in Höhe von 9 Mill. Pfund auf* möglicherweise 90 Mill. Pfund zum Ende dieses Jahres dürfte eine erneute Kapitalspritze der Regierung unumgänglich machen.

Das Presse-Grosso erhofft fünf Prozent Wachstum

Preiserhöhungen bei „sehr wichtigen" Objekten – Aktualität zwingt die Branche zu immer größerer Schnelligkeit

hg. **Baden-Baden**

„In diesem Jahr hoffen wir auf eine etwas fettere Rendite." Eberhard Nolte, *Vorsitzender des Verbandes* der Zeitungs- und Zeitschriftengrossisten, begründet seine Zuversicht mit der Entwicklung seiner Branche im ersten Halbjahr 1986: Nach einem mageren Umsatzplus von einem Prozent im Vorjahr betrug der Zuwachs rund fünf Prozent, so daß ein Wachstum von *fünf Prozent* auch für das Gesamtjahr möglich erscheine, weil es Preiserhöhungen bei „sehr wichtigen" Objekten gegeben habe, sagte Nolte gestern in Baden-Baden.

Der *Optimismus* der 72 *im* Verband organisierten Zeitungs- und Zeitschriften-Großhändler – Branchenjargon: Pressegrosso –, die im vergangenen Jahr rund 4,1 Mrd. DM umsetzten, wird allerdings *durch die* Erwartung einer Personalkostensteigerung getrübt, die Nolte auf etwa vier Prozent beziffert; dies komme, da der Personalkostenanteil im Pressegrosso *„deutlich" über 50 Prozent* liege, einem Anstieg der Gesamtkosten von knapp über zwei Prozent gleich. Nach Ansicht des Grosso-Vorsitzenden spiegelt sich darin auch die Tatsache wider, daß ausscheidende Mitarbeiter – *insgesamt beschäftigt* die Branche 9000 – zunehmend durch höher qualifizierte ersetzt werden; vor allem Marketing-Fachleute würden gebraucht, sagte Nolte.

Auf der Kostenseite gab es indes auch eine Entlastung: *Die rund* eine Million Kilometer, die die Pressegrossisten im Jahr fahren müssen, um *rund* 95 000 Einzelhändler zu beliefern, kamen aufgrund des Ölpreisverfalls billiger als 1985. Jedoch müsse das Presse-Grosso immer schneller werden, „weil die Zeit, die uns zur *Kommissionierung und Auslieferung* zur Verfügung steht, immer kürzer geworden ist". Der wachsenden Aktualität von Presseerzeugnissen, forciert durch spätere Redaktionsschlußtermine und kürzere Druckzeiten, könne das Grosso nur mit mehr Arbeitskräften und mehr Lkw-Touren bei geringerer Kilometerzahl je Tour gerecht werden.

Der Zwang zu immer größerer Aktualität, *dem sich* die Verlage *ausgesetzt* sehen, ist eine unmittelbare Folge des wachsenden Wettbewerbsdrucks vor allem am Zeitschriftenmarkt: Durch Veränderungen der Drucktechnik wurde es möglich, Presse-Erzeugnisse *billiger herzustellen* als früher, und dies habe teilweise zu einem Verdrängungswettbewerb durch billige Massenblätter geführt, „der voll zu Lasten der existierenden Objekte geht", betont Nolte. Mittlerweile müsse das Presse-Grosso Woche für Woche rund 4,5 Millionen Exemplare bewältigen. Seit Anfang 1986 gebe es darüber hinaus Billigzeitschriften besonderer Art: Relativ anspruchsvolle, *gut gemachte* Titel mit dem besonderen Kennzeichen, die billigsten in ihrer *Preisgruppe* zu sein. Die Umschichtung von teuren zu niedrigpreisigen Titeln ist nach Ansicht des *Grosso-Vorsitzenden* noch nicht beendet.

Er vermutet, daß die gestiegene Titel-Vielfalt den Leser „vielleicht eher als früher" zu einem Wechsel verführe. So *habe* das Interesse an Zeitschriften mit allgemeinem Inhalt nicht zugenommen; „erkennbar" gestiegen sei jedoch die Nachfrage nach Spezialzeitschriften. Hier seien noch *Umsatzsteigerungen möglich*, „weil die Verbraucher in diesem Bereich weit weniger preisempfindlich reagieren als etwa bei Frauenzeitschriften."

Schwergewichte mit zunehmender *Bedeutung bildeten die Sparten* Mode, Handarbeit, Ernährung, Gesundheit und Umwelt. Wachstum gebe es auch bei Sportzeitschriften, Do-it-yourself-Titeln und Kunstzeitschriften. Im Bereich der Elektronik steige zwar die Zahl der Objekte, nicht aber die Auflage.

Die wachsende Bedeutung der Spezialobjekte ist für das Presse-*Grosso freilich auch* beschwerlich: Die Auflagen sind gering, und die Zahl der unverkauften Exemplare, die vom Handel an die Verlage zurückgegeben werden, ist vergleichsweise hoch. *Dieses Remissionsrecht* des Handels, Pendant zum Recht der Verlage, über Preise, Zahl und Art der zu verkaufenden Titel zu disponieren – jährlich erscheinen etwa 100 neue – belastet das Pressegrosso immer stärker, weil es die zurückgegebenen Exemplare identifizieren und zählen muß. Inzwischen ist eine Anlage entwickelt worden, die das Ganze elektronisch bewältigt. Wenn sie sich bewährt, wird der Grosso-Verband seinen Mitgliedern die Anschaffung einer solchen Anlage empfehlen, was freilich mit hohen Investitionen *verbunden sein wird.*

Lateinamerika-Plan vorgelegt

David Rockefeller hält Schuldenprobleme für lösbar

Sbt. **Washington**

David Rockefeller, Initiator der Trilateral Commission und viele Jahrzehnte Chef der Chase Manhattan Bank in New York, ist fest davon *überzeugt, daß* Lateinamerikas Schuldenkrise zu lösen ist. In Washington präsentierte er einen umfassenden Plan, der von brasilianischen und mexikanischen Forschungsinstituten sowie dem *Institute* for International Economics, das mit deutschen Marshallplan-Geldern gefördert wird, erarbeitet worden ist. *Laut* Rockefeller müssen diese Maßnahmen ergriffen werden:

1. *Die Länder müssen* sich wieder nach außen orientieren. Dazu erforderlich ist eine Handelspolitik, die den Export fördert und mit der weitverbreiteten Importsubvention aufhört. Sie *wird unterstützt durch* eine die Wettbewerbsfähigkeit stärkende Währungspolitik. Notfalls sind realistische Wechselkurse durch einen automatischen Anpassungszwang *durchzusetzen.*

2. Das Gebot der Stunde sind neue Finanz- und Steuerpolitiken, die zusammen mit einer Entbürokratisierung das Sparvolumen erhöhen und Anreize zum Investieren schaffen. Auf diese Weise wird auch die Kapitalflucht umgekehrt.

3. Verkleinern müssen die einzelnen Regierungen ihre wirtschaftliche Rolle, und zwar durch den Abbau des regulativen Apparates. Die Parole heißt: weniger Staat und mehr Markt.

Rockefeller: „Nur eine nach außen gerichtete Orientierung erlaubt es den Schuldnerländern, zum dauerhaften Wirtschaftswachstum zurückzukehren und mit den höheren Devisenerlösen den Zinsen- und Tilgungs*dienst zu bedienen."* *Nicht* abseits stehen dürfen allerdings die Industriestaaten. Sie müssen sicherstellen, daß keine Handelsschranken errichtet werden und der Kapitalfluß nach Lateinamerika gefördert wird.

Im einzelnen sieht der Lateinamerika-Plan einen Mindestbedarf an *„frischem" Geld in Höhe* von jährlich 20 Mrd. Dollar vor. Bereitstellen sollen die Geschäftsbanken sowie die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank den größten Teil *des Betrages. Die Lücke ist* gigantisch: In den vergangenen Jahren führte der Schuldendienst in Lateinamerika zu Netto-Abflüssen von durchschnittlich 36 Mrd. Dollar bei Zuflüssen von nur 5 Mrd. Dollar.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Paris reduziert Plandefizit

Paris (J. Sch.) – Der französische Haushaltsplan für 1987 sieht gegenüber dem laufenden Budget eine Erhöhung der Staatsausgaben um 1,83 Prozent auf 1054 (1035) Milliarden *Franc vor, was den Erwartungen* entspricht. Die Staatseinnahmen werden trotz verschiedener Steuersenkungen auf 925 (890) Milliarden Franc oder um 4,02 Prozent höher veranschlagt. Demzufolge soll sich das Budgetdefizit um 11,53 Prozent auf 129 (145) *Milliarden* Franc vermindern und nur noch 2,51 (3,00) Prozent des Bruttosozialprodukts erreichen.

Kein gemeinsamer Einkauf

Berlin (ot) – Das Bundeskartellamt in Berlin hat den gemeinsamen Einkauf der Firma Kaiser & Kellermann, Kirchhundem, mit der Rewe-Gruppe, Köln, untersagt. Laut Begründung verstoßen die Verträge gegen das Kartellverbot. Kaiser & Kellermann, die die Hälfte des Einkaufs über Rewe abwickelt, sei auch ohne diesen Verbund wettbewerbsfähig – das Unternehmen betreibt Verbrauchermärkte im Ruhrgebiet, Rheinland, Südwestfalen und Nordhessen und kam 1985 auf rund 1 Mrd. DM Umsatz. Die Entscheidung des Kartellamtes ist noch nicht rechtskräftig.

Nur ein Werbeverband

Frankfurt (adh) – Einen neuen einheitlichen Agenturverband schlagen die Vorstände der Gesellschaft Werbeagenturen (GWA), Frankfurt, und des Wirtschaftsverbandes Deutscher Werbeagenturen, Düsseldorf, ihren Mitgliedern vor. Der neue Verband (Arbeitstitel Gesamtverband Werbeagenturen, Sitz Frankfurt) soll nach positiver Entscheidung der Mitgliedsunternehmen schon im Januar 1987 seine Arbeit aufnehmen; ihme würden dann *gut 120* Werbeagenturen mit rund 6 500 Mitarbeitern und etwa 7 Mrd. DM Billings angehören.

Schaper bald AG?

Hannover (dos) – Die Schaper-Gruppe in Hannover, eine der großen deutschen Handelsfirmen (real-kauf), steht vor einschneidenden Veränderungen. Die Geschäftsführung der Schaper-Obergesellschaft bestätigte einen Bericht der „Lebensmittel-Zeitung", wonach der größte Gesellschafter, Peter Bagel, seinen Anteil von 26,5 Prozent des Kapitals von 135 Mill. DM zum Verkauf angeboten hat. Bagel, so heißt es, sei mit der Umwandlung der Gesellschaftsform von einer KG in eine AG nicht einverstanden. Die Geschäftsführung be*trachtet angesichts der erreichten* Größe (Umsatz rund 5 Mrd. DM) diesen Schritt, der in zwei, drei Jahren mit der Börseneinführung abgeschlossen werden soll, als notwendig.

Sinn steigert Ergebnis

Düsseldorf (Py.) – Das Kölner Tex*til-Einzelhandelsunternehmen Sinn* AG erwartet für 1986 ein über dem Vorjahresniveau liegendes Ergebnis. In einem Zwischenbericht wird der Geschäftsverlauf der ersten acht Monate als befriedigend und noch ausbaufähig beurteilt. Aufgrund der Umsatzausweitung um 4,1 Prozent auf 329 Mill. DM und konsequenter Forcierung ertragsstarker Sortimente lagen die Erträge über dem Vorjahr. Das Investitionsprogramm sieht für 1986 12 Mill. DM vor, wobei sich die Verkaufsfläche *nur unwesentlich* (1985: 66 500 qm) erhöhen wird. Für *1985* waren aus einem Jahresüberschuß von 6,8 Mill. DM 7 (6) DM Dividende gezahlt worden.

Dollarkurs drückte Umsatz

Düsseldorf (Py.) – Die Mannes*mann Demag AG, Duisburg, geht in* einem Zwischenbericht für das 1. Halbjahr von einer insgesamt verhaltenen positiven Entwicklung für 1986 aus, ohne auf die Ertragsentwicklung einzugehen. Im 1. Halbjahr 1986 erzielte das Unternehmen mit 1,7 Mrd. DM *einen um sechs Prozent* geringeren Auftragseingang. Der Auslandsanteil daran fiel um neun Prozent zurück, was fast ausschließlich auf das Auslandsgeschäft zurückgeht. Der Umsatz stieg um drei Prozent auf 1,23 Mrd. DM. Während der Inlandsanteil stieg, sank währungskursbedingt der Auslandsanteil am Umsatz.

Neues Kapital

Alfeld (dos) – Die Hannoversche Papierfabriken Alfeld-Gronau AG, Alfeld, wird die nächste Hauptversammlung um die Schaffung eines *genehmigten Kapitals bitten. Dies* kündigte der Vorstand in dem jüngsten Aktionärsbrief an. Nähere Angaben werden allerdings nicht gemacht. Deb Geschäftsverlauf im ersten Halbjahr beurteilt das Unternehmen als günstig. Innerhalb der Gruppe wuchs der Umsatz um 8,5 Prozent auf *281* Mill. DM. Die Dividendenkontinuität (1985: 6 DM) soll gewahrt bleiben.

Internationale Finanzen

Platin: Die Europäische Optionsbörse in Amsterdam kündigt für 1987 die Einführung eines Platin-*Optionskontraktes an.*

Chrysler Financial Corp: Die Sammelregistrierung von Schuldverschreibungen und Optionsscheinen bis zu einem Gesamtwert von 1,5 Mrd. *Dollar wurde bei der SEC* beantragt.

Medien: Die australische Gruppe News Corp Ltd. will ab Oktober an die Londoner Börse, nachdem sie bereits seit diesem Jahr an der Wall Street notiert wird.

Armco Inc.: Die US-Gesellschaft will sich aus Europa zurückziehen. Eine internationale Bank hat die Geschäftsführung bei der Veräußerung von Armco Dinslaken GmbH und Armco *Flexal, Holland,* übernommen.

US-Anleihemarkt: Fed-Funds haben mit 5,875 Prozent in New York eröffnet und liegen damit auf dem *revidierten Erwartungsniveau.*

Bouygues: Das französische Unternehmen will im November 1 Mrd. Franc durch die Emission von stimmrechtslosen Aktien an der Pariser Börse *aufnehmen.*

Holderbank: Eine Tochter der schweizerischen Holderbank Glaris Financiere Ltd. wird 67 Prozent der Ideal Basic erwerben.

Schatzwechsel: Bei der *Auktion* des US-Schatzamtes in dieser Woche sanken die Schatzwechselrenditen: 5,16 statt 5,24 Prozent für dreimonatige Papiere und 5,34 statt 5,35 Prozent für sechsmonatige.

Verschiedenfarbige Telefonzellen

Die British Telecom bekommt Konkurenz von Mercury

WILHELM FURLER, **London**

Auf Bahnhöfen und Flughäfen Großbritanniens wird es möglicherweise schon bald Telefonzellen geben, die nicht rot sind und von denen aus in einem separaten Netz in Konkurrenz zum privatisierten Telefonriesen *British* Telecom telefoniert werden kann. Darüber hinaus wird Telecom Konkurrenz auch bei privaten Telefon-Anschlüssen bekommen, nachdem sie bisher nur bei Geschäftsanschlüssen besteht: Mercury Communications, der einzige Wettbewerber für British Telecom, hat jetzt eine entsprechende Initiative angekündigt. Noch vor Weihnachten sollen bis zu 250 000 private Kunden an das Mercury-Netz angeschlossen sein.

Mercury Communications war im Zusammenhang mit der Liberalisierung des britischen Telekommunikationswesens als direkte Konkurrenz zu British Telecom vor rund vier Jahren gegründet worden. Mit der Privatisierung von British Telecom hatte die Regierung Thatcher *nämlich* bewußt auch die gesetzlichen und ordnungspolitischen Strukturen im Telekommunikations-Bereich geöffnet, um auch auf diesem Markt Wettbewerb zu ermöglichen.

Inzwischen hat Mercury, eine Tochtergesellschaft des auf dem internationalen Telekommunikationsmarkt tätigen britischen Konzerns Cable and Wireless, ein Netz von Glasfaser-Leitungen zwischen London und den wichtigen Zentren wie Manchester oder Birmingham entlang den Haupt-Eisenbahnlinien verlegt. Diese Telefon- und Kommunikationsleitungen stehen bislang aus*schließlich Kunden aus der* Wirtschaft zur Verfügung.

Offenbar haben die vor kurzem von der oppositionellen Labour-Partei veröffentlichten Pläne, nach einem Wahlsieg mit der Rückführung von British Telecom in Staatsbesitz auch Mercury zu Leibe zu rücken und die priavte Gesellschaft in ein nationales Netz „zurückzuintegrieren", die Mercury-Führung zu der Marketing-Initiative veranlaßt. Dazu zählen nicht nur die 250 000 Privatanschlüsse, sondern auch eigene Telefonzellen an wichtigen Plätzen, also in Bahnhöfen und Flughäfen. Um den Betrieb der Telefonzellen zu ermöglichen, müßte die neue Telefon-Aufsichtsbehörde Oftel eine Lizenz-Änderung genehmigen.

Die 250 000 Privatanschlüsse von Mercury sollen zunächst bei drei Gruppen installiert werden: Bei Mitarbeitern der bestehenden Geschäftskunden, bei den eigenen Mitarbeitern und bei *den Aktionären von* Cable and Wireless. Eine Voraussetzung wäre allerdings, daß sie nicht weiter als 40 Kilometer von den Hauptleitungen des Mercury-Netzes entfernt wohnen.

Der Chairman von Cable and Wireless attackierte die Pläne der Labour-Führung, Mercury in das British Telecom-Netz zurückzuintegrieren, als eine *„doktrinäre politische* Zusage an eine überholte Labour-Philosophie", die eine Labour-Regierung mehr als eine Milliarde Pfund (3,05 Mrd. DM) kosten könnte.

„Mitarbeiter offen informieren"

Personalexperten diskutierten Folgen des technischen Wandels

Stü. Bonn

Der technologische Wandel verändert nicht nur die beruflichen Anforderungen, er läßt ganze Berufsbilder verschwinden. Die Dimension des Problems in der Druckindustrie verdeutlichte Personalvorstand Günther Klenke, Axel Springer Verlag AG, auf dem Dreiländertreffen der Deutschen Gesellschaft für Personalführung (DGFP) in Berlin am Beispiel des Setzers: Im Zuge der Einführung elektronischer Satzsysteme hätten im Hause Springer über 1000 dieser hochqualifizierten Spezialisten ihren bisherigen Arbeitsplatz verloren oder müßten ihn noch aufgeben. Das sei ein Drittel aller Facharbeiter.

Kernpunkt des bei Springer verwirklichten Konzepts, um den Übergang auf die neuen Technologien sozial verträglich zu gestalten, ist die Nutzung aller Versetzungsmöglichkeiten. So seien ehemalige Bleisetzer heute im Layout, in der Retusche, in der Reproduktion, in den Anzeigenabteilungen, in kaufmännischen Aufgaben und auch als Redakteure beschäftigt. Eine zeitliche Streckung der technischen Umstellung, flankiert von Mobilitätsanreizen und dem Angebot eines gleitenden Übergangs in den vorzeitigen Ruhestand ermöglichten dem Verlag, den Wandel ohne Entlassungen zu bewältigen.

Für besonders wichtig hält Klenke eine „aktive und offene Informationspolitik" gegenüber der Belegschaft. Schon im Vorfeld der Investitionsentscheidungen müßten Lösungen für die sozialpolitischen Probleme vorliegen. „Denn von Mitarbeitern, die sich in ihrer beruflichen Existenz bedroht fühlen, können wir nur Verständnis erwarten, wenn ihnen das Unternehmen Perspektiven aufzeigt."

Ein weiteres Schwerpunktthema, zu dem Personalexperten aus der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz ihre Erfahrungen austauschten, war die Arbeitszeitverkürzung. In Österreich ist sie wie in der Bundesrepublik aus den Schlagzeilen verschwunden. Selbst Gewerkschaftsmitglieder könnten sich für dieses Ziel nicht mehr erwärmen, berichtete Wolfgang Burkhard von der Vereinigung Österreichischer Industrieller.

Deshalb erwartet Burkhard, daß sich die Gewerkschaften wieder mehr auf höhere Lohnforderungen konzentrieren, nachdem in diesem Jahr die Arbeitszeit in einigen Branchen (Eisen-Metall, Chemie, Papier) auf 38, 38,5 oder 39 Stunden gesenkt wurde und gleichzeitig Flexibilisierungsmöglichkeiten ermöglicht wurden.

Eine Ruhepause in der Arbeitszeitdebatte birgt nach Burkhards Ansicht für die Arbeitgeberseite auch Gefahren in sich: „Die an sich schon eher müde bis widerwillige Befassung mit der Flexibilisierung der Arbeitszeit droht völlig einzuschlafen", befürchtet er.

Nur zwei Europäer halten international mit

Valvo investiert weiter stark in die Bauelemente und sucht oft vergebens Fachkräfte

JAN BRECH, Hamburg

Der niederländische Philips-Konzern wird weiterhin stark in den Bereich Bauelemente investieren. Die Hauptindustriegruppe Elcoma, in der die Aktivitäten in der Mikroelektronik, bei diskreten Bauelementen und Röhren sowie Bauteilen zusammengefaßt sind, hat im vergangenen Jahr rund 1 Mrd. DM eingesetzt, eine Summe, die auch 1986 erreicht wird. Elcoma ist mit einem Liefervolumen von rund 10 Mrd. hfl der größte Bauelemente-Lieferant der westlichen Welt.

Eingebunden in den internationalen Elcoma-Verbund ist der Valvo-Unternehmensbereich Bauelemente unter dem Dach der Deutschen Philips GmbH, Hamburg. Valvo, der als Bauelemente-Hersteller auch in Deutschland die führende Position einnimmt und 1985 Bauelemente im Wert von 1,7 Mrd. DM lieferte, wird in diesem Jahr wie schon 1985 gut 150 Mill. DM mit den Schwerpunkten Bildröhren und Halbleiter investieren. Für 1987 bis 1989 sagt Manfred Schmidt, Geschäftsführer der Philips GmbH und Leiter des Valvo-Bereichs, einen zusätzlichen Schub voraus. In Hamburg entsteht für rund 500 Mill. DM eine neue Submikronfabrik, die die gleiche Kapazität haben wird, wie das zur Zeit entstehende Werk in Nijmegen, Holland.

Im weltweiten Wettbewerb der Mikroelektronik halten nach Angaben Schmidts von den Europäern nur Philips und Siemens noch mit. Die Mikroelektronik sei eine Schlüsselindustrie, die schon heute 60 Prozent des Industrieumsatzes in der Bundesrepublik beeinflusse.

Der Bauelementemarkt, der in der Bundesrepublik ein Volumen von 10,8 Mrd. DM und in der Welt von 167 Mrd. DM erreicht, wird nach Philips-Schätzungen in Deutschland bis 1990 um durchschnittlich neun Prozent auf 16 Mrd. DM wachsen. Die größte Bedarfssteigerung erwartet Schmidt in der Automobilelektronik mit 16 Prozent, vor der Datentechnik mit zwölf Prozent. Größter und innovativster Wachstumsträger bleibt die Mikroelektronik mit einer mittleren Zuwachsrate von 15 Prozent pro Jahr. Das Marktvolumen dürfte sich auf knapp 6 Mrd. DM verdoppeln.

Diese Prognose wird nicht eingeschränkt durch die Entwicklung des Bauelemente-Marktes in diesem Jahr. Für 1986 gibt Schmidt einen rückläufigen Weltbedarf von zwei Prozent an. Der Rückgang vollzieht sich ausschließlich in den USA, wo der Markt um sieben Prozent schrumpfen wird. Das Wachstum in Japan und Westeuropa beträgt demgegenüber 1,5 und 0,5 Prozent. In der Bundesrepublik weitet sich der Markt gar um drei Prozent aus.

Zum Handicap für die deutsche Bauelemente-Industrie könnte der Mangel an hochqualifizierten Ingenieuren werden. Philips, das allein in Norddeutschland bis 1990 mehr als 1700 neue Mitarbeiter brauche, habe schon 1985 und 1986 den Bedarf an Ingenieuren aus deutschen Hochschulen nicht decken können.

Lehrlingsmangel im Handwerk

Im Süden gibt es auch freie Stellen in „Traumberufen"

MARCEL LOKO, Bonn

Auf den zunehmenden Lehrlingsmangel hat Handwerkspräsident Paul Schnitker hingewiesen. Von den 250 000 vom Handwerk angebotenen Lehrstellen würden 1986 wahrscheinlich nur 237 000 besetzt. Das Handwerk, so Schnitker, sehe allen Anlaß, seine erfolgreiche „Lehrstellenoffensive" in eine „Lehrlingsoffensive" umzuwandeln.

Es müsse jedoch weiterhin regional stark differenziert werden. So stünde dem Lehrstellenmangel im Norden ein Lehrstellenüberhang im Süden, vorwiegend im Münchener und im Rhein-Neckar-Raum, gegenüber. Selbst Lehrstellen in den Modeberufen Elektrotechniker und Kfz-Mechaniker seien dort nicht besetzt.

Schnitker forderte weiter, die Schulzeit nicht unnötig zu verlängern und statt dessen das Schwergewicht auf die Weiterbildung im Beruf zu setzen. Er rief zu „Bildung im Handeln statt dem Dauersitzwettbewerb auf der Schulbank" auf. Dabei mahnte er die Bundesregierung, die Investitionen im Bereich Weiterbildung, die von den Trägern der Bildungsstätten nicht allein getragen werden könnten, mitzufinanzieren. Die Berufsbildungsstätten würden zunehmend zu Stätten des Technologietransfers und förderten eine Anpassung an die technischen Gegebenheiten.

Für ein verbessertes Weiterbildungsangebot sprach sich auch der Vorsitzende des Bundesverbandes Junghandwerk, Klaus Bürkle, aus. Anläßlich des 30jährigen Bestehens seiner Organisation plädierte er für den Abbau von Subventionen, da sie nicht nur die kleineren Unternehmen sondern auch den Neu-Unternehmer, der sich im „Beihilfe-Dschungel" nicht auskenne, benachteiligten.

Bürkle forderte von der Bundesregierung die Beibehaltung des Eigenkapitalhilfeprogramms, da es vier Fünftel aller durch das Programm geförderten Existenzgründungen erst ermöglicht hätte. Weiter wandte sich der Verband gegen die Tendenzen zur Abschaffung der Meisterprüfung.

Steuermilliarden bei Betriebsprüfungen

H. Wl. Bonn

Im letzten Jahr mußten 175 898 geprüfte Betriebe, Freiberufler oder Bauherrengemeinschaften rund 8,3 Mrd. DM Steuern nachzahlen. Rund 75 Prozent davon fielen in Großbetrieben an. Jeder eingesetzte Betriebsprüfer trieb knapp 950 000 DM ein. Dabei werden Kleinstbetriebe durchschnittlich nur alle 31 Jahre geprüft, bei Großbetrieben ist der Turnus 3,6 und bei Mittelbetrieben 8,4 Jahre.

Ob und in welchem Umfang das Finanzamt Außenprüfungen durchführt, steht in seinem Ermessen. Bei Großbetrieben soll der Prüfungszeitraum an den vorbergehenden Zeitraum anschließen.

Bei Mittel-, Klein- und Kleinstbetrieben aber soll der Prüfungszeitraum grundsätzlich nicht über die letzten drei Besteuerungszeiträume hinausgehen, wenn nicht erhebliche Nachforderungen wahrscheinlich sind.

Kugelfischer stockt Grundkapital auf

sz. München

Um 31 Mill. auf 196 Mill. DM wird demnächst die FAG Kugelfischer Georg Schäfer KGaA, Schweinfurt, ihr Grundkapital unter teilweiser Ausnutzung des bestehenden genehmigten Kapitals (bis zu 60 Mill. DM) aufstocken. Voraussichtlich vom 17. bis 30. Oktober sollen den Aktionären im Verhältnis 6:1 zu einem Ausgabepreis von 350 DM je 50-DM-Aktie insgesamt 620 000 stimmrechtslose Vorzugsaktien zum Bezug angeboten werden. Diese neuen Aktien werden für das laufende Geschäftsjahr 1986 zur Hälfte dividendenberechtigt sein.

Schon vor der Hauptversammlung im Juli hatte die FAG angekündigt, den Dividendensatz von 20 Prozent für 1986 zumindest halten zu wollen. Die übrigen 70 000 Aktien werden der Belegschaft überlassen. Die Kugelfischer-Aktie wurde im November 1985 zum Kurs von 310 DM an der Börse eingeführt und gestern in Frankfurt mit 543 (Vortag: 545) DM notiert.

Triumph-Adler jetzt bei Olivetti

dos, Wolfsburg

Die im April dieses Jahres vereinbarte Zusammenarbeit zwischen der Volkswagen AG, Wolfsburg, und der italienischen Ing. C. Olivetti, Ivrea, ist jetzt auch formell vollzogen worden. Nach Angaben von VW hat Olivetti mit Wirkung vom 15. September die VW-Anteile an der Triumph-Adler AG (TA), Nürnberg, in Höhe von 98,4 Prozent übernommen und auf die Tochter Olivetti Holding BV, Amsterdam, übertragen.

Im Gegenzug übernimmt VW fünf Prozent des Olivetti-Grundkapitals zum Preis von umgerechnet 29,80 DM je 1000-Lire-Aktie aus der kürzlich erfolgten Kapitalerhöhung. Das entspricht einem Kaufpreis von rund 595 Mill. DM. Gleichzeitig erhält VW einen Verwaltungsratssitz im Olivetti-Konzern. Mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe wurde Horst Münzner, stellvertretender Vorstandschef bei VW, betraut. Das Bundeskartellamt hatte keinen Einwand.

Was Tante Anna damals guttat

Bei der Selbstmedikation ist derzeit Knoblauch „in"

adh. Frankfurt

Fast fünf Mrd. DM werden die Bundesbürger in diesem Jahr für Medikamente zur Selbstbehandlung ausgeben. Das wären fünf Prozent mehr als im Jahr zuvor oder rund ein Fünftel des gesamten Apothekenumsatzes, der in diesem Jahr rund 23 Mrd. DM erreichen dürfte. Beim Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) in Frankfurt macht man dafür aber vor allem die Grippewelle zu Beginn dieses Jahres verantwortlich. Stärker forciert werden allerdings auch Ausgaben für Vorbeugungspräparate; derzeit ist gerade alles mit Knoblauch und Magnesium „in".

Einen deutlichen Sprung nach oben hatte es bei den rezeptfreien Medikamenten mit der Einführung der sogenannten Negativliste (1983) gegeben, mit der einige Mittel aus der Erstattungspflicht der gesetzlichen Krankenkassen genommen wurden. Grundsätzlich aber, so meint man beim BPI, verhalten sich die Bundesbürger vernünftig und lassen sich nicht ohne Not zum Pillenschlucken verführen.

Als Beispiel führt der BPI die Entwicklung von Werbeaufwendungen für Abführmittel (seit 1978 plus 27 Prozent) und ihren Verbrauch (minus 36 Prozent) an, eine ähnliche Entwicklung gebe es bei rezeptfreien Schmerzmitteln (Werbeaufwand plus 7, Verbrauch minus 4 Prozent).

Im vergangenen Jahr gaben die Bundesbürger am Arzt vorbei insgesamt 591 Mill. DM für Grippe- und Erkältungspräparate aus, 529 Mill. DM für rezeptfreie Schmerzmittel, 496 Mill. DM für Vitamine und Mineralstoffe, für Hautpräparate 330 Mill. DM, Abführmittel 296 Mill. DM und für Stärkungsmittel 243 Mill. DM. Der BPI hält ebenso wie die Krankenkassen Selbstmedikation für unverzichtbar, warnt aber davor, kurzerhand das zu schlucken, „was damals Tante Anna so gutgetan hat".

Pilotprojekt in den USA

Radmer Bau will sich drüben im Ingenieurbau betätigen

DANKWARD SEITZ, München

Mittelfristig plant die Münchner Wilhelm Radmer Bau AG, sich auf dem amerikanischen Baumarkt zu engagieren. Zwar sind, wie Vorstandsvorsitzender Thomas Radmer versichert, diesbezüglich „noch keinerlei konkrete Entscheidungen" getroffen worden. Doch vorstellen könnte er sich, daß man sich „eines Tages" an einer US-Baugesellschaft beteiligt, die im Ingenieurbau („auf keinen Fall aber im Wohnungsbau") tätig ist. Auf einen genauen Zeitpunkt will er sich dabei jedoch ebensowenig festlegen wie auf eine bestimmte Gesellschaft oder die Mindesthöhe der Beteiligung.

Als eine Art „Pilotprojekt" kann man dafür wohl das jüngste Engagement von Radmer bewerten. Gemeinsam mit Geschäftsfreunden erwarb 1985 die Radmer Bau AG (Ein-Drittel-Anteil für 3,9 Mill. DM) im US-Staat North Carolina am Wood Lake ein etwa 300 000 ha großes Gelände, das inzwischen von Radmer komplett (einschießlich der Straßen) erschlossen wird. Begonnen wurde bereits auch mit dem Verkauf von Grundstücken für Wohnhäuser, die allerdings nicht von Radmer gebaut werden. 1990/91 soll dieses Projekt abgeschlossen sein, dessen Verkaufsvolumen von Radmer auf gut 30 Mill. Dollar veranschlagt wird.

Überlegungen, daß Radmer zur Finanzierung dieser Pläne eines Tages an die Börse gehen wird, schließt der Vorstandsvorsitzende aus: „Das werden wir nicht nötig haben." Auch bestehe dazu keine generelle Absicht, zumal in den kommenden Jahren die Wachstumschancen der gesamten deutschen Branche nicht sehr groß einzuschätzen seien. Für 1986 rechnet Radmer, nachdem die Bauwirtschaft nun die Talsohle durchschritten hat, mit einer Steigerung der Bauleistung um zehn Prozent auf etwa 220 Mill. DM.

Zum Jahresanfang lag der Auftragsbestand bei 170 Mill. DM und erhöhte sich bis Ende August auf 200 Mill. DM. Wesentlich hierfür war ein Auftrag aus Libyen über 40 Mill. DM für den Bau von Verwaltungsgebäuden. Wenn auch die Ertragslage im Inland noch mit Sorge betrachtet werden müsse, hoffe man doch, ein ähnlich zufriedenstellendes Ergebnis wie 1985 erwirtschaften zu können.

Im vergangenen Jahr sank die Bauleistung von Radmer leicht um 2,9 Prozent auf 201 Mill. DM. Auf den Auslandsbau entfielen davon 26 (25) Mill. DM. Die Niederlassungen und Beteiligungsfirmen erbrachten über 65 (61) Mill. DM, darunter die Betzold Rohrleitungsbau 11 (8) Mill. DM und die Emil Mayr GmbH & Co. in Ettringen 15 (18) Mill. DM. Das Betriebsergebnis bezeichnete Radmer „nicht wesentlich schlechter als 1982, wobei im Inland mit Mühe schwarze Zahlen" geschrieben worden seien. Aus dem unveränderten Jahresüberschuß von 3,28 Mill. DM wird wieder eine Dividende von 13 Prozent auf 12 Mill. DM Grundkapital ausgeschüttet.

PERSONALIEN

Georg Beckmann, Inhaber und Gründer der Beckmann KG Aggregatebau, Hamburg, vollendet am 18. September sein 75. Lebensjahr.

Richard Talbot, Seniorchef der Waggonfabrik Talbot, Aachen, feiert am 18. September seinen 90. Geburtstag.

Dr. **Fritz Neuweiler**, Leiter des Geschäftsbereichs Erdöl und Chemie der Preussag AG, Hannover, wird am 18. September 60 Jahre.

Jürgen E. Last wird zum Jahresende auf eigenen Wunsch aus der Geschäftsleitung des DIT Deutscher Investment-Trust ausscheiden.

Hubert Bruns wurde für Vertrieb und Kundendienst des Bereichs Landtechnik der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Köln, Generalvollmacht erteilt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Hamburg: Placon GmbH, Klima- u. Lüftungsanlagen; **Hannover:** Walter Voigt, Architekt; Ulla Voigt, Kauffrau; **Herford:** Gebrüder Schell, Eier-, Wild-, Geflügel-Großhandlung GmbH & Co. KG, Löhne 2; **Memmingen:** Günther Galistel, Gartengestaltung; Josef Kämmerle, Irsingen; **Nienburg:** Berg GmbH, Hoya; **Passau:** Nachl. d. Hilda Thekla Vornlocher geb. Fischer; **Recklinghausen:** Shadow Diskotheken GmbH.

Vergleich beantragt: Arnsberg: Bachtenkirch – Fahrradfabrik – GmbH & Co. KG, Oeventrop; Bachtenkirch – Fahrradfabrik – Verwaltungs GmbH, Oeventrop; **Hamm:** Maschinenfabrik Walter Scheele GmbH & Co. KG, Unna-Massen; Scheele GmbH, Massen.

Am ersten Tag nur Pflichtbeifall

Die Asiaten stahlen den Europäern zur Eröffnung der Gatt-Ministertagung die Schau

H.-J. MAHNKE, Punta del Este

Auch das gibt es in der internationalen Politik: Das Kind hat bereits den Namen, bevor endgültig feststeht, daß es geboren wird. Die nächste Liberalisierungsrunde für den Welthandel soll Uruguay-Runde heißen. Initiiert von Japan und einigen anderen südostasiatischen Staaten. Und das, obwohl die europäischen Handelspolitiker eine Brüssel-Runde anstrebten. Aber die Asiaten konnten ihnen die Show stehlen, einfach weil sie schneller waren.

Denn das, was der japanische Außenminister Kuranari am ersten Tag der Ministertagung des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) in Punta del Este in Uruguay zum besten gab, an dem die Vertreter aus 92 Staaten – „zum Glück nicht alle", so ein Schweizer Diplomat – mit ihren Erklärungen zur Handelspolitik begannen, konnte die Delegierten nicht mehr als zum Pflichtbeifall rühren. Denn Karanari ging noch nicht einmal auf das Problem Nummer eins, nämlich den Handel mit Agrarprodukten, mit mehr als einem – lapidaren – Satz ein. Und das, obwohl Japan zu den größten Agrarprotektionisten gehört, seinen Markt abschottet, allerdings, im Gegensatz zur EG, niemandem mit Exportsubventionen die Drittlandsmärkte abjagt.

Allerdings hielt sich auch Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann in diesem Punkt zurück. Er – wie auch fast alle Redner der Industriestaaten – betonte die Bedeutung dieser Tagung, auf der die wohl auf mindestens vier Jahre dauernde nächste Welthandelsrunde eingeläutet werden soll.

Der US-Handelsbeauftragte Clayton Yeutter machte in seiner Rede, wie auch in zahlreichen und eigentlich wichtigeren Begegnungen mit Ministern am Rande der Konferenz, deutlich, daß die USA jetzt vor allem auf zwei Punkte bestehen: einem Kodex für die Sicherung des geistigen Eigentums, also gegen die Marken-Piraterie, und für Regeln zum Schutz von Auslandsinvestitionen. Die Behandlung des Dienstleistungsproblems strich er nicht heraus.

Es hatte den Anschein, als spielte dieses einstmalige Hauptthema der USA in der Taktik des hemdsärmeligen Yeutter keine große Rolle mehr, weil er wohl davon ausgeht, daß dieses Thema bereits von den anderen Industriestaaten „gegessen" sei. Auch bei der Agrarfrage exponierte sich Yeutter nicht besonders.

Diese Rolle übernahmen die Vertreter beispielsweise von Australien und Argentinien: Das, was die den EG-Staaten ins Stammbuch schrieben, war nicht nur gewaltig, es ging auch unter die Haut. Auf 1 Milliarde Dollar pro Jahr bezifferte der australische Vertreter die Folgen des EG-Agrarprotektionismus für sein Land.

Eine Last konnte von dieser Konferenz genommen werden: Das Thema Sowjetunion und das Problem Südafrika haben keine große Rolle spielen können. Bei der Tagung der Delegationsleiter griff kein Land dieses Thema auf, damit kann es auch offiziell nicht mehr behandelt werden.

Allerdings bedeutet dieses nur, daß jetzt das Problem Sowjetunion das Gatt nicht belasten wird. Jetzt hängt es von Moskau ab, ob es den undefinierten Wunsch der Teilnahme noch einmal vorträgt. Südafrika wurde bisher selbst von den schwarzafrikanischen Ländern überhaupt nicht genannt. Dieses liegt schlicht auch daran, daß der Gatt-Vertrag nicht den Ausschluß einzelner Mitglieder kennt. Allerdings ist auch Südafrika nicht mit Ministern vertreten.

STELLENANGEBOTE

Zentrale Verfahrensverbesserung

- Sie sind **Hochschulabsolvent: Maschinenbau**, Fachrichtung **Fertigungs- oder Verfahrenstechnik**
- Sie gewinnen Pluspunkte mit der Vertiefungsrichtung oder **Berufserfahrung Handhabungstechnik**
- Sie kennen den aktuellen Stand der flexiblen automatischen Montagesysteme, die Teilezuführtechnik und die Entwicklung im Bereich der Sensortechnik
- Sie sind erfahren in der Konzipierung und Durchführung großer Projekte
- Sie kennen auch die potenten Anlagenhersteller und die Aktivitäten der einschlägigen Hochschulen, bzw. deren Institute
- Sie können Verfahrensschritte zerlegen und wirtschaftliche Lösungen schaffen, insbesondere im **Schnittstellenbereich**
- *Sie führen zukunftsorientierte Technologien ein und verbessern existierende Abläufe*
- Sie bringen Erfahrung oder Wissen auf dem Gebiet der Werkstückhandhabung von Kunststoff-Kleinteilen bis hin zu Rollen aus bahnförmigen Materialien
- Sie setzen sich selber Ziele, erarbeiten den Weg und das Konzept und realisieren planmäßig ihre eigenen Vorgaben durch Sicherung des Projekt-Fortschritts
- *Sie begleiten ihre initiierten Programme bis zur Inbetriebnahme*
- Sie bringen Erfahrung mit aus der Industrie oder einem Institut und sind um die 35 Jahre

Wir erwarten einiges. Wir wissen aber auch, daß wir Sie auf die hausinternen Gegebenheiten einer vielseitigen Produktion *gründlich einarbeiten werden*. Andererseits haben wir auch Überdurchschnittliches zu bieten: Sie beginnen in einer Stabsfunktion. Unsere klare Zielrichtung – und das sollte sich mit Ihrem Ziel decken – ist jedoch in überschaubarer Zeit eine **anspruchsvolle Führungsfunktion in der hochtechnischen Produktion**. Sie können und sollen sich in einer einmaligen Weise darauf vorbereiten und haben sogar die Möglichkeit, Ihre künftige Funktion gezielt anzusteuern.

Wenn Sie jemand sind, **der Teamarbeit will und kann** und Ihre Pläne und Kenntnisse hier wiederfinden, Ihre Ausbildung und Ihr Werdegang stimmen, vor allem aber Ihre Persönlichkeitsstruktur, dann sollten Sie das Gespräch in jedem Fall mit uns suchen, auch wenn Sie derzeit keinen Wechsel planen. Wir brauchen den

Dipl.-Ing./Dr.-Ing.

Handhabungstechnik · Verfahrensoptimierung

für das deutsche Haus eines **bedeutenden** und oft als **beispielhaft** zitierten internationalen Konzerns mit **Milliardenumsatz**. Ihr Umfeld stimmt in jeder Hinsicht, menschlich und von der Wohnumgebung für Ihre Familie. *Der soziale Bereich entspricht einem Haus dieser Größenordnung.*

Noch ein Hinweis: Sie pflegen sehr interessante internationale Kontakte, dazu benötigen Sie Englisch.

Jetzt dürften Sie überzeugt sein, auch weil Sie wissen, daß Ihnen bei der Einarbeitung jede Hilfe geboten wird. Wir hoffen, Sie bewerten **Ihre Chance** richtig. Fragen Sie gerne bei uns nach. Sie können aber auch direkt Ihre Unterlagen (Foto, tab. Lebenslauf, Zeugniskopien, Gehaltsvorstellung, Eintrittstermin, Tel.-Nr.) an uns schicken unter der **Kennzahl 542**. Wir garantieren Ihnen absolute Diskretion.



SCHMIDT & PARTNER GMBH
Unternehmens- und Industrieberatung
Personalberatung · Ing.-Büro · Nachwuchsförderung
Theaterplatz 10 – 12, D-5300 Bonn 2-Bad Godesberg, Tel. 02 28/35 30 35

Wir sind ein Konzernunternehmen mit ca. 500 Mitarbeitern im Zentrum des Ruhrgebiets, unsere Arbeitsgebiete sind:

- **Rohrleitungsmontagen**
- **Rohre, Rohrbogen und Formteilfertigung**
- **gastechnischer Anlagenbau**

Zur Betreuung, weiteren Planung und Einführung eines integrierten Systems für die

Informationsverarbeitung in den technischen Bereichen Angebotskalkulation, Arbeitsvorbereitung, Fertigung, Montage und Berechnung

suchen wir zum 1. Januar 1987 oder früher einen der Geschäftsführung direkt unterstellten Fachmann, möglichst mit Datenbankerfahrung. Der Bewerber sollte auch in der Lage sein, die Belange der kaufmännischen und personellen Abteilungen zu bearbeiten.

Wenn Sie ein umfassendes betriebsorganisatorisches Geschick und ein breites Wissen *über die Möglichkeiten der modernen Informationsverarbeitung* mitbringen und Engagement für die Realisierung dieser interessanten Aufgaben beweisen wollen, *dann bitten wir Sie um eine baldige Kontaktaufnahme*, die wir selbstverständlich vertraulich behandeln werden.

Richten Sie bitte Ihre Bewerbung an die Geschäftsführung der

SCHULTE-MÜLLER-DOG GmbH, Rensingstraße 14, 4630 Bochum 1

Zukunftsgestaltung durch aktive Personalarbeit

Unser Auftraggeber ist ein international tätiges Unternehmen, das auf die Planung und Herstellung von Maschinen und Anlagen zur Gewinnung und zum Umschlag von Rohstoffen spezialisiert ist. Für ein Werk in Norddeutschland suchen wir einen qualifizierten

Werkspersonalleiter

Das Aufgabengebiet umfaßt die Wahrnehmung aller Personalmaßnahmen für 700 Mitarbeiter. Hierzu gehören die Personalplanung, -auswahl und -betreuung sowie die Entgeltabrechnung, es schließt Arbeits-, Tarif- und Sozialrecht ein wie auch Verhandlungen mit dem Betriebsrat.

Für die Wahrnehmung dieser anspruchsvollen Aufgabe sollten Sie auf der Basis eines wirtschaftswissenschaftlichen Studiums bereits einige Jahre erfolgreich im Personalwesen eines Unternehmens der Metallindustrie gearbeitet haben und bis 40 Jahre alt sein.

Wenn Sie ein kontaktfreudiger Personalmann sind, der über Kreativität, Organisationstalent und eine schnelle Auffassungsgabe verfügt, wird Ihnen ein interessantes Aufgabengebiet mit hoher Eigenverantwortung geboten.

Sollten wir Ihr Interesse geweckt haben, *freuen wir uns über Ihren Kontakt. Senden Sie bitte Ihre* aussagefähigen Bewerbungsunterlagen (Lebenslauf, Zeugniskopien, Lichtbild und Gehaltsangaben) unter der Kennziffer 8679 an die MUMMERT + PARTNER Personalberatung GmbH, Neumarkt 35–37, 5000 Köln 1, z. Hd. von Herrn Cura, der Ihnen telefonisch unter 02 21 / 23 42 28 gerne ergänzende Informationen gibt und Diskretion gewährleistet.

MUMMERT + PARTNER

MANNESMANN REXROTH

Brueninghaus Hydraulik GmbH

Zum weiteren Ausbau der intensiven, anspruchsvollen technischen Kundenberatung und zur Unterstützung der weltweit agierenden Außendienstorganisation der **Mannesmann-Rexroth-Gruppe** suchen wir den praxisbezogenen

Verkaufsingenieur

für hydrostatische Antriebe im Bereich mobiler Anwendungen wie Baumaschinen, Kommunalfahrzeuge und Landmaschinen.

Mannesmann baut Maschinen und Anlagen, fertigt Investitionsgüter der Elektrotechnik und Elektronik, stellt Rohre her und handelt mit eigenen und fremden Erzeugnissen – weltweit.

mannesmann technologie

Vom Bewerber erwarten wir:
- ein abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Maschinenbau
- Fachwissen auf dem Gebiet hydrostatischer Leistungsübertragung
- überzeugende technische Beratung der Kunden und Mitarbeiter
- Englische Sprachkenntnisse
- Kooperationsbereitschaft, Kreativität und Einfühlungsvermögen.

Kenntnisse auf dem Elektroniksektor sind von Vorteil.

Horb liegt in einer landschaftlich reizvollen Gegend am Rande des Schwarzwaldes. Am Ort sind alle schulischen Möglichkeiten gegeben. Bei der Wohnungsbeschaffung sind wir gerne behilflich.

Bitte richten Sie Ihre Bewerbung an unsere Personalabteilung.

Brueninghaus Hydraulik GmbH
An den Kelterwiesen 14
7240 Horb am Neckar
Tel. 0 74 51 / 92-240

STELLENGESUCHE

JAPANKENNER

Industriekfm. / Diplombetriebsw. / Publizist M.A., 38, Studium der BWL / VWL / Publizistik, von 1984–1986 Stipendiat des DAAD in Japan, Praxis in Unternehmen und Fernsehanstalten, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit in Wirtschaft, Journalistik, auch intern. Institutionen und Organisationen, strebe langfristige berufliche Zukunft in Japan oder Asien an.

Zuschr. u. M 5137 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Es ist mir langweilig!

Suche eine interessante Aufgabe. Gerne auch Auslandsaufenthalt. Arbeitszeit u. -stunden unwichtig. Bis jetzt bin ich Geschäftsführerin im Hotelgewerbe. Spreche Englisch, etwas Franz. und Griechisch. Bin Schwäbin und habe das Organisieren und Arbeiten im Blut. Gute Figur und Kleidung, freundlich, 28 Jahre. Hobby: Kunst und ein gutes Essen.

Ihr Ang. bitte u. C 5139 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Ing. (grad.)

Schiffsbetriebstechnik, Schweißfaching., 42 J., sucht neue Verantwortung in Werksschaltung als Betriebsing. od. SFI. Erfahrung: 3 J. Seefahrt, 3 J. Betriebsing., 4 J. Terminplanung. Zuschr. unter T 5240 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter

37 J., international erfahren u. erfolgreich, sucht neue herausfordernde Aufgabe, mögl. Rhein-Ruhr-Gebiet.
Zuschr. u. E 4943 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Sekretärin

Akademikerin, EDV- u. Sprachk., sucht in Frankfurt/M. liebenswerten Arbeitgeber. Gehalt: ab 42 000,- p. a.
Zuschr. u. H 5144 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ich hatte einen Traum (APG. 2,17–19)

daß ich in einem großen Haus lebe, im Garten stehen hohe, alte Bäume, *und ein Mann räumt Hindernisse aus dem Weg.*

Dieses Haus suche ich!

Ich bin	eine 44jährige Frau
Ich kann	mit Wort und Schrift in allen Bereichen umgehen (Gedichte, Reiseberichte, Kurzgeschichten – Buch geplant)
Ich habe	*3 Kinder, die Ausbildung und Studium* absolvieren und von mir gehen, 2 Hunde (schöne Setter), die bei mir bleiben
Ich war	10 Jahre lang selbständig tätig
Ich möchte	als Gesellschafterin oder Hausdame für einen Menschen da sein und mit Gottes Hilfe Licht und Freude bringen können.
Ich glaube	dem Reden Gottes, der mich aus meiner hektischen Tätigkeit herausriß und mir einen neuen Platz in diesem Traum aufzeigte.
Ich werde	mit jedem Menschen Kontakt aufnehmen, der sich von diesem Traum angesprochen fühlt.

Bitte schreiben Sie unter N 5148 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Medizin-Techniker / Techn. Kaufmann

Englisch-/Französisch-Kenntnisse, 41 Jahre, Erfahrung in Planung, Vertrieb, Finanzierung, sucht Bezirksvertretung oder Vertriebsbüro mit Kundendienst oder Service-Stützpunkt für med. Einrichtungen ggf. tätige Beteiligung oder Betriebsübernahme.

Standort: Düsseldorf/Köln – Wuppertal.

Ang. u. E 5141 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

CHINA-HANDEL

Dipl.-Phys., Chinese, verh., dt. Abschluß, mit mehrj. Chinahandelserf., su. verantw. Stelle bei dt. Industrieuntern. im Handel mit China.

Zuschr. u. X 5134 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Manager sucht neue Aufgabe

Geschäftsführung/Vertrieb

42 J., verh., agiler Praktiker, Typ Generalist, der sich auch noch in Details verbeißen kann. Z. Zt. GF mit Schwerpunkt Vertrieb eines bekannten, technisch orientierten Produktions- u. Großhandelshauses mit ungewöhnlichen Zuwachsraten.

Basis:	Wirtschaftsabitur, Lehre, BWL-Studium (HH), sehr gute englische sowie französ. Sprachkenntnisse.
Beruf:	Fundierte Erfahrung in allen betrieblichen Teilbereichen mit Schwerpunkt Vertrieb u. a. – Aufbau zweier Firmen – Unternehmensberatung – Aufbau eines anspruchsvollen *US-Franchising-Systems bundesweit.*
Branche:	Bisher Konsum-Investitionsgüter/Bau
Zukunft:	Langfristiges Engagement erwünscht. Branche nicht entscheidend, EK z. Zt. deutlich sechsstellig – erfolgsorientiert. Mögl. Raum HH/Norddeutschland (nicht Bed.), evtl. *Ausland.*

Angebote erbeten unter W 5309 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH) Versorgungstechnik

ist –	37 Jahre, verheiratet, in ungekündigter Stellung
hat –	*bisher 10 Jahre alle Aufgaben bei namhafter Firma* sehr gut bewältigt
kann –	selbständig und rationell arbeiten
sucht –	verantwortungsvolle Position in Planung und Ausführung von Klima-, Kälte-, Heizungsanlagen.

Angeb. unter K 5123 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Volljurist (Anfänger)

leistungsfähig und *anpassungsbereit, vielseitig interessiert,* 32 J., ledig, ortsungebunden. Der vor dem jur. Studium durch eine abgeschlossene Ausbildung im Einzelhandel Erfahrung gesammelt hat, sucht einsatzfordernde *Anfangsstellung.*

Anf. bitte u. L 5146 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

HALT! Lesen Sie die Anzeige bitte von unten

– ab? Mit 36 Jahren zu Ihnen!
– seit 82 Leiter Finanz-/Rechnungswesen (Handel)
– Gl.-Cash Management (Industrie)
– Bilanzbuchhalter
– *Anlagenbuchhalter (Industrie)*
– Kreditorenbuchhalter (Industrie)
– Kfm. Angestellter
– Industriekaufmann

Das ist der Weg Ihrer neuen Führungskraft!

Zuschr. u. B 5138 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Leiterin

einer Rechtsanwalts- u. Notarpraxis, langj. Berufserfahrung, überdurchschnittlich einsatzfreudig, sucht Stel*lung im Großraum Hannover/Ham*burg. Angebote unter F 5142 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertrieb – Außendienst, 40 J., verh., ungekündigt, dynam., einsatzfr., belastbar, führungserf., *erfolgsgew. Außendienstler, su.* zum 1. 1. 87 Firma im Raum NRW, wo Zusammenarbeit z. Erfolg führt. Führung kl. VK-Team u. Pionierarbeit angenehm. Keine Kapitalanlagen.
Zuschriften u. Z 5136 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufmann

31 Jahre, 10jährige Erfahrung in Anlagenbau und Projektabwicklung, Mittel East u. Far East, sucht neuen Tätigkeitsbereich. Zuschriften unter P 5287 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chefsekretärin

erfahren, sucht verantwortungsv., interessante, sachbezogene Vertrauensstellung im Großraum Hamburg. Steno u. Maschine selbstverständl., gute Buchhaltungskenntn., flexibel, an selbst. Arbeiten gewöhnt, 30 J. Berufserfahrung in Versicherung, Maschinenbau, Spedition, ungek.
Zuschr. erb. u. Y 5311 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Neue Besen kehren gut!

- **Verkaufsleiter**, 30 J., Nordlicht, Umsatzsteigerung 1. Jahr 17,4 %
- erfahren im Teamaufbau
- Super-Zeugnisse und Referenzen amerikanischer Unternehmen
- Betriebswirtschaftliches Abendstudium mit Abschluß
- Topfive-Mitglied einer Mars-Tochter
- Investitions-, Dienstleistungs- u. Direktvertriebverkaufserfahrung

sucht wegen drohendem Konkurs neuen Wirkungskreis Raum Norddeutschland. Auch Unternehmens-/Verkaufsberatung als 1x-Aufträge.

Zuschr. erb. unter M 5125 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Hausmeister/Diener/Ehepaar

kinderlos, beste Referenzen. Er, 43 Jahre, seit 18 Jahren als Diener/*Chauffeur/Hausmeister. Sie,* 41 Jahre, seit 14 Jahren als Wirtschafterin/Köchin in anspruchsvollem Haushalt tätig, suchen sich zu verändern.
Zuschr. u. D 5118 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing., Maschinenbau

39 J., led., einsatzfreudig, in ungek. Stellung, jetzt über 6 Jahre als Beratungsing. in der Baumaschinenbranche (Erdbewegung) tätig, Technik – Verkauf, sucht neuen adäquaten Tätigkeitsbereich, bevorzugt Rhld.-Pfalz, Hessen, NRW.

Ang. u. A 5137 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschafterin

42 J., seit 15 J. im priv. Ber. tätig in anspruchsv. Haushalt, sehr gute Kochkenntn., nicht ortsgeb., Führersch., su. sich zu veränd., da der Haushalt aufgelöst wird.
Zuschr. u. *E 5119* an *WELT-Verl.,* Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Aufbau, Neuorientierung oder Verbesserung des Personalmanagements

Dynamischer, führungsstarker Manager mit weit überdurchschnittlichen Erfolgen, 46 J., in ungek. Spitzenposition sucht nach über 10jähriger Tätigkeit als Personaldirektor einer bekannten international tätigen Firmengruppe neue Herausforderung als

Personaldirektor/Mitglied des Vorstandes

Meine Ausbildung/*Studium* zusätzl. EDV, Personal, Arbeitsrecht- u. Managementausbildung sowie mein breites, in der Praxis erworbenes Fachwissen qualifizieren mich auch für eine schwierige Führungsposition, bei der analytisches Denken, konsequentes *zielorientiertes Handeln,* aber auch überdurchschnittliche Einsatzbereitschaft u. Motivationskraft gefordert werden.

Entsprechende Gestaltungsfreiheit sollte allerdings gegeben sein. Kontakte werden erbeten unter G 5142 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskfm.

44 J., *flexibel,* Englisch perfekt, Italienisch, Spanisch, FS III, sucht neues Aufgabengebiet, kein Außendienst, jedoch für gelegentl. In-/Auslandsreisen bereit. Zuschr. erb. u. V 5306 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bankkaufmann, weibl.

27 J., in ungekündigter Stellung, ortsungebunden, sucht neuen Tätigkeitsbereich, vorzugsweise *in der Industrie. Zuschriften un*ter A 5159 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rentner

ehem. selbst. Unternehmer, Führerschein, Sportboot-Führerscheine, BR-Schein, Funksprechzeugnis, sucht Einsatz auf Vertrauensbasis. Unterstützung, Kurierdienste o. ä. *des Bootseigners/Chefs.*

Tel. 0 23 66 / 3 91 98, 8 44 91

Internat. Makler

m. spez. Bez. i. Span., Port., Südam. u. Irld., 20 J. Berufserf. (10 J. Ausl.), fl. Engl., Span., Port. u. Franz., z. Z. selbst., su. Anst. b. Immo.-Fa., als teilz. od. befr.

P. LENZ, Postf. 16 25, 2160 Stade

Vertriebs-Manager

(Bau-, Baustoffindustrie-, Bauträger und Immobilien)

49 Jahre, ungekündigt, ich kenne die Probleme des Marktes. Mit Kreativität, aber auch den Blick für das Machbare im ges. Vertrieb. Voraussetzung für die Durchsetzung marktnaher Unternehmens-, Produkt- u. Vertriebspolitik.

Erfahrung als Prokurist u. Abteilungsleiter der Bau-, Baustoffindustrie u. Objekt-Vertriebsbeauftragter eines Institutes mit techn. Verständnis

sucht eine berufliche Herausforderung im mittelständischen Unternehmen

Wenn Sie Vertriebsverantwortung auf oberer Führungs- od. Geschäftsführungsebene evtl. als

Partner oder Nachfolger

in qualifizierte Hände legen wollen, dann bitte ich um Kontaktaufnahme unter N 5236 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufmann/Südostasien

überlegter Unternehmertyp und Praktiker, ungekündigt, Anf. 40, verh., seit über 10 J. als Niederlassungsleiter für Handel und Großindustrie in diesem Raume tätig, versiert in Geschäftsentwicklung, Marketing und Vertrieb von Maschinenbauprodukten und Anlagen für die verarbeitende Industrie, sucht Führungsaufgabe und neuen Wirkungskreis in Südostasien, Wohnsitz z. Z. Indonesien, Termin ca. 1./2. Quartal 1987, oder evtl. nach Vereinbarung.
Zuschr. erb. u. Y 4915 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Deutscher Arzt

38 J., Berufserf. in Schulmedizin, Naturheilkunde, Zahnmedizin u. Pharmazie, z. Z. leitender Arzt, sucht adäquate Position ggf. auch in Industrie.

Zuschr. u. W 5155 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Immobilien-/Fertighaus-/Finanzierungsbereich

Führungspersönlichkeit, 45, 20jährige leitende Berufserfahrung, Domizil Großraum Köln. Gesucht wird Position als Verkaufs-/Team-/Gebietsleiter in einer der o. a. Branchen. Auf-/Ausbau einer Verkaufsorganisation angenehm. Reisetätigkeit, auch deutschspr. Ausland, kein Hindernis. Kurzfristiger Einstieg möglich. Dotierung sollte beinhalten: Fixum, Spesen, Provisionen, möglichst Firmen-Pkw.

Zuschriften unter Y 5135 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebs-Führungskraft

– branchenungebunden –
- *Ende 40, Schiffahrtskaufmann*
- seit 25 Jahren im Dienstleistungsbereich in Verkauf und Organisation tätig
- kontinuierliche Entwicklung vom Verkäufer zum Filialdirektor
- Erfahren im Auf- und Ausbau einer Verkaufs- und Kundenbetreuungs-Organisation, Einsatz-, Erfolgsplanung und -kontrollen, Mitarbeiteraus- und -weiterbildung, Führung und Motivation,

sucht neuen Wirkungskreis, auch überregional. *Privates Domizil:* Norddeutschland.
Zuschr. u. K 5145 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Junger Lebensmittelchemiker

30 Jahre, nicht ortsgebunden, sucht

Anfangsstellung!

Ang. u. P 5120 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MANAGEMENT AUF ZEIT

bietet erfahrener Unternehmensberater und erfolgreicher Geschäftsführer namhafter Unternehmen. Spezialist für Sanierungen im In- und Ausland.
Zuschriften unter R 5150 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Elektronik-Techniker

Erfahrung *in* der Steuerungs- u. Regelungstechnik, Auslandserfahrung, übernimmt auch als *freier* Mitarbeiter Aufträge in Planung, Montage und Inbetriebnahme.
Zuschr. erb. u. X 5310 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

VERTRIEBSPROFI, Getränke/Food

Ende 40, sucht ab Anfang 1987 neuen Wirkungskreis auf Geschäftsleitungsebene; evtl. Beteiligung.

Angebote, auch von Personalberatern, *erbeten unter D 5140* an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wenn Sie es eilig haben,

können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber **8 579 104** aufgeben

Warenpreise – Termine

Mit Gewinnen schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging Kupfer aus dem Markt. Uneinheitlich notierte Kaffee, Verluste in allen Sichten verzeichnete Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	15.9.	12.9.
Sept.	258,50	258,00-257,50
Dez.	258,25-258,00	259,50-260,00
März	252,50-252,75	255,00-255,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	200,43	198,63
Am. Durum	198,21	196,41

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Okt.	102,50	104,10
Dez.	98,50-99,00	100,00-100,10
März	99,00	100,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Okt.	79,70	79,50
Dez.	76,40	76,60

HAFER Chicago (c/bush)

Sept.	120,25	118,25
Dez.	126,50	127,00-127,25
März	128,00	128,50

MAIS Chicago (c/bush)

Sept.	153,00-153,25	152,75-153,00
Dez.	161,25-161,50	162,50-162,00
März	172,75-173,00	173,75-173,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Okt.	83,20	84,40
Dez.	81,50	81,70
März	82,50	82,80

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	15.9.	12.9.
Sept.	196,00-196,75	197,00-197,50
Dez.	200,00-200,10	200,00-200,25
März	195,60-196,00	194,50-195,00

KAKAO New York ($/t)

	15.9.	12.9.
Sept.	2085-2115	2155
Dez.	2157-2161	2187-2199
März	2205-2206	2235-2243
Umsatz	1913	5830

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Okt.	5,18-5,22	5,35-5,36
Jan.	5,75-5,82	5,81-5,95
März	6,24-6,29	6,33-6,34
Mai	6,50	6,55
Juni	6,67	6,69
Umsatz	10822	8518

Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)

4,90	4,88

KAFFEE London (£/t) Robusta

	15.9.	12.9.
Sept.	2360-2370	2380-2387
Nov.	2375-2380	2395-2395
Jan.	2335-2340	2365-2370
Umsatz	2397	5740

KAKAO London (£/t)

Sept.	1543-1544	1555-1562
Dez.	1589-1590	1608-1609
März	1650-1631	1649-1650
Umsatz	3950	5520

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)

	15.9.	12.9.
Okt.	116,60-117,00	118,60-119,00
Dez.	126,40-128,00	127,00–
Jan.	—	—
Umsatz	1862	1674

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)

	16.9.	15.9.
schw.		
Saraw.spez.	897,50	907,50
weiß.Saraw.	1357,50	1357,50
weiß.Munt.	1372,50	1372,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	15.9.	12.9.
Sept.	102,50-103,00	102,00
Nov.	104,30-104,50	104,00-104,20
Jan.	105,30	105,00-106,20
März	106,10	105,80-106,20
Mai	106,70-106,90	106,80-107,00
Umsatz	350	300

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

15.9.	12.9.
28,50	28,50

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

16,75	16,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Sept.	13,40-13,39	13,53-13,55
Okt.	13,48-13,46	13,62-13,60
Dez.	14,04-14,06	14,20-14,17
Jan.	14,17-14,47	14,38-14,28
März	14,42-14,75	14,58-14,60
Mai	14,85	14,85-14,86
Juli	14,95	14,95-14,96

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk.

13,50	13,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	13,00	13,00
Choice white hog 4 % fr. F.	9,50	9,50

TALG New York (c/lb)

top white	10,50	10,50
fancy	10,00	10,00
bleichf.	9,75	9,75
yellow max. 10% fr.F	8,25	8,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Okt.	56,70-56,80	56,62-56,60
Dez.	56,05-56,15	56,32-56,27
Febr.	55,15-55,20	55,20-55,15

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Febr.	77,35-77,10	78,00-78,10
März	76,75-76,40	77,10-77,40
Mai	75,95-75,80	76,40-76,15

HÄUTE Chicago (c/lb)

	15.9.	12.9.
Ochsen einh. schwere River Northern	64,00	64,00
Kühe einh. schwere River Northern	–	–

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Sept.	477,5-477,0	480,0-481,0
Nov.	473,25-475,0	476,0-476,75
Jan.	481,75-481,5	484,5-485,0
März	490,25-490,5	492,5-492,75
Mai	496,5	500,0
Juli	499,0	502,5-502,0
Aug.	497,5	500,5

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Sept.	152,8-152,9	156,0
Okt.	149,5-149,7	150,5-150,3
Dez.	150,1-150,0	150,7-150,8
Jan.	150,6	151,2
März	152,2	152,6-152,7
Mai	152,8-153,0	153,0
Juli	153,5-154,0	154,0-154,5

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	15.9.	12.9.
Okt.	235,0-240,0	237,9-239,5
Dez.	238,0	241,0
März	246,0	248,8

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

15.9.	12.9.
10,00	9,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	16.9.	15.9.
jegl. Herk. cif	525,00	530,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)
jegl. Herk. ex Tank

440,00	375,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	205,00	205,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg)
roh Niederl. fob Werk

63,00	64,75

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	240,00	247,50

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	184,00	187,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	15.9.	12.9.
Okt.	41,30	41,10
Dez.	41,67-41,80	41,25-41,50
März	42,65	42,00-42,31
Mai	43,15	42,90
Juli	43,58-43,52	43,00-43,20
Okt.	44,60-44,70	44,30-44,35

KAUTSCHUK New York (c/lb)
Händlerpreis loco RSS-1

44,375	44,875

WOLLE London (Neuseel. c/kg) – Kreuzz.

	16.9.	15.9.
Okt.	550-575	555-565
Dez.	544-545	540-545
März	546-548	–
Umsatz	2495	2549

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	16.9.	15.9.
Okt.	34,00-41,50	34,00-41,50
Dez.	–	–
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg)
Merino-Schweißw. Standard

	16.9.	15.9.
Okt.	620,00-690,00	640,00-690,00
Dez.	–	–
Mai	632,00-642,00	–
Umsatz	1	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	16.9.	15.9.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	16.9.	15.9.
Sept.	12024	geschl.
Okt.	12070	

KAUTSCHUK London (p/kg)

	15.9.	12.9.
spot	65,00-65,00	62,50-64,50
RSS 1 Okt.	62,50-63,50	62,00-63,00
RSS 2 Okt.	61,50-62,50	61,00-62,00
RSS 3 Okt.	60,50-61,50	60,00-61,00
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	16.9.	15.9.
Okt.	226,00-228,00	211,00-223,00
Nov.	227,00-229,00	222,00-224,00
Nr. 2 Okt.	223,50-224,50	218,50-219,50
Nr. 3 Okt.	219,50-220,50	214,50-215,50
Nr. 4 Okt.	215,00-216,00	210,00-211,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)

	16.9.	15.9.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	16.9.	15.9.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	250,94-251,09	252,47-252,78
dritt. M.	242,74-242,89	243,17-243,47
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	85,06-85,22	84,51-84,67
dritt. M.	86,13-86,28	85,43-85,58
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	759,50-762,54	759,70-762,75
dritt. M.	771,04-772,26	771,90-772,51
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	171,65-174,69	170,86-175,91
Prod.-Pr.	189,20	180,40
REINZINN		
99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

16.9.	15.9.
14,11	14,07

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	16.9.	15.9.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	282,73-284,36	282,83-284,97
BLEI in Kabeln	92,75-93,75	92,25-93,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	16.9.	15.9.
MS 58, 1.VS	275-275	275-276
MS 58, 2.VS	319-326	319-326
MS 63	299-303	295-299

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	16.9.	15.9.
Leg. 225	275-290	275-290
Leg. 226	277-292	277-292
Leg. 231	312-322	312-322
Leg. 233	322-332	322-332

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	16.9.	15.9.
PLATIN (DM/g)	39,608	40,308
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	31692	31578
Rückn.-Pr.	27090	26980
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	27900	28000
Rückn.-Pr.	27160	27250
verarbeitet	292708	292708
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27325	27280
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	395,30	391,80
Rückn.-Pr.	383,20	379,80
verarbeitet	412,608	409,808

Internationale Edelmetalle

	16.9.	15.9.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	413,55	416,00
15.00	417,25	415,00
Zürich mitt.	416,50-417,50	geschl.
Paris (F/1-kg-Barren)		
mittags	89150	89200
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	394,50	380,90
3 Mon.	405,85	390,10
6 Mon.	413,30	399,15
12 Mon.	431,70	416,55

	15.9.	12.9.
PLATIN (£/Feinunze) London		
fr. Markt	380,45	393,60
PALLADIUM (£/Feinunze) London		
f. Händl.-Pr.	95,60	95,60

New Yorker Metallbörse

	15.9.	12.9.
GOLD H & H Ankauf	413,25	419,75
SILBER H & H Ankauf	578,00	576,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	584,00-590,00	584,00-590,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	138,00-141,00	136,00-140,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Sept.	417,40	416,50
Okt.	418,00	416,00-417,50
Dez.	420,50	419,70
Febr.	422,00	421,00-422,00
Apr.	426,00	425,50-426,00
Umsatz	18000	60000
SILBER (c/Feinunze)		
Sept.	587,00	580,00-583,00
Okt.	589,20	585,50
Dez.	595,50-596,00	588,00-590,00
Jan.	597,60	591,90
März	604,00-604,50	596,50-599,00
Mai	612,00	603,50-605,00
Juli	616,20	610,20
Umsatz	12000	27000

KUPFER (c/lb)

	15.9.	12.9.
Sept.	60,70-60,75	60,20-60,25
Okt.	60,90	60,35
Dez.	61,30-61,40	60,75-60,90
Jan.	61,50	60,95
März	61,70-61,80	61,20-61,25
Mai	62,10	61,60
Juli	62,40	61,90
Umsatz	8000	3600

Londoner Metallbörse

	16.9.	15.9.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	826,00-826,50	825,00-828,00
3 Mon.	799,00-799,50	797,00-798,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	280,00-280,50	277,00-277,50
3 Mon.	283,50-284,00	281,00-281,50
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	910,00-911,00	908,50-909,00
3 Monate	930,00-930,50	927,00-927,50
ab. Kasse	–	912,50-913,50
3 Monate	–	931,50-933,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	886,00-886,50	886,00-888,00
3 Monate	907,00-908,00	908,00-918,00
ZINK Highgrade (£/t)		
mitt. Kasse	595,50-596,00	595,00-595,00
3 Monate	597,50-598,00	597,00-599,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	125-135
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	38-43

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	15.9.	12.9.
Okt.	39,15-39,30	40,25-40,50
Nov.	40,30-40,50	41,55-41,80
Dez.	41,60-41,80	42,80-43,00
Jan.	42,70-42,80	43,60-43,90

GASÖL – London ($/t)

	15.9.	12.9.
Sept.	–	–
Okt.	118,50-118,75	127,00-127,25
Nov.	124,00-124,25	131,00-131,25
Dez.	128,00-128,50	135,50-136,00
Jan.	130,00-131,00	136,00-137,00
Febr.	128,00-130,00	136,50-137,00
März	118,00-121,00	125,00-128,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)

	15.9.	12.9.
Okt.	40,65-40,75	41,95-42,00
Nov.	39,65-39,75	40,90-41,00
Dez.	39,00-39,15	40,30
Jan.	38,80	40,25
Febr.	–	40,00

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	15.9.	12.9.
Okt.	14,30-14,38	15,03-15,08
Nov.	14,43-14,50	15,06-15,10
Dez.	14,48-14,50	15,02-15,05
Jan.	14,32-14,45	14,80-14,95
Febr.	14,28	14,75

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel)
mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	15.9.	12.9.
Arabian Lg.	12,02	12,39
Arabian Hv.	11,74	12,16
Iran Lg.	9,20N	9,20N
Forties	14,00	14,30
North Brent	14,00	14,45
Bonny Light	14,20N	15,60

Kartoffeln

London (£/t)

	15.9.	12.9.
Nov.	112,50	111,10
Febr.	125,50	126,00
April	173,70	162,60
Mai	189,00	180,50

New York (c/lb)

	15.9.	12.9.
Nov.	4,05	4,00-4,03
März	4,65-4,68	4,60-4,61
Mai	5,64	5,59
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	15.9.	12.9.
Sept.	207,00-207,80	197,90-198,00
Nov.	176,50-176,80	175,00-174,40
Jan.	170,70-171,00	169,20-168,80
März	169,70	168,30-168,10

Devisenterminmarkt

Der Trend zu geringen Dollar-Abschlägen hielt am 16. 9. an. Die Dollar-Einsätze gaben geringfügig nach.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,30-0,20	0,79-0,69	1,53-1,33
Pfund/Dollar	0,47-0,45	1,38-1,36	2,69-2,64
Pfund/DM	2,00-0,60	4,60-3,20	8,30-6,90
FF/DM	14+2	29-13	49-33

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 16.9.: Tagesgeld 4,40-4,45 Prozent; Monatsgeld 4,40-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,50 Prozent, 6 Mon. 4,55 Prozent.
Privatdiskontsätze am 16.9.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 16.9.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 16.9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	4⅛-4⅜
3 Monate	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	4⅛-4⅜
6 Monate	5⅞-6⅛	4⅜-4⅝	4⅛-4⅜
12 Monate	6-6⅛	4½-4⅝	4¼-4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 16.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 16.9. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt.	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	205,00	259,92	36,26
20 ffr. Napoleon	5,8070	164,00	215,46	37,10
20 sfr Vreneli	5,8070	187,00	241,68	41,62
½ Sovereign (E.II)	3,6610	101,00	137,94	37,68
1 Sovereign Neu	7,3220	189,00	243,96	33,32
1 Sovereign Alt	7,3220	199,00	255,36	34,88
100 Kronen Österr.	30,4880	785,00	963,30	31,60
20 Kronen Österr.	6,0980	157,00	201,78	33,09
10 Kronen Österr.	3,0480	81,00	108,30	35,53
4 Dukaten Österr.	13,7700	371,00	457,14	33,20
1 Dukaten Österr.	3,4420	78,80	111,72	32,46
10 Rubel Tscherw.	7,7423	199,00	255,36	32,98
Krügerrand 1 Uz	31,1035	833,00	989,52	31,81
Krügerrand ½ Uz	15,5517	440,00	524,40	33,72
2 Rand Südafrika	7,3220	185,00	239,40	32,70
1 Rand Südafrika	3,6610	87,00	121,98	33,32
50 C.$ MapleL.1 Uz	31,1035	863,00	1023,72	32,91
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1105	88,00	111,72	35,92
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	1025,00	1316,70	43,75
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1225,00	1453,50	46,73
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1105	125,00	159,60	51,31

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25, Kurs 98,50, Rendite 5,60.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 16.9.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,677	6,25
Commerzbank	100,00	22.5.95	58,60	6,35
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,00	6,82
Deutsche Bk. $	287,00	25.1.95	140,00	8,95
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,82	5,25
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,35	5,25
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,66	6,40
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	53,30	6,55
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,49	6,35
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,31	6,85
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,01	6,45
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,04	7,00
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,91	6,90
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,53	7,02
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,50	6,75
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,68	6,05
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,75	6,35
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,90	6,81
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,35	6,94
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,50	4,31
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,30	4,90
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,10	5,33
WestLB 505	143,24	1.9.92	104,60	5,41
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	116,25	6,33
Österreich	294,12	24.5.00	116,50	6,92
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	129,00	9,25
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	132,00	8,58
Prud Realty	$ 100	15.1.99	68,50	9,13
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	77,125	7,91
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,375	8,51
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	59,00	10,25
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	64,00	8,60
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	63,125	8,78
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.95	59,75	8,34
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	59,75	9,30
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,875	8,96
Sears (AA)	100,00	27.5.94	52,25	8,79
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	52,25	8,75
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,25	8,46

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,60 (4,60)	100,4	101,3	102,2	103,2	104,1	105,1
2	4,80 (4,80)	100,4	102,1	103,9	105,8	107,7	109,5
3	5,07 (5,05)	99,80	102,3	105,0	107,7	110,4	113,1
4	5,48 (5,47)	97,95	101,5	105,0	108,5	112,0	115,5
5	5,75 (5,78)	96,40	100,7	104,9	109,1	113,3	117,6
6	5,97 (6,00)	94,65	100,1	104,5	109,4	114,3	119,2
7	6,21 (6,22)	92,75	98,85	103,8	109,4	114,9	120,4
8	6,51 (6,52)	90,25	96,30	102,4	108,5	114,5	120,6
9	6,73 (6,75)	88,00	94,55	101,8	107,7	114,3	120,8
10	6,75 (6,78)	86,90	94,00	101,8	108,2	115,2	122,3
15	7,00 (7,05)	81,00	90,05	100,0	108,2	117,2	126,3

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,948 (112,908)
Performance-Rentenindex: 247,415 (247,311)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	15. Sept.	5,875-5,937
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	5,775
	60-270 Tage	5,550
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,775
	60 Tage	5,775
	90 Tage	5,725
Certificates of Deposit	1 Monat	5,65
	2 Monate	5,65
	3 Monate	5,65
	6 Monate	5,70
	12 Monate	5,80
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,16
	26 Wochen	5,34
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,50
	30 Jahre	7,65
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	1. Sept.	693,0 Mrd. $ (+4,6 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Sept.	131,10	131,95
Dez.	131,00	132,25

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	15.9.	12.9.
9¾ EEC 90	105	105,875
11⅛ dgl. 90	110	110,875
10⅝ EIB 95	108,75	109,625
11 dgl. 91	112,25	113,375
11½ dgl. 90	113,375	113,875
11⅝ dgl. 95	119,875	121,125
12 dgl. 95	122,125	123,625
12⅝ dgl. 90	115	115,875
12⅝ dgl. 95	127,125	128,625
13 dgl. 96	118,75	119,875
10⅝ Wld Bk 95	112,125	113,25
10¾ dgl. 88	105	105,375
10⅝ dgl. 90	109,25	110,25
10¾ dgl. 95	114,5	115,375
11 dgl. 92	113,625	114,5
11¼ dgl. 88	108,125	108,5
11¼ dgl. 90	112,25	113,25
11⅝ dgl. 89	108,5	109,125
11⅞ dgl. 90	112,125	115,625
12 dgl. 93	120,375	121,875
12¼ dgl. 94	124,75	126,25
12⅝ dgl. 94	128,125	129,625
6⅞ Sears 91	103,375	103,375
6¾ Swed.Ex.91	102	101,875
7 TRW 94	101,375	100,875
6⅝ Un.Tech.92	101,875	101,25
6½ W.Dis.96	102,25	102,25
6½ World Bk96	104,125	104,125
6⅝ dgl. 90	103,25	103,125
6⅝ dgl. 94	104,875	104,375
7 dgl. 94	106,5	106,25

Euro-Yen

	15.9.	12.9.
6⅝ ALCorp 91	101,5	101,125
6⅝ AllSign95	101,75	101,25
7⅝ ADB 94	108,25	108,25
7 Austria 95	107	106,875
7 BP 92	105,25	104,75
6⅝ Denmark 92	105,75	105,75
7 Denm.Bk. 92	104,125	104
7 Dow Chem.94	102	102,875
6⅞ EDF 95	106,25	105,75
6⅛ Eurofima95	105	103,25
6⅝ dgl. 92	102,25	101,875
6⅝ dgl. 93	102,375	102
7⅝ dgl. 94	103,75	103,5
6⅞ Fannie 92	104,875	104,625
6⅝ Finl.Rep90	104	103,625
6⅛ GMAC 90	101,75	101,375
7⅛ Goodyear95	102,25	102,75
6⅝ dgl. 94	100,875	100,75
6⅝ ITT 97	102,25	102,5
6⅛ McDonal.92	101,625	100,875
6⅝ Montreal95	105,125	103,125
6⅛ NordLB 93	102,5	102,25
6 NIB 91	101,125	100,875
7 dgl. 92	105,75	105,5
7 Pac.Gas 94	103,25	102,875
6⅝ Penney 92	101,375	101
6⅝ Procter 92	102,375	102,25
6⅝ Sallie 92	103,125	102,75

Lux. Franc Bonds

	15.9.	12.9.
9¾ Akzo 87	100	100
9¾ Arsed 89	101	101
6⅝ Asian Dv87	99,25	99,25
10½ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	105	105
9 dgl. 93	107	107
10⅛ Ceca 94	106,5	106,5
11 dgl. 92	103,25	103,25
13 dgl. 91	101,25	101,25
8⅞ Consell 95	105	105
12⅛ dgl. 92	106,75	106,75
8 Copel 88	100,25	100,25
8¼ dgl. 89	100,5	100,5
11 Cr.Lyon.88	100	100
13 dgl. 89	105	105
7½ Den.Mtg 88	99,75	99,75
8⅝ EEC 95	105,5	105,5
8½ Euratom 89	105	105
10¼ dgl. 96	113,25	113,25
11 dgl. 93	101,25	101,25
9 Eurofima 95	106,5	106,5
10 dgl. 91	105,75	105,75
10 dgl. 94	106,5	106,5
11⅝ dgl. 89	–	–
8 EIB 91	100	100
8⅝ dgl. 95	105	105
9¼ dgl. 95	108	108
9⅝ dgl. 88	102	102
9⅞ dgl. 93	106	106
10½ dgl. 94	110,5	110,5
11⅝ dgl. 88	102	102
12¼ dgl. 90	109,25	109,25
8⅛ Goodyear95	103,25	103,25
9¾ Ind.B.F.95	105,75	105,75
9⅞ Hypo Bk.88	102,25	102,25
11 Krediet.93	104	104
7¾ dgl. 87	99,75	99,75
10 dgl. 90	105	105
11⅝ dgl. 89	103,5	103,5
8 Luxair 87	97,75	99,75
8½ dgl. 87	99,75	99,75
8⅝ Met.Chin92	105,5	105,5
9 dgl. 95	105	105
10⅞ N.Lx.Al92	–	–
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8½ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	105	105
10⅝ Paribas89	104	104
8 Philips 89	100,5	100,5
7⅝ Renault 88	99,75	99,75
7½ Sogenal 91	100	100
9½ dgl. 92	106	106
10¼ Solvay 87	100,75	100,75
8 Sveriges 88	100,25	100,25
9¾ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	104	104
9⅝ dgl. 90	104,25	104,25
10¼ dgl. 89	104,25	104,25

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52832

	15.9.	12.9.
8¼ Cop City91	99,75	99,75
12⅝ dgl. 92	105	105
8⅝ CCA 91	99,75	99,75
11⅛ Ned. G.88	100,5	100,5
9¾ Queb. P.94	99,75	99,75
8⅝ SDR 94	99,75	99,75

ECU

	15.9.	12.9.
9½ ABN 92	106,375	106
All Nippon 95	–	–
9⅝ ANZ 92	107	106,25
10⅝ Austria95	112,375	112
10 BNDA 92	106,125	105,75
8⅝ B.d.Roma93	100,75	100,625
9 M.-Hope 92	104,125	103,75
9 Bk.Hels.96	105	104,5
7⅞ BNP 95	99,125	98,25
8⅞ dgl. 95	106	105,5
8⅝ Bay.Vbk.88	101,25	100,75
8⅝ BFCE 93	102,25	101,75
9⅝ dgl. 92	108,125	107,75
9⅝ dgl. 95	108,125	107,625
9⅝ Bell 92	104	103,625
9⅝ CNT 92	108	107,75
9⅞ dgl. 95	108	107,5
8⅞ Cargill 95	104,375	103,75
10⅝ Ceca 89	107,75	107,375
9 Chrysl. 97	101,25	101,25
9⅛ dgl. 94	102,75	101,25
9 ClubMed 88	101,875	101,25
9 Colgate 91	101,625	101,125
9 Cop City 95	105,625	102,875
9⅝ CCF 95	106,875	106,5
9⅝ CrdNord 91	107,125	106,625
11⅝ CrdFonc90	108	107,5
11⅛ dgl. 90	108,25	108,125
6⅝ CrdLyon 92	95,25	95
8⅝ CrdNat 96	107,625	107,25
10⅝ dgl. 94	113	112,75
8⅝ Creanst.94	105,375	105
9⅞ Credito 92	105,625	105
7⅝ Denmark 96	98,875	98,375
9 EDF 97	107,125	106,5
8⅞ EEC 95	106	105,125
8⅝ ELFAqu. 88	101	100,75
9 Enso Gut 91	102,75	102,5
9⅛ dgl. 93	103	102,625
10 Euratom 97	109,75	109
9⅝ Eurofima95	103,875	105,875
8⅝ EIB 90	103,875	103,75
8⅝ dgl. 93	105,875	105,125
8⅝ dgl. 92	104	103,5
9⅝ dgl. 95	112	111,25
10⅝ dgl. 94	112,375	112,25
10⅝ dgl. 94	111,375	111,5
10⅝ dgl. 90	109,875	–
11⅛ dgl. 92	111,5	111
9 Eutelsat 95	103,625	103
6⅝ EDC 96	93,625	93
8⅝ Fiat 90	102,5	102,25
9 IBKFlanl 95	105,125	102,625
8⅝ Ford C.95	104,375	103,75
7 Giroz. 95	95,75	95,25
10⅝ dgl. 93	111,625	110,75
10 IADB 95	110,5	110,25
8¼ IBM 90	104,5	103,75
6⅝ Iceland 96	91	91,375
8⅝ IKB 95	102,5	102,5
9 Iscatroe 96	103,75	103,25
9⅝ Italie 89	105,375	102,25
10⅛ dgl. 92	110,5	109,75
9⅝ Kansall 92	107	107
9⅝ Kbifina 92	105,25	104,5
6⅝ KBrRbi 95	92,125	92,125
10⅝ Megal 95	106,375	106,125
8⅝ Mits.Tr.93	104,875	104,75
9 MontHen.91	105	104,375
9⅝ Mol 90	102,125	102
8⅛ Morgan 90	103,5	102,75
8⅝ Motorola92	104,75	104,25
9 Neste 95	104	103,5
8⅝ N.S.Wal.93	104,25	103,375
9¼ N.Zeal. 90	104,75	104,25
9½ N.Zeal.92	105,75	105,125
9 OestLbk. 89	102,875	102,625
8¼ Olivetti95	105,5	103,5
8⅛ Parbel 89	100,875	100,5
10 Pechin.90	105,25	104,75
9 Petroc.95	101	100,5
9¼ Peugeot 90	104,125	104,125
8½ Phibro 96	102,125	101,625
9 Philips 95	103,5	103
9⅝ Pibo 92	106,5	104,375
10 Prvbk. 92	105,75	105,375
10⅝ RATP 92	–	–
7½ Robobk. 96	100,25	99,875
9⅝ dgl. 95	–	–
8⅝ Reynolds91	103	102,375
9 SAS 95	104,875	105
9 Sanwa 95	104,125	106
8⅝ Secpac 90	102,625	102,375
9 SNCI 95	103,875	103,5
8⅝ Sumitomo92	105,875	105,625
9⅝ dgl. 93	106,625	106,125
9 dgl. 93	105,875	105,5
6½ Schweden96	93,5	93
9 Uebk.Nor 95	105	103,875
8⅛ Vic. 90	103,625	103,25
8⅝ WobD. 94	104	103,5
9⅛ dgl. 95	106	105,75
8⅞ Westgl.96	105	104,75
9⅝ Westpac92	107,25	106,625
8⅛ Worldbk.95	105,375	105
8⅝ dgl. 93	104,75	104,125
9⅝ dgl. 92	108,75	108,875
10⅝ dgl. 89	107,375	107,25
10⅝ dgl. 94	111,5	110,25
11 dgl. 95	110,375	109,75
8½ Xerox 90	102,375	102,375

ECU-Tageswerte

	15.9.	12.9.
Dollar	1,02594	1,01866
Bfr	43,5205	43,5548
DM	2,10194	2,10518
Hfl	2,37146	2,37317
£	0,690402	0,687288
Dkr	7,95615	7,96448
FF	6,87584	6,88258
Lira	1449,14	1449,79
I-£	0,763631	0,764207
Sfr	1,69895	1,70245
ÖS	14,7756	14,7758
Peseta	137,783	137,546
Skr	7,09026	7,04083
Nkr	7,50781	7,48291
Kan-$	1,42246	1,40178
Esc	150,815	149,982
Fmk	5,05888	5,01892
Yen	158,815	157,511
Drachme	138,809	138,108

SZR-Wert

	15.9.	12.9.
Dollar	1,21056	1,20172
DM	2,47681	2,49838

Aktien in Wartestellung

Standardwerte im Verlaufe leicht nachgebend

DW. – Auf dem Aktienmarkt war das Geschäft am Dienstag schleppend. Die Kurse der meisten Standardwerte bröckelten leicht ab. Die Börsianer warten offensichtlich auf Signale aus New York. Die dort immer noch herrschende Unsicherheit läßt auf den deutschen Aktienmärkten noch keine Unternehmungslust aufkommen. Dies um so weniger als die meisten Banken ihrer Kundschaft zur Vorsicht und bei steigenden Kursen zu Gewinnrealisationen geraten hatten. Zum Teil wird die Börsenruhe auch zu Tauschoperationen genutzt.

Ausgesprochen stabil lagen weiterhin die Papiere der deutschen Großchemie. Banken bröckelten ab. Mit einer Tageseinbuße von rund 2 DM kam die Commerzbank noch relativ glimpflich davon. Ihr Kurs war am Vortag deutlich gestiegen. Höher waren die Einbußen bei den VW-Aktien. Hier scheint sich die bevorstehende Kapitalerhöhung nun doch wieder störend bemerkbar zu machen. Im außerbörslichen Handel sind für die Bezugsrechte gelegentlich zwischen 35 und 37 DM gezahlt worden. Am Dienstag war auf dieser Basis jedoch kein Geldkurs mehr zu hören. Das Interesse an einer außerbörslichen Handel ist gering, weil das Bankenkonsortium, das die vom Bund und vom Land Niedersachsen nicht bezogenen Vorzugsaktien plazieren muß, gegebenenfalls Bezugsrechte zur Verfügung stellen kann.

Frankfurt: Escada zogen um 40 DM, Hutschenreuther um 25 DM und Puma um 37 DM an. Anzag gewannen 7 DM und Ceag 6,50 DM. Schwächer tendierten Kali Chemie mit minus 10 DM und Pfaff mit minus 9 DM.

Düsseldorf: Sinn konnten 10 DM zulegen. Leffers STA verteuerten sich um 11 DM und AVA um 40 DM. Schwächer notierten Küppersbusch mit minus 10 DM und Schiess mit minus 3,50 DM.

Hamburg: Beiersdorf wurden um 10 DM fester gehandelt. Phoenix Gummi verbesserten sich um 1 DM. HEW zogen um 1,40 DM an. Reichelt gaben um 4,90 DM nach. Holsten Brauerei wurden um 20 DM zurückgenommen.

Berlin: DeTeWe befestigten sich um 6 DM, Bergmann, Kempinski und Rheinmetall St. um je 5 DM. Orenstein lagen um 3 DM und Bekula um 1,50 DM geringfügig freundlicher. Schering büßten 4 DM und Berliner Kindl 2 DM ein.

München: Aigner verloren 29 DM, Blattmetall 30 DM und Texaco 5,50 DM. Audi verbesserten sich um 13 DM, Dywidag um 8 DM und Escada um 54 DM. Flachglas lagen um 7 DM fester.

Stuttgart: Aesculap zogen um 5 DM an. Kolb u. Schüle festigten sich um 2 DM. In Spinnerei Speersee bestand 40 DM höher zu 1290 DM noch Angebot. Allinaz Leben legten 150 DM zu. BW-Bank mußten um 6 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: leichter

WELT-Aktienindex: 278,15 (278,05)
WELT-Umsatzindex: 3290 (2894)
Advance-Decline-Zahl:102 (89)
38-Tage-Linie: 274,68 (274,02)
200-Tage-Linie: 277,79 (277,67)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

		16.9.	15.9.
H	Aach M Beil. 12,5	2500	2471
H	Aach. M. Vers. 7	1940	1955
D	Aach. Rück. 9	2530	2500
D	Aseag *4	380T	375T
M	Ack-Gogg. 8	162,5	165bG
H	Adca 3	184	185,5
D	Adlor 12+16	290G	290G
F	AEG 0	315,5	315
D	AEG KABEL 9	440G	440
S	Aesculap 9	430	425
F	AGAB 5	167	167
D	Agrippina *0	3800T	3800G
M	Agrob *0	180	182bG
M	dgl. Vz. *0	136,5bG	135,2
M	Aigner 0	265	294
M	Akt. Kautb. *18+2	1050G	1050G
H	Agiv 10	459G	456G
H	Albingia 8+2	1700B	1700B
D	Alexanderw. 0	113G	114B
Hn	Allerthal *0	190	190
S	Allg.Ro. **6,3	4950bB	4950bB
S	dgl.NA**6,3	4250TB	4280TB
S	dgl.35%E.6,3	6475bG	6460bG
D	Allianz Leb. 9	6621	6666
D	Allianz V. 10	2390	2385
S	Alweiler St. 8	295TB	300TB
S	dgl. Vz. 9	210G	210G
F	Altana 10	408	407
F	Andreae-N.Z. 4	243	236
F	Asko 10	1635	1660
F	dgl. Vz. 11,5	1400	1478
H	Audi NSU 4	650G	650bG
M	Augsb. Kg. 2+1	129bG	125,5
D	AVA	1540	1300
S	Badenwerk 6,5	176	177
F	Bd.Württ.Bk. 12	650	653
D	Balcke-Dürr 3	300G	300bG
F	Bankg.v.1899 *14+2	800	800
D	Banning ** 0	740G	740G
H	BASF 10	281	277,5
H	Bavaria 3	204	192,5
D	Bayer 10	301,5	302,5
F	B.Br Sch.-J. 0	228G	228G
M	Bayer. Hdlb 11	490	510
M	Bayer Hartsl. 6	500G	500G
M	Bayer. Hypo 17,5	590	594
M	Bayer. Lloyd 5	350	335G
M	BMW 12,5	615	614bG
M	Bayer. Vbk. 12,5	542	546
H	Beiersdorf 10	609	601
F	BHF-Bank 12	517	517
F	Berl. Bank 6	243	248
B	Berl. Kindl 5	153	155
D	Bertelsmann Gen.	226,2	227
B	Bekula 5	137	136,5
B	Berthold 0	178,5	177,5
S	Bil.+ Berg. 9	230G	230
F	Binding 8	576bG	576bG
M	Blattmetall 6	390TB	420TB
D	Boch.Gels. Str. 0	195T	200T
S	Boss 0	2350bG	2350bG
M	Brau. Amb. *0	900bB	900G
F	Braun Vz. 34,5	1120	1120bG
H	Br.H.Hypo 11	560B	570B
Hn	Brsch.Jute *0	104	102B
H	Brakenb.-C. *28	640G	640G
H	Br. Straßb. *0,5	320G	330G
H	Br. Vulkan 0	147	148
H	Br. Wollk. 10	270	265
F	BBC 7	322	318,5
S	BSU Textil 30%	–	–
D	Buckau-W. 4,1	120G	123bB
D	Buderus *13,9	530G	531
M	Bgl.Br.Ing. *12	915G	915G
S	Bgl.Brh.Rav. *0	365G	365G
S	Calw D. **24	730bG	730G
F	Cassella *15	836	831,5
F	Ceag 5	274,5	268
D	Colonia Vers. 6	730	725
D	Commerzb. 8	344	339
D	Cobk.Reste*0 RM	15,5T	15,5T
F	Cobk.Genußsch.	120,5	120bG
D	Conc. Chem. 4,5	270bB	265T
B	Conc. Spinne *0	535T	525T
D	Contigas 8	355	340
D	Conti Gummi 5	321,5	320,5
D	Dahlb. St. 7,75	270	270
D	dgl. Vz. 14,75	405G	405bB
S	Daimler 12+2,5	1266	1266
M	Deckel AG 6	232bG	232bG
D	Dt. Atl. Tel 10	790T	790T
D	Dt. Babcock St. 5	207	206
D	dgl. Vz. 3,5	196	197
F	Dt. Bank 12	785	790
D	Dt. Centralboden 12	850bG	810bG
D	Dt. Coral Rück 0	3900T	4000T
D	dgl. NA 0	1050G	1050G
F	Dt. Eff.+Wst. 12	615	615bG
F	Degussa 10	476	478
H	Dt. Hyp. H.-Bln. 9	360	365
H	Dt.Hyp.F.-Br.10+2,5	735	745
Hn	Dt. Spezialgl. 10	463	475
F	Dt. Steinz. *6	320	320
H	DeTeWe 9	570T	573B
F	Dt. Texaco 5,5	230,5	240
D	Didier 7,5	257	254
F	D bl. Quellen 7,5	390	395bB
D	Dierig Holding 4	163,5	164
D	Dittm. & N **80	7400G	7500bB
D	DAB 0	96bG	97
S	DLW 11	465	465
H	Doag 5	330bG	330,1
D	Dm. Ritter 7,7	325T	340T
D	DUB-Schulth. 7	320bG	320
D	Duewag 4	212	211
D	Dresdn. Bank 10	427,5	423
F	Dt. Pfandbf. Gen.	104,1	104,1
D	Dyckerh. Z. St. 4	265	255T
D	dgl. Vz. 4	255	253
F	Dywidag 6	208bG	205bG
D	Edelst. Witten *10	306G	306G
F	Eichbaum-Br. 5	175G	173
D	Eisb. Verk. 10	260G	260G
H	Elbschloß 0	320B	320
M	ELECTRO. 2000 20	599bG	585G
M	En. Oberfr. 6	273bG	285
M	En. Ostb 6	215bG	216bG
B	Engelhardt 7	262G	260T
D	Enka 9	338	331
M	Erlus 10	372bB	371
M	Ersta Kulmb. 9	1965bG	1965G
M	Escada	965bG	911
S	Essl. Masch. *6	410G	410G
M	Esterer **0	493B	493B
D	Farb. Liqu.*RM 1,5	9,65	9,5
F	FAG Kugelf. 2,5	543	545
D	Feldmühle Nobel 5	312	313
D	Felten & Guill.	160,5	160,5
F	Flachglas 9	310	314,9
D	Ford *0	1050G	1050G
B	Forst. Ebn. *4 %	5100G	5100G
M	Fr. Oberl. Wk. 5	228bB	225G
F	Frankl. Hypo 12	1261	1250
F	Frankona R. 6	1000	965
F	dgl. NA 6	660bG	660
F	dgl.50 % E. 3	670bG	675
F	Fuchs Petrol Vz. 4	173	169
H	Goestm. Bk. 3	199	196
M	Gehe *8	230G	230
D	Gels.wasser 6,5	182	185
D	Gerresh. Gl. 7,5	215	212
F	Gestra 7	190bG	190,5
D	Gildem. 0	155	152bG
D	Girmes 0	154,8	154,2
D	Glas & Sp. *11	285T	285bGr
D	Goldschm. 9	257	258
M	Glw. Frk. *10	329,5	322
F	Grünzw. H. 2	165,2bG	165
H	Guano *8	420G	415G
M	Hacker-Psch. 23,3	1325G	1325G
H	Hageda 0	137G	137G
D	Hagen Batt. 7,5	250	248
H	Hall.-Maurer *0	ausg.	ausg.
D	Hamb. Berg 7,5	248	243,5
H	Hb.Hochb.*4+0,64	90T	90

[illegible]

Ausland

Amsterdam

[illegible]

Kopenhagen

	16.9.	15.9.
Den Danske Bank	276	273
Jyske Bank	495	495
Kopenh. Handelsbk.	256	253
Novo Industri	229	229
Privatbanken	246	244
Ostasiat. Komp.	197	195
Dan. Sukkerfabr.	344	342
For. Bryggerier St.	1010	1010
Kgl. Porc. Fabr.	395	395

London · Luxemburg · Madrid · Mailand · Hongkong · Brüssel · New York · Paris · Johannesburg · Toronto · Stockholm · Singapur · Tokio · Sydney · Oslo · Wien · Zürich

[illegible]

TOYOTA BEGRÜSST DIE NEUE ABGAS-NORM.

Am 1. Oktober wird die Hürde zu Steuer-Ersparnis und Steuer-Freiheit höher gelegt. Mit neuen, strengeren Abgas-Grenzwerten. Ein guter Grund mehr, sich jetzt für Toyota zu entscheiden. Denn wieder einmal hat Toyota prompt eine ebenso saubere wie kostengünstige Lösung parat. Den neuen Toyota Euro-Kat. Und wieder einmal ist es die Toyota-Mehrventil-Technik, die diese Lösung möglich macht. Weil nämlich die 12-Ventil-Motoren – serienmäßig im Starlet und Corolla – den Kraftstoff bereits äußerst wirksam und sauber verbrennen, erfüllt der Toyota Euro-Kat die neuen Grenzwerte auf besonders kostengünstige Weise.

Der neue Toyota Euro-Kat, ein sogenannter Dreiweg-Oxydations-Katalysator, sorgt bei einem Preis von nur DM 280,– (unverbindliche Preisempfehlung) für die volle Steuerbefreiung über 2 Jahre und 8 Monate! Die Steuer-Einsparung beträgt bis zu DM 750,–.

Mit anderen Worten: Sie haben noch mehr Möglichkeiten, mit Toyota umweltbewußt zu fahren und Steuervorteile zu genießen. Beispielsweise mit dem kleinen, schicken Kraftpaket Starlet S. Ein munterer Frontriebler mit 12-Ventil-Motor, 1,3 *l* Hubraum, 5-Gang-Getriebe und sportiver Ausstattung. Mit Toyota Euro-Kat leistet er 74 PS/55 kW und kostet DM 15.770,–*. Oder der Corolla, Deutschlands meistverkaufter Mehrventiler. Mit Euro-Kat bekommen Sie ihn als 3- oder 5türigen Compact SR ab DM 15.720,–*. Oder als besonders familienfreundlichen Corolla Liftback ab DM 16.940,–*. Alle mit 12-Ventil-Motor, 1,3 *l* Hubraum, 74 PS/55 kW, Frontantrieb, 5-Gang-Getriebe und umfangreicher Serienausstattung.

Und wer jetzt auf besonders elegante Art Steuern und Kosten sparen will, fragt seinen Toyota-Händler nach dem neuen Sondermodell Corolla Liftback XL, der für nur DM 17.340,–* zu haben ist (limitierte Auflage). Dort bekommen Sie auch überzeugende Antworten auf alle weiteren Fragen zum Thema Steuernsparen mit Toyota. Dazu das aktuelle Finanzierungsangebot:



3,33%

effektiver Jahreszins. Anzahlung nur 33 %. Laufzeiten 12, 24 und 33 Monate über Absatzkreditbank. Toyota Btx: *40063 #.

MIT EURO-KAT.

TOYOTA

Nichts ist unmöglich

*unverbindliche Preisempfehlung zuzügl. Überführung.

Inlandszertifikate

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

Auslandszertifikate

[illegible]

"Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr für Übermittlungsfehler)

Rentenoptionen

[illegible]

Junge Aktien

Berlin: Hermes 805G, VAB 2600B. Düsseldorf: Allianz Vers. 2375, BMW 595,5, Goldschm. 247G, IKB 275, Lehnkering 215G, O & K 141,5. Frankfurt: BMW 601, Frankona Vz. 440T, Fuchs St. 174, Fuchs Vz. 165, Goldschm. 246, IKB 285, Magdeburger Feuer NA 765, Magdeburger Feuer 1500B, Maizkraft 500T, Mercedes 1140, Ymos Vz. 188. Hamburg: –. München: Mercedes 1150, Stumpf 125bG, VAB 2450TB.

Bezugsrechte: Düsseldorf Akzo 0,75, Frankfurt Kraft Rheinfelden 55,50, Stuttgart Sp. Pforzee 851G.

Devisenmärkte

Der Dollar lag am 16. September zunächst recht stabil über 2,05 und kam mit 2,0525 zur Notiz. Im allgemeinen gab man sich zurückhaltend um die neuen Daten dieser Woche. Daß das Mißtrauen dem Dollar gegenüber aber wieder sehr tief sitzt, wurde am frühen Nachmittag erkennbar. Der Kurs fiel in kürzester Zeit auf 2,04. Als Anlaß diente dem Markt eine Äußerung Finanzministers Stoltenbergs, daß eine Zinssenkung nicht gegen den Markttrend durchgeführt werden dürfte. Die Entwicklung der letzten Tage wies bekanntlich für die Zinssätze nach oben. Zweifel an der Wirksamkeit der Opec-Beschlüsse schadeten dem britischen Pfund. Es gab um 0,4 Prozent auf 3,051 nach. Auch die Kurse der meisten übrigen amtlich notierten Währungen fielen zurück. US-Dollar in: Amsterdam 2,314; Brüssel 42,385; Paris 6,6935; Mailand 1414,78; Wien 14,422; Zürich 1,6613; Ir. Pfund/DM 2,751; Pfund/Dollar 1,4767; Pfund/DM 3,051.

Devisen und Sorten

16.9.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Ank.-Kurs	Wechs.-Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	5,50	2,0485	2,0565	2,0442	1,99	2,09
London[2]	10,0	3,024	3,038	2,986	2,97	3,12
Dublin[2]	14,5	2,744	2,758	2,712	2,69	2,84
Montreal[1]	8,58	1,4777	1,4857	1,4672	1,43	1,53
Amsterd.	5,00	88,49	88,71	88,420	87,75	89,50
Zürich	4,00	123,45	123,65	123,48	122,25	125,00
Brüssel	8,00	4,819	4,839	4,796	4,68	4,84
Paris	9,50	30,445	30,605	30,325	29,75	31,40
Kopenh.	7,00	26,355	26,475	26,095	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,885	28,005	27,29	27,00	28,75
Stockh.	8,00	29,52	29,68	29,25	28,75	30,50
Mailand[3]**	12,0	1,4445	1,4545	1,4265	1,415	1,495
Wien	4,00	14,209	14,249	14,196	14,10	14,31
Madrid	8,00	1,518	1,528	1,497	1,47	1,59
Lissabon**	14,5	1,375	1,395	1,362	1,15	1,70
Tokio	3,50	1,309	1,312	1,3145	1,28	1,34
Helsinki	8,50	41,58	41,78	40,82	40,50	42,50
Belgrad* **	–	–	–	–	0,22	0,42
Budap.* **	–	–	–	–	2,80	4,80
Athen* **	20,5	1,485	1,537	–	1,95	3,20
Ankara* **	–	–	–	–	0,21	0,40
Sydney*	–	1,2735	1,2925	–	1,22	1,36
Johannbg.*	10,5	0,873	0,987	–	0,67	0,92
Hongkong*	–	26,15	26,43	–	25,00	30,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire; *Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

FINANZANZEIGEN

PWA

Hinweis-Bekanntmachung

Wir weisen darauf hin, daß in der heutigen Ausgabe des Bundesanzeigers und des Handelsblattes der Börsenzulassungsprospekt der 3% DM-Optionsanleihe unserer Tochtergesellschaft PWA Finance B.V. veröffentlicht wird. Die vollständige Bilanz/GuV einschließlich der Erläuterungen ist dort abgedruckt.

Der Geschäftsbericht 1985 sowie der Börsenzulassungsprospekt können bei uns oder über Ihre Bank angefordert werden.

München, den 17.9.1986

PWA Papierwerke
Waldhof-Aschaffenburg
Aktiengesellschaft

Gruppenabschluß für das Geschäftsjahr 1985

BILANZ zum 31.12.1985	TDM	1984 Mio DM
AKTIVA		
Sachanlagen	778.353	876
Beteiligungen	4.578	5
Wertpapiere des Anlagevermögens	8.586	6
Ausleihungen	9.336	6
Ausgleichsposten aus der Konsolidierung	44.500	52
Vorräte	319.130	341
Geleistete Anzahlungen	1.620	1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	232.034	268
Flüssige Mittel	164.397	42
Forderungen an verbundene Unternehmen	222	•
Sonstige Vermögensgegenstände	47.803	50
Rechnungsabgrenzungsposten	6.551	6
	1.617.110	1.653
PASSIVA		
Grundkapital	200.000	200
Offene Rücklagen	82.091	75
Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz	64.276	50
Sonderposten mit Rücklageanteil	46.069	32
Pauschalwertberichtigung	3.423	5
Rückstellungen	343.162	272
Langfristige Verbindlichkeiten	517.707	607
Andere Verbindlichkeiten	331.703	395
Rechnungsabgrenzungsposten	679	1
Gruppengewinn	28.000	16
	1.617.110	1.653

Gewinn- und Verlustrechnung 1985	TDM	1984 Mio DM
Umsatzerlöse	3.045.410	2.973
Bestandsveränderungen	– 12.234	+ 23
Aktivierte Eigenleistungen	4.050	5
	3.037.226	3.001
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren	1.690.344	1.703
Rohertrag	1.346.882	1.298
Erträge aus Beteiligungen	923	2
Erträge aus Finanzanlagen und Zinserträge	9.936	4
Sonstige Erträge	64.406	77
	1.422.147	1.381
Personalaufwendungen	608.588	618
Abschreibungen	202.071	144
Verluste aus Wertminderungen des Umlaufvermögens	10.765	3
Zinsaufwendungen	57.530	74
Steuern	52.655	31
Einstellung in Sonderposten	18.142	15
Sonstige Aufwendungen	430.309	420
	1.380.060	1.305
Jahresüberschuß	42.087	76
Verlustvortrag	–	– 22
Veränderung des Konsolidierungsausgleichspostens		– 48
Einstellung in (i. V. Entnahme aus) Rücklagen	– 7.088	12
auf gruppenfremde Gesellschafter entfallende Ergebnisse	– 6.999	– 2
Gruppengewinn	28.000	16

Hypothekenbank in Hamburg

AKTIENGESELLSCHAFT

Auslosung

Durch unseren Treuhänder wurde heute folgende Auslosung vorgenommen:

Zur Rückzahlung am 31. Dezember 1986:

1. uns. 6% Hypothekenpfandbriefe — Em. 30 — J/J — -270 024-
(28. Auslosung) die Stücke mit den Nummern: 3, 14, 25, 34, 93, 107, 112, 120, 121, 128, 218, 223, 261, 292, 296, 338, 356, 358, 363, 367, 377, 386, 389, 467
Einzureichen sind Stücke mit den Zinsscheinen per 1. 7. 1987 uf.

Rückzahlungen

Nach den Anleihebedingungen werden folgende Emissionen zur Rückzahlung fällig:

Zur Rückzahlung am 3. November 1986
2. uns. 10¼ % Kommunalschuldverschreibungen — Em. 315 — 3. 11. gzj. -270 505-
Globalurkunden – stückeloser Verkehr –
3. uns. 6½ % Kommunalschuldverschreibungen — Em. 430 — 3. 11. gzj. -270 596-
Globalurkunden – stückeloser Verkehr –

Zur Rückzahlung am 1. Dezember 1986
4. uns. 7¾ % Kommunalschuldverschreibungen — Em. 186 — 1. 12. gzj. -270 408-
Globalurkunden – stückeloser Verkehr –
5. uns. 10½ % Hypothekenpfandbriefe — Em. 328 — 1. 12. gzj. -270 116-
Globalurkunden – stückeloser Verkehr –

Zur Rückzahlung am 16. Dezember 1986
6. uns. 6¾ % Kommunalschuldverschreibungen — Em. 420 — 16. 12. gzj. -270 588-
Globalurkunden – stückeloser Verkehr –

Zur Rückzahlung am 30. Dezember 1986
7. uns. 7% Kommunalschuldverschreibungen — Em. 415 — 30. 12. gzj. -270 585-
Globalurkunden – stückeloser Verkehr –

Zur Rückzahlung am 1. Januar 1987
8. uns. 9½ % Hypothekenpfandbriefe — Em. 321 — J/J — -270 117-
Einzureichen sind nur Mäntel

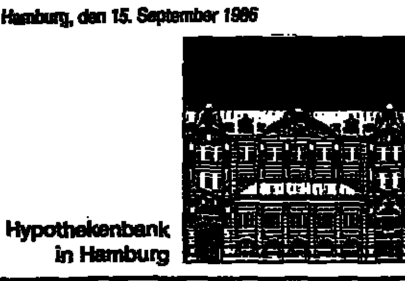
Zur Rückzahlung am 2. Januar 1987
9. uns. 7½ % Kommunalschuldverschreibungen — Em. 394 — 2. 1. gzj. -270 566-
Globalurkunden – stückeloser Verkehr –

Zur Rückzahlung am 1. Februar 1987
10. uns. 7½ % Kommunalschuldverschreibungen — Em. 158 — F/A — -270 383-
Einzureichen sind nur Mäntel
11. uns. 7% Kommunalschuldverschreibungen — Em. 188 — F/A — -270 409-
Einzureichen sind nur Mäntel

Zur Rückzahlung am 2. Februar 1987
12. uns. 7% Kommunalschuldverschreibungen — Em. 418 — 2. 2. gzj. -270 580-
Globalurkunden – stückeloser Verkehr –
13. uns. 5½ % Kommunalschuldverschreibungen — Em. 460 — 2. 2. gzj. -270 621-
Globalurkunden – stückeloser Verkehr –

Die Einlösung der fälligen bzw. gelosten Stücke erfolgt an unserer Kasse in Hamburg sowie bei allen Kreditinstituten. Vom Fälligkeitstage an entfällt der Anspruch auf Verzinsung. Fehlende Zinsscheine werden vom Einlösungsbetrag abgezogen. Bei den in Globalurkunden verbrieften Emissionen erfolgt die Gutschrift über die Kassenvereine.

Hamburg, den 15. September 1986



Hypothekenbank in Hamburg
Hohe Bleichen 17
2000 Hamburg 36
Telefon (040) 35 91 0-0

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

3. Semester Vorklinik Humanmedizin

Nr.	von	nach
1	Bonn	Freiburg
2	Bonn	Hamburg
3	Bonn	Lübeck
4	Bonn	Kiel
5	Bonn	München
6	Bonn	Regensburg
7	Bochum	Bonn
8	Bochum	Berlin
9	Bochum	Düsseldorf
10	Bochum	Köln
11	Berlin	Erlangen
12	Berlin	Göttingen
13	Berlin	Hamburg
14	Berlin	München
15	Berlin	München
16	Düsseldorf	Berlin
17	Düsseldorf	Heidelberg
18	Düsseldorf	Münster
19	Düsseldorf	Tübingen
20	Erlangen	München
21	Erlangen	München
22	Frankfurt	Erlangen
23	Frankfurt	Hannover
24	Frankfurt	Hamburg
25	Frankfurt	Köln
26	Frankfurt	Saarbrücken
27	Frankfurt	Würzburg
28	Gießen	Bonn
29	Gießen	Bochum
30	Gießen	Düsseldorf
31	Gießen	Frankfurt
32	Gießen	Göttingen
33	Gießen	Hannover
34	Gießen	Köln
35	Gießen	Marburg
36	Gießen	Münster
37	Gießen	München
38	Gießen	München
39	Gießen	Mainz
40	Heidelberg	Bonn
41	Heidelberg	Erlangen
42	Heidelberg	Göttingen
43	Heidelberg	München
44	Heidelberg	Tübingen
45	Heidelberg	Würzburg
46	Lübeck	Hamburg
47	Köln	Aachen
48	Köln	Bonn
49	Köln	Berlin
50	Köln	Düsseldorf
51	Köln	Freiburg
52	Köln	Hannover
53	Köln	Heidelberg
54	Köln	Marburg
55	Köln	Münster
56	Köln	Freiburg
57	Köln	Göttingen
58	Köln	Hannover
59	Köln	Heidelberg
60	Köln	Lübeck
61	Köln	Köln
62	Köln	Marburg
63	Köln	Münster
64	Köln	München
65	Köln	München
66	Köln	Tübingen
67	Essen	Aachen
68	Essen	Bonn
69	Essen	Erlangen
70	Essen	Frankfurt
71	Essen	Freiburg
72	Essen	Göttingen
73	Essen	Heidelberg
74	Essen	Hamburg
75	Essen	Lübeck
76	Essen	Köln
77	Essen	Münster
78	Essen	München
79	Essen	München
80	Essen	Mainz
81	Essen	Regensburg
82	Essen	Tübingen
83	Essen	Ulm
84	Essen	Würzburg
85	Erlangen	Freiburg
86	Erlangen	Heidelberg
87	Erlangen	München
88	Erlangen	München
89	Frankfurt	Erlangen
90	Frankfurt	Freiburg
91	Frankfurt	Heidelberg
92	Frankfurt	Hamburg
93	Frankfurt	Mannheim
94	Frankfurt	München
95	Frankfurt	München
96	Frankfurt	Tübingen
97	Frankfurt	Würzburg
98	Gießen	Aachen
99	Gießen	Bonn
100	Gießen	Frankfurt
101	Gießen	Freiburg
102	Gießen	Hannover
103	Gießen	Heidelberg
104	Gießen	Hamburg
105	Gießen	Lübeck
106	Gießen	Köln
107	Gießen	Kiel
108	Gießen	Marburg
109	Gießen	Münster
110	Gießen	München
111	Gießen	Mainz
112	Gießen	Würzburg
113	Göttingen	Freiburg
114	Göttingen	Hannover
115	Göttingen	Heidelberg
116	Göttingen	Münster
117	Göttingen	München
118	Göttingen	München
119	Göttingen	Mainz
120	Hannover	Freiburg
121	Hannover	München
122	Hannover	München
123	Hannover	Tübingen
124	Heidelberg	Freiburg
125	Heidelberg	München
126	Heidelberg	München
127	Hamburg	Freiburg
128	Hamburg	Heidelberg
129	Hamburg	Mannheim
130	Lübeck	Freiburg
131	Lübeck	Heidelberg
132	Lübeck	Hamburg
133	Lübeck	München
134	Lübeck	München
135	Lübeck	Tübingen
136	Lübeck	Würzburg
137	Köln	Freiburg
138	Köln	Hannover
139	Köln	Heidelberg
140	Köln	Hamburg
141	Köln	Lübeck
142	Köln	Münster
143	Köln	München
144	Köln	München
145	Köln	Würzburg
146	Kiel	Freiburg
147	Kiel	Göttingen
148	Kiel	Heidelberg
149	Kiel	Hamburg
150	Kiel	Köln
151	Kiel	Mannheim
152	Kiel	München
153	Kiel	Tübingen
154	Kiel	Würzburg
155	Marburg	Erlangen
156	Marburg	Frankfurt
157	Marburg	Freiburg
158	Marburg	Göttingen
159	Marburg	Hannover
160	Marburg	Heidelberg
161	Marburg	Hamburg
162	Marburg	Lübeck
163	Marburg	Köln
164	Marburg	Kiel
165	Marburg	Münster
166	Marburg	München
167	Marburg	Mainz
168	Marburg	Tübingen
169	Marburg	Würzburg
170	Münster	Freiburg
171	Münster	Hamburg
172	Münster	München
173	Münster	München
174	Münster	Tübingen
175	München	Freiburg
176	Mainz	Bonn
177	Mainz	Erlangen
178	Mainz	Freiburg
179	Mainz	Hannover
180	Mainz	Heidelberg
181	Mainz	Hamburg
182	Mainz	Lübeck
183	Mainz	Köln
184	Mainz	München
185	Mainz	München
186	Mainz	Tübingen
187	Mainz	Würzburg
188	Saarbrücken	Aachen
189	Saarbrücken	Bonn
190	Saarbrücken	Berlin
191	Saarbrücken	Düsseldorf
192	Saarbrücken	Erlangen
193	Saarbrücken	Freiburg
194	Saarbrücken	Gießen
195	Saarbrücken	Göttingen
196	Saarbrücken	Heidelberg
197	Saarbrücken	Hamburg
198	Saarbrücken	Köln
199	Saarbrücken	Mannheim
200	Saarbrücken	Marburg
201	Saarbrücken	Münster
202	Saarbrücken	München
203	Saarbrücken	München
204	Saarbrücken	Mainz
205	Saarbrücken	Tübingen
206	Saarbrücken	Ulm
207	Saarbrücken	Würzburg
208	Tübingen	Freiburg
209	Tübingen	Hamburg
210	Tübingen	München
211	Ulm	Erlangen
212	Ulm	Freiburg
213	Ulm	Hannover
214	Ulm	Heidelberg
215	Ulm	München
216	Ulm	Tübingen
217	Ulm	Würzburg
218	Würzburg	Erlangen
219	Würzburg	Freiburg
220	Würzburg	München

4. Semester Vorklinik Humanmedizin

Nr.	von	nach
1	Aachen	Bonn
2	Aachen	Erlangen
3	Aachen	Freiburg
4	Aachen	Göttingen
5	Aachen	Hannover
6	Aachen	Heidelberg
7	Aachen	Hamburg
8	Aachen	Lübeck
9	Aachen	Köln
10	Aachen	Kiel
11	Aachen	Mannheim
12	Aachen	Münster
13	Aachen	München
14	Aachen	München
15	Aachen	Tübingen
16	Aachen	Würzburg
17	Bonn	Erlangen
18	Bonn	Freiburg
19	Bonn	Heidelberg
20	Bonn	München
21	Bonn	München
22	Bonn	Würzburg
23	Bochum	Bonn
24	Bochum	Erlangen
25	Bochum	Freiburg
26	Bochum	Göttingen
27	Bochum	Hannover
28	Bochum	Heidelberg
29	Bochum	Hamburg
30	Bochum	Lübeck
31	Bochum	Kiel
32	Bochum	Marburg
33	Bochum	Münster
34	Bochum	München
35	Bochum	Mainz
36	Bochum	Regensburg
37	Bochum	Tübingen
38	Bochum	Würzburg
39	Berlin	Frankfurt
40	Berlin	Freiburg
41	Berlin	Göttingen
42	Berlin	Hannover
43	Berlin	Heidelberg
44	Berlin	Hamburg
45	Berlin	Lübeck
46	Berlin	Mannheim
47	Berlin	München
48	Berlin	München
49	Berlin	Mainz
50	Berlin	Tübingen
51	Berlin	Ulm
52	Berlin	Würzburg
53	Düsseldorf	Aachen
54	Düsseldorf	Bonn
55	Düsseldorf	Essen
56	Mannheim	Heidelberg
57	Marburg	Freiburg
58	Marburg	Göttingen
59	Münster	Bonn
60	Münster	Freiburg
61	Münster	Hamburg
62	Münster	Tübingen
63	Mainz	Bonn
64	Mainz	Düsseldorf
65	Mainz	Freiburg
66	Mainz	Köln
67	Mainz	München
68	Mainz	München
69	Mainz	Tübingen
70	Regensburg	Erlangen
71	Saarbrücken	Aachen
72	Saarbrücken	Bonn
73	Saarbrücken	Bochum
74	Saarbrücken	Essen
75	Saarbrücken	Heidelberg
76	Saarbrücken	Münster
77	Saarbrücken	Mainz
78	Saarbrücken	Würzburg
79	Tübingen	Bonn
80	Tübingen	Freiburg
81	Tübingen	München
82	Tübingen	München
83	Ulm	Freiburg
84	Ulm	Heidelberg
85	Ulm	Mainz
86	Ulm	Tübingen
87	Würzburg	Freiburg
88	Würzburg	München
89	Würzburg	München
90	Würzburg	Regensburg
91	Würzburg	Tübingen

Tauschaktion für das Wintersemester 1986/87
Die Semesterangabe bezieht sich auf das Sommersemester 1986

Rentenmarkt uneinheitlich

Die Unsicherheit über die Zinsentwicklung hat den Handel am Rentenmarkt fast zum Erliegen gebracht. Unverkennbar ist dabei der Wunsch einiger Stellen, sich von überschüssigen Beständen zu entlasten. Das gilt für Emissionen, die durch Ausländerkäufe überdurchschnittlich fest gelegen hatten. In diesem Bereich kam es zu Abschlägen um durchschnittlich 0,25 Prozentpunkte, teilweise auch um einen halben Punkt. Auf der anderen Seite waren Kursanhebungen bis zu 0,20 Prozentpunkte zu verzeichnen. Am Pfandbriefmarkt haben sich die Renditen kaum noch verändert.

F	3¾ dgl. 85 o. O.	96,8T	96,8G
F	4½ Dt.Bk.Lux 78 m.O.S	350G	335G
F	4½ dgl. 78 o. O. S	98,6	98,5G
F	6¼ dgl. 85 m. O.	278T	278T
F	6¼ dgl. 85 o. O.	96,25	96,75
F	3⅝ dgl. 85 m. O.	256T	240T
F	3⅝ dgl. 85 o. O.	95,75	95,5T
F	6¼ dgl. 86 m. O.	137	137,25
F	6¼ dgl. 86 o. O.	99,75	99,75
F	3½ Didier 85 m. O.	155G	156
F	3½ Didier 85 o. O.	80,9	81
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	194	194G
F	4 dgl. o. O.	96,1	96,1bG
F	8 dgl. 84 m. O.	225	225T
F	8 dgl. 84 o. O.	109,1T	109bG
F	6½ dgl. 86 m. O.	173,2	172
H	6½ dgl. 86 o. O.	100,5	100,5
F	3½ Fuji 84 m. O.	157G	157G
F	3½ dgl. 84 o. O.	92,9	95
F	3½ Hanwa 84 m. O.	145G	145G
F	3½ dgl. 84 o. O.	93,8G	93,75bG
F	7½ Jap. Synth. 82 m.O.	220G	220G
F	7½ dgl. 82 o. O.	102,25bB	102,5T
F	5¾ Jusco 85 m. O.	335G	335T
F	5¾ dgl. 85 o. O.	100,75bG	100,75bG
F	3½ Kansai Paint 84 m.O.	148G	148G
F	3½ dgl. 84 o. O.	96	95,4
F	3½ Kaufhof 84 m. O.	204G	200G
F	3½ dgl. 84 o. O.	80,5	80
F	3½ dgl. 86 m. O.	174,1	170
F	3½ dgl. 86 o. O.	79bG	79bG
F	3½ Kobe S. 85 m. O.	132T	134G
F	3½ dgl. 85 o. O	94,1	93,75G
F	3½ Linde Int. m. O.	194T	200
F	3½ dgl. o. O.	78,4	78,5T
F	3½ Mitsubishi 84 m. O.	285T	280G
F	5½ dgl. 84 o. O.	96,5	96T
F	3½ Nippon Flour 84 m.O	170T	172T
F	3½ dgl. 84 o. O.	96G	96G
F	3½ Nipp. Shin. 85 m.O.	212	218T
F	3½ Nipp. Shin. 85 o.O.	95,25bG	95,5G

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	16.9.	18.9.
8 Afr. Entwkbk. 77/87	101,5G	101
10 dgl. 82/89	109G	109G
8 dgl. 84/91	105,4G	105,4G
9 Air Canada 82/92	111,25	110,5
7¾ dgl. 83/93	107,5	107,75T
9½ Akzo 82/89	104,5	105,5
7½ Allied Chem. 84/94	103,9	103,9G
8½ AMCA Int. 83/91	102,79G	102,75
8½ A.N.A.S. 85/95	104T	105,25T



Fernsehkritische Initiative in Erlangen: „Bürger fragen Journalisten"

Immer mehr Fernseh-Frustrierte wollen Fernsehgebühren verweigern

Wem Klaus Bednarz zu einseitig oder Franz Alt zu vielseitig vorkommt, wem zuviel Schlagerschmus oder zu wenig Klassik auf der Mattscheibe geboten wird, oder wer schlichtweg nur Fragen über das allmächtige Medium stellen will, die das Fernsehen selbst ohnehin meist nur mit *vorgedruckten Formblättern* nebst Einheitsbescheiden abspeist, für den steht die Erlanger Fernseh-Initiative „Bürger fragen Journalisten" zur Verfügung, die allen korrekten und konkreten Programmbeschwerden und Fragen auf den Grund zu gehen beabsichtigt. Sieben fest angestellte Mitarbeiter sowie ein Stab von gut einem Dutzend versierter ehrenamtlicher Fernsehbeobachter arbeiten professionell auf, was Sache am Schirm ist.

Als Anfang des Jahres Dutzende von Zuschauern grollend ihr Fernsehgerät abmeldeten oder die Rundfunkgebühren verweigerten, weil der Bayerische Rundfunk eine „Scheibenwischer"-Sendung für sein Sendegebiet abschaltete, war guter Rat teuer. „Kann man die Gebühren *verweigern?", fragten Anrufer bei der* Erlanger TV-Gilde an. Die Antwort war klar: „Nein, kann man nicht. Der Bayerische Rundfunk hat das Recht, sich aus dem Gemeinschaftsprogramm aus- oder einzuschalten wie jede andere Landesrundfunkanstalt auch."

Im August meldeten die Programmzeitschriften, daß ein einsamer Bürgersmann aus Verdruß über die 3600 Wiederholungen allein *1986* im Programm die Rundfunkgebühren einbehielt. Darauf klingelte in Erlangen das „Bürgertelefon für TV-Frustrierte" – so der Slogan der als gemeinnützig anerkannten Bürger-Initiative. Die vielfach gestellte Frage: „Können wir die Gebühren einbehalten wegen der vielen Wiederholungen?" Knappe Antwort: „Nein. Wiederholungen rechtfertigen keinen Gebühren-Boykott. Auch das Theater *lebt von Wiederholungen, ohne die* Eintrittspreise aufzuheben."

Natürlich teilen die Mannen um den ehrenamtlichen Motor des Vereins „Bürger fragen Journalisten", Hansjörg Klein (44), hauptberuflich Abteilungsleiter in einem Energie-Konzern, den Unmut der TV-Frustrierten über Wiederholungen. „Aber", so Klein, „das reicht nicht für eine Gebührenverweigerung." Auf die Frage, ob es denn die Möglichkeit einer Gebührenverweigerung gibt, meint Klein: „Im Gebührenstaatsvertrag ist klargestellt, daß jedermann, der ein Fernsehgerät zum Empfang bereit hält, die mittlerweile auf 16,25 DM angehobene Monatsgebühr zahlen muß. Diese Regelung war so lange in Ordnung, als es nur ARD und ZDF *gab. Da war klar, daß ein Fernsehge*rät ja ausschließlich zum Empfang von öffentlich-rechtlichen Programmen benutzt werden konnte. Das ist heute in den Kabel-Inseln der Bundesrepublik, in denen freies Fernsehen empfangen werden kann, sicherlich rechtlich anders zu bewerten. Wer dort nachweisen kann, rechtlich relevant etwa durch eine eidesstattliche Versicherung, daß er keine Programme von öffentlich-rechtlichen Sendern empfängt, sondern ausschließlich SAT 1 und RTLplus schaut, wird bei den Gerichten mit einiger Garantie durchkommen. Dies muß nur einmal vorexerziert werden."

Tatsächlich, die Rechtslage ist durch das Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen Sendern und freien TV-Anbietern grundlegend anders zu bewerten, zumal die ARD sich konse*quent weigert, die beiden privaten* Anbieter SAT 1 und künftig – da auch deutsch – RTLplus an den Gebühren zu beteiligen.

Brisant wird die Frage einer möglichen Gebührenzurückhaltung oder einer Gebührenteilung mit SAT 1 und RTLplus, wenn die an 65 Orten gefundenen drahtlosen Frequenzen von SAT 1 und RTLplus genutzt werden und beide Privat-Sender in die Zuschauer-Millionen kommen. Jedenfalls wird das Verhalten der ARD und des ZDF in den Staatskanzleien der Länder, in denen man nichts vor den Bundestagswahlen entscheiden will, mit großer Spannung beobachtet. *Sehr neugierig ist man dort vor allem* auf ein erstes Gerichtsurteil, das sich in Nürnberg anbahnen dürfte. In dieser bereits fortgeschritten verkabelten Stadt will ein Bürger die Gebührenzahlung verweigern, weil er nur Satelliten-Fernsehen zu sehen vorgibt, was nachzuweisen er beabsichtigt.

Die Erlanger wollen dem offensichtlich nachhelfen. Sie starten neben dem „Bürgertelefon für TV-Frustrierte", das seit dem 8. September funktioniert, eine Bus- und Aufkleber-Aktion *mit dem* Titel: „Fernsehen ja! Rotfunk – nein danke! Keine Mark für Meinungsmache."

REGINALD RUDORF

KRITIK

Italo-Western in Niederbayern

Laßt uns aufatmen. Der in fünf Teilen gesendete niederbayerische Klamauk: **Schafkopfrennen** (ARD), ist überstanden. Ende gut, aber die Fernsehserie war alles andere als zufriedenstellend.

Zwar weiß jeder, daß es auf dem Lande anders zugeht als in der Stadt, aber Franz-Xaver Sengmüller und Bernd Fischerauer, die Autoren dieses Fersehschmarrens, haben sich lediglich ein klamottiges Komödienstadl einfallen lassen. Da wird gesoffen und betrogen, Feuer gelegt und sich geprügelt, bis Blut fließt. Niederbayern erscheint hier als Land röhrender Mannsbilder und dumpfer Deppen, gierig auf Geld und Weiber.

Zugegeben: Es gab rührende Momente und auch spaßige Beobachtungen menschlicher Schwächen, aber daß dieser Serie die Ehre zufiel, nicht nur im Vorabendprogramm des Bayerischen Rundfunks zu laufen, sondern auch im Abendprogramm, war zuviel des Schlechten.

Kruzitürken – politischen Wirbel hat die von Regisseur Bernd Fischerauer brav heruntergekurbelte Serie auch noch verursacht. Dr. Edmund Stoiber, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, protestierte beim BR-Intendanten Rainhold Vöth wegen Beleidigung der Bauern. Seine Vorwürfe: Die Bewohner eines niederbayerischen Dorfes würden „großenteils als Ansammlung gewalttätiger und mieser Typen dargestellt."

Ein weiterer Vorwurf des gewiß auch an die im Oktober anstehende Landtagswahl im Freistaat denkenden Politikers sind die „exzessiven Gewaltdarstellungen" zu einer Sendezeit, zu der üblicherweise noch zahlreiche Kinder und Jugendliche zuschauten.

Die Genüßlichkeit, mit der die Kamera die Schlägereien erfaßte, läßt in der Tat den Verdacht zu, daß der Regisseur von einer gewissen Italo-Western-Mentalität erfüllt war. Die von neugierigen Dorfkindern vergnügt beobachtete K.-o.-Orgie des feschen Bierprofessors *Dr. Knut Jansens (Will* Danin) und des handfesten Dorfbeaus Kalle Grossmann (Werner Stocker) im Schlußteil der Serie war eine ausgespielte Filmkopie – keine glaubwürdige Originalszene.

Die für das bayerische Vorprogramm geplante Dorfserie dürfte außerhalb des Freistaates Zuschauern das Gefühl vermittelt haben, in ein exotisches Land zu blicken.

Die Selbstverständlichkeit, mit der Nicht-Bayern – und sie sind ab 20 Uhr vor dem Bildschirm in der Mehrheit – Mundartsprache (und dazu noch in schlechter Aufnahmequalität) zugemutet wird, ist eine Frechheit. Welches Wehgeschrei würde ausbrechen, wenn das Hamburger Ohnsorg-Theater seine Fernseh-Inszenierungen *nicht so „eindeutschte", um auch in* Berlin und in Reit im Winkl noch verstanden zu werden.

Die kernigen Niederbayern mag es trösten, daß bald schon niemand mehr von den Schafkopfspielern und dem Dorfklüngel in ihrer Heimat sprechen wird. *GÜNTER RUDORF*



Christoph Eichhorn als „Fräulein Fifi" (ARD, 20.15 Uhr) FOTO:TELEBUNK

Maupassants Psychogramm der Männlichkeit

Ein schlichtes Freudenmädchen aus der französischen Provinz wird zum patriotischen Helden im Krieg gegen die Deutschen, gegen fünf zumeist betrunkene preußische Offiziere, von denen der eine, wegen seines gezierten Auftretens, den Spitznamen Mademoiselle Fifi trägt. Die Geschichte der Maupassant-Novelle spielt im Krieg von 1870/71. Die *Heldin ist Rachel, die zur Belustigung* des rüden Quintetts ins besetzte Schloß geholt wird, dessen Prunkräume die Deutschen in ihrem Rausch zerstören. Bei solchen Gelagen tut sich besonders Mademoiselle Fifi hervor. Als Rachel, das Judenmädchen, weil sie die Ehre Frankreichs und seiner Männer zu verteidigen müssen glaubt, Opfer seiner Gewalttätigkeit wird, sticht sie ihm mit einem Obstmesser in die Kehle und entkommt aus dem Schloß.

Obwohl diese Novelle Maupassants erst 1880 erschien, ist sie die einzige seiner Kriegserzählungen, die sich anscheinend ganz dem antideutschen Ressentiment hingibt, die preußisches Knobelbechertum französischem Feingeist entgegenstellt. In anderen seiner Kriegserzählungen werden auch die verlogene Moral und falsches vaterländisches Pathos seiner Landsleute angeprangert.

Und doch handelt es sich hier nicht um *eine Propaganda-Mär im so er*folgreichen Stile der Zeit, denn sein Interesse gilt nicht der plakativ-realistischen Darstellung des Gegensatzes, sondern der Psychologie des Titelhelden, der wegen seines femininen Äußeren seine Männlichkeit, die in Sadismus umschlägt, immer neu unter Beweis stellen muß. Der hier vielleicht zum erstenmal von Maupassant angewandte ironisch-distanzierte Stil, der später zum Kennzeichen seiner Schreibweise und einem Thomas Mann zum Vorbild wurde, stellt als Groteske dar, was er als Abgrund in der menschlichen Natur erkannte. Man darf gespannt sein, wie sich eine solche erzählerische Haltung ins Bild *übertragen läßt.* *schw.*





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Ratgeber Kochbuch
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Die Reportage
11.10 *Was bin ich?*
11.55 Umschau
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 *Tagesschau*

ARD

13.20 Sport extra
Internationale Tennis-Meisterschaften von Deutschland in Hamburg-Rothenbaum
An den Spielen nehmen teil: Boris Becker, Miloslav Mecir, Joakim Nyström, Andres Gomez, Henri Leconte
15.50 Tagesschau
16.00 Kindertränen
16.45 Stadtrallye
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 *Mademoiselle Fifi*
Film von Karl Fruchtmann
Nach Guy de Maupassant
22.00 Brennpunkt
Chile: Der Anfang vom Ende?
22.30 Tagesthemen
23.00 Mary and Gordy
0.00 Tagesschau
0.05 *Nachtgedanken*

ZDF

16.00 heute
16.04 Moritz und die Staubsaugerhexe
16.35 Der Waschbär *Rascal*
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Urlaub auf Italienisch
18.55 Lotto am *Mittwoch*
19.00 heute
19.30 Hitparade
Präsentiert von Viktor Worms
20.15 ZDF-Magazin
NATO: Bündnis für den Frieden
Nord-Flanke Norwegen unter sowjetischem Druck
21.00 Rette mich, wer kann
21.45 heute-journal
22.05 Die Sport-Reportage
Fußball: Europapokal
23.35 Apropos Film
Interviews mit dem Regisseur Paul Mazursky der amerikanischen Schauspielerin Whoopie Goldberg
0.20 *heute*



Der Beerdigungsunternehmer Otto Schatz (Helmut Fischer) in „Rette mich, wer kann" (ZDF, 21 Uhr) verliebt sich in *eine schöne Witwe* (Dietlinde Turban), die dann leider aber wegen Mordverdachts verhaftet wird FOTO:DEFD

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 02 21/23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 *Bürgerforum*
Aus dem Landesstudio Düsseldorf: Wohin mit dem Geld?
21.45 Wissenschaftsshow
Strahlende Zukunft?
Becquerel, Röntgen, Rem & Co
22.30 Edward, mein Sohn
Amerikanischer Spielfilm (1949)
Mit Spencer Tracy, Deborah Kerr, *Ian Hunter, James Donald*
Regie: George Cukor
0.20 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
Wenn nicht Bronchitis, was dann? Jährlich werden in der Bundesrepublik schätzungsweise 16 000 Säuglinge mit der lebensbedrohenden Krankheit Mukoviszidose geboren.
19.15 Internationales Kochbuch
19.30 Fern vom Garten Eden
2. Der Pflug ersetzt den Wurm
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Pornographie – Barbarei oder Befreiung?
21.15 Die Schrecken des Krieges (6)
Regie: Mario Camus
22.10 Her lucky night
Amerikanischer Spielfilm (1945)
Mit Patty Andrews, Maxene Andrews, Laverne Andrews, Martha O'Driscoll, Noah Berry jr., George Barbier
Regie: Edward Lilley
Original mit Untertiteln
23.10 Mambo
Sounds & Trends '86
Rock-Journal
23.55 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Ein Platz für Tiere
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Simon
18.35 Matt und Jenny
19.00 Abendschau/Regional
19.26 Sandmännchen
19.30 Schlaglicht
20.05 Agatha Christie: Miss Marple und die Schattenhand
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Heute in ... / Guten Abend aus Mainz/Clip-Klapp
22.15 Die Verliebten
Italienischer Spielfilm (1941)
Regie: Mario Camerini
0.10 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen
18.45 Rundschau
19.00 Der Gerichtsvollzieher
20.00 Bilanz vor der Wahl
Die nicht im Landtag vertretenen Parteien
20.45 Showgeschichten
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
Die Übung der Achtsamkeit
21.50 Hollywood
22.40 Lese-Zeichen
23.10 Zeitspiegel
23.55 Rundschau

SAT 1

15.00 Marco
Anschließend: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Tarzan
Überfall auf den Geldtransport
Anschließend: Zaubergarten
18.00 Es darf gelacht werden
Is' was, Opa?
Anschließend: Die Kopfgeldjäger
18.30 APF blick
18.45 Sport
Fußball live aus dem Grotenburg-Stadion:
UEFA-Pokal: 1. Runde
FC Bayer 05 Ürdingen – FC Carl Zeiss Jena
(Spielbeginn 20.00 Uhr)
22.15 APF blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz und Wetter
22.45 M – Ein Männermagazin
Von Managern, Muskeln, Motoren, Mut und Mädchen
Erich Reindl, der Erfinder der „Miss"-Wahlen. Tanz – eine erotische Herausforderung. Saunabus. Wasserbergsteigen. Ferrari-Sammler
23.15 Tennisschläger und Kanonen
Die Traum-Verkäufer
0.05 APF blick



19.00 Reisewege zur Kunst
In der Picardie
19.45 Follow me
20.00 Tagesschau
20.15 Café Wernicke (9)
Trümmer
21.05 Alle meine Tiere
21.50 Jacques Tourneurs Katzenmenschen
Amerikanischer Spielfilm (1943)
Mit Ken Smith, Simone Simon, Jane Randolph
Regie: Jacques Tourneurs
Horror-Klassiker um eine unheimli*che Variante des Hexenglaubens*
23.00 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
Eine Klinik im Schwarzwald
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Gala für Stadt und Land
Volkstümliche Musikanten
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Monte Verità – Berg der Wahrheit
Dokumentarfilm von Ludy Kessler und Harald Szemann
22.30 Tatort Albertina
Porträt des Kunsthistorikers Walter Koschatzky
Von Traude Hansen
23.00 Nachrichten



18.15 Hits mit Witz/Regional 7
18.35 *Brigitte zu Besuch*
Arbeit – Job – Geld
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Bergerac
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Killer Kid
Italienischer Spielfil (1967/68)
Mit Antony Steffen, Liz Barret, Fernando Sancho, Ken Wood
Regie: Leopoldo Savona
22.05 RTL-Spiel
22.10 *Popeye*
22.15 Wer bin ich?
22.45 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wallstreet Final
Live aus New York

Die Tiere des Papstes

MvZ. – Über eine unorthodoxe Art, den Papst als Mitstreiter des Tierschutzvereins zu gewinnen, berichtete jetzt die Römische Zeitung „La Repubblica". Sie veröffentlichte einen Brief, den der Vize-Direktor des italienischen Tierschutzvereins voller Emphase an den Papst gerichtet hat. Hier der Text:

„Zahlreiche Medien haben in der letzten Zeit Erklärungen des Papstes über leibhaftige Teufelserscheinungen veröffentlicht. Danach scheint Beelzebub je nach den Umständen die Gestalt von Löwen, Drachen, Schlangen oder Ziegenböcken anzunehmen. Der Tierschutzverein weist diese absurden Behauptungen als lächerlich ab und fordert vielmehr Euch, den Oberhirten der Kirche, auf, nicht weiter wehrlose Tierarten in theologische Vermutungen zu verwickeln, Ihr mögt vielmehr die zahllosen Formen von Tiermißhandlungen, auch von seiten Geistlicher, verdammen."

Daß es mit dem Tierschutz in Italien trotz großer Bemühungen immer nach arg hapert, ist leider wahr. Der Vorschlag, ein „Recht der Tiere" gesetzlich zu verankern, war bisher ebenso erfolglos wie das Referendum, das die Jagd ganz abschaffen wollte. Da das Heer der über zwei Millionen italienischer Jäger kaum mehr Wild in freier Wildbahn findet, wird vor allem auf Zugvögel geschossen. Da gibt es zwar strenge Vorschriften, aber Passion und Ignoranz lassen oft nicht erkennen, was da wohl fliegt.

Den Papst als Tierschützer zu gewinnen, wäre also eine gute Idee. Was wäre aber dann mit dem Teufel? Ach, soll dieser sich doch endlich weniger tierische Erscheinungsformen suchen! Wie wäre es *beispielsweise, er schlüpfte in einen* italienischen Sonntagsschützen?

Film: „Spione wie wir"

Gnadenlos an die Wand gegrinst

Entbehrlich sind sie beide. Denn obwohl Austin Millbarge und Emmet Fitz-Hume auf der Lohnliste des amerikanischen Sicherheitsdienstes stehen, gelten sie als Versager. Der eine kam höchstens beim plumpen Flirt mit hübschen Kolleginnen gelegentliche Überraschungserfolge verbuchen, der andere bastelt in einem trostlosen Heizungskeller an vertrackten Computercodes. So schlägt die große Stunde für das ungleiche Duo völlig überraschend.

Auf einmal nämlich winkt ihnen die Chance im Außendienst, die Bewährungsprobe auf James Bonds Spuren. Doch was beide nicht wissen: In Wahrheit sollen sie bei einem schwierigen Raketendiebstahl im finstersten Rußland nur als Köder eingesetzt werden und so von der Arbeit der wirklichen Spitzenleute ablenken. Austin und Emmet freilich stürzen sich mit Feuereifer ins lang ersehnte Agentenleben.

Als Ärzte getarnt, durchqueren sie das wilde Kurdistan, müssen freilich nach einem peinlichen Kunstfehler bei einer Blinddarmoperation ihr Heil in der Flucht suchen. Dann stapfen sie durchs verschneite Hochland von Pamir, lösen einen wahrhaft explosiven Grenzzwischenfall aus und stehen schließlich allen Widrigkeiten zum Trotz vor der gesuchten Rakete. Nur entpuppt sich diese als fatales Selbstbedienungsgerät, das Amerikas Generäle schon den verheerenden Gegenschlag planen läßt. Die Angst vor der Apokalypse will freilich in John Landis' überdrehter Komödie kaum aufkommen.

Zeigte sich Landis noch in „Die Glücksritter" als zielsicherer Spaßmacher, der derbe Gags spielerisch mit leiser Kritik verknüpfte, so setzt er hier stärker auf lärmende Effekte. Vor allem scheint er sich nie recht entscheiden zu können, ob er nun lediglich die oft verklärte Spezies der Leinwandspione verspotten oder mit entlarvenden Ehrgeiz die Engstirnigkeit mancher Generäle anprangern soll. Dieses Schwanken zwischen schlichtem Stammtischhumor und subversivem Witz wirft den Film immer wieder aus dem Gleichgewicht.

Das folgenschwere Dilemma ist allerdings schon mit der Wahl der Hauptdarsteller programmiert. Von Dan Ackroyd weiß man immerhin, daß er brillant jene Durchschnittsbürger verkörpert, die vom Schicksal in unbekannte Sphären getrieben werden. Mit seiner dezent gezügelten Mimik jedoch steht er gegen den wild grimassierenden Chevy Chase auf verlorenem Posten. Hier wird nicht nur ein Schauspieler gnadenlos an die Wand gegrinst, hier darf auch der angestrengte Klamauk über die zurückhaltende Schmunzelkomik triumphieren.

Nachdem auch schon Landis' Kollege Blake Edwards einen rasanten Niveausturz vorführte, bleibt zu befürchten, daß die ehrwürdige Hollywood-Tradition der geistreichen Komödie künftig wohl immer seltener gepflegt wird. HARTMUT WILMES

Justinus Kerner, der schwäbische Liedermacher, der ein Geisterseher war

Den Dämonen eine Geißel

Sein Freund Varnhagen von Ense nannte ihn „ein unschuldiges, kindliches Gemüt, äußerlich vernachlässigt, innerlich dem Höheren zugewandt". In einer Stube mit Hunden, Katzen, Eulen, Eichhörnchen, Eidechsen, Kröten und anderen Tieren freundschaftlich zusammenlebend, wirkte er jahrzehntelang als Arzt. Die Rede ist von Justinus Kerner, der vor zweihundert Jahren – am 18. September 1786 – in Ludwigsburg geboren wurde.

Mag Eduard Mörike der reinste Lyriker der sogenannten Schwäbischen Dichterschule sein und Ludwig Uhland der männlichste, so ist der Mediziner-Poet Kerner gewiß der bizarrste und wunderlichste. Als die Universität Tübingen ihm 1858 sein Doktordiplom, das er fünfzig Jahre vorher erlangt hatte, feierlich wiederverlieh, rühmte sie den Jubilar in dreifacher Weise: „Als Arzt war er ein Trost der Kranken, als Dichter eine Wonne der Musen, als Erneuerer der Magie eine Geißel der Dämonen."

Justinus Kerner genoß den Ruf eines tüchtigen Heilkundigen, der unter anderem ein ganzes Dorf von einem Kropfübel zu kurieren vermochte, nachdem er den Zusammenhang *dieses Leidens mit einem bestimmten* Wurstfett erkannt hatte. Und als Verfasser von Gedichten, Liedern und Balladen war er schon zu Lebzeiten volkstümlich geworden; nicht zuletzt die Literatur der Zeitgenossen legt Zeugnis davon ab. So singt in Adalbert Stifters Erzählung „Feldblumen" in einer lauen Sommernacht, die der Erzähler schlaflos in einem Gasthof verbringt, jemand im Nebenzimmer Justinus Kerners „Das Alpenhorn".



Dichter, Arzt und Magier: Justinus Kerner (1786–1862) FOTO: DIE WELT

Kerners Lyrik war außerordentlich kantabel, und viele seiner Gedichte haben als „Lesebuchgut" und als Repertoirestücke deutscher Männergesangsvereine bis weit in unser Jahrhundert hinein den Geschmack ganzer Generationen geprägt. Man denke etwa an das „Wanderlied", an das „Trinklied im Juni", an „Liebespein", „Preis der Tanne", „Dort unten in der Mühle".

Doch der eigentliche Kerner ist nicht der Lyriker und auch nicht der Arzt, sondern der heute fast gänzlich aus dem Gedächtnis der Öffentlichkeit entschwundene *Magier*, der sich intensiv mit Besessenheit, Dämonopathie, Somnambulismus und parapsychologischen Erscheinungen beschäftigte.

Von Jugend an hatte sich Kerner voll Leidenschaft in die Werke Mesmers, G.H.Schuberts, Eschenmayers *und anderer Okkultisten vertieft.* Nicht von ungefähr baute er sein Haus in Weinsberg auf dem Grundstück eines ehemaligen Friedhofes. Daß der zugehörigen Gartenpavillon einst als Leichenhalle und Gebeinhaus gedient hatte, störte ihn nicht im geringsten, im Gegenteil. Er fühlte sich von allem Nächtlichen, Gespenstischen und Zauberhaften unwiderstehlich angezogen. Im Diesseitigen nie ganz beheimatet, pries er die Augenblicke, in denen es uns vergönnt sei, „durch die Spalte des menschlichen Sargdeckels (der das ist, was wir Leben nennen) in ein unendliches *Lichtmeer zu schauen*".

Jahrelang beobachtete Kerner in seinem Haus im württembergischen Stauferstädtchen Weinsberg die medial veranlagte Kaufmannsfrau Friederike Hauffe. Die im Laufe seiner therapeutischen Bemühungen gesammelten Eindrücke wertete er in dem parapsychologischen Roman „Die Seherin von Prevorst" aus. Er hat den bezeichnenden Untertitel „Eröffnungen über das innere Leben des Menschen und über das Hereinragen einer Geisterwelt in die unsre."

Anfang 1829 zum ersten Mal erschienen, wurde die „Seherin von Prevorst" ein Bestseller, zu dessen begeisterten Lesern auch so angesehene Autoren wie die Philosophen Schelling und Franz von Baader gehörten. Eine mit einem geistesgeschichtlich informativen Vorwort von Joachim Bodamer versehene Neubearbeitung ist soeben im J. F. Steinkopf Verlag, Stuttgart, neu herausgebracht worden.

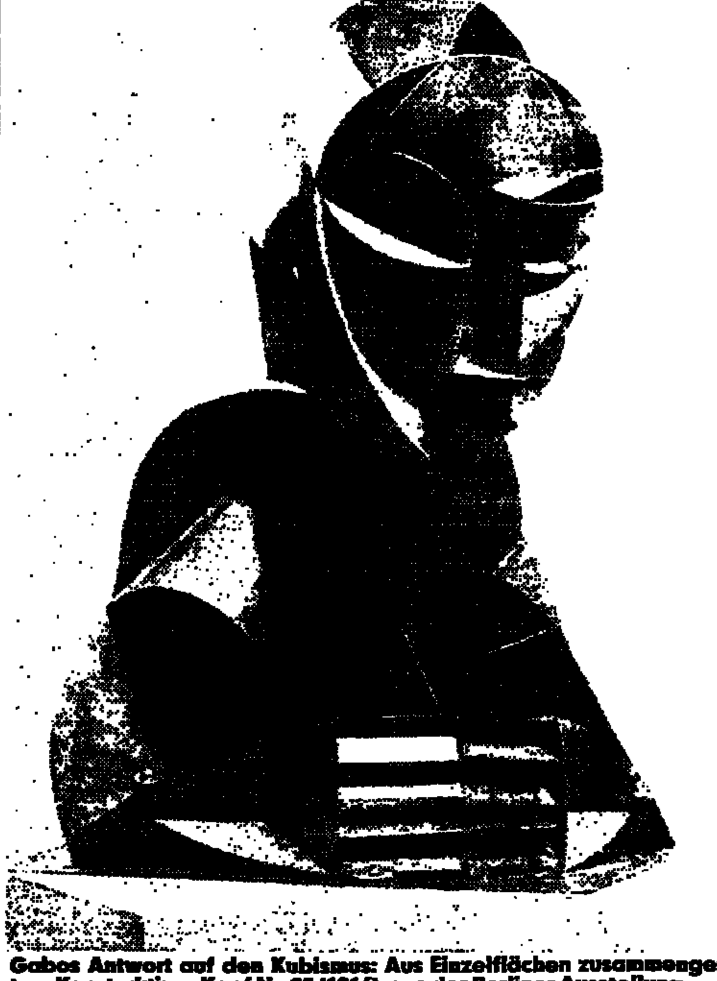
Mit diesem Buch hatte sich Kerner als Experte für Übersinnliches etabliert. Sein Haus wurde zu einem Wallfahrtsort für Wundergläubige und Wundersüchtige, aber auch zum Treffpunkt einiger ihm wahlverwandter Dichter, unter denen Tieck, Uhland, Mörike und Lenau herausragen. Erwähnt sei noch, daß Kerner als Medizinstudent für kurze Zeit den kranken Hölderlin betreut hatte.

Obwohl er seine Mitmenschen durch Heiterkeit, Humor und Liebenswürdigkeit bezauberte, war der geisterseherische Schwabe Justinus Kerner ein schwermütiger Romantiker. Ein melancholischer und todeswollüstiger Grundzug ist den meisten seiner Gedichte eigentümlich. Immer wieder, oft bis zur Groteske sich steigernd, erinnert er den Menschen an Vergänglichkeit, Tod und Grab. „Schmerz ist der Grundton der Natur", lautet ein Vers von ihm. Im Rauschen des Waldes oder im Zittern der Blumen vernimmt er das Seufzen des Universums.

Als er im Jahre 1862 starb, mitten im Zeitalter des machtvoll aufsteigenden Materialismus, schien Justinus Kerner als Dichter und Okkultologe völlig überholt zu sein. Aber wenn es richtig ist, daß wir inzwischen einen „Paradigmenwechsel" durchgemacht und die Schwelle zur „Postmoderne" überschritten haben, dann dürfen wir auch eine Neueinschätzung des Verfassers der „Seherin von Prevorst" erwarten.

Doch auch wer sich für paranormale Dinge wenig interessiert, wird mit Vergnügen Kerners phantastisch-skurrilen Traumroman „Reiseschatten" oder das autobiographische „Bilderbuch aus meiner Knabenzeit" lesen. Beide Bücher erweisen diesen Mediziner, Geisterseher und Melancholiker als einen von den Nachtseiten der Natur faszinierten Humoristen, der es verdient, neben Jean Paul und E. T. A. Hoffmann gestellt zu werden.

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER



Gabos Antwort auf den Kubismus: Aus Einzelflächen zusammengesetzter „Konstruktiver Kopf Nr. 2" (1916), aus der Berliner Ausstellung FOTO: BINDER/THIELE

Naum Gabo in der Berliner Akademie der Künste

Schwingendes Licht

Amerikaner, geboren in Rußland" – die in den USA gebräuchliche Beschriftung von Werken Naum Gabos bringt die Biographie dieses Künstlers auf knappste Formel. 1910 kam er schon nach Deutschland, studierte Medizin in München, hörte aber bald kunstgeschichtliche Vorlesungen bei Heinrich Wölfflin. Er kehrte nach Ausbruch des Krieges in die Heimat zurück. Dort hatte er nach der Revolution vitalen Anteil an der künstlerischen Anfangseuphorie der Avantgarde.

Aber schnell geriet er in Frontstellung zu den Produktivisten um Tatlin. Er stand der zunehmenden Dogmatisierung und Vernützlichung der Künste fern. Was er und sein Bruder Antoine Pevsner sich vorstellten, war eine Kunst, deren Wirkung unabhängig von bestimmten Gesellschaftssystemen blieb. Noch 1922 war Naum Gabo in Berlin wesentlich am Aufbau der legendären Ersten Russischen Kunstausstellung in der Galerie van Diemen Unter den Linden beteiligt. 1932 emigierte er weiter nach England. Und schließlich, weil der Boden für seine Arbeit doch etwas karg blieb, zog er in die Vereinigten Staaten. Er wurde Amerikaner.

Die Neue Nationalgalerie hat vor 15 Jahren Werke von Gabo ausgestellt. Die schmale Schau kam einer Entdeckung gleich. Daß Gabo eine herausragende Rolle für die bildhauerische Vorhut in diesem Jahrhundert spielte, war faktisch bekannt – allein die pure Anschauung fehlte weitgehend. Damals korrigierte man auch die bis dahin geltende Wichtigkeits-Hierarchie der Familie Pevsner/Gabo. Die Brüder tauschten in der Wertschätzung die Plätze. Gabo war Nummer eins.

Ihr „realistisches Manifest" von 1920 verwarf für die Skulptur die Masse als klassisches Element, das Volumen als malerische und plastische Raumform war abgelehnt: „Wir *weisen den tausendjährigen, von der* ägyptischen Kunst ererbten Irrtum zurück, daß die statischen Rhythmen die einzigen Elemente des bildnerischen Schaffens seien".

Die Ausstellung in der Akademie der Künste, von Dallas, Toronto und New York und über Düsseldorf in die Londoner Tate wandernd, bietet den bislang größten Überblick über das ohnehin selten gezeigte Gesamtwerk. Ein im Prestel-Verlag erschienener Katalog übernimmt zugleich das in Amerika erstellte Œvre-Verzeichnis. Der sensationelle Aspekt der Schau ist unverkennbar. Dachboden-Erlebnisse haben schon manche Künstler-Biographie aufgefrischt. Im Falle Gabos brachten sie eine wahrhafte Erhellung. Als der Künstler 1977 in Connecticut gestorben war und die Witwe nach England zurückkehren wollte, fand man Behältnisse auf dem Speicher, die der Künstler zeitlebens mitgeschleppt, aber nie wieder geöffnet hatte. Darin lagerte eine ganze Reihe in ihre Einzelteile zerlegter Plastiken. Sie wurden von geduldigen Kunst-Puzzlern wieder zusammengefügt. So ist es jetzt möglich, auch zwölf vorzügliche Werke zu zeigen, von denen man annehmen mußte, sie seien verschollen, wenn nicht sogar zerstört.

Man sieht jene wunderbaren konstruktiven Köpfe und Torsi, die Gabo aus Einzelflächen zusammensetzte, und zwar so, daß keine reale Außenhaut sie abschließt, sondern eine wabenartige Innenstruktur offenliegt. Dies war 'Garbos, dem Medium „Skulptur" unerhört adäquate, Antwort auf den Kubismus; eine autonome Form, die sich nicht damit begnügte, die Eroberungen kubistischer Malerei nur zu transponieren. Gabo geriet nicht, wie andere, in Widerspruch zu den Ausgangsprämissen einer in der Fläche gewonnenen „Plastizität".

Wie Gabos Werk weniger aus mathematischen Formel denn aus kreativer Intuition entstanden ist, so wird man darin auch nicht ausschließlich die viel beschworenen Analogien zur Naturwissenschaft sehen: Es ist ein Werk perfektester makelloser Eleganz. Seine Schönheit verschließt sich allerdings nicht der kontemplativen Betrachtung. Jede Skulptur für sich wird zum Raumereignis.

Schon in den aus Planenschichten konstruierten geometrischen Plastiken, mit denen Gabos vollabstraktes Werk eher architektonisch anhebt, arbeitet er mit transparten Materialien. Er gebraucht Glasscheiben und Kunststoffe, *gelangt zu jenen* unverwechselbaren Plastiken, in denen zahllose Draht- und oder Nylon-Lineaturen verspannt sind. Gabo – der Sphäriker. Es gelingt ihm, nicht nur die greifbare Materie, sondern gleichsam den Raum selbst zu modellieren. Das Immaterielle ist wesentlicher Bestandteil seiner Konstruktionen. Und das Licht ist sein kräftigster Mitspieler. Es greift tatsächlich in Gabos Saiten und bringt sie zum Schwingen.

PETER HANS GÖPFERT

Berlin bis 19. 10., Düsseldorf 28. 11. bis 4. 1. 1987; Katalog 34 Mark, im Buchhandel, Prestel-Verlag, ca. 74 Mark

„Nur wer die Sehnsucht kennt": Erstes europäisches Frauen-Festival in Hamburg

Lichtenberg, halt dich da bloß 'raus!

Das muß für einige eine schöne Überraschung gewesen sein. Da eröffnete doch wahrhaftig eine der prominentesten Vertreterinnen des ersten europäischen Frauen-Festivals, die unvergleichliche Lied-Lady Elisabeth Schwarzkopf, den in Hamburg zur großen Lieder- und Lyrik-Revue Versammelten: Nein, wegen der Frauenbewegung sei sie nicht gekommen. Und schickte gar ein „Um Gottes willen!" hinterher. Wollte da eine Frau den Frauen in aller Öffentlichkeit in den Rücken fallen?

Nun, als Unmut und Gelächter verklungen waren, setzte die Schwarzkopf aber dann doch noch die Begründung ihrer provokanten Absage an feministische Glaubenskriege nach. Sie sei gegen die Teilung in Künstler und Künstlerinnen, in Sängerinnen und Sänger, ein Wort für alle wie im Englischen, das sei besser. Und ohne sich mit Theoreti*sieren aufzuhalten, stellte sie eine* Künstlerin vor, die sich – wie sie selbst – niemals vor ihren männlichen Kollegen hat verstecken müssen, ja, die viele ihrer singenden Zeitgenossen bravourös in die Tasche gesteckt hat: Christa Ludwig, die sogleich mit souveränem Atem das Motto dieser Soiree „Nur wer die Sehnsucht kennt . . ." intonierte.

Die Sehnsucht und die Lust, sich liebend und leidend darzustellen ohne das Stützkorsett männlicher Verhaltensmuster und Ideale – sie waren denn auch die entscheidende Triebkraft dieses Meetings. Kein Zweifel, man war sich unter den Organisatorinnen klar darüber, daß den Frauen diese Selbstdarstellung bisher glänzender im reproduktiven wie im schöpferischen Bereich gelungen war. Aber anstatt laut über die obligaten Sarkasmen der Männer zu diesem Thema zu lamentieren, ließ man lieber die schreib- und komponierlustigen Frauen der Vergangenheit und Gegenwart zu Wort kommen.

Da wurden dann Lieder von Clara Schumann und Fanny Mendelssohn präsentiert, die einem Robert Schumann und einem Felix Mendelssohn originell und wichtig genug waren, daß sie sie unter ihrem Namen in ihre eigenen Lied-Zyklen aufnahmen. Auch was die vielgeschmähte Alma Mahler, die immerhin Zemlinskys Schülerin war, einst komponierte, hatte markantes Profil. Selbst wenn das Lamento „Genug davon" der Ligeti-Schülerin Babette Coblenz seine Form noch nicht gefunden hat: bemerkenswert war dieses Debüt auf jeden Fall. Ebenso attraktiv wie der Auftritt der „hellen Sächsin" Irmtraud Morgner, die mit ihrer Satire über den Alltag berufstätiger „DDR"-Frauen das Schriftstellerinnen-Treffen zu einem hintergründigen Vergnügen machte.

Daß „die Mädgen" nicht mehr nur ergeben auf das Brausen des männlichen Genies in den Wolken lauschen, wie der alte Lichtenberg spottete, sondern daß sie heute ihr eigenes Brausen mit Witz und Verve inszenieren, demonstrierte die Bigband-Chefin Carla Bley aus den USA eindrucksvoll mit ihrer kunstvoll schrägen Jazz-Sinfonietta „The Girl Who Cried ‚Champagne'". Und auch die Italienerin Giovanna Marini gab mit ihrem aus alten kirchenmusikalischen und volkstümlichen italienischen Traditionen kühn gestanzten Requiem ein imponierendes Beispiel handwerklicher Meisterschaft und eigenständiger Empfindungskraft.

Daß sie ihre Totenmesse auf originelle Weise auch mit der fremdartig-urwüchsigen Musik sardischer Hirten gespickt hatte, brachte ihr geradezu stürmische Ovationen ein. Wie sich denn die großen Volkssängerinnen, allen voran die stimmstarke und kämpferische Argentinierin Mercedes Sosa, schnell als die wahren Göttinnen des Festivals entpuppten, gleichgültig, ob sie nun auf dem Rathausmarkt oder in der alten Altonaer Fischauktionshalle auftraten.

Dort, *wo einst die meeresfrischen* Fische unter dröhnendem Zuruf aus den Kisten glitschten, fetzte Hannelore Hoger zum Ärger der Linken, die politisch Subversives hatten hören wollen und ohnehin ideologisch nicht auf ihre Kosten kamen, den Hamburger Gassenhauer „Ruckzuck über'n Zaun, Äppel wüllt wi klau'n" herzhaft-ordinär ins Mikrofon. Und sie machte dabei nicht den Eindruck, als wolle sie bei diesem Unterfangen auf Männer verzichten. Ein gutes Omen für ein Festival, das sich angesichts der starken Resonanz zur Biennale mausern will. KLÄRE WARNECKE



Mal Derwisch, mal Urviech: Die amerikanische Mezzosopranistin Marilyn Horne FOTO: CHRISTA KUJATH

Ein Tonteppich, fromm und humoresk: Marilyn Horne singt amerikanische Volksmusik

Das Banjo erklingt, wenn Johnny kommt

Er kam aus Pennsylvanien, war nie in seinem Leben in Kentucky und schnitt sich in New York City die Kehle durch: Stephen Collins Foster, der Erfinder der südstaatlichen Hymne „My Old Kentucky Home", hat lauter wunderschöne Lieder mit einleuchtenden Tonfolgen und einfachen, aber emotional enorm wirksamen Harmonien geschaffen, unter denen das schönste die sanfte Weise „Jeannie With The Light Brown Hair" ist. Damit hebt die Platte „Beautiful Dreamer – The Great American Songbook" an, eine Schatzkiste der amerikanischen Folklore von Foster bis zu „Battle Hymn of the Republic" und „God Bless America".

Geadelt wird diese Sammlung durch ihren Star – Marilyn Horne, jenen Mezzosopran, der einst noch unter Hindemith und Strawinsky sang, 1970 in „Norma" an der Met debütierte und dem Musikologen Harold Schonberg als beste Mezzosopranistin der Welt gilt.

Miss Horne, mal Derwisch, mal Urviech, hebt die amerikanische Platte sozusagen „mit links" aus den heuer so gern angefeindeten Niederungen sentimentalen US-Patriotismus' heraus: Was mit Fosters „Jeannie" so ergreifend beginnt, führt über solistisch vorgetragene und regelrecht „schwarz" wirkende Spirituals und das überwältigende „Lord's Prayer" (das Vaterunser, das einst auch die Popgruppe Beach Boys nach derselben Vorlage von Alfred Malotte dann in close harmony-Gruppengesang probierten) bis zu Aaron Coplands Fassungen einiger „Old American Songs", die nur so sprühen vor Heiterkeit, witziger Ausdrucksbreite und intensiver frühamerikanischer Aufbruchsatmosphäre. Sie münden schließlich in kraftvolle Bürgerkriegs-Reminiszenzen („When Johnny Comes Marching Home"), das Tuten-und-Blasen-Ambiente ausgelassener Minstrel Shows und das sprichwörtliche pomp and circumstance von „God Bless America", das nur knapp am Kitsch vorbeimanövriert. Aber das ist die Bandbreite, die es in dieser Schatzkiste zu präsentieren galt, und die zeigt eine Marilyn Horne, die es zwischen Fosterscher Zerbrechlichkeit und dem Alt zur Kriegstrommel und zur Fahne mit buchstäblich jeder Herausforderung aufnehmen kann.

Pikanterie am Rande: Carl Davis, Miss Hornes amerikanischer Landsmann, Dirigent und Arrangeur vieler dieser Songs, hat sich für den instrumentalen Bestandteil der Einspielungen ausgerechnet kein US-Orchester ausgesucht. Mal mit Harfe oder Banjo sogar, mal mit Bogenstrich und Blech sind es die Musiker des English Chamber Orchestra, die Marilyn Horne hier furios und fragil, treibend und hymnisch, fromm und humoresk den Instrumentalteppich auslegen.

So mancher Song hier stammt immerhin aus Zeiten, da hätten Briten es sich empört verbeten, einer Amerikanerin Beistand zu leisten oder einem amerikanischen Taktstock zu folgen . . . (Marilyn Horne/Carl Davis, English Chamber: „Beautiful Dreamer – The Great American Songbook". Decca 6.43363 AZ).

ALEXANDER SCHMITZ

JOURNAL

Ein neuer Typ von Museumsbesucher

dpa, München

Der Typ des Museumsbesuchers hat sich in den vergangenen Jahren völlig gewandelt. Das ist nach Ansicht des Direktors der Wiener graphischen Sammlung „Albertina", Prof. Walter Koschatzky, der größte Erfolg der modernen Museumspolitik. So kämen heute vor allem junge Menschen aus eigenem Antrieb; ihre unkonventionelle Art habe die weihevolle Stimmung in den Museen verdrängt. Im übrigen werde sich das Bewußtsein noch festigen, daß Kunst kein sympathisches Spiel oder nur ein Hobby sei, sondern wichtiger Teil einer „qualifizierenden Gesellschaft". Koschatzky betonte, Museumspädagogik dürfe nicht dem falschen Ehrgeiz hoher Besucherzahlen verfallen, sondern müsse das neue intensive Kunstbedürfnis erfüllen und der Politik die wichtige gesellschaftliche Funktion von Kunst klarmachen.

Briefaktion für verfolgte Dichterin

DW. Bonn

Anläßlich des vierten Jahrestages der Verhaftung der Dichterin und Wissenschaftlerin Irina Ratuschinskaja (32) leitet die Gesellschaft Kontinent heute in Bonn eine bundesweite Briefaktion ein. An einem Informationsstand auf dem Bonner Münsterplatz werden an Generalsekretär Gorbatschow gerichtete Briefe zur Unterschrift ausgelegt, in denen um Ratuschinskajas Freilassung ersucht wird. Irina Ratuschinskaja wurde als Verfasserin eines im Samisdat verbreiteten Gedichtbandes, eines Aufsatzes und als aktives Mitglied der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung „Smot" zur Höchststrafe von insgesamt zwölf Jahren verurteilt.

Tibet-Ausstellung auf Schloß Burg

epl. Schloß Burg

Unter dem Titel „Tibet – Dach der Welt" zeigt das Bergische Museum Schloß Burg an der Wupper eine Ausstellung mit 250 Kunstschätzen aus vier Jahrtausenden. Ein anonymer Exiltibeter hat dafür seine gesamte umfangreiche Sammlung zur Verfügung gestellt, die aus einer süddeutschen Privatsammlung ergänzt wurde. Gezeigt werden hauptsächlich Bronzen und Thankas (Rollbilder), in denen sich die unübersehbare Vielzahl des hinduistischen, buddhistischen und lamaistischen Pantheons darstellt. (Bis 26. Okt.; Katalog 10 Mark)

Niedersachsen fördert ostfriesisches Teemuseum

rst. Norden

Das Bemühen des Heimatvereins Norderland und seines Förderkreises Teemuseum, in der ostfriesischen Stadt Norden ein Ostfriesisches Teemuseum zu errichten, wird vom Land Niedersachsen unterstützt. Noch in diesem Jahr will die niedersächsische Landesregierung für die Errichtung des in der Bundesrepublik einzigartigen Museums 120 000 Mark zur Verfügung stellen. Auch der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht hat eine persönliche Spende für das Museum überweisen lassen.

Frederick Ashton 80

Erst unter seiner Leitung wurde das Londoner Royal Ballet, als was es heute in aller Welt gilt: Kunstsinniger Bewahrer der großen Ballett-Traditionen, aber dabei doch ganz von heute. Erst unter seiner Anleitung wurde Margot Fonteyn das, was sie aller Welt war: Verkörperung der lyrischen Ballerina, der die Seele gleichsam in die hageren Schultern gefahren schien. Der Choreograph Frederick Ashton ist also etwas wie die Vatergestalt des englischen Balletts – und ein sehr britischer Vater, was Disziplin und Humor angeht, dazu. Der kühlen Eleganz seiner Ballette ist stets ein Schuß Exzentrik, ja Bizarrerie eigen. Kein Wunder, daß eine ganze Reihe seiner Ballettschöpfungen, von „Les Patineurs" bis zu „La Fille mal gardée", Welterfolge wurden. Heute wird Sir Frederick 80. ebi.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Len Deighton, der britische Thriller-Autor, versucht, mit „Close-up" einen Roman zu schreiben. Er entwirft das Psychogramm eines Hollywood-Schauspielers, der nach großen Leinwanderfolgen plötzlich spürt, daß er altert und dabei unsicher wird. Deighton hat seine Story gut recherchiert, aber trotz brillant geschriebener Dialoge und mehrerer Handlungskomplexe, die nebeneinander herlaufen, vermag in diesem Buch keine rechte Spannung aufkommen. Es tauchen immer wieder neue Akteure auf, gelegentlich sogar ein Ich-Erzähler. Man hat dabei Mühe, den Handlungsfaden nicht aus den Augen zu verlieren. Schade, denn von Deighton ist man Besseres gewohnt. Bo

Len Deighton: „Close-up", Ullstein, 362 S., 9,80 Mark.

Thai-Mädchen stehen in Polen hoch im Kurs

J. G. GÖRLICH, Warschau

Als „würdelose Vaterlandsverräterinnen" mußten sich noch kürzlich jene Polinnen verunglimpfen lassen, die in westdeutschen Zeitungsannoncen ihr Eheglück suchten, sich danach an Westdeutsche „verkauften". Bald erschienen in Polens Medien auch obskure Berichte, wonach ein Großteil jener Polinnen schließlich in Nobelbordellen landeten, sich dort „westdeutschen Kapitalisten" gegen schnöde D-Mark hingaben.

Jetzt kriegen die Männer in Polen ihr Fett ab. Der Grund: Im Warschauer „Kurier Polski" annonciert eines der polnischen Ehevermittlungsinstitute (die alle, mit einer Ausnahme, privat geführt sind) mit großen Lettern: „Schöne Mädchen aus Thailand warten auf Dich!"

Das brachte die KP-Zeitung „Zdanie" (Meinung) auf die Palme: „Gibt es nicht schöne Polinnen genug?" Was will denn „diese Herde ausgehungerter Erotiker?" entrüstete sie sich.

Der zum Heiratsbüro geschickte Reporter stellte bei seiner Recherche fest, daß die Nachfrage nach Thaimädchen inzwischen so groß ist, daß man schon mit Heiratsbüros in Malaysia und auf den Philippinen Kontakte aufgenommen hat, um den „Import" schöner Asiatinnen in größerem Stil betreiben zu können.

Per Katalog können sich – so das Heiratsbüro gegenüber dem Reporter – die Kunden die Mädchen aussuchen. Wenn der Kontakt hergestellt ist, auch der Kunde dem Mädchen paßt, muß dieser sich an das Außenministerium in Warschau wenden, um eine Ferntrauung zu beantragen. Der Vertreter des thailändischen Heiratsbüros geht dann stellvertretend für den in Polen wartenden Bräutigam zum Standesamt. Das Thaimädchen bekommt anschließend von der polnischen Botschaft automatisch die polnische Staatsbürgerschaft. Ohne diese darf es nicht einreisen.

Das Flugticket wird in Warschau mit Zloty gekauft. Die Summe sei folglich erschwinglich, heißt es dazu. Das thailändische Heiratsbüro überzeugt sich anschließend davon, daß das Mädchen seinen Flug nach Warschau in „einem ordentlichen Düsenflugzeug" antritt. In Warschau wird dann die Braut und Neubürgerin vom Bräutigam und seinem ganzen Clan herzlich begrüßt.

Die „Meinung" schimpft, daß diese Mädchen wegen ihrer Sprachschwierigkeiten dann völlig vom polnischen Ehemann abhängig sind. Die Zeitung wittert ferner, daß dieser „Mädchenhandel gigantische Möglichkeiten für viele Betrüger und sexuell Abartige eröffnet; da können einem nur die Haare zu Berge stehen!"

Die Gourmets aus Frankreich blicken längst nicht mehr naserümpfend über den Rhein

Topfparade: Klassische deutsche Gerichte perfekt zubereiten will Franz Keller jr. in seinem neuen Kölner Gasthaus „Adler"

Die deutsche Küche hat sich freigekocht

Die Londoner Symphoniker jubilieren vom Band. Die klangvolle Untermalung mit dem hymnengleichen „Pomp and Circumstance" bleibt die einzige Konserve an diesem Premierenabend mit Pomp, Poularde und Parfait. Gerhard Gartner, Zwei-Sterne-Koch im Aachener „Gala", schreitet an weißgedeckten Tischen mit Erlesenem aus deutschen Landen vorbei, an erlegten Eifel-Ebern mit Tannengrün im Maul, Enten, Wachteln und Zuchtbiber, Steinpilzen, Spitzwegerich, Hirtentäschel und Basilikum. Am Rednerpult angelangt, verkündet der Meister die Geburtsstunde der feinen deutschen Küche. Natürlich gibt es Applaus und deutschen Wein im Glas: 67er Burglayer Schloßberg, Traminer Auslese.

Ab sofort stehen auf dem Speiseplan des Gourmet-Tempels im Spielcasino am Dreiländereck nur noch Grundprodukte aus der Heimat. Die Lämmer werden nicht mehr aus Frankreich eingeführt, sondern grasen 20 Kilometer vor Aachen. Statt Importen aus der Bresse verarbeiten die Köche Freilandenten aus Grevenbroich, das Gemüse stammt aus biodynamischem Anbau.

Die Rezepte, nach denen diese Produkte verarbeitet werden, sind zum Teil Großmutters Aufzeichnungen entnommen. Sie werden natürlich nach den Regeln der Nouvelle Cuisine, der leichten, appetitlichen und gesunden Küche, zubereitet. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Georg Gallus, spendete Lob. Er sieht in Gartners Idee eine glänzende „Entfaltungsmöglichkeit für innerlandwirtschaftliche Initiativen". Darauf hebt er sein Glas und prostet mit Trittenheimer Apotheke, Riesling-Sekt von Reichsgraf von Kesselstatt.

So lobenswert kreative Ausflüge in die Vergangenheit einerseits und die damit verbundene Aufwertung der deutschen Küche andererseits sind, Gartner steht damit nicht allein am Herd und ist schon gar nicht der erste. Schon zu einem Zeitpunkt, als die Wogen der Nouvelle Cuisine unkontrolliert übers Land schwappten, kreierten einige deutsche Küchenkünstler deutsche Küchenkunst



nach französischen Grundregeln. Altmeister Rudolf Katzenberger in Rastatt nannte seine feinen Kreationen „ein Gegenstück zur großen Küche der Franzosen" (Beispiel: Helgoländer Krebstorte). Auch der Senior Franz Keller, der knorrige Könner aus Oberbergen, hatte in seinem „Schwarzen Adler" immer schon Kaiserstuhl-Spezialitäten auf der Karte. Deutschlands erster Drei-Sterne-Koch, Eckart Witzigmann, baut in seine Menüs stets landestypische Elemente ein und bemüht sich ebenso um deutsche Rohprodukte. Sein Problem: „Wo bekomme ich nur soviel Ware erstklassiger Güte her? Natürlich ist es etwas Ausgefallenes, wenn ich bayerische Flußkrebse serviere, aber nach einigen Portionen ist doch Schluß."

Franz Keller junior, der zu Walter Scheels Präsidentschaft das ständig wachsende Kochniveau in der Bundesrepublik auch den Staatsgästen appetitlich vorführte, geht den Weg mit Landestypischem von allen Landsleuten am konsequentesten. Neben seinem Gourmet-Restaurant eröffnet er im Oktober in Köln den „Adler", wo es die klassischen Rezepte der deutschen Küche unverfälscht, nur eben perfekt gemacht, geben wird. Die Preise hinter der Speisefolge sollen bewußt in der Größenordnung des Einfach-Gasthofs an der Ecke angesiedelt sein. Keller will damit den Höhenflug der deutschen Gastronomie auch in die Mittelklasse tragen. Sauerbraten gibt's bei ihm, Krautwickel, auch Schlachtplatten und Hasenpfeffer. Der Erfolg ist programmiert. In der Phase nach der Lehre bei Frankreichs kochendem Nationalhelden Paul Bocuse hätte er sich mit einer solchen Ankündigung noch aus der Riege der Anerkannten katapultiert. Da galten nicht nur in Frankreich die deutsche Küche und ihre Gerichte als fett und schwer, mehlig und ohne Raffinesse. Mit Naserümpfen resümierten Gourmets, daß zu Tode gekochtes Fleisch und schwere Mehlschwitzen nur den Magen blähen und die Lust verderben. Wie sich die Zeiten geändert haben.

Eine feine deutsche Küche nach eigener Art kreierte Gerhard Gartner (rechts). Die Grundprodukte kommen aus der näheren Umgebung. Auch Eckart Witzigmann baut ständig heimische Elemente in die Speisekarte ein.
FOTOS: HANS WINDECK, FRANZ HUG, DIE WELT

Natürlich gibt es heute teilweise noch gute Gründe für die Empörung der Eß-Kritiker über das, was in vielen Restaurants und Haushalten auf den Tisch gebracht wird. Doch beständig bewegt sich die Gastronomie zwischen Flensburg und Oberstdorf insgesamt in Richtung europäische Spitze. Auch die Michelin-Bilanz macht das deutlich: 173 deutsche Küchen wurden mit einem Stern (vor 15 Jahren konnte man die Zahl noch an zwei Händen abzählen), neun mit zwei und drei mit der Höchstbenotung von drei Sternen ausgezeichnet. Wenn man weitere 200 gute, kreative Häuser dazuzählt, die den berufsmäßigen Essenstestern verborgen blieben oder in denen die Küchenpäpste verprellt wurden, ist das eine Gesamtbilanz zum Anstoßen, mit Zibärtli oder deutschem Zwetschgenwasser.

HEINZ HORRMANN

WETTER: Regen und kühl

Lage: Eine Luftmassengrenze über Süddeutschland, die feuchtwarme Luft im Süden von kühler Meeresluft im Norden trennt, wird weiter nach Süden gedrängt.

Vorhersage für Mittwoch: Im Norden wechselnd bewölkt und niederschlagsfrei. An der Küste einzelne Schauer. Sonst stark bewölkt bis bedeckt und in Süddeutschland verbreitet Regen, örtlich auch kurze Gewitter. Temperaturen 10 bis 13 Grad in der Nordhälfte, 16 bis 19 Grad im Süden. Nachts 8 bis 4 Grad. Mäßiger, in Böen frischer Wind aus Nordost bis Nord.

Weitere Aussichten: Am Donnerstag am Alpenrand noch gelegentlich Regen, sonst trocken, aber kühl.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.00 Uhr*, Untergang: 19.31 Uhr; **Mondaufgang:** 19.47 Uhr, Untergang: 6.57 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 17. Sept., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	12	bd
Bielefeld	11	bd
Braunlage	7	bd
Bremen	13	bd
Dortmund	10	bd
Dresden	9	bd
Düsseldorf	11	bd
Erfurt	8	R
Essen	10	bd
Feldberg/S.	15	he
Flensburg	13	he
Frankfurt/M.	10	R
Freiburg	23	bw
Garmisch	23	wl
Greifswald	10	bd
Hamburg	13	bw
Hannover	11	bw
Kahler Asten	4	iW
Kassel	9	bd
Kempten	23	he
Kiel	15	he
Koblenz	11	R
Köln-Bonn	10	bd
Konstanz	23	he
Leipzig	10	bd
List/Sylt	13	he
Lübeck	14	bw
Mannheim	12	R
München	24	bw
Münster	11	bd
Norderney	13	he
Nürnberg	17	R
Oberstdorf	23	he
Passau	9	bd
Saarbrücken	10	R
Stuttgart	19	bd
Trier	9	R
Zugspitze	7	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	38	wl
Amsterdam	14	bd
Athen	35	wl
Barcelona	27	he
Belgrad	31	wl
Bordeaux	19	R
Bozen	27	bw
Brüssel	10	bd
Budapest	27	bw
Bukarest	31	he
Casablanca	27	he
Dublin	12	bw
Dubrovnik	28	he
Edinburgh	10	he
Faro	24	he
Florenz	27	he
Genf	27	he
Helsinki	9	bd
Hongkong	29	Gw
Innsbruck	26	he
Istanbul	28	wl
Kairo	34	wl
Klagenfurt	25	he
Konstanza	27	he
Kopenhagen	14	he
Korfu	31	wl
Las Palmas	25	bw
Leningrad	10	bd
Lissabon	22	bw
Locarno	19	R
London	13	bw
Los Angeles	22	wl
Luxemburg	8	R
Madrid	24	bw
Mailand	24	bw
Malaga	25	bw
Mallorca	33	wl
Moskau	17	Rs
Neapel	30	he
New York	23	bd
Nizza	25	he
Oslo	12	he
Ostende	13	bw
Palermo	29	wl
Paris	10	bd
Peking	22	he
Prag	14	bd
Rhodos	27	wl
Rom	28	he
Salzburg	25	he
Singapur	30	he
Split	27	he
Stockholm	–	–
Straßburg	13	Rs
Tel Aviv	31	wl
Tokio	26	bd
Tunis	34	he
Valencia	24	Rs
Varna	27	wl
Venedig	21	he
Warschau	11	bd
Wien	26	he
Zürich	25	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; iW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Am besten nicht schneller als achtzig

Im vergangenen Jahr 20 Tote und 1500 Verletzte bei Wildunfällen / Ratschläge des ADAC

PETER SCHMALZ, München

Für die Autofahrer kommen Wochen mit erhöhter Gefahr: Nach einer Statistik des ADAC steigen die Unfälle mit Rehen, Hasen oder anderem Wild in den Monaten Oktober und November drastisch an. In diesen beiden Monaten und im Brunftmonat Mai werden doppelt so viele Wildunfälle wie in den restlichen neun Monaten registriert. „Wir können die Autofahrer nur dringend bitten, in der nächsten Zeit die Warnschilder von Wildwechsel besonders ernst zu nehmen", erklärten ADAC-Präsident Franz Stadler und der Präsident des Deutschen Jagdverbands, Gerhard Frank, gestern in München bei einem gemeinsamen Appell.

Der jährliche Schaden durch Wildunfälle ist beträchtlich. Offiziell zeigt die Statistik für das vergangene Jahr 20 Tote und 1500 Verletzte auf deutschen Straßen, 200 000 Wildtiere wurden getötet, der Schaden wird auf 180 Millionen Mark geschätzt. Verkehrsexperten vermuten jedoch, daß die tatsächliche Zahl der Opfer noch höher liegt. Ein Sprecher des ADAC gestern zur WELT: „In der Bundesrepublik sterben jährlich etwa 1000 Autofahrer beim Aufprall ihres Wagens gegen einen Baum. Wir müssen davon ausgehen, daß darunter einige sind, die einem Tier, das plötzlich auf die Fahrbahn lief, ausweichen wollten, dabei ins Schleudern gerieten und gegen den Baum prallten."

Ausweichen, darüber sind sich die Fachleute einig, ist die schlechteste Reaktion des Autofahrers, vor dessen Wagen unerwartet ein Reh oder ein Fuchs auftaucht. Eine Befragung unter betroffenen Wagenlenkern zeigte, daß Wildunfälle dann besonders gravierend verlaufen, wenn das Unfallfahrzeug ins Schleudern gerät.

Aber was tun, wenn der Hase im Weg steht? ADAC-Präsident Stadler hat für den äußersten Notfall einen reichlich forschen Rat: „Draufhalten und durch." Das gibt dann zwar tiefe Beulen im Blech, denn ein mit Tempo 100 getroffener Meister Lampe deformiert den Wagen mit einem effektiven Aufschlagsgewicht von 125 Kilo, der Schaden ist aber immer noch gering im Vergleich zu dem Risiko, bei einem Ausweichmanöver mit dem Gegenverkehr zu kollidieren.

Doch damit der Zusammenstoß zwischen Auto und Tier erst gar nicht passiert, haben ADAC und Jagdverband zehn Herbst-Tips für Autofahrer erarbeitet, darunter den Rat, in waldreichen Gegenden vor allem während der Dämmerung die Geschwindigkeit zu drosseln (Rüdiger Linde von der ADAC-Abteilung Straßenverkehr: „Mit 80 bekommt man die meisten Wildunfälle in den Griff"), bei angezeigtem Wildwechsel bremsbereit zu fahren, einen Sicherheitsabstand zum rechten Fahrbahnrand einzuhalten und im Notfall vor einem scharfen Bremsmanöver in den Rückspiegel zu blicken: „Eine Notbremsung könnte einen schweren Auffahrunfall heraufbeschwören."

Von akustischen Geräten, die für das menschliche Ohr unhörbare Hochfrequenztöne abgeben, warnen die beiden Verbände. Einerseits könnten die Tiere konfus werden und unkontrolliert handeln, zum andern sind die möglichen Auswirkungen dieser Töne auf den Menschen noch nicht einwandfrei erforscht.

Effektive Unfallverhütungsmaßnahmen könnten nach Ansicht von Stadler und Frank bereits die Straßenplaner leisten. So sollten Straßen nicht direkt am Waldrand entlang geführt werden, denn damit werde dem Tier der Weg vom Schlafzimmer (Wald) zum Eßzimmer (Wiese) abgeschnitten. Auch Wildschutzzäune haben sich als sehr wirksam erwiesen, wobei der Elektrozaun den besten Schutz bietet. Auf Versuchsstrecken zeigte sich jedoch ein Nachteil: Die Batterien sind begehrtes Diebesgut.

Bonn hat jetzt einen Beethoven aus Beton

Ludwig van Beethoven (1770–1827) ist den Bonnern wohl auch ein drittes Denkmal wert. Seit Jahren schon blickt der berühmte Sohn der Stadt etwas finster über die Spaziergänger auf dem Münsterplatz, sitzt zum anderen seit 1979 im weitläufigen Rheinauenpark. Jetzt werden auch die Besucher der Beethovenhalle von dem Komponisten empfangen, wenn sie auf die Konzerthalle zugehen: Das in Beton gegossene Konterfei des Meisters wurde gestern auf dem Vorplatz der Halle enthüllt.

Etwa 25 Tonnen wiegt das in einer Styroporform entstandene Werk des Düsseldorfer Künstlers Klaus Kammerichs. Bis Ende 1989, wenn die Beethoven-Stadt Bonn ihren 2000. Geburtstag feiert, soll die Plastik dort stehenbleiben. Kaufen will die Stadt das vom Künstler und Sponsoren finanzierte Objekt jedoch nicht, so daß ein endgültiger Standort für den gewichtigen Beethoven noch gefunden werden muß.

gh.



Wenn der Lokführer einfach nach Hause geht

THOMAS BREY, Belgrad

Internationale Züge bewältigen die 1200 Kilometer lange Transitstrecke durch Jugoslawien in rund 50 Stunden. Damit kommen diese „Schnellzüge" auf eine durchschnittliche Reisegeschwindigkeit von 24 Stundenkilometer. Wegen des schlechten Gleiszustandes müssen „Akropolis"-, „Istanbul"- und „Venezia-Expreß" auf ganzen 123 Kilometern ihre Geschwindigkeit auf 40 Stundenkilometer drosseln.

Neben der technischen Rückständigkeit haben vor allem Schlamperei und miserabler Service die jugoslawische Staatsbahn in Verruf gebracht. In der Stadt Mladenovac mußte ein Zug nicht weniger als neun Stunden warten, weil der Lokomotivführer nach Ablauf seiner Arbeitszeit einfach nach Hause gegangen war. Mal gibt es lange Stopps wegen Stromausfalls, mal kürzere, weil der Schaffner auf freier Strecke einen Kollegen aussteigen läßt.

In der Nacht vom 11. auf den 12. August erhalten auf einer eingleisigen Strecke die Schnellzüge Nr. 673 und Nr. 1676 am Bahnhof Barajevo, wo sie sich kreuzen sollen, keine Einfahrterlaubnis. Erst nach langer Wartezeit gelingt es, den schlafenden Bahnhofsvorsteher zu wecken. Der hatte vergessen, die Fahrer beider Züge zu informieren, daß beide Signale defekt sind. Um der Verspätungen Herr zu werden, schlug ein genervter Kriegsveteran kürzlich vor: Die Spitzen von Staat, Parlament und Partei sollten einmal ein halbes Jahr statt ihrer Dienstwagen nur öffentliche Verkehrsmittel benutzen.

Reisende in der ersten Klasse bekommen nicht selten einen Hustenanfall, wenn sie in den Polstern Platz nehmen: Den Sitzen entsteigt dann eine riesige Staubwolke.

Ein Grund für die mißliche Lage der Bahn ist die innere Zersplitterung ihrer Verwaltung. Acht selbständige Eisenbahngesellschaften mit mehr als 360 Unterorganisationen sind für den Bahnverkehr zuständig. In letzter Zeit haben sich jedoch die Bemühungen verstärkt, das in Ministücke zerfallene Bahnsystem zu zentralisieren. Damit soll endlich ein Anfang gemacht werden für eine Verbesserung der Bahndienste. (dpa)

In Dänemark lebt's sich am besten

AFP, Washington

In Dänemark lebt der Bürger am besten, gefolgt von Italien und der Bundesrepublik Deutschland. Dies geht aus einer von der Universität von Pennsylvania veröffentlichten Studie über den sozialen Fortschritt hervor. In der Studie wurde die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung in den einzelnen Ländern sowie das Maß, in dem der Staat sich um die Belange seiner Bürger kümmert, für den Zeitraum 1980 bis 1983 untersucht. 36 verschiedene Statistiken der Weltbank und der Vereinten Nationen wurden ausgewertet. Danach befinden sich die zehn „besten" Nationen in Europa: Dänemark, Italien, die Bundesrepublik, Österreich, Schweden, Frankreich, Irland, die Niederlande und Belgien. Bis auf Afghanistan liegen die Staaten mit den schlechtesten sozialen Bedingungen ausschließlich in Afrika. Die USA finden sich nur auf dem 27. Rang wieder, auch wenn sie führend sind in der Beteiligung der Bürger an der Politik. Die UdSSR ist auf den 58. Rang abgefallen, was auf die Drosselung der Nahrungsmittelproduktion, dem schwachen Wirtschaftswachstum und den hohen Verteidigungsausgaben zurückgeführt wird. Angola befindet sich auf dem letzten Platz.

Mord aus Mitleid

dpa, Tokio

Nach einer Fernsehsendung über „Altersschwachsinn" hat eine 57jährige Frau in der japanischen Ortschaft Hatogaya, am Rande von Tokio, ihre Mutter (82) erwürgt, um ihr ein ähnliches Schicksal zu ersparen. Die beiden Frauen hatten eine Fernsehsendung über diese Krankheit angesehen, die bei alten Menschen durch Verkalkung zu völliger Verwirrung der Sinne führen kann. Die Tochter befürchtete, ihrer bereits verwirrten Mutter könnte es bald genauso ergehen, wie dem Hauptbetroffenen der Sendung. Sie stellte sich nach der Tat freiwillig der Polizei.

Sturmschäden in der Eifel

dpa, Prüm

Eine Windhose mit dem „Energieinhalt einer Atombombe" – so Wissenschaftler – hat in der Eifel in wenigen Minuten Schäden in Millionenhöhe angerichtet. Begleitet von plötzlich einsetzenden Regenschauern fegten am Montag abend Orkanböen mit Windgeschwindigkeiten bis zu 150 Stundenkilometern besonders durch das Tal der Prüm. Nach Angaben der Polizei wurden im Prümer Stadtgebiet ein Hotel, die Stadthalle und mehrere Autos erheblich beschädigt.

Gelungene Arbeitsteilung

dpa, London

Während Verkäufer und Kunden mit Erstaunen eine etwa 30jährige gutgewachsene Blondine bewunderten, die in der südenglischen Stadt Salisbury mit bloßem Busen durch drei Bekleidungsgeschäfte stolzierte, erleichterte ein Komplize die drei Läden um Waren im Wert von umgerechnet 9000 Mark. Das Pärchen entkam nach Angaben der Polizei unter anderem mit zehn Anzügen, elf Kleidern und zahlreichen Pullovern. Die abgelenkten Mitarbeiter der drei Geschäfte erinnerten sich zwar genau an das Äußere der entblößten Dame, doch fiel die Beschreibung ihres Begleiters sehr dürftig aus.

Von Kfz-Steuer befreit

dpa, Paris

Familien mit mindestens fünf Kindern brauchen in Frankreich von 1987 an keine Kraftfahrzeugsteuer mehr zu bezahlen. Wie aus einem Entwurf für den Staatshaushalt hervorgeht, können sie auf Antrag von der sogenannten Vignette befreit werden. Das ist eine Steuermarke, die jährlich bezahlt und sichtbar am Auto angebracht werden muß. Die Befreiung gilt nur für ein Fahrzeug pro Familie.

Hitzerekord in Frankreich

AFP, Perpignan

35 Grad im Schatten sind am Montag in der südfranzösischen Stadt Perpignan gemessen worden. Nach Angaben des Wetteramtes wurde dort eine solch hohe Temperatur im September seit mehr als einem halben Jahrhundert nicht mehr erreicht.

ZU GUTER LETZT

„Ein wildes Blitzduell brach aus; ein paar Züge beidseits in Sekundenschnelle – dann streckte der K.-o.-Schlag des Bauern im 37. Zug Karpow zu Boden." Aus einem Bericht der Deutschen Presse-Agentur über die Schachweltmeisterschaft in Leningrad zwischen Kasparow und Karpow.

Augenmaß ist gefragt

Von HANS BAUMANN

Die Energiepolitik ist ein weites, aber auch äußerst sensibles Feld. Kurskorrekturen in Bogensekunden können Milliarden kosten und auch Milliarden ersparen. Um so erstaunlicher ist, daß das hysterische Tschernobyl-Spektakulum nicht auch unter dem Aspekt des volkswirtschaftlichen Aufwandes diskutiert wird.

Natürlich ist die Industrie- und Handelsnation Bundesrepublik Deutschland – noch – in der Lage, von heute auf morgen der Kernkraftwirtschaft Valet zu sagen – mit allen negativen Konsequenzen für Haushalt und Arbeitsplätze. Natürlich wäre dieser Staat in der Lage, die hochgerechneten Aufwendungen für einen „Anstieg" von rund 400 Milliarden Mark zu verkraften.

Doch völlig außer acht gelassen wird bei solchen vordergründigen arithmetischen Betrachtungen der mit keiner Methode meßbare ideelle Wert der Entwicklung und Anwendung neuer Techniken. Die Entdeckung des Rades als Hebel-Perpetuum zeigt wohl am plastischsten das Potential, das in vielen neuen Technologien steckt.

Eine Vision der Möglichkeiten gab schon vor zwei Jahrzehnten Prof. Wolf Häfele, als er bei der Erläuterung der Bruttechnik die langfristigen Möglichkeiten mit dem Bild umriß, daß man zur Not sogar die Alpen zur Nutzung im Reaktor verhütten könnte. Ohne Visionen kein Fortschritt. An Leonardo da Vinci sei erinnert.

Doch heute würde Häfele im Geschrei der Einsiedelei-Ideologie untergehen. Schon die Überlegung, aus Steinen Energie zu schlagen, würde die grünen Naturmonopolisten aufschreien lassen. Sie wollen zurück in den Wald, aber Bibliotheken nutzen, sagen sie.

Wer erinnert sich noch, daß eine der ersten Forderungen aus den Reihen der Grünen lautete, die Autos abzuschaffen?

Schlimm, wenn der Mensch ohne Ideale leben soll. Noch schlimmer aber, wenn solche Ideale zu Ideologien gedrechselt und als Knüppel gegen den Staat verwendet werden. Autos abschaffen heißt, den Staat in seiner jetzigen Form zerschlagen. Und das gilt in gleichem Maße für den Abschied von moderner Technik, wozu eben auch der Abschied von der Kernenergie gehören würde.

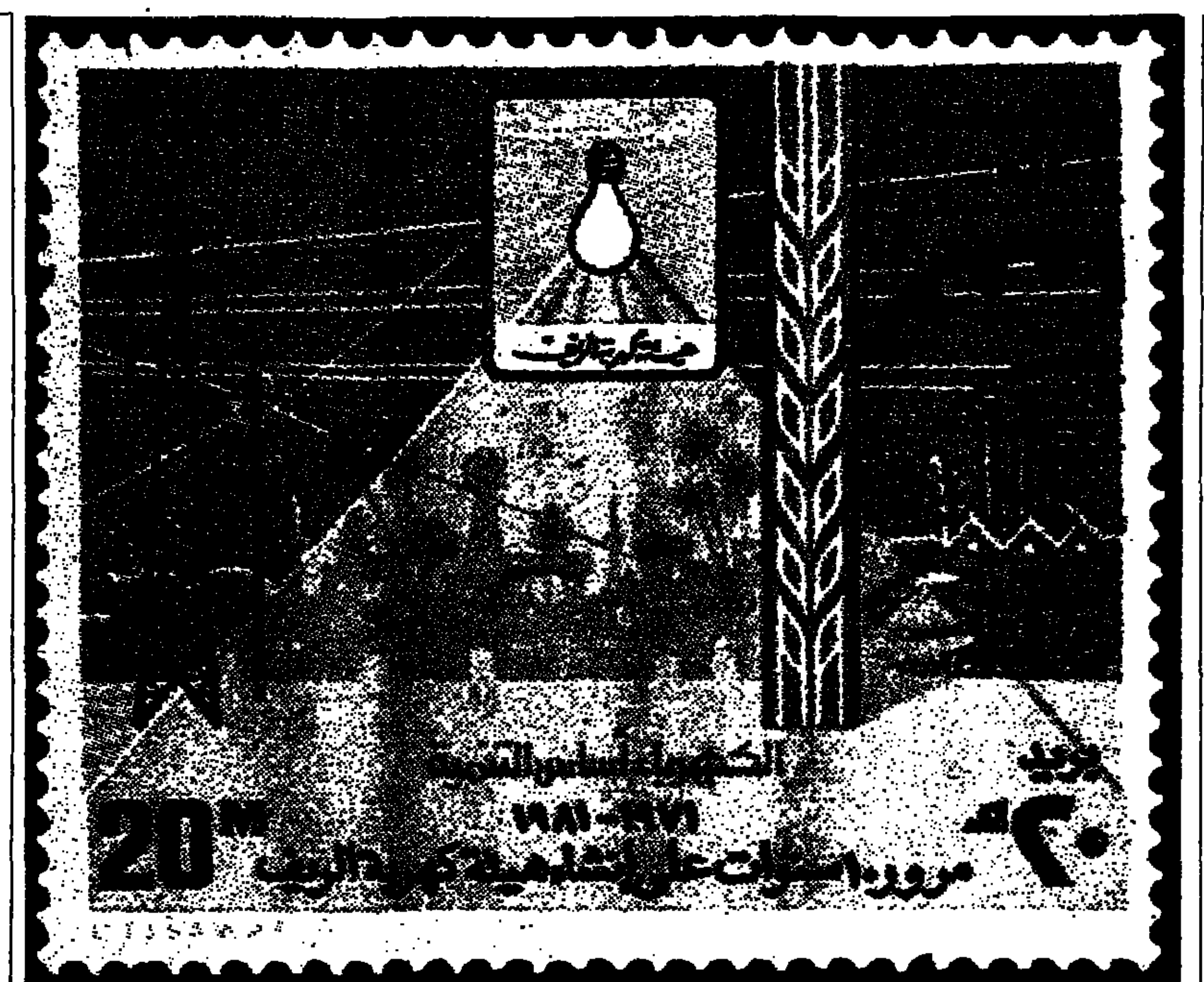
Wer sie abschaffen will, weil sie die Menschheit bedroht, der muß sie auf der Stelle abschaffen, so wie man eine Bombe sofort entschärft und nicht erst fünf, 10 oder gar 20 Jahre auf ihr sitzen bleibt.

Wer aber in Etappen aussteigen will, der muß logischerweise die Kernkraft für vertretbar halten. Also kann man sie auch generell nutzen – unter Anwendung sorgfältigster Sicherheitsauflagen, versteht sich.

Denn die Kernenergie ist ja nicht entwickelt worden, um den Menschen Schaden zuzufügen. Sie zu nutzen bedeutet, technologisch im Wettbewerb mit anderen Industrienationen zu bestehen, Arbeitsplätze zu schaffen, den erreichten Wohlstand nach tiefster Armut zu verteidigen. Wer darauf verzichten will, muß den Bürgern erklären, daß sie von der Gegenwart Abschied nehmen müssen.

Zu den ideellen Werten gehört aber auch, seinen Enkeln den Weg zu ebnen für ein angemessenes Dasein. Dazu gehört nun einmal Energie, deren fossile Formen sehr endlich sind. Wer auf diese Entwicklung verzichten und mit Energiesparen ein paar Jahre Zeit gewinnen will, der lebt auf Kosten kommender Generationen, der bestellt sein Haus nicht mehr.

Ganz zu schweigen, daß er der Dritten Welt die Chance nimmt, Hunger und Not zu entrinnen, diesen Geißeln der Energiearmut. Kernkraftwerke könnten Meerwasser entsalzen und heute unfruchtbare Landstriche in einen Garten Eden verwandeln. Hysterie hat den Menschen noch nie geholfen. Augenmaß und Wahrhaftigkeit sind gefragt.



Elektrizität ist das Menetekel für Fortschritt und Wohlstand. Kein Wunder, wenn die Stromwirtschaft zum Briefmarkenmotiv in aller Welt wird.

Die Länder der westlichen Welt sind nach der Katastrophe von Tschernobyl zur Tagesordnung übergegangen. Zu keiner Stunde ist dort das Unglück in der Ukraine zum eigenen nationalstaatlichen Problem hochstilisiert worden. Nie hat dort jemand daran gedacht, das Unglück in einem anderen Land etwa zum Wahlkampfthema daheim zu machen. Bei den Nachbarn gilt, was früher auch bei uns einmal galt: Man macht keine Geschäfte mit der Angst. Und keimt die Angst dennoch einmal, so hat die Politik ihr besonnen und aufklärend entgegenzutreten. Das wurde jedoch bisher in der Bundesrepublik von der Opposition versäumt.

Tschernobyl kam wie gerufen, um der seit langem verkündeten Meinung Nachdruck zu geben: Raus aus der Kernkraft. Dabei spielt es keine Rolle mehr, daß die Opposition die Kernkraft selbst forcierte, als sie an der Regierung war, daß sie sie als Waffe verstand für eine unabhängige Energieversorgung einer Industrienation, die auf Export auf Gedeih und Verderb angewiesen ist. Daran hat sich nichts geändert, ohne Kernkraft fallen wir zurück in die Arme der Ölförderländer; wir müssen auf Weltmarktkohle setzen und mit der Gefahr rechnen, daß wir dort die Preise treiben als Mitbewerber am internationalen Markt der dritten Welt.

Wir verzichten mit dem Ausstieg auf eine neue Technologie, auf die spätestens unsere Enkel setzen müssen. Wer heute aussteigt aus der Technologie von morgen, wird morgen nicht mehr die Stellung von heute in der Welt einnehmen und sich zwangsläufig von seinem Lebensstandard verabschieden müssen. Entweder ist die Kernkraft so teuflisch, daß man sie sofort aufgibt, oder sie ist doch zum Segen der Nation anwendbar, aber dann sollte man sie auch mit aller gebotenen Umsicht nutzen. Wie sehr sich die Lage in unseren Nachbarländern nach Tschernobyl von der in unserem Land unterscheidet, das schildern die folgenden Länderberichte.

Energiepolitik muß an die Enkel denken

Von WALTER WALLMANN

Der Reaktorunfall von Tschernobyl hat uns alle betroffen gemacht. Viele Menschen in der Bundesrepublik Deutschland waren und sind mit Sorge erfüllt. Diese Sorgen darf niemand einfach beiseite schieben. Es ist richtig und wichtig, daß derzeit eine intensive öffentliche Diskussion über den besten Weg der Energiepolitik geführt wird.

Diese Diskussion muß mit Redlichkeit und mit Realismus und im Bewußtsein großer Verantwortung geführt werden. Wer die energiepolitische Auseinandersetzung in ein bloßes Ja/Nein-Schema zwängt, wer auf komplizierte Fragen einfache Antworten gibt, der täuscht den Bürger.

Als Bundesumweltminister bin ich verpflichtet, die komplizierten Zusammenhänge zwischen Energieversorgung und Umweltschutz zu sehen. Energie muß nicht nur ausreichend und kostengünstig zur Verfügung stehen; sie muß auch umweltverträglich und sicher erzeugt, verteilt und verbraucht werden.

An eine verantwortungsbewußte Energiepolitik sind insbesondere folgende Forderungen zu stellen:

1. Energie muß heute und für kommene Generationen in ausreichender Menge zur Verfügung stehen.

Energie ist eine entscheidende Lebensgrundlage für den Menschen. Energie ist Voraussetzung für wirtschaftliche Aktivitäten und private Lebensgestaltung. Der hohe Lebensstandard in der Bundesrepublik Deutschland beruht unter anderem auch auf einem ausreichenden und preisgünstigen Energieangebot.

Wer Wohlstand, soziale Sicherheit und Freiheit auch für kommende Generationen bewahren will, der muß dafür Sorge tragen, daß die Energiequellen heute und in Zukunft nicht versiegen.

2. Die Industriestaaten tragen Verantwortung über nationale Interessen hinaus.

Die Weltbevölkerung wächst ständig. Heute leben etwa fünf Milliarden Menschen auf der Erde; im Jahre 2000 werden es sechs bis sieben Milliarden Menschen sein. Schon deswegen müssen wir mit nicht erneuerbaren Energiereserven sparsam umgehen. Die fossilen Energieträger werden aus heutiger Sicht nur noch für die Dauer weniger Generationen zur Verfügung stehen, wenn wir sie weiterhin mit gleichen Zuwachsraten verbrauchen wie bisher.

Die Erdbevölkerung wächst vor allem in den Ländern der Dritten Welt. Die Menschen in diesen Ländern sind insbesondere auf den Einsatz fossiler Energieträger angewiesen. Es wäre ethisch nicht vertretbar, wenn die wirtschaftlich starken Nationen beim Verbrauch fossiler Energiereserven die Dritte Welt ins Abseits drängten.

3. Die Energieversorgung muß jederzeit sichergestellt sein

Viele Menschen haben die Zeit der beiden Ölkrisen mittlerweile vergessen. In den siebziger Jahren mußten wir erfahren, was es heißt, wenn von heute auf morgen Energie Mangelware wird. Die nahe Vergangenheit lehrt uns also: Die Energieversorgungsstruktur muß so gestaltet sein, daß die Abhängigkeit von den Lieferländern relativ gering und damit die politische Erpreßbarkeit nach Möglichkeit ausgeschlossen ist.

4. Die Energie sollte möglichst preisgünstig zur Verfügung stehen

Die Energiepreise haben direkte Auswirkungen auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit wichtiger Industriezweige. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein exportorientiertes Industrieland. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt vom Weltmarkt ab. Unsere Industrie muß auch in Zukunft ihre Produkte auf dem Weltmarkt absetzen können, damit Wirtschaftskraft, Wohlstand und soziale Sicherheit in unserem Land erhalten bleiben.

5. Die Bereitstellung von Energie muß umweltverträglich sein

Zur Sicherung der Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft sind Umweltschutz und Energieversorgung gleichermaßen erforderlich. Sie sind deshalb grundsätzlich gleichrangige Ziele einer am Gemeinwohl orientierten Politik.

In der Vergangenheit rangierte der Umweltschutz bei energiepolitischen Entscheidungen nicht selten nach den Zielen der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit. Heute wissen wir: Energieträger haben nur dann Zukunft, wenn ihre Nutzung auch umweltverträglich ist.

Zusätzlich gilt der Grundsatz: Die Sicherheit der Anlagen hat im Interesse von Leben und Gesundheit immer absolute Priorität.

Diese Forderungen müssen als Ganzes gesehen und erfüllt werden. Das gilt auch für die Diskussion über die Folgerungen aus dem Reaktorunfall von Tschernobyl. Berechtigte Sorgen dürfen nicht zu einseitiger Betrachtungsweise, vorschnellen Schlüssen und radikalen Patentlösungen führen. Einfache Antworten gibt es auch für die Probleme in der Energiepolitik nicht. Folgende Aspekte müssen beachtet werden:

In der Bundesrepublik Deutschland werden beim Bau von Kernkraftwerken Sicherheitsstandards verlangt, die weltweit unübertroffen sind. Bei keiner anderen technischen Anlage werden so hohe Anforderungen an die Sicherheit gestellt wie bei bundesdeutschen Kernkraftwerken. Ich halte deshalb die Risiken der Nutzung der Kernenergie in unserem Lande für verantwortbar. Wer das Risiko des Betriebs eines Kernkraftwerks nicht für verantwortbar hält, der darf sich nicht dafür aussprechen, auch nur für eine Übergangszeit die Kernkraft weiterhin zu nutzen.

Unsere Aufgabe ist es, daran mitzuwirken, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie weltweit sicherer wird. Wir müssen uns darum bemühen, daß der hohe Sicherheitsstandard, der in der Bundesrepublik Deutschland erreicht ist, auch in den anderen Ländern Anwendung findet. Dies können wir nicht, wenn wir einfach Kernkraftwerke abschalten. Wir dürfen nicht darauf verzichten, die Fortentwicklung der Technologie in diesem wichtigen Bereich mitzugestalten.

Im übrigen: Auch wenn die Bundesrepublik Deutschland „aussteigt", unsere Nachbarländer werden sich diesem Schritt nicht anschließen. Es wäre widersinnig die sichersten Kernkraftwerke der Welt abzuschalten, wenn weltweit ein Vielfaches an Kernkraftwerken weiter in Betrieb bleibt.

Der Ausstieg aus der Kernenergie wird mit Umweltschutz-Argumenten begründet. Dabei wird vielfach übersehen, daß jede Umwandlung und Nutzung von Energie die Umwelt belastet. So erfordert zum Beispiel der Braunkohlentagebau tiefe Eingriffe in die Natur, tragen Raffinerien und fossil gefeuerte Kraftwerke zur Luftverschmutzung bei, genauso wie die häusliche Heizung und das Autofahren.



Dr. Walter Wallmann ist seit Anfang Juni Bundesminister für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit. FOTO: C. BECKER-SCHULZ

Wir wissen beispielsweise, daß die Kohlendioxid-Emissionen durch Energiegewinnung aus fossilen Energieträgern erheblich die Atmosphäre belasten, mit dem Risiko von Klimaveränderungen aufgrund des sogenannten Treibhauseffekts.

Man kann nicht gestern von Waldschäden und von Kohlekraftwerken als Dreckschleudern reden und heute den sofortigen Ersatz von Kernkraftwerken durch Kohlekraftwerke fordern.

Der Ruf nach sofortigem Ausstieg aus der Kernenergie geht nicht selten einher mit der Forderung, die Energieversorgung der Zukunft mit regenerativen Energieträgern wie Sonne, Wind, Wasserkraft und Biomasse zu sichern. Auch hier dürfen die Augen nicht vor der Realität verschlossen werden. Die regenerativen Energieträger sind bei objektiver und sachkundiger Betrachtung nicht in der Lage, in absehbarer Zeit die Kernenergie auch nur annähernd zu ersetzen.

Viele Menschen setzen das Wort „regenerierbar" gleich mit „umweltfreundlich". Ohne Zweifel belastet aber auch der Einsatz regenerativer Energieträger die Umwelt. So erfordert zum Beispiel der Bau von Wind- und Sonnenenergieanlagen einen erheblich höheren Rohstoffeinsatz pro erzeugter Kilowattstunde als konventionelle Anlagen. Ihr großflächiger

● Fortsetzung Seite VI

Die USA zielen auf einen genormten Reaktortyp

Washington plant Standardkonzept zur Minimierung von Komplikationen und zur besseren Überwachung der Kraftwerke

Zuerst die nackten Tatsachen: Mit 101 Reaktoren, die 87 500 Megawatt erzeugen können, sind die USA der mit Abstand größte Atomstrom-Produzent. Frankreich und die Sowjetunion, die Nummer zwei und drei, bringen es auf 33 000 und 26 100 Megawatt. Die Baugenehmigung für weitere 27 Reaktoren ist erteilt; geordert sind zwei kommerzielle Reaktoren. Bei einer Weltkapazität von 251 900 Megawatt entfallen auf die Vereinigten Staaten 35 Prozent.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres vergab die Nuclear Regulatory Commission (NRC) in Washington Betriebslizenzen an die Duke Power Co. (Catawba 2), an die Cleveland Electric Illuminating Co. (Perry 1) und an die Public Service Electric & Gas Co. (Hope Creek 1). Atomkraft deckt heute 16 Prozent des amerikanischen Strombedarfs; im Bundesstaat Vermont sind es 71, in Maine, South Carolina, Virginia und New Jersey mehr als 50 Prozent.

Erheblich verbessert hat sich die Wirtschaftlichkeit der US-Reaktoren. So ist die Ausfallrate von 13,6 (1984) auf 11,7 Prozent reduziert worden. Trotz der Abschaltungen, zum Beispiel durch die Tennessee Valley Authority, erreichte 1985 die durchschnittliche Kapazitätsauslastung der amerikanischen Atomkraftwerke 61,7 Prozent, wobei es zum erstenmal 29, darunter auch Diablo Canyon 1 in Kalifornien, auf 80 Prozent und mehr brachten. Das Bild ist indes nicht so rosig, wie es scheint. Seit Dezember 1978 haben die Reaktorbauer in den USA nicht einen einzigen neuen Inlandsauftrag hereingeholt.

Nach dem Unfall in Three-Mile-Island bei Middletown, Pennsylvania, im März 1979 stornierten die Elektrizitätsgesellschaften außerdem 73 Projekte. Firmen wie Westinghouse Electric, General Electric, Babcock & Wilcox und Combustion Engineering leben hauptsächlich vom Service-Geschäft.

Die Gründe sind aber nicht nur im partiellen Meltdown im TMI-Reaktor 2 zu suchen. Vielmehr wirkten sich hier auch der Regulationswirrwarr, die äußerst kostspieligen Umbau-Auflagen und Genehmigungsprozeduren sowie die Überkapazitäten aus. Immerhin waren die Bestellungen nach dem arabischen Ölboykott 1973/74 von 20 (1970) auf 58 (1975) in die Höhe geschnellt.

Zahl der Gegner hat sich nicht erhöht

Kein Zweifel, die Diskussion über Tschernobyl wird in den USA in größerer Ruhe als in Deutschland geführt. Das belegen auch neueste Umfragen, nach denen der Anteil der amerikanischen Bürger, die Atomstrom von jeher ablehnten – rund 60 Prozent –, zumindest nicht gestiegen ist. Die Hemmschwelle hat sich jedoch insofern erhöht, als zum Beispiel die Atomkraftwerke Seabrook bei Boston und Shoreham auf Long Island mangels ausreichender Evakuierungspläne nicht ans Netz gehen dürfen. Statt einen Evakuierungsradius von 16 verlangen Landespolitiker plötzlich, wie von Moskau angeordnet, 22 Kilometer. Seabrook verschlang bisher 4,9 Milliarden Dollar.

Nach dem Schock aus der Ukraine veranstaltete der Kongreß ein halbes Dutzend Hearings, in denen immer wieder diese Frage gestellt wurde: „Kann sich Tschernobyl in Amerika wiederholen?" Bis auf die Antigruppen war die Antwort ein klares Nein, wobei die Fachleute auf die grundlegenden Design-Unterschiede und die größere Sicherheit der in den USA – mit einer Ausnahme – üblichen kommerziellen Leichtwasserreaktoren verweisen. Die Legislative blieb daraufhin untätig, und auch die NRC änderte die Betriebslizenz für Catawba 2 nicht, die zwei Wochen nach Tschernobyl erteilt wurde (nach Three-Mile-Island entschied sich Washington für ein zweijähriges Moratorium).

Wenn überhaupt wird sich Tschernobyl höchstens auf die Reaktoren des US-Energieministeriums auswirken, die Plutonium produzieren und nicht von der NRC lizenziert sind. Einer befindet sich in Hanford, Staat Washington, und vier wurden am Savannah River in South Carolina errichtet. Bei ihnen wurde ebenfalls auf Schutzbauten verzichtet. In Hanford steht der einzige große Graphit-moderierte Reaktor mit Wasserkühlung außerhalb der Sowjetunion. Am Savannah-Fluß wird als Bremsvorrichtung schweres Wasser benutzt.

Faßt man die Stimmung in der US-Hauptstadt zusammen, dann hat schon vor Tschernobyl für die friedliche Nutzung der Kernenergie eine Übergangsperiode begonnen, in der neue Weichen gestellt werden. Obwohl noch längst nicht ausdiskutiert, fährt der Zug vermutlich in Richtung billigerer und kleinerer Atomkraftwerke, die übersichtlicher und sicherer sind.

Niemand denkt an einen Verzicht

Da es bisher noch keinen tödlichen Nuklearunfall in Amerika gegeben hat, denkt kein ernst zu nehmender Politiker an einen Verzicht auf Atomstrom. Für zivile Nuklearprogramme bewilligte der Kongreß im laufenden Haushalt 622 Millionen Dollar; für 1987 beantragte das Weiße Haus 863 Millionen Dollar.

Die Reagan-Administration hat in den vergangenen Wochen mehrfach an den Beschluß des Wirtschaftsgipfels in Tokio erinnert, wonach „Atomstrom ein wichtiger Energieträger bleibt". US-Energieminister John S. Herrington bezeichnete ihn kürzlich als „unentbehrlich für die nationale Sicherheit". Nach den Projektionen seiner Behörde läßt sich sonst der Elektrizitätsbedarf der USA der bis zum Jahre 2000 im Schnitt um jährlich 2,5 Prozent wächst, nicht decken.

Erforderlich sind zusätzliche Kapazitäten, die 100 000 bis 300 000 Megawatt ausmachen. Nach dieser Rechnung muß schon wegen der nichtnuklearen Umweltgefahren die Atomstrom-Kapazität von den zur Zeit 87 500 bis 1990 auf 105 000 und bis 1995 auf 111 000 Megawatt zunehmen.

Seit Mai 1985 liegen dem Kongreß drei Gesetzentwürfe vor, die auf eine Reform des Lizenz- und Regulierungssystems zielen. Während die bisher in den USA gebauten Atomkraftwerke große Unterschiede in Design und Konstruktion aufweisen, strebt die Administration einen standardisierten, genormten Typ an, der – überall angewendet – leichter überwacht werden kann und rechtliche Komplikationen minimiert.

Mit legislativen Fortschritten ist in der im Januar beginnenden Kongreßperiode zu rechnen; angepackt wird auch das Entsorgungsproblem. Erste Beschlüsse gefaßt wurden in einem ebenfalls „heißen" Bereich: Mindestens verzehnfacht wird die maximale Haftpflicht, die je Atomunfall vor Jahren auf 560 Millionen Dollar festgeschrieben worden war.

HORST-A. SIEBERT

Die Franzosen setzen auch künftig auf das atomare Feuer

Der Unfall von Tschernobyl und die Folgen sind kein Thema mehr – Expertenkommission prüft Sicherheit der Kraftwerke

In Frankreich scheint Tschernobyl kein nationales Thema mehr zu sein. Zwar berichtet die hiesige Presse – mehr am Rande – über die Moskauer Verlautbarungen zu den Ursachen des Atomunglücks und über die Reaktionen der Nachbarländer, aber auf Kommentare wird weitgehend verzichtet. Nur zwischen den Zeilen kann man ein gewisses Erstaunen insbesondere über die Aufregung in der Bundesrepublik Deutschland herauslesen. Dabei interessieren nur die antinuklearen Pläne der SPD, die für das künftige deutsch-französische Verhältnis größere Bedeutung erlangen könnten.

Gewiß machen sich auch die Franzosen darüber Sorgen – oder besser gesagt Gedanken – ob ihre Atomkraftwerke sicher genug sind. So hat Industrieminister Alain Madelin eine Expertenkommission mit der Prüfung dieser Frage beauftragt und für Ende Oktober „Schlußfolgerungen" seiner Regierung angekündigt.

Aber viel mehr als gewisse Retuschen vor allem bei den alten, auf Natururanbasis arbeitenden Reaktoren, die in gewisser Beziehung mit denen von Tschernobyl verglichen werden können, sind wohl kaum zu erwarten. Jedenfalls sind die Franzosen bereit, ein höheres Risiko in Kauf zu nehmen als etwa die Deutschen.

Für diese pronukleare Einstellung der Franzosen gibt es mehrere Gründe:

1. Frankreich ist weit weniger dicht besiedelt als die Bundesrepublik, obwohl viele seiner Atomkraftwerke in der Nähe von großen Städten erstellt worden sind;

2. die Franzosen haben ein anderes Naturbewußtsein als die Deutschen: Der Wald insbesondere ist Produktionsstätte für Holz und Wild, und kein Ort der (germanischen) Zuflucht (deshalb halten die Franzosen auch Autokatalysatoren für absolut überflüssig);

3. die Kernenergie befriedigt den französischen Nationalstolz. Man besitzt die Atombombe und hat sich im Kernkraftwerksbau von den Amerikanern unabhängig gemacht. In der Urananreicherung und -wiederaufarbeitung steht man inzwischen sogar an erster Stelle in der Welt;

4. die Atomforschung ist ganz wesentlich von französischen Wissenschaftlern geprägt worden. Curie und Becquerel sind Franzosen. Bei dem starken Geschichtsbewußtsein aller Bevölkerungsschichten spielt das eine Rolle;

5. Frankreich hat auf den ersten Ölpreisschock wesentlich schneller reagiert als alle anderen Länder. Dank des Zentralstaats wurden die Kernenergiebeschlüsse General de Gaulles auch zügig und ohne Rücksicht auf die Kosten durchgesetzt.

Nun befand sich Frankreich damals allerdings auch in einer größeren Zwangslage als die mit eigenen Energiequellen, insbesondere Kohle, reichlicher gesegnete Bundesrepublik. Damals mußte das Land 77 Prozent seines gesamten Energiebedarfs durch importiertes Öl decken, das sich schlagartig verteuert hatte, und so eine große Verschlechterung seiner Wettbewerbsposition brachte.

Inzwischen hat Frankreich seinen Ölimportanteil auf 45 Prozent reduziert, während die Kernenergie nicht weniger als 24 Prozent des Energiebedarfs deckt (auf Erdgas und Kohle entfallen je 13, auf Wasserkraft vier, auf neue Energien ein Prozent). Am französischen Elektrizitätsverbrauch ist die Kernenergie aber inzwischen mit nicht weniger als 65 Prozent beteiligt. Kein anderen Land in der Welt weist einen derart hohen Nuklearanteil auf. Bis zum Jahre 1990 wird der französische Anteil auf 73, bis 1995 auf 75, und bis zum Jahre 2000 auf 78 Prozent zunehmen, schätzt die Kernenergieagentur der OECD. Es gäbe dann in Frankreich praktisch keine Kohle- und Öl- beziehungsweise Gaskraftwerke mehr, sondern außer den Atomkraftwerken nur noch Wasserkraftwerke. Auf neue Energiequellen setzt man hier wenig, da mit Sonnen- und Gezeitenkraftwerken größere, aber unrentable Erfahrungen gemacht wurden.

Ende 1985 verfügte Frankreich über 44 Kernkraftwerkstranchen mit einer Kapazität von 38 Gigawatt (Bundesrepublik: 28 mit 16,2 Gigawatt). Im Bau befindlich waren 17 Tranchen mit 21 Gigawatt, geplant weitere zwei mit 2,7 Gigawatt. Für die nächsten drei Jahre, so hat noch die sozialistische Regierung Anfang 1986 beschlossen, soll aber nur noch je ein neues Kernkraftwerk mit einer Leistung von je 1400 MW in Auftrag gegeben werden.

Deshalb ist weder damit zu rechnen, daß Frankreich sein Kernenergieprogramm aufgibt oder gar – den Deutschen zuliebe – seine grenznahen Kernkraftwerke außer Dienst stellt.

JOACHIM SCHAUFUSS

Öl, Gas und Kohle – Reserven für mindestens dreihundert Jahre

Großbritannien ist als einziges Land der Gemeinschaft Exporteur von Energie

Großbritannien hat die mit Abstand größten fossilen Energieressourcen von allen Ländern in der Europäischen Gemeinschaft. Als einziges EG-Land ist es Exporteur von Energie. Dies ist nicht nur ein Geschenk der Nordsee, sondern basiert auch auf den erheblichen Vorräten an Steinkohle.

Die nachgewiesenen Ölreserven im britischen Nordseesektor und in den übrigen Gebieten des UK-Schelfgebietes liegen bei rund einer Milliarde Tonnen. Darüber hinaus werden die förderwürdigen Reserven auf bis zu 4,8 Milliarden Tonnen geschätzt. Hinzu kommen nachgewiesene und geschätzte *Gasreserven im britischen* Off-shore-Gebiet von bis zu 2,5 Millio*nen mcm (ein mcm* gleich eine Million Kubikmeter).

Die Kohlereserven werden offiziell auf 190 Milliarden Tonnen geschätzt, wovon jedoch nur rund 45 Milliarden bei herkömmlichen Abbaumethoden als förderbar gelten. Aber selbst diese Menge würde ausreichen, den gegenwärtigen Bedarf für mindestens 300 Jahre zu decken. Dies erklärt, warum die Kernenergie in Großbritannien eine etwa im Vergleich zu Frankreich und auch zur Bundesrepublik bescheidene Rolle spielt.

Programm auf Eis gelegt

Wie es aussieht, wird die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zusätzlich hemmende Auswirkungen auf einen weiteren Ausbau der Kernkraft im Vereinigten Königreich haben. Denn schon vor dem Unfall ist das ehrgeizige Kernenergie-Ausbauprogramm der Regierung Thatcher durch die langwierigen Untersuchungen und Anhörungen zur zweiten Ausbaustufe der Kernkraftanlage im *ostenglischen Sizewell zum Stillstand* gebracht worden.

Als Premierministerin Thatcher 1979 ihr Amt als Regierungschefin antrat, sah ihr *Kernenergieprogramm* den Bau von acht bis neun neuen Druckwasser-Reaktoranlagen vor, mit denen die zwischen 1962 und 1971 für jeweils rund 400 Megawatt gebauten und inzwischen veralteten neun Reaktoranlagen vom Typ „Magnox" abgelöst werden sollten. Als erste Druckwasser-Reaktoranlage sollte das *Vorhaben Sizewell B zusätzlich* zum dort bereits bestehenden gasge*kühlten Reaktor Sizewell A in Angriff* genommen werden.

Aus dem Vorhaben ist bislang nicht mehr geworden als der längste, bitterste und teuerste Rechtsstreit in der britischen Geschichte mit nicht weniger als inzwischen 340 Sitzungstagen. Ein Ende der am 11. Januar 1983 begonnenen Anhörungen und Untersuchungen ist noch immer nicht abzusehen. Ob es überhaupt jemals zum Bau der Sizewell-B-Druckwasseranlage des US-Konzerns Westinghouse mit einer Leistung von *1500 Megawatt und zum Schätzpreis* von 1,2 Milliarden Pfund (zu 1983er *Preisen) kommen wird, scheint immer* fraglicher zu werden.

Die Anzeichen mehren sich, daß der weitere Ausbau der Kernenergie gerade nach dem Vorfall von Tschernobyl von den Oppositionsparteien zu einem wichtigen Wahlkampfthema im Vorfeld der möglicherweise schon im Herbst nächsten Jahres, spätestens jedoch im Frühjahr 1988, *stattfindenden Parlamentswahlen in* Großbritannien hochstilisiert wird. *Folglich wird sich die Regierung* Thatcher hüten, während dieser Zeit mit neuen Initiativen vorzupreschen.

Zwar hat Energieminister Peter Walker noch Ende Juni dieses Jahres im Zusammenhang mit der Tschernobyl-Diskussion eindringlich vor den schwerwiegenden Folgen einer Welt ohne Kernenergie gewarnt. *Doch* scheint es angesichts der gegenwärti*gen Lage eher ein Lippenbekenntnis* denn politisch machbare Realität gewesen sein, als Walker seine eigene Regierung aufforderte, die Kernkraftentwicklung „in erheblichem Ausmaß" voranzutreiben.

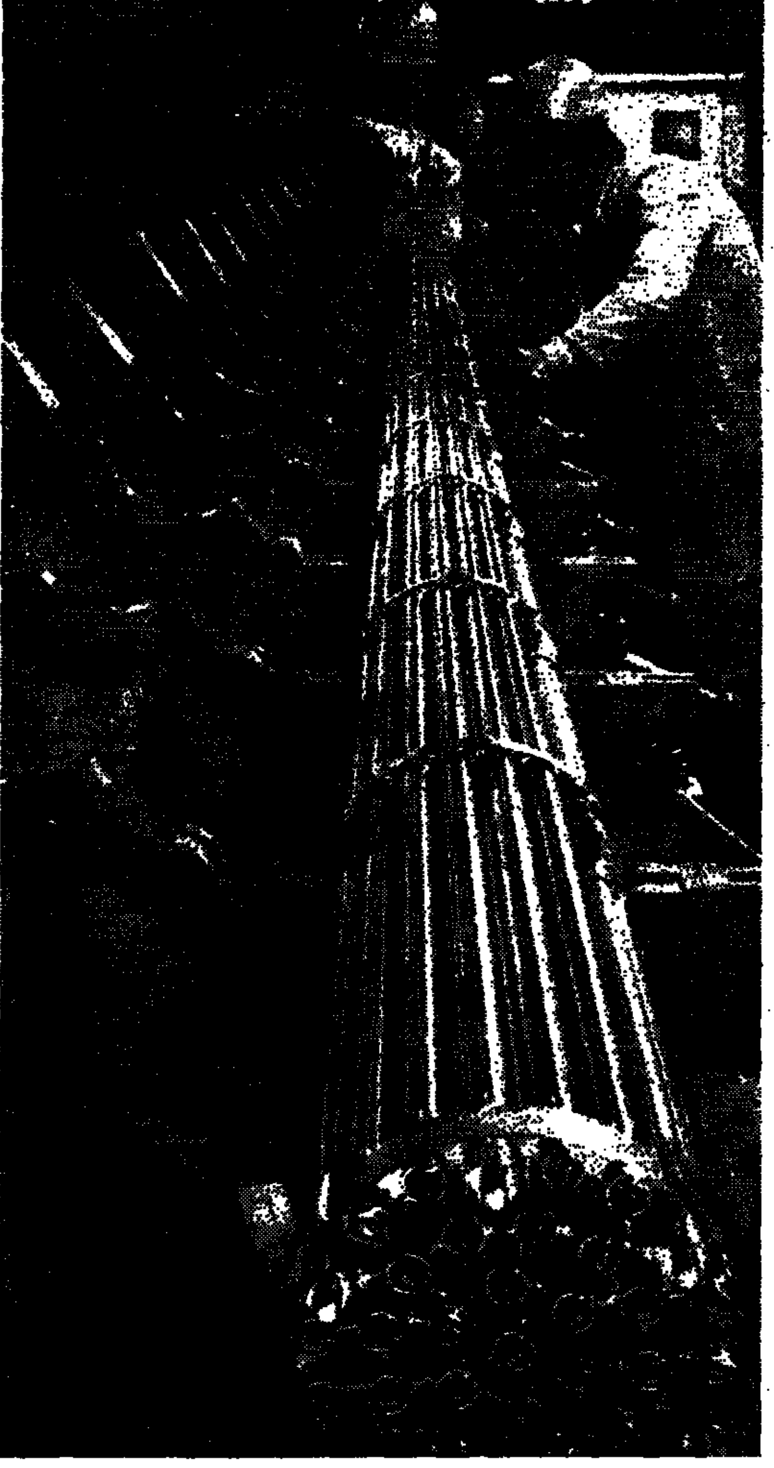
Sicherlich fiel es ihm leichter, gleichzeitig die anderen europäischen Regierungen zu ermuntern, in gleicher Weise zu verfahren. Denn ohne jeden Zweifel schätzt er die Gefahr gerade zum jetzigen Zeitpunkt verführerisch niedriger Ölpreise realistisch ein: Da ein Großteil der Weltreserven an Öl und Gas auf den Nahen und Mittleren Osten sowie auf die Sowjetunion konzentriert ist, würde jeder größere Übergang von nuklearer auf fossile Energie zu einem rapi*den Preisanstieg und zu durchaus* möglichen Versorgungsstörungen *führen.*

Anteil ohne Bedeutung

So wird es in Großbritannien bis auf weiteres bei den neun „Magnox"-Reaktoren sowie sieben gasgekühlten Reaktoren vom Typ „AGR" für je 1320 Megawatt (fünf wurden zwischen 1976 und 1985 gebaut, die beiden letzten werden 1988 in Betrieb gehen) bleiben. *Das bedeutet, daß die* Kernenergie, die gegenwärtig nur *6,41 Prozent zur Primärenergiever*sorgung Großbritanniens beiträgt, auch weiterhin eine nur verschwindend geringe Rolle spielen wird. Seit 1980 ist der Anteil der Atomkraft am Primärenergieaufkommen nur um 2,5 Prozent gestiegen.

Die 14 Kernkraftwerke mit ihrer Bruttokapazität von gerade 11 000 Megawatt decken nur etwa 19 Prozent des britischen Stromverbrauchs. In Frankreich etwa sind es immerhin schon 64 Prozent. Der nur zögernd vorangetriebene Ausbau der Kernkraft in Großbritannien geht in erster Linie auf die jahrzehntelang ungebrochene Macht der Bergleutegewerkschaft, auf die Furcht vor Zechenstillegungen mit ihren strukturpoliti*schen Folgen sowie nicht zuletzt auf* das immer reichlicher sprudelnde schwarze Gold aus der Nordsee zurück.

WILHELM FURLER



Kernbrennstoffbehälter für Siedewasserreaktoren, in denen die Uranoxidtabletten eingeschlossen sind. FOTO: KWU

Spanien plant Rückkehr zur Kernenergie

Madrid will sich mehr und mehr am Markt orientieren

Der Brand von Sodiumgas, das aus einer undichten Leitung im Sonnenkraftwerk von Tabernas bei *Almeria (Südspanien)* entwichen war, und die für viele überraschende Fest*stellung*, daß auch Sonnenkraftwerke gefährdet sein können, erweckten in Spanien *eine* Art Genugtuung, nun auch etwas zum Thema beigetragen zu haben. Fünf Stunden kämpften sämtliche Feuerwehren der Landeshauptstadt Almeria, ehe sie mit Graphit den Brand löschen konnten.

Spanien bemüht sich seit langem in Zusammenarbeit mit einer Reihe internationaler Firmen, Alternativlösungen für die Energieproduktion im Arbeitsstadium zu erforschen. Der sonnige Süden des Landes bietet dafür *die besten Voraussetzungen in* Europa. So verdient denn die Rück*kehr zur Kernenergie*, wie sie aus jüngsten Ankündigungen im Industrieministerium abzuleiten ist, besondere Aufmerksamkeit. Die für die Energiepolitik Verantwortlichen kündigten in einem Sparprogramm den Ersatz von Petroleum für den Industriebedarf sowohl durch Kohlekraftwerke als auch durch Kernkraftwerke an. Da sich die spanische Kohle nur über die Gasifizierung gewinnbringend verwenden läßt, dürfte sich das Interesse der Regierung wieder mehr der Kernkraft *zuwenden*.

Zugeständnis an die Linke

Nach dem ersten Energieplan, der 1983 geändert wurde, sollte die Energieproduktion im Jahre *1990 fast zu* 40 Prozent von der Kernenergie getragen werden. *Die sozialistische Regie*rung änderte diesen Plan jedoch mit dem Ziel, den Anteil der Kernenergie zu verringern. Offensichtlich eine Zusage an die spanische Linke in Solidarität mit den Bruderparteien, vor allem in Deutschland.

Nach den jüngsten Erkenntnissen einer Wirtschaftspolitik, die sich von Jahr zu Jahr mehr von sozialistischen Konzepten löst und zu einem modernen marktorientierten Kapitalismus übergeht, kehrt die Madrider Regierung jetzt offenbar auch auf dem Energiesektor emotionspolitischen Vorstellungen den Rücken. Tschernobyl jedenfalls wirkte sich auf Spanien nicht aus, und so zeigt man sich entschlossen, das geplante Kernkraftprogramm mit nur wenigen Abstrichen weiterzuführen.

Zur Zeit arbeiten acht Kraftwerke mit Nuklearenergie: Asco I und II sowie Vandellos I und II (alle drei Werke in der Provinz Tarragona), Almarez I und II (Caceres), Zorita (Guadalajara), Garoña (Burgos) und Cofrentes (Valencia).

Mit deutscher Hilfe

Bis auf Vandellos gehören diese Kraftwerke dem Druckwassertyp an. Sie leisten je 915 Megawatt. In Kürze sollen zwei weitere Kraftwerke, und zwar Vandellos II und Trillo I (Guadalajara) in Betrieb genommen werden. *Die deutsche KWU, die Trillo I baut,* hofft, ein zweites, seit langem geplantes Kraftwerk *dort errichten zu können*. Nach den jüngsten Äußerungen scheint es möglich, daß nunmehr auch die beiden Kraftwerke Valdecaballeros I und II doch noch fertiggestellt werden.

Endgültig gestrichen wurden aus dem Kernkraftprogramm zunächst *nur die beiden baskischen Kernkraft*werke Lemoniz I und II bei Bilbao. Sie *standen bereits vor fünf Jahren* kurz vor ihrer Fertigstellung, wurden dann aber nicht vollendet, weil zwei leitende Ingenieure nacheinander von der baskischen ETA ermordet wurden. Die Terrororganisation, die das Projekt zunächst begrüßt hatte, weil damit das Baskenland in der Energieversorgung autark geworden wäre, schwenkte später auf den Protestkurs der Linken und Grünen ein.

ROLF GÖRTZ (SAD)

Deutsche Technik soll die Reaktoren in Japan schützen

Tokio will das Budget für Kernkraft bis zum Jahr 2030 vervierfachen

Das japanische Handels- und In*dustrieministerium (MITI)* hat im Juli ein Programm für die Ener*giepolitik Japans bis ins* 21. Jahrhundert beschlossen, das den Schwerpunkt auf die Förderung der Kernenergie legt. Das Reaktorunglück in Tschernobyl, das Japan fast gar keinen radioaktiven Ausfall brachte, hat zwar auch in Ostasien Schlagzeilen gemacht, den energiepolitischen Kurs Tokios aber nicht beeinflußt.

Die Kernenergie soll laut dem Programm bis zum Jahr 2030 einen Beitrag von 58 Prozent zur Energieversorgung Japans leisten. Das Budget für den Atomenergiesektor soll bis dahin im Vergleich zu 1985 auf das Vierfache und die Zahl der Beschäftigten in der Branche auf über das Dreifache steigen.

Im Juli waren in Japan 32 kommerzielle Kernkraftwerke mit einer installierten Leistung von 24 521 Megawatt am Netz. Sie kamen für 26 Prozent der Stromversorgung und für zehn Prozent der Primärenergie auf. Weitere 16 Werke sind in Japan ge*plant oder schon in Bau. Bis 1993* sollen 52 fertig sein.

Fast alle japanischen Reaktoren sind Druckwasser- und Siedewasserreaktoren, *die auf Lizenzen* der amerikanischen Typen Westinghouse und General Electric beruhen. Beide Arten benutzen Leichtwasser als Reaktionsbremse und für die Kühlung so*wie angereichertes Uran als Brenn*stoff.

Größeren Nachdruck will das MITI künftig auch auf die Sicherheitsauflagen des Staates legen. Tschernobyl hat dabei sicherlich eine Rolle gespielt. Allerdings haben die japanischen Kernkraftwerke beim Reaktorschutz schon viel getan und auch deutsche Praktiken übernommen.

Bei einer öffentlichen Umfrage der Zeitung „Mainichi" Ende Mai sprachen sich 58 Prozent gegen den Bau neuer Kernkraftwerke aus, solange die Sicherheitsfrage nicht völlig geklärt sei. 18 Prozent waren für die Fortsetzung des bisherigen Programms – selbst bei einem gewissen Risiko – und elf Prozent forderten den Abriß aller Kernkraftwerke.

Den Brennstoff Uran muß Japan fast hundertprozentig einführen. Um von den Importen unabhängiger zu werden, haben die großen Elektrizitätsgesellschaften beschlossen, bis *1990* gemeinsam eine Wiederaufbereitungsanlage zu bauen. Dazu war bis*her die Genehmigung Washingtons* erforderlich. Im Juli ließ sich aber ein neuer Vertrag mit den Amerikanern abschließen, der den Japanern größeren Handelsspielraum in dieser Frage läßt.

Japan hat auch den Bau seines ersten Schnellen Brüters beschleunigt. Ferner hat es als erste Nation damit begonnen, Uran aus dem Meeresboden zu gewinnen – bisher allerdings erst in kleinen Mengen.

Der gegenwärtige Anteil der japa*nischen* Kernkraftwerke an der Stromversorgung von 26 Prozent soll bis zum Jahr 2000 auf über 40 Prozent erhöht werden. Die Anteile der anderen Energieträger sind gegenwärtig bei Öl 28 Prozent, bei Naturgas 26 Prozent, bei Wasserkraft 14 Prozent und bei Kohle sechs Prozent. Das Öl hat noch den höchsten Anteil an der japanischen Energieversorgung, seine Bedeutung ist aber nach den Ölkrisen ständig gesunken.

Der japanische Kohlebergbau ist seit Jahrzehnten vom Staat und der lokalen Stahlindustrie unterstützt worden. Da die verbleibenden Vorkommen mehr als 500 Meter unter der Erdoberfläche liegen, ist er gegenüber Importen aus dem Ausland nicht mehr konkurrenzfähig. *Die Förderung sank von 56 Millionen Tonnen 1954 auf 16 Millionen Tonnen 1985.*

Unter alternativen Energieträgern spielt in Japan vor allem die Erdwärme eine Rolle. Die 500 Megawatt Strom mit Hilfe der geothermischen Energie sollen auf 30 000 Megawatt *steigen. Die Nutzung der Sonnen*energie könnte im Jahr 2000 etwa sieben Prozent des Energiebedarfs dekken.

FRED DE LA TROBE (SAD)

Moskau bleibt auf nuklearem Kurs

Mangel an modernen Abbaugeräten verteuert Gewinnung der riesigen Kohlevorräte – Probleme auch bei Ölförderung

Der Reaktortyp von Tschernobyl ist technisch in Ordnung – die *Menschen haben versagt, die mit ihm* zu arbeiten hatten." Das ist im Kern die Aussage des amtlichen Untersuchungsberichts, der dem sowjetischen Politbüro vorgelegt wurde.

Das bedeutet: Die Sowjetunion ist *weiterhin fest entschlossen, mit dem* Ausbau der Kernenergie fortzufahren und derartige Werke zu exportieren, vor allem in Länder der Dritten Welt, die auf zusätzliche Energie existentiell angewiesen sind.

Dies wurde auch unterstrichen durch die Aussage des Stellvertretenden Ministers für Elektrizität, Alexej Makuchin: „Aus den Ereignissen von Tschernobyl haben wir konstruktive Schlüsse gezogen. Wir werden zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um der Atomenergie eine größere Zuverlässigkeit zu sichern." Im übrigen, so fügte er hinzu, wissenschaftlicher und technischer Fortschritt sei immer mit Risiken und möglichen Rückschlägen verbunden. „Individuelle negative Momente" *aber bedeute*ten nicht, daß man die Entwicklung dieser *fortschrittlichen Art aufgeben* werde.

Der Minister ließ offen, ob die Sowjetunion künftig an sicherheitstech*nische Nachrüstung* der bereits bestehenden Reaktoren denkt, oder an neue Reaktorbauten *nach dem jüngsten* technischen Stand. Im europäischen Teil der Sowjetunion, wo kaum fossile Brennstoffe zur Verfügung *stehen, will man nach den Angaben* des Elektrizitätsministers Kernkraft*werke mit einer Kapazität von 4000* bis 6000 Megawatt errichten. Vorgesehen sind Siedewasserblöcke von 1000 bis 1500 Megawatt, aber auch Schnelle Brüter von 800-MW-Größe sind in Planung.

Selbst, wenn es die Sowjetunion beabsichtigte, könnte nicht auf Kernkraft *verzichtet* werden. Im Gegensatz zu den westlichen Industrie*ländern verfügt das Land zwar über* enorme Energiereserven, aber die Förderung kommt mit den ehrgeizigen Wachstumsplänen nicht mit. So sanken in den letzten Jahren die Zuwachsraten im Durchschnitt auf 2,8 Prozent.

Alles auf eine Karte

Die Energieproduktion müßte jedoch schneller als das Nationalprodukt wachsen, da die Wirtschaft – besonders im Maschinenbau – weit hinter dem westlichen Standard zurückliegt.

Im Oktober *1979* verkündete Breschnew das neue Kernkraftprogramm der UdSSR. Kernkraft sei für die Sowjetunion die Energie der Zu*kunft. Kohle komme zur Erzeugung* von Elektrizität nur dort in Frage, wo sie leicht zu gewinnen sei. Zwar ist die Vorratssituation ausgesprochen günstig. Das sowjetische Territorium überdeckt den größten Teil des Steinkohle-Lagerstättengürtels der nördlichen Halbkugel.

Doch die Schwierigkeit bei der Realisierung der Planziele in der *Kohleindustrie* bringt der *Mangel* an modernen Abbaugeräten sowie der *chronisch überlastete Transportsek*tor. Denn während für Erdgas und Öl umfangreiche Pipeline-Netze zur Verfügung stehen, muß die Kohle per Bahn transportiert werden.

Ähnliches zeigt sich auch im Bereich der sowjetischen Erdölförderung. Obwohl die Reserven erheblich sind, wird die Exploration jedoch zusehends schwieriger. Auch hier fehlt es an modernen Fördergeräten.

Da auch die Wasserkräfte im europäischen Teil des Landes ausgeschöpft seien, auf Alternativ-Initiativen es sich nicht lohne einzugehen, baut die Sowjetunion bei der Versorgung des europäischen Teiles ihres Landes nach 1990 ausschließlich auf die Kernenergie. Seit 1980 werden Kernkraftblöcke in einer riesigen Fabrik am Wolga-Don-Kanal in hohen Stückzahlen produziert.

Zunächst wurden die graphitmoderierten Druckröhrenreaktoren – wie der von Tschernobyl – als bewährtes Baumuster in den Vordergrund gestellt. Als nächste Stufe wurden *dann Druckwasserreaktoren* der 1000-MW-Klasse gebaut, wie sie in den *westlichen Ländern verbreitet* sind. Von diesem Typ sind bisher acht Einheiten in Betrieb genommen worden. Große Bedeutung gibt man in der Sowjetunion dem Schnellen Brüter. Um den Brennstoffkreislauf *zu optimieren, soll rund ein Drittel* der Kernenergie mit Schnellen Brü*tern erzeugt werden.*

Immer wieder wurde betont, daß die absolute Sicherheit der sowjetischen Baumuster es gestatte, diese Reaktoren in der unmittelbaren Nähe von großen Städten zu errichten.

Kritik bleibt ungehört

Kritische Stimmen gibt es jedoch schon lange, die auf die Folgen eines Druckrohrbruches beim graphitmoderierten Reaktortyp hinweisen und Sicherheitsbehälter aus Stahl und *Beton (Containment)* verlangen. Doch diese Stimmen verhallten ungehört.

Der Anteil der Kernenergie in der Sowjetunion am gesamten Energieaufkommen lag im Jahre 1984 bei neun Prozent, im vergangenen Jahr bei rund zehn Prozent. Nun, nach dem *GAU* von Tschernobyl, wird er wieder sinken. Dabei ist es das erklärte *Planungsziel der sowjetischen* Wirtschaftsstrategen, bis 1990 21 Prozent zu erreichen. Und selbst *nach* dem Unglück beharrt man weiter auf diesen Zahlen. Wie man diesen Kraftakt trotz des technologischen und wirtschaftlichen Rückschlages bewältigen will, bleibt das Geheimnis der Planer.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

Aussteigen? Dann aber überall

Von ERWIN MÜNCH

Kaum war er endlich passiert, der schwere Reaktorunfall, den die antinuklearen Propheten schon immer vorausgesagt und die Technikskeptiker stets im stillen befürchtet hatten: Tschernobyl, da wurden alle positiven Erfahrungen mit der Sicherheit und Zuverlässigkeit deutscher Kernkraftwerke über Bord geworfen. Die Reaktoren in der Bundesrepublik haben einen so hohen Sicherheitsstand erreicht, daß ein verbleibendes technisches Risiko zutreffend nur als „Restrisiko" bezeichnet wird.

Ein Fehler beim Experimentieren mit einem Reaktor des russischen Typs RBMK-1000 führte aufgrund konstruktiver Schwächen, technischer Unzulänglichkeiten, sicherheitstechnischer Mängel und – wie die UdSSR behauptet – unverantwortlicher Bedienungsfehler und Blockierung von Sicherheitssystemen zur völligen Zerstörung der Anlage und zu einer massiven Freisetzung von radioaktiven Stoffen.

Dies wurde bei uns so behandelt, als könne das gleiche morgen in der Bundesrepublik passieren. Umstiegs-, Ausstiegs- und Verzichtsszenarien wurden von vielen Seiten vorgebracht, die technisch-physikalische Argumente völlig außer acht ließen und die „Flucht aus der Kernenergie" proklamierten ohne Rücksicht auf Kosten – zwischen 100 und 300 Milliarden Mark – und ohne irgendeinen Zweifel an notwendigen Randbedingungen – Energie wird gespart, andere Energiequellen stehen zur Verfügung, Sonnenenergie ist die Wahl der Zukunft.

Eine derartige von Medien und Politik nahezu isoliert geführte Kernenergiediskussion kann den Techniker nur ratlos zurücklassen. Entweder ist die Kernenergie wirklich eine Technologie mit extrem hohem Risiko, das auch durch noch so hohe Sicherheitsaufwendungen nicht beherrschbar ist, dann ist sie auch als Übergangslösung für die nächsten fünf, zehn oder 20 Jahre nicht akzeptabel und erfordert einen sofortigen Ausstieg ohne Wenn und Aber.

Ist die Kernenergie so gefährlich, dann kann ein befristeter Weiterbetrieb der Anlagen nur noch risikosteigernd wirken, da für eine todgeweihte Technik keine neuen Verbesserungen konzipiert werden.

Wenn jedoch ein derart extremes Sicherheitsrisiko nicht besteht, dann ist die Kernenergie auch langfristig nutzbar und es sollten alle intellektuellen Anstrengungen und finanziellen Aufwendungen, die man so leicht dem Ausstieg zu opfern bereit ist, für eine Optimierung dieser Technik und für die weitere Steigerung ihrer Sicherheit aufgebracht werden.

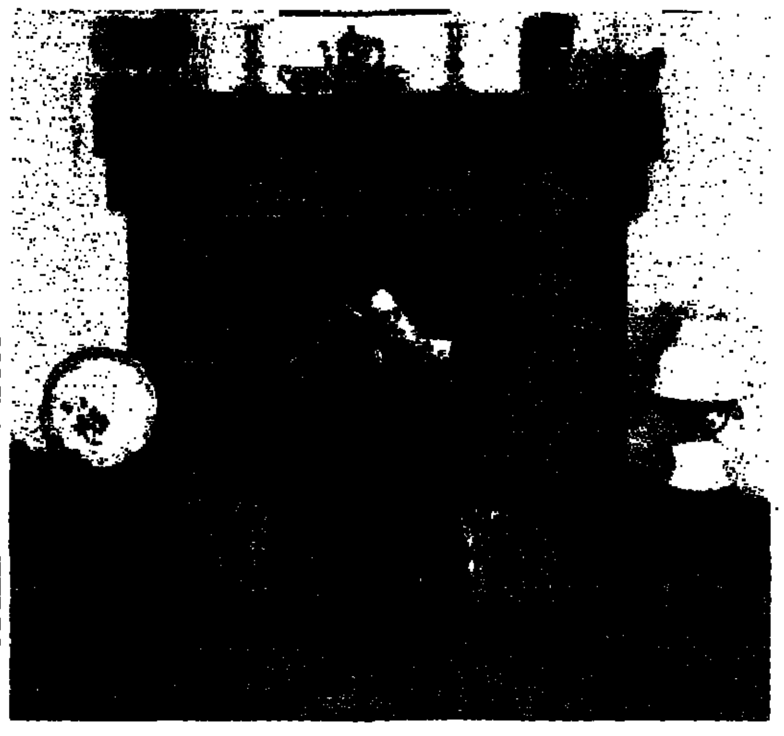
Will man allerdings die völlige Ungefährlichkeit einer Technologie zum Maßstab ihrer Anwendung in der Bundesrepublik machen und deshalb auf die Kernenergie wegen ihres nicht absolut auszuschließenden Gefahrenpotentials verzichten, dann träfe dieses Ausschlußkriterium eine ganze Reihe der von uns genutzten Technologien, von der chemischen Industrie (Bhopal, Seveso) über Energieerzeugungsmethoden (CO_2-Problem, Staudammbrüche) bis hin zum Straßen- und Luftverkehr und zu neueren Verfahren der Biotechnologie.

Dann wäre aber mit einem Verzicht aus diesen Erwägungen eine krasse Änderung unseres bisherigen Lebensstils und damit auch unseres Gesellschaftssystems verbunden – für manche Kreise ein ausgesprochener Langzeiterfolg des Tschernobyl-Unfalls.

Sollte nicht ein sachlicher Weg gangbar sein, der neben ideologischen Zielsetzungen auch technische und ökonomische Gesichtspunkte hinreichend berücksichtigt? Ethische Fragen stellen sich nicht nur bei einer Nutzung der Kernenergie, sondern auch bei einem Verzicht auf sie und einem kräftigen Rückgriff auf andere Energiequellen. Überzeugungsarbeit für einen Konsens sollte wieder mehr mit Argumenten als mit Emotionen geleistet werden – auch nach Tschernobyl.

Der Autor ist Leiter der Programmgruppe Technik und Gesellschaft der Kernforschungsanlage Jülich GmbH.

Die Lagerfeuer am Teppichrand sind wieder sehr gefragt



Offene Feuer haben nicht nur für Pyromanen Attraktivität. Glut im Ofen spendet – neben Wärme – Heimeligkeit. Die Lagerfeuerromantik wird aus der freien Natur an den Teppichrand geholt. Dieser Trend ist „in". Und Wärme wollen viele Bürger nicht länger anonym aus dem Keller zentral beziehen. „Feuermachen" wird wieder zum Teil des Wohnens.

Der Trend zum Kamin hat neben romantischen Gründen zudem sehr sachliche Aspekte. Wenn auch der Heizölpreis in ungeahnte Tiefen stürzte und den Gaspreis gleich mit sich zog, so weiß doch jedermann, daß es sich hierbei lediglich um ein angenehmes Intermezzo handelt, das die Ölförderländer sobald wie möglich beenden und die Preise wieder in die Höhe treiben werden.

Sparen an der Heizung ist also nach wie vor angesagt. Wer heute dafür die Voraussetzungen schafft, der kann morgen nicht zur Kasse gebeten werden.

Geht man davon aus, daß in der Regel die Häuser zentral beheizt werden und daß in Mitteleuropa die Heizperiode rund 220 Tage von 365 Tagen währt, dann liegt die Frage nahe, wie in der Übergangszeit der Bedarf an Wärme gedeckt werden kann.

Wirtschaftlich ist es sicherlich nicht, die Zentralheizung anzuwerfen, um das Temperaturniveau um einige wenige Grad anzuheben. Diese wenigen Grade werden oft aber auch benötigt an extrem kalten Tagen, wenn die Heizung dem Temperatursturz nicht gewachsen ist.

Da bietet sich die gezielte Zusatzheizung an: Der gute alte Ofen oder der Radiator, der seine Energie aus der Steckdose holt. Wie die Jahre seit der Ölkrise bewiesen haben, feiert der Ofen Wiederauferstehung. Der Kachelofen, eine typisch deutsche Erfindung, findet immer neue Freunde.

Er ist der Klassiker unter den Öfen. Er dient als Vollheizaggregat (bei beschränktem Wohnraumvolumen) ebenso wie als Wärmespender für die Übergangszeit.

Die wohlige Wärme eines Kachelofens ist sprichwörtlich. Ähnlich den Nachtspeicheröfen liefert er noch lange, nachdem seine Flammen erloschen sind, angenehme Temperaturen, da die Kacheln die Wärme speichern und sie allmählich an die Umgebung abgeben.

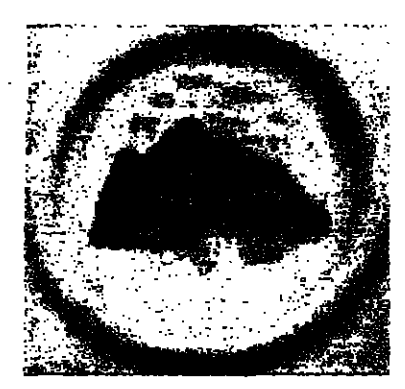
Kachelöfen haben einen sehr günstigen Wirkungsgrad. Rund 80 Prozent der eingesetzten Energie der festen Brennstoffe werden ausgenutzt.

Ähnlich gute Ergebnisse bringt der Heizkamin, die logische Fortentwicklung des offenen Kamins, der mit Riesenschritten auf dem Rückzug ist, da er nicht gerade zu den pflegeleichten Heizungen gehört und über einen Wirkungsgrad von zehn Prozent kaum hinauskommt.

Der Heizkamin ist ein Alleskönner. Er sieht aus wie ein offener Kamin. Er hat eine große Tür mit einer Keramik-Glasscheibe, die Temperaturen von 700 Grad Celsius widersteht. Durch sie hindurch sieht man die lodernden Flammen und hört das Holz knistern.

Wer den Effekt der Flamme und der Akustik für eine lauschige Kaminrunde nutzen will, der kann die große Tür öffnen. Ein solcher Heizkamin ist in der Lage, 100 Quadratmeter zu beheizen und die Wohnung auch noch mit warmem Brauchwasser zu versorgen.

Wird er mit Buche oder Eiche „gefüttert", die einen besonders hohen Wärmeinhalt haben, so ist ein Wohnraum von 40 Quadratmetern binnen einer halben Stunde durchwarm. Der



Heizkamin ist Tradition mit moderner Technik zugleich. Er läßt sich an Fußbodenheizung ebenso anschließen wie an Konvektoren (Warmluftbereiter).

Der vierte im Bunde neben dem offenen Kamin, dem Heizkamin und dem Kachelkamin ist der Kaminofen, jene Spezies aus Gußstahl, die zu Beginn der Ölkrise reißenden Absatz fanden, heute aber nur noch gelegentlich gefragt sind bei jüngeren Menschen oder für Sonderzwecke – beispielsweise in Jagdhütten. Diese Öfen mit Kamin, eckig oder rund, aber immer freudlos schwarz, waren eine Kreation der nordischen Staaten. Sie gibt es in verschiedenen Größen und Formen und kosten rund 3000 Mark.

Allen vier Varianten der Wärmeerzeugung mit psychologischem Touch ist der Einsatz von festen Brennstoffen gemein. Das Problem der Brennstofflagerung drängt sich also auf. Wer es für seine Zwecke quantifizieren möchte, muß davon ausgehen, daß 1200 Liter Heizöl etwa 65 Zentner Holz entsprechen.

Kalkuliert werden muß auch die anfallende Asche. Ihr Anteil beträgt 0,5 bis ein Prozent des eingesetzten Holzes und bis etwa fünf Prozent bei Braunkohlenbriketts.

Die WELT fragte die Nummer eins für Heizkamine, Kachelöfen und Kachelkamine, die Hark GmbH (Duisburg) ob diese individuellen Heizanlagen auch nachträglich in Häuser eingebaut werden können.

Auskunft: Der größte Teil des Umsatzes von Hark stammt aus diesem Geschäft der Nach- und Umrüstung. Grundsätzlich würden heute Ein- und Zweifamilienhäuser mit Zusatzkamin errichtet, so daß ein späterer Anschluß unproblematisch ist. Aber auch in fast allen Fällen lassen sich Reihenhäuser nachträglich mit einem Zusatzkamin ausrüsten.

Interessant ist, daß der größte Teil der Kunden seine Öfen selbst aufbaut. Die Einzelteile werden mit Plan geliefert. Aufgebaut wird nach dem Baukastenprinzip. Unternehmer und Akademiker scheinen hier ein neues Hobby gefunden zu haben.

Wer selbst baut, hat nicht nur den Stolz, es allein geschafft zu haben, er spart auch grob gerechnet 2000 Mark. Angeliefert werden die Bausätze durch firmeneigene Fahrzeuge. Tip von Hark: Vor dem Kaufentschluß ein Gespräch mit dem Bezirksschornsteinfegermeister führen.

Und die Preise? Hier sind praktisch kaum Grenzen nach oben gesetzt. Hark produziert im Kannenbäcker Land im Westerwald eigene Kacheln. Auf Wunsch können Wappen, Initiale, Jahresdaten eingebrannt werden.

Der Phantasie sind keine Schranken gesetzt – und damit auch den Preisen nicht. Dennoch: Der Durchschnitt der Preise für Kachelöfen liegt bei 5000 Mark, für den Einbau kommen rund 2000 Mark hinzu. Die Spitze lag bisher bei 20 000 Mark.

HANS BAUMANN

Die Hark GmbH

Sitz: Duisburg; Umsatz: Rund 100 Millionen Mark; Marktanteil: 20 Prozent; Produktionsfläche in Duisburg und im Westerwald: 16 000 Quadratmeter; 500 Beschäftigte; 70 Lkw; 22 Niederlassungen. Wachsende Nachfrage aus dem Ausland.

Gas ist verfügbar wie heimische Energie

Importe zu drei Vierteln aus europäischen Quellen

Von KLAUS LIESEN

Der Ölpreisverfall läßt vieles deutlich werden, vor allem die Macht der Marktkräfte und des Verbraucherverhaltens, aber auch, wie schnell und unerwartet neue Marktsituationen entstehen können. Über ein Jahrzehnt wurde nur von steigenden Energiepreisen gesprochen. Daß die Preise auch wieder einmal zurückgehen können, war kein Thema. Aufgabe blieb dennoch, auch auf eine solche Entwicklung eingerichtet zu sein.

Der Verbraucher mag sich fragen, wie beispielsweise ein Erdgasunternehmen seine Fähigkeit bewahrt, flexibel auf Markt- und Preisveränderungen zu reagieren. Eine Ferngasgesellschaft wie beispielsweise die Ruhrgas AG muß nach zwei Seiten hin ihre Preisflexibilität absichern: beim Einkauf von Erdgas aus den deutschen und verschiedenen ausländischen Förderquellen sowie beim Absatz des Erdgases an die Gasversorgungsunternehmen und die von ihr belieferten Industrieunternehmen verschiedener Branchen.

Verträge mit langen Laufzeiten sind die Regel

Mit beiden Seiten bestehen mehrjährige Erdgaslieferverträge. Die Langfristigkeit der Verträge beim Bezug von Erdgas ist besonders ausgeprägt und geradezu ein Kennzeichen der Gasbranche: 20- bis 25jährige Laufzeiten sind die Regel.

Solche Verträge mit der Verpflichtung zur Abnahme großer Erdgasmengen können nur abgeschlossen werden, wenn in ihnen von vornherein eine flexible Komponente verankert ist: die Anpassungsfähigkeit der Erdgaspreise an die jeweilige Konkurrenzsituation. Damit wird sichergestellt, daß der Verbraucher das Erdgas stets zu wettbewerbsgerechten Preisen erhält.

Diese Anpassungsregelung muß so eindeutig sein, daß es darüber im Grundsatz während der gesamten Vertragslaufzeit keiner Diskussion bedarf. Daher sind die Preisanpassungen vertraglich so geregelt, daß sie durch entsprechende Klauseln „automatisch" erfolgen. Nach einer Veränderung der Preise des Heizöls, des heutigen Hauptkonkurrenten des Erdgases, folgen die Gaspreise mit Sicherheit nach.

Die Erdgasbeschaffungsverträge der deutschen Erdgaswirtschaft stellen also bei der Preisbildung nicht auf die Kosten der Förderung und des Antransports des Erdgases ab, sondern auf seine Konkurrenzfähigkeit beim Verbraucher.

Was bei dieser Preisbildung wirksam wird, ist nichts anderes als der Zwang des Wettbewerbs. Wie groß dieser Zwang ist, wird vielleicht am ehesten deutlich bei einem Vergleich der Preise für Heizöl und Erdgas, die sich im Wettbewerb bilden, mit administrierten Preisen (zum Beispiel mit EG-Preisen für Agrarprodukte), die aller Erfahrung nach kaum jemals sinkende Tendenz haben.

Daß der Wettbewerb auf dem Energiemarkt gerade zwischen Heizöl und Erdgas funktioniert, zeigt die aktuelle Entwicklung. Verfolgt man die Tagespresse aus deutschen Städten von Hamburg bis München, so zeigt sich, daß die Gaspreise im Bundesgebiet auf breiter Front seit Frühjahr dieses Jahres schrittweise nach unten gehen. Dadurch wird Erdgas weiterhin wettbewerbsfähig bleiben.

Für die Wettbewerbsfähigkeit der Erdgasheizung sind sicherlich die Brennstoffkosten von ganz wesentlicher Bedeutung. Dennoch sind sie nicht allein bestimmend. Ausschlaggebend ist eine Kalkulation einschließlich der Kapital- und Betriebskosten.

Außerdem bleiben bei der Energiewahl Fragen des Umweltschutzes, der rationellen Einsetzbarkeit und der langfristig sicheren Verfügbarkeit von Belang. Im gewerblichen Bereich haben verschärfte Bestimmungen, wie etwa die Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft, die Verwendung von Erdgas auch unter Gesichtspunkten des Umweltschutzes „rechenbar" gemacht.

Bei aller Notwendigkeit, sich flexibel zu verhalten und so auf dem Markt zu bestehen, können die auf langfristige Dispositionen angewiesenen kapitalintensiven Energieunternehmen nicht darauf verzichten, weiterhin Vorsorge für die Zukunft zu betreiben. Auch die Verbraucher sind dazu aufgerufen. Denn ihre Investitionen für die Heizungsanlagen sind ebenfalls auf viele Jahre ausgelegt.

Für den Verbraucher bietet sich jetzt an, das durch den Energiepreisverfall entlastete Haushaltsbudget für den Ersatz alter Heizungsanlagen durch neue, energiesparende zu nutzen. Als Vorsorge gegen künftige Preissteigerungen gibt es kaum ein wirkungsvolleres Mittel.

Was im weiteren die deutsche Erdgaswirtschaft in der gegenwärtigen Situation zur Vorsorge beiträgt, davon vermittelt das jüngst vereinbarte Projekt über Erdgaslieferungen aus der norwegischen Nordsee einen Eindruck. Dieses Vorhaben, das rund 900 Kilometer nördlich von Emden liegende große Erdgasvorkommen Troll für die Versorgung kontinentaleuropäischer Länder und so auch der Bundesrepublik zu entwickeln, hat einen Zeithorizont mit einer ganz neuen Dimension. Die vertragliche Laufzeit der Lieferungen aus diesem Erdgasvorkommen erstreckt sich über einen Zeitraum von mehr als 30 Jahren, beginnend 1993 bis über das Jahr 2020 hinaus.

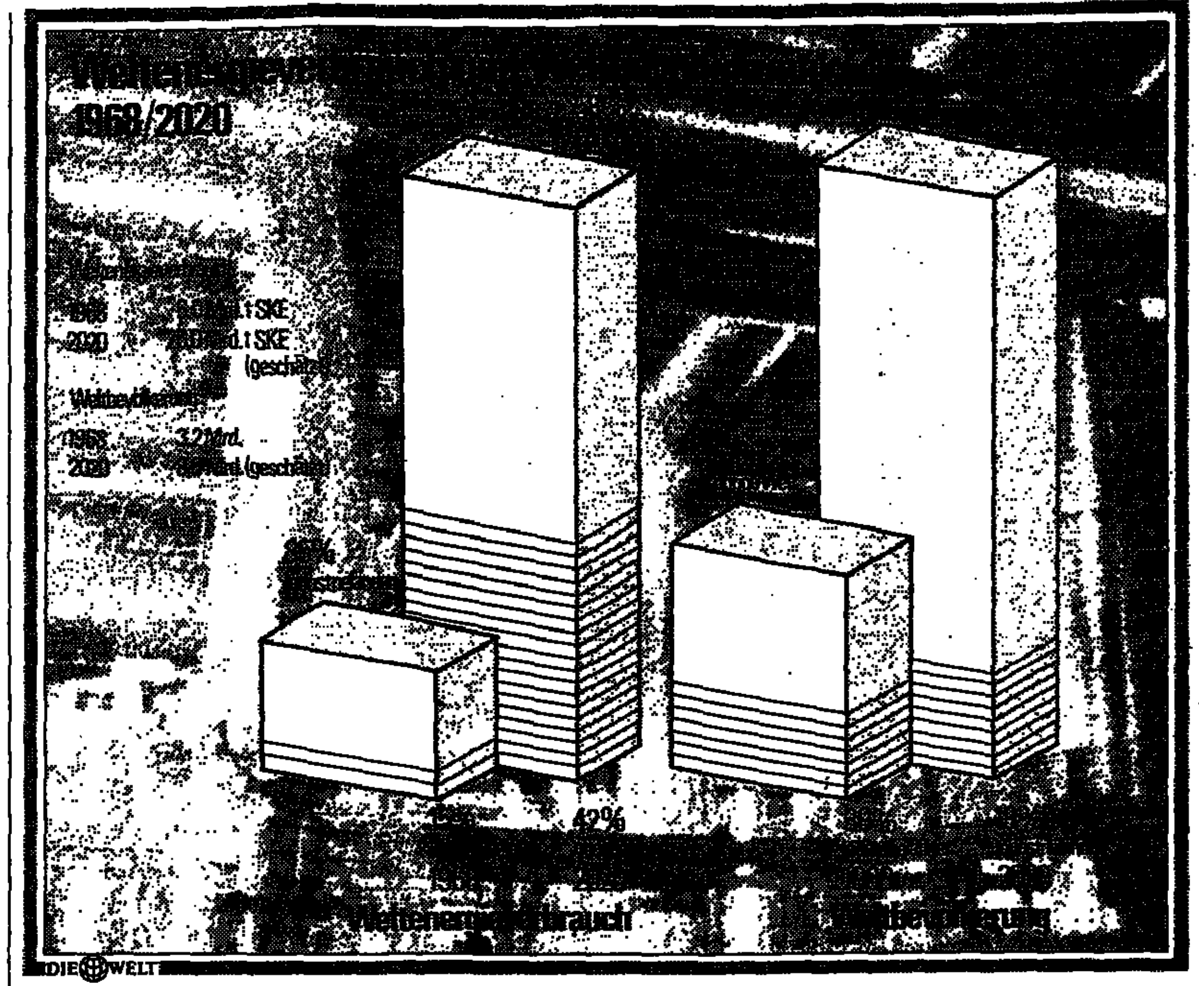
Für den Verbraucher bleiben die Preise stabil

Bei diesem Erdgasprojekt rechnen die Produzenten sicherlich nicht mit auf Dauer unveränderten Niedrigpreisen. Die Bohrplattformen, die in völlig neuer Größenordnung gebaut werden müssen, und die Unterwasserpipelines für den Transport des Erdgases zur Nordseeküste erfordern so große Investitionen, daß für die Wirtschaftlichkeit des Projekts wieder steigende Energiepreise eine große Rolle spielen. Und daß die Energiepreise bei Beginn der Troll-Lieferungen in den 90er Jahren und erst recht jenseits des Jahres 2000 ganz anders aussehen werden als heute, ist allgemein unumstritten; doch werden die Gaspreise für den Verbraucher in jedem Fall wettbewerbsfähig sein und bleiben.

Der Beitrag zur Vorsorge durch das Troll-Projekt liegt konkret darin, daß diese vor unserer Haustür liegende Quelle die langfristige Erdgasversorgung aus westeuropäischen Fördergebieten wesentlich unterstützt.

Die deutsche Gaswirtschaft bezieht derzeit rund ein Viertel des Erdgases aus der UdSSR und etwa drei Viertel aus deutschen, niederländischen und skandinavischen Fördergebieten. Das wird gerade wegen des norwegischen Troll-Abschlusses auch im Jahr 2000 nicht wesentlich anders sein. Damit hat die deutsche Erdgasversorgung einen Status erreicht, der sich im Laufe der Jahre immer mehr dem Sicherheitsgrad heimischer Energie genähert hat.

Der Autor ist Vorsitzender des Vorstands der Ruhrgas AG, Essen.



Auch künftig wird der kleinere Teil der Menschheit den größeren Energiebedarf haben

Auch heißes Wasser kommt ins Haus

Fernwärme hat ihr Optimum noch nicht erreicht

In der Diskussion um Abhängigkeit vom Öl und Umweltverschmutzung gewinnt Fernwärme verstärkt an Bedeutung. Trotz des hohen Komforts und der Sicherheit in der Versorgung ist ihr jedoch in der Bundesrepublik noch nicht der große Durchbruch gelungen. Ausnahme ist Flensburg, das zu fast 95 Prozent fernwärmebeheit wird.

Gegenwärtig verfügt die Fernwärmewirtschaft über eine Anschlußleistung von rund 32 000 Megawatt. Die zehn größten Unternehmen sind daran allein mit über 40 Prozent beteiligt. Insgesamt wird jährlich Wärme im Gegenwert von mehr als vier Millionen Tonnen Öl verkauft. Damit wird ein Umsatz von etwa 3,8 Milliarden Mark erzielt.

Mit Hilfe der öffentlichen Hand konnte die Fernwärmewirtschaft ihre Investitionen auf jährlich rund eine Milliarde Mark steigern. Gemessen am Umsatz dieser Branche zeigt dies eine sehr gute Investitionsquote, die von keiner anderen leitungsgebundenen Energie erreicht wird.

Überdurchschnittliche Steigerungsraten bei den Anschlußwerten in Höhe von rund 3,5 Prozent waren die Folge dieser Investitionen. Auch für die Zukunft rechnet die Branche mit weiterem Wachstum gerechnet.

Für den Aufbau einer Fernwärmeversorgung gibt es vielfältige unternehmerische Motive. Frühzeitig schon erkannte man die sinnvolle Ergänzung einer bereits bestehenden Geschäftssparte, der Erzeugung und Verteilung von Strom.

Die technischen Möglichkeiten zur besseren Energieausnutzung boten sich mit der Kraft-Wärme-Kopplung. Durch Umbau oder Erweiterung vorhandener Kraftwerke entstand so ein Querverbund von Strom und Fernwärme. Ballungszentren sind dabei die klassischen Versorgungsgebiete.

Voraussetzung für die Wirtschaftlichkeit ist eine preisgünstige Wärmequelle, die langfristig sicher und kulkulierbar sein muß. Primärenergiebasis ist dabei in der Regel die Kohle.

Preisvorteile bietet die Importkohle, die beispielsweise in Küstennähe eingesetzt werden kann oder auch die Ballastkohle, die in den Kohleheizkraftwerken des Ruhrreviers Verwendung findet. In Zukunft werden jedoch auch Müllverbrennung und industrielle Abwärme eine größere Rolle spielen. A. K.

Wo es aufwärts geht, da ist Strom besonders gefragt

Mehrbedarf von 3,1 Prozent war 1985 höher als beim Brutto-Inlandsprodukt – Auch bei größerer Leistungsanforderung kein Versorgungsengpaß

Von HORST MAGERL

Zwischen dem Wachstum der Wirtschaft und der Zunahme des Strombedarfs besteht eine enge Kopplung. Dies wurde in der seit Mitte 1983 anhaltenden Phase einer positiven Wirtschaftsentwicklung erneut bestätigt. Nachdem der Brutto-Stromverbrauch 1984 bereits um 3,8 Prozent gestiegen war, erhöhte er sich 1985 nochmals um 3,1 Prozent. Seine Steigerungsrate lag damit in beiden Jahren über der des realen Brutto-Inlandsprodukts, die 2,6 beziehungsweise 2,5 Prozent betrug.

Die bislang durchgängig über der Wirtschaftsentwicklung verlaufende Strombedarfskurve ist nicht Ausdruck verschwenderischen Stromverbrauchs. Im Gegenteil, Strom konnte und kann sich als Substitutions-Energie nur behaupten und durchsetzen, wenn er rationell genutzt wird.

Seine verstärkte Anwendung ist vielmehr Beweis für die vielfältigen Vorteile des Stromeinsatzes und die Schlüsselrolle, die die elektrische Energie für den wirtschaftlichen und technischen Fortschritt besitzt.

Dabei besteht ein häufig übersehener Effekt auch darin, daß der Einsatz elektrischer Energie Brennstoffe sparen hilft. Strom sorgt als Steuer- und Regelenergie, sei es bei der Raumheizung, sei es in Fertigungsprozessen, nicht nur für einen reibungslosen Prozeßablauf, sondern auch für einen rationellen Energieeinsatz.

Nur geringer Ölanteil

Selbst die Kälteperiode Anfang 1985 hatte keine Versorgungsstörung zur Folge. Binnen weniger Tage ergab sich damals ein Leistungszuwachs von rund neun Prozent oder 5000 Megawatt.

Nachweisbare Erfolge weist die Stromversorgung auch bei der Gestaltung ihrer Erzeugungsgrundlagen auf. Als Ergebnis eines nach der Ölpreiskrise 1973 mit großer Schnelligkeit durchgeführten Anpassungsprozesses beruht die Stormerzeugung in der öffentlichen Versorgung auf dem Verbund von überwiegend heimischer Kohle (Steinkohle 28 Prozent, Braunkohle 24 Prozent) und Kernenergie (36 Prozent). Wasser und Erdgas steuern je knapp fünf Prozent bei. Das Mineralöl wurde bis auf einen verschwindend kleinen Rest (ein Prozent) aus der Stromerzeugung herausgenommen.

Dieser Umstrukturierungsprozeß, der eine Abkopplung der Stromversorgung von fossilen Import-Energien brachte, führte zwar zu einem Überschuß an Kraftwerkskapazitäten auf Öl- und Gasbasis, machte aber die Stromversorgung durch Ausbau der Grundleistung auf der Basis von Laufwasser, Braunkohle und Kernenergie insgesamt wirtschaftlicher und von Versorgungsstörungen unabhängig.

Hinzu kommt eine deutliche Verminderung der Emissionen bei der Stromerzeugung. Die konsequente Durchführung der Umweltschutz-Gesetze für den Kraftwerksbereich erfordert für die SO_2- und NO_x-Minderung zusammen einen Investitionsaufwand zwischen 20 und 25 Milliarden Mark. Dies wird im Vergleich zum Basis-Jahr 1982 dazu führen, daß beim SO_2 bis zum Jahre 1988 eine Minderung von mindestens zwei Drittel, bis 1993 eine Minderung um drei Viertel erreicht sein wird. Ähnliche Erfolge sind bei den Stickoxiden zu erwarten.

Trotz dieser nachweisbar positiven Leistungen sieht sich die öffentliche Stromversorgung starken Angriffen ausgesetzt. Der schwere Unfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl wird zum Anlaß genommen, in sogenannten „Ausstiegs-Szenarien" Grundlagen und Struktur der öffentlichen Stromversorgung in der Bundesrepublik in Frage zu stellen.

Es muß alle Verantwortlichen mit Sorge erfüllen, wie leichtfertig ein nahezu problemloser und kostenloser Ausstieg aus den bewährten Versorgungsstrukturen versprochen wird.

Gravierende Nachteile

Festzuhalten bleibt:

- Die Komplexität der angesprochenen Zusammenhänge läßt eine detaillierte Beurteilung aller Konsequenzen eines Ausstiegs nach heutigem Wissensstand nicht zu.
- Sicher ist, daß zumal ein kurzfristiger Verzicht auf die Kernenergie die Qualität und Sicherheit der Stromversorgung beeinträchtigen würde.
- Sicher ist auch, daß die ökonomischen Konsequenzen für die Wirtschaft und für den einzelnen Bürger keinesfalls vernachlässigbar gering wären, sondern außerordentlich gravierend sein könnten.
- Sicher ist schließlich, daß der Übergang auf eine Stromversorgung ohne Kernenergie mit einem deutlichen Anstieg von Emissionen, die die Umwelt belasten, verbunden wäre.
- Keines der bisher vorgelegten „Ausstiegs-Szenarien" konnte darauf verzichten, als Alternative zur Kernenergie auf die stärkere Nutzung der endlichen fossilen Energierohstoffe zurückzugreifen.

Daraus folgt daß es die Schlüsselrolle der Stromversorgung für die wirtschaftliche und technische Entwicklung unserer Volkswirtschaft verbietet, ihre bewährte Struktur ohne intensive Abwägung der Vor- und Nachteile aufs Spiel zu setzen.

Der Autor ist Hauptgeschäftsführer der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW), Frankfurt.

Auf die Verbrennung folgt nun die Chemie

Die Braunkohle, die zu 95 Prozent im rheinischen Revier abgebaut wird, ist auf dem Weg zum Grundstoff für gasförmige und flüssige Produkte

Von PETER SPEICH

Die politische Diskussion über die Bedeutung und den künftigen Stellenwert verschiedener Energieträger ist derzeit kontrovers. Auf Bundes- wie auf Landesebene und über Parteigrenzen hinweg wird jedoch anerkannt, daß unserer Volkswirtschaft mit der Braunkohle eine auch im internationalen Vergleich wettbewerbsfähige heimische Energie zur Verfügung steht, die langfristig ihren Beitrag zur Energieversorgung und auch zur Arbeitsmarktstabilität leistet.

Im vergangenen Jahr war Braunkohle mit fast zehn Prozent an der Deckung des Primärenergieverbrauchs und mit etwa einem Viertel an der öffentlichen Stromerzeugung in der Bundesrepublik Deutschland beteiligt.

Rund 95 Prozent der in der Bundesrepublik Deutschland gewonnenen Braunkohle werden im Rheinischen Revier zwischen Köln, Aachen und Mönchengladbach gefördert. Davon werden heute etwas über 80 Prozent in den Kraftwerken des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks für die Stromerzeugung eingesetzt.

Nahezu die Hälfte des Grundlaststroms stammt aus Braunkohle. Braunkohle und Kernenergie in der Grundlast bieten die Voraussetzung für eine preisgünstige Stromversorgung und ermöglichen eine vernünftige Mischkalkulation mit Steinkohlen-Mittellaststrom.

Der andere Teil der rheinischen Braunkohle, 1985 waren dies rund 20 Millionen Tonnen Rohbraunkohle, wird in Rheinbraun-Betrieben zu festen Veredlungsprodukten verarbeitet: Vier Millionen Tonnen Brikett, 2,4 Millionen Tonnen Braunkohlenstaub und 180 000 Tonnen Braunkohlenkoks wurden 1985 produziert.

Diese Festbrennstoffe finden neben der Verwendung im Haushalt ihren Absatz überwiegend in industriellen Bereichen, wo noch weiteres Absatzpotential gesehen wird: Braunkohlenkoks findet für verschiedene Anwendungstechniken in der Abgas- und Abwasserreinigung, Industriebrikett in modernen Rostfeuerungen zunehmendes Interesse. Der komfortabel handhabbare Braunkohlenstaub und das verwandte, etwas grobkörnigere Produkt „Wirbelschichtkohle" lassen einen deutlichen Zuwachs erwarten.

Gerade auf dem Gebiet der zirkulierenden Wirbelschichtfeuerung, die ohne nachgeschaltete Rauchgasreinigung geringe Emissionswerte erreicht, leisten die Rheinischen Braunkohlenwerke Pionierarbeit: In einem ihrer Fabrikkraftwerke werden derzeit zwei Kessel mit je 175 t/h Dampfleistung errichtet, in denen diese neue Technik für Braunkohle erstmals zum Einsatz kommen wird.

Weitere Industrie- und Heizkraftwerke dieses Typs werden für den Einsatz von Braunkohlenprodukten gebaut. Für Großanlagen, wie sie in der öffentlichen Stromversorgung benötigt werden, sind Wirbelschichtfeuerungen noch nicht verfügbar.

Zumindest mittelfristig wird die Stromerzeugung der Haupteinsatzbereich bleiben. Die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für die langfristige Zukunft der Braunkohlenveredlung zielen auf den Treibstoff-, Wärme- und Chemiesektor. Hierfür werden Verfahren zur Vergasung und Verflüssigung entwickelt.

Die Erzeugung von Synthesegas aus Braunkohle nach dem Hochtemperatur-Winkler-Verfahren wird zur Zeit im großtechnischen Maßstab in einer Demonstrationsanlage, die einen notwendigen Entwicklungsschritt vor einer Kommerzialisierung darstellt, in der Rheinbraun-Fabrik Berrenrath erprobt. Aus langfristigen Vorsorgegesichtspunkten werden die Verfahren weiterentwickelt, die der Braunkohle die ganze Breite der Veredlungsmöglichkeiten eröffnen.

Der Autor ist Vorstandsmitglied der Rheinische Braunkohlenwerke AG, Köln.

Bewährte Politik auch für schwierige Zeiten

Steinkohle bleibt Sicherheitssockel der Versorgung

Von HEINZ HORN

Die Bundesrepublik Deutschland hat die von den beiden Ölkrisen der 70er Jahre ausgehenden Herausforderungen angenommen. In breitem, über die Grenzen der politischen Parteien hinausreichenden Konsens wurde eine Energiepolitik konzipiert und eingeleitet, die auf Energieeinsparung und Diversifizierung abzielt.

Als Diversifizierungsziel für die 90er Jahre wurde eine Primärenergiestruktur definiert mit einem Drittel Öl, einem Drittel Stein- und Braunkohle sowie einem Drittel Kernenergie und Erdgas. Speziell für den Bereich der Stromerzeugung wurde die Formel „Kohle und Kernkraft" gefunden, das heißt konkret: „Kernenergie zusammen mit Braunkohle und Laufwasser für die Grundlast, Steinkohle für die Mittellast".

Diesen Zielen sind wir bis 1985 ein gutes Stück nähergekommen:

- Der Primärenergieverbrauch lag in der Bundesrepublik Deutschland 1985 um sechs Prozent unter dem bisherigen Spitzenniveau des Jahres 1979 und nur um zwei Prozent über der vorletzten Verbrauchsspitze im Jahr 1973. Wir sind also in den letzten Jahren trotz Wirtschaftswachstum im Trend ohne Zuwachs des Energieverbrauchs ausgekommen. Nach den jüngeren Prognosen kann sich dies in den 90er Jahren durchaus fortsetzen.
- Die Struktur der eingesetzten Primärenergieträger veränderte sich von 1979 bis 1985 in der gewünschten Richtung, nämlich Rückgang des Ölanteils von 51 auf 41 Prozent, Anstieg des Kohleanteils (Stein- und Braunkohle) von 28 auf 30 Prozent und der Anteile von Kernenergie, Erdgas und übriger Energieträger zusammen von 21 auf 29 Prozent. Die Stromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke erfolgt 1986 zu mehr als 60 Prozent aus Kernkraft, Braunkohle und Laufwasser; das in den 70er Jahren bestandene „Grundlastdefizit" ist also beseitigt. Der Anteil der heimischen Steinkohle beträgt rund 25 Prozent. Ihr Vorteil liegt in der Vorsungssicherheit und Preiskalkulierbarkeit.

Wenn nun von verschiedenen Seiten die Frage gestellt wird, ob wir uns die heutige Kohlepolitik denn überhaupt noch „leisten" können, dann muß man zunächst feststellen, daß die deutsche Steinkohle nicht etwa teurer geworden ist.

Im Gegenteil: Die Kosten je Tonne Förderung haben sich beispielsweise bei der Ruhrkohle AG seit 1983 real nicht mehr erhöht; sie sind inzwischen im dritten Jahr hintereinander sogar nominal konstant. Ursache der neuen Grundsatzdiskussion ist vielmehr der Preisverfall auf den Weltenergiemärkten, der die seit Ende der 70er Jahre anhaltenden Preisvorteile deutscher Steinkohle gegenüber Öl und Gas kurzfristig in Preisnachteile umgewandelt und den Preisnachteil gegenüber Importkohle vergrößert hat.

In der Tat sind deshalb zur Zeit höhere Mittel im Kohlebereich erforderlich. Der Bedarf für Kokskohlenbeihilfen dürfte 1986 um mehr als eine Milliarde Mark ansteigen. Und die Stromverbraucher haben seit dem 1. Juni 1986 eine um 1,2 Prozentpunkte höhere Ausgleichsabgabe zu leisten; dies macht auf ein Jahr gerechnet etwa eine Milliarde Mark aus.

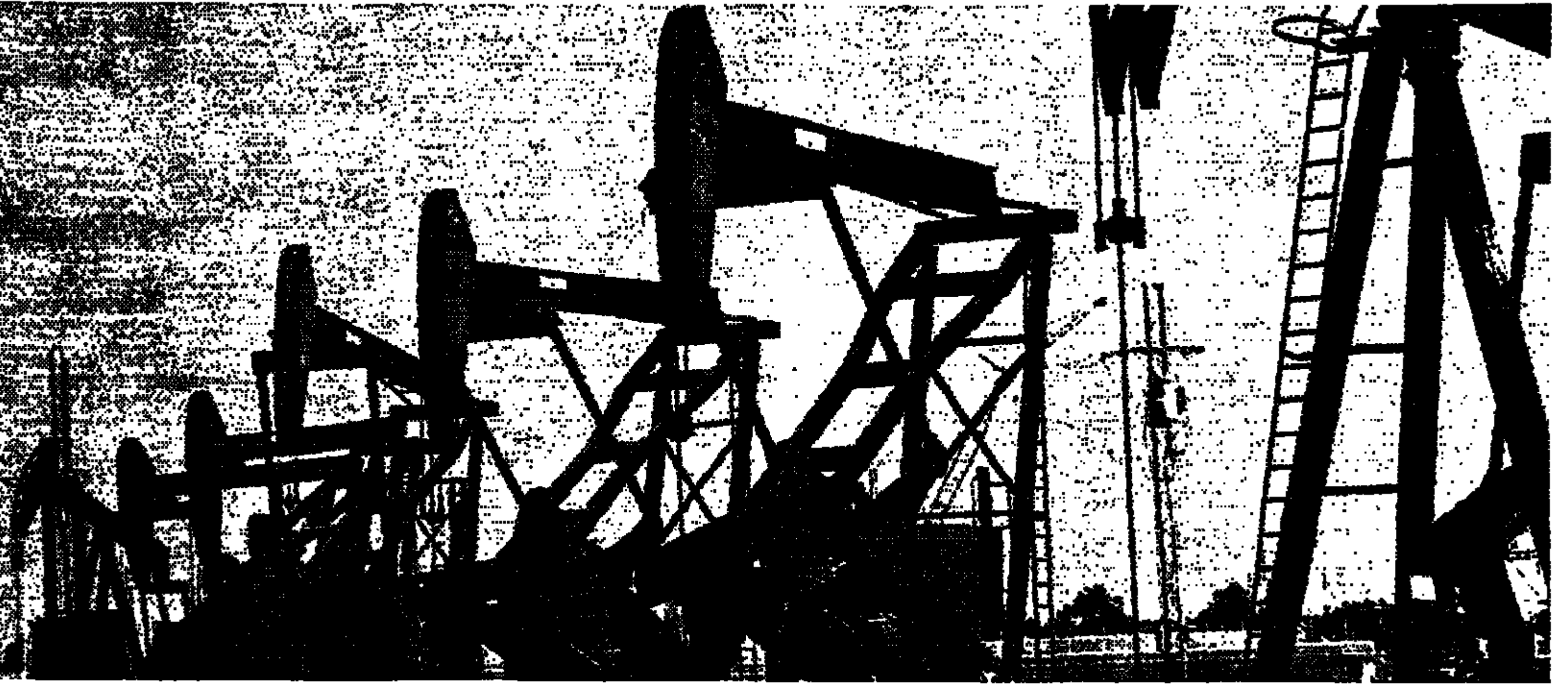
Um diese Entwicklung sachgerecht beurteilen zu können, muß man fünf wesentliche Zusammenhänge sehen:

1. Alle Experten sind sich einig, daß der Ölpreisverfall keine neue Ära billiger Energie ausgelöst hat. Auch wenn diese Phase wohl noch einige Zeit anhalten könnte, so handelt es sich letztlich doch um ein vorübergehendes Phänomen. Spätestens in den 90er Jahren ist wieder mit ganz erheblichen Preissprüngen nach oben zu rechnen. Die Aufrechterhaltung des Diversifizierungskonzeptes, in dem die deutsche Steinkohle eine unverzichtbare Rolle spielt, ist deshalb dringend geboten.
2. Die Ausgaben der Bundesrepublik für importierte Energie werden 1986 um etwa 40 Milliarden Mark geringer ausfallen als 1985. Einen relativ kleinen Teil davon gedanklich als „Sicherheitsprämie" zugunsten der deutschen Steinkohle einzusetzen, ist angesichts der längerfristigen Perspektiven durchaus sinnvoll und gerechtfertigt.
3. Dies gilt auch im Hinblick auf die Importkohle. Sie kann die derzeit niedrigen Preise aus Kostengesichtspunkten nicht lange durchhalten. Und die vor allem aus Devisengründen um praktisch jeden Preis getätigten Exporte polnischer und auch südafrikanischer Kohle zum Anlaß für Zechenschließungen im deutschen Bergbau zu nehmen, kann doch wohl nicht im Sinn der „internationalen Arbeitsteilung" sein.
4. Die Ausgleichsabgabe der Stromverbraucher steigt zwar wie dargestellt an. Diese Mittel fließen nicht etwa dem Bergbau, sondern den Steinkohlenverstromern zu. Damit ergibt sich infolgedessen – über die gesamte Bundesrepublik betrachtet – aber keine Erhöhung der Stromerzeugungskosten. Denn im selben Umfang sinken die Kosten der Steinkohlenverstromung. Es entsteht allerdings eine regionale Verschiebung zugunsten derjenigen Energieversorgungsunternehmen mit höherem Kohleanteil.
5. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß die Hilfen zur Aufrechterhaltung der heimischen Kohle ja nicht in irgendeiner anonymen Versenkung verschwinden, sondern volkswirtschaftlich wertvolle Leistungen ermöglichen. Der deutsche Steinkohlenbergbau gehört inzwischen zu den Großanwendern von High-Tech, also von Elektronik und Prozeßsteuerung.

Vergessen werden dürfen auch nicht die Aufträge der Unternehmen des Steinkohlenbergbaus an andere Wirtschaftszweige von jährlich mehr als zehn Milliarden Mark mit ihren Multiplikatorwirkungen sowie die Löhne, Steuern und Sozialabgaben in zusammen ähnlicher Größenordnung. Soll all dies heute aufs Spiel gesetzt werden, nur weil Importenergien vorübergehend günstiger sind?

Erfreulicherweise können wir heute feststellen, daß die bewährte Kohlepolitik auch unter den veränderten, für die heimische Kohle sehr schwierigen Umständen des Jahres 1986 fortgesetzt wurde. Wir dürfen dies auch für die Zukunft erwarten.

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Ruhrkohle AG, Essen.



Tag und Nacht heben und senken sich die „Pferdeköpfe" der Pumpen, um der Erde das begehrte Öl zu entreißen. FOTO: ESSO

Je billiger das Öl, um so größer die Probleme

Anteil der Opec-Länder an der Weltförderung ist auf weniger als ein Drittel geschrumpft, der der freien Welt aber um 20 Prozent gestiegen

Von WOLFGANG OEHME

Die Antwort darauf, wem letztlich die abrupten Preisänderungen auf dem Energiemarkt einen Vorteil gebracht haben, wird schwer zu finden sein. Während eines Zeitraumes von 13 Jahren stieg beispielsweise der Preis für Rohöl von zwei auf über 30 Dollar je Barrel (159 Liter) und schwankt momentan zwischen zwölf und 14 Dollar je Barrel.

Diese Preissprünge waren im wesentlichen die Folge einer Desintegration in der internationalen Ölwirtschaft. Durch die Verstaatlichung der Ölgewinnung in vielen wichtigen Förderländern ging der enge Zusammenhang zwischen Ölproduktion und Ölverkauf verloren. Die Interessengemeinschaft der Opec unterlag spätestens 1979/80 der Fehleinschätzung, daß die Nachfrage der Welt nach Energie und Öl nicht auf ein hohes Öl- und Energiepreisniveau reagieren würde.

Der kurzfristige Erfolg der Preiserhöhungen, der zu gewaltigen Einnahmemöglichkeiten für die Opec führte, ließ sich zumindest langfristig nicht durchhalten. Zwei Gründe sind dafür maßgebend, die der Opec die schmerzliche Erfahrung bereiteten, daß nicht politische Wunschvorstellungen, sondern ökonomische Gesetzmäßigkeiten auf den Öl- und Energiemärkten gelten.

Einmal zeigte sich, daß die Ölnachfrage mittelfristig elastisch auf einen hohen Ölpreis reagiert. Der Ölverbrauch der freien Welt ging von 1979 bis heute um zehn Prozent zurück, nicht allein durch Einsparung sowie Ersatz durch andere Energien, sondern auch durch die schweren Belastungen, denen die Weltwirtschaft durch das hohe Öl- und Energiepreisniveau ausgesetzt wurde, wie zum Beispiel Leistungsbilanzungleichgewichte, Wachstumseinbrüche und damit verbundene Arbeitslosigkeit sowie die Verschuldungskrise der ölimportierenden Entwicklungsländer.

Der weitere Grund des Scheiterns eines hohen Ölpreises ist darin zu suchen, daß sich für die Ölgesellschaften bei den drastischen Ölpreissteigerungen der 70er Jahre die Renditeaussichten vieler bereits bekannter Ölvorkommen außerhalb des Opec-Raumes verbesserten, die dann forciert weiterentwickelt wurden.

Ein Beispiel dafür ist die Erschließung der Nordsee, für die bisher insgesamt mehr als 120 Milliarden Dollar investiert wurden, mit dem Erfolg, daß die Bundesrepublik etwa ein Drittel ihres Ölbedarfs aus diesen Quellen deckt. In diesem Zeitraum hoher Ölpreise investierte die Mineralölindustrie in der freien Welt in die Öl- und Gasexploration in jedem Jahr weit mehr als 100 Milliarden Dollar, so daß allein in den Jahren 1979 bis 1985 die Ölförderung außerhalb des Opec-Raumes um rund 20 Prozent auf zwei Milliarden Tonnen pro Jahr gesteigert werden konnte.

Gemeinsame Beschlüsse immer wieder unterlaufen

Der Marktmechanismus nahm die Opec in die Zange zwischen sinkendem Weltölverbrauch und steigender Förderung in anderen Gebieten, insbesondere der Nordsee und Mexiko. Seit 1979 sank die Opec-Förderung um mehr als 40 Prozent. Ihr Anteil an der Weltförderung, der mehr als die Hälfte betragen hatte, ging damit auf weniger als ein Drittel zurück.

Gegen diese unaufhaltsame Marktentwicklung hat sich die Opec natürlich gewehrt. Immer wieder wurde auf Konferenzen versucht, die Ölförderung in Einklang mit dem Nachfragevolumen auf dem Weltmarkt zu bringen, um das Preis- und Einkommensniveau aufrechtzuerhalten. Die Opec-Interessengemeinschaft konnte jedoch individuelle, auch politisch bedingte, Zielvorstellungen nicht koordinieren. So kam es spätestens seit 1981 dazu, daß unter dem Druck sinkender Öleinnahmen manche Opec-Länder die Mengen- und Preisbeschlüsse ihrer Interessengemeinschaft immer wieder unterliefen.

Seit Anfang 1986 – bei anhaltendem Überangebot auf dem Weltölmarkt – gingen die Preise in die Phase des nahezu freien Falls über. Einerseits wurde von der Opec ein „fairer Marktanteil" gefordert und gleichzeitig gab Saudi-Arabien seine Förderbegrenzung auf, durch die bislang ein drastischer Ölpreisverfall immer noch gebremst worden war.

Der Rückgang der Rohölpreise um etwa 20 Dollar je Barrel in 18 Monaten führte die Opec aber an die Schmerzgrenze. Anfang August dieses Jahres wurden daher erneut „kontrollierbare" Reduzierungen der Förderung vereinbart, die den psychologischen Anstoß zu höheren Preisen auf den Ölmärkten gaben. In der Realität hat sich jedoch nichts geändert: Auf dem Ölmarkt drücken weiterhin ungenutzte Förderkapazitäten; von einem Gleichgewicht ist man immer noch entfernt. Ein Energiepreisniveau, das einem Ölpreis von über 30 Dollar je Barrel entspricht, wie wir es in den Jahren 1980/81 erlebten, ist wie die Erfahrung zeigt – offensichtlich zu hoch. Es wird mehr Energie verfügbar gemacht als die Verbraucher zu diesem Preis zu konsumieren bereit sind.

Ein Preisniveau, entsprechend etwa zehn Dollar je Barrel Rohöl, ist sichtbar zu niedrig. Die Erschließung neuer Energiequellen und -technologien gerät ins Stocken. Eine Gefährdung der künftigen Weltenergieversorgung droht. Auf welchem Niveau sich der Energiepreis bei einer Ausgewogenheit zwischen Angebot und Nachfrage einpendeln wird, ist ungewiß. Gewiß ist nur, daß das derzeitige niedrige Energiepreisniveau nur vorübergehend sein wird.

Daß die Nachfrage nach Öl künftig aber dennoch steigen wird, liegt im wesentlichen an den weniger entwickelten Ländern, in denen für die nächsten Jahrzehnte eine weiterhin steigende Bevölkerungszahl zu erwarten ist. Zur Deckung der Bedürfnisse dieser wachsenden Bevölkerung und der damit verbundenen Ölnachfrage müssen auf dem Weltmarkt zunehmende Öl- und Energiemengen zur Verfügung stehen.

Weltweit ist aber mit dem rapide gesunkenen Energiepreis eine Zäsur in der Entwicklung neuer Energievorkommen eingetreten. Bei einem derart niedrigen Preisniveau sind für die risikoreichen Investitionen in der Exploration von Öl, Gas und Kohle in vielen Regionen der Welt keine Renditeaussichten zu erkennen.

Explorationen werden unrentabel

Der Cash-flow der Unternehmen verringert sich erheblich und begrenzt damit die verfügbaren Mittel für eine weitere Explorationstätigkeit. Die direkten Auswirkungen lassen sich auch an den Aktivitäten in der Nordsee ablesen. Eine volle Kostendeckung ist für manche Ölfelder dort bereits nicht mehr erreichbar.

Viel gravierender ist jedoch der Vorgang, daß bei einem derartigen Preisniveau zunehmend die Gefahr besteht, daß neue Explorationsprojekte – wo immer auch gelegen – nicht mehr in Angriff genommen und Investitionen für Fördereinrichtungen zurückgestellt werden, so daß ein Bruch in der Entwicklung langfristig notwendiger Lagerstättennutzung eintritt.

Viele dieser Vorhaben können ihre Rentabilität nur bei höheren als den jetzigen Energiepreisen finden. Dekken die Preise die steigenden Explorations- und vor allem Förderkosten nicht mehr, dann geht langfristig das Angebot auf dem Weltenergiemarkt zurück. Der Marktmechanismus wird wieder ein Steigen der Preise auf ein tragbares Niveau auslösen.

Es bleibt nur die kritische Frage, wann das sein wird. Die Ölfirmen haben auf diese Unsicherheit logisch reagiert, auch wenn Umfang und Methode der ergriffenen Maßnahmen bei den einzelnen Gesellschaften unterschiedlich sind.

Der Autor ist Vorstandsvorsitzender der Esso AG, Hamburg.

Vom sinkenden Ölpreis beeinflußt zeigt sich der Primärenergieverbrauch im ersten Halbjahr 1986. So verzeichnete Mineralöl ein Plus von rund 14 Prozent. Der Verbrauch der übrigen Energieträger, mit Ausnahme der Wasserkraft, ging zurück.

Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik Deutschland im ersten Halbjahr 1985/1986

Energieträger	1. Halbjahr 1985	1. Halbjahr 1986*)	Veränderungen 1. Halbj. 1986/1985 in Mill. t SKE	Veränderungen 1. Halbj. 1986/1985 in %	Anteile in % im 1. Halbjahr 1985	Anteile in % im 1. Halbjahr 1986
	Mill. t SKE	Mill. t SKE				
Mineralöl	77,4	88,5	+ 11,1	+ 14,3	39,8	43,5
Steinkohlen	40,5	40,0	− 0,5	− 1,2	20,9	19,7
Erdgas	32,7	32,0	− 0,7	− 2,4	16,8	15,7
Kernenergie	20,3	20,2	− 0,1	− 0,7	10,5	9,9
Braunkohlen	18,0	17,0	− 1,0	− 5,6	9,3	8,4
Wasserkraft, Außenhandelssaldo Strom	3,0	3,5	+ 0,5	+ 18,5	1,5	1,7
Sonstige (Brennholz u. ä.)	2,3	2,3	± 0,0	± 0,0	1,2	1,1
Insgesamt – in Mill. t SKE	194,2	203,5	+ 9,3	+ 4,8	100,0	100,0
Insgesamt – in PJ	5692	5965	+ 273			

1 PJ (Petajoule) = 10^{15} Joule *) Vorläufig
1 Mill. t SKE entsprechen 29,3 PJ
Arbeitsgemeins. Energiebilanzen 7/86

24 Prozent mehr Kohle gekauft

Die Stromversorger haben das Abnahmeziel der Vereinbarungen mit dem deutschen Steinkohlenbergbau erreicht: Sie kauften von 1981 bis 1985 insgesamt 152 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten mehr als in den fünf Jahren zuvor. Das entspricht einem Zuwachs von 24 Prozent. Der erste Abschnitt der 15-Jahre-Vereinbarung wurde damit voll erfüllt, meldet die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) in Frankfurt. Bis 1990 sollen die Zechen an Rhein, Ruhr und Saar insgesamt 173 Millionen Tonnen SKE Steinkohle an die Elektrizitätswirtschaft liefern.

Die Stromversorger steigerten den Bezug deutscher Steinkohle ab 1981 um durchschnittlich 1,1 Millionen Tonnen SKE oder 3,8 Prozent jährlich. Dieser Zuwachs lag deutlich über dem Stromverbrauchs-Anstieg von 2,7 Prozent im Jahr. (DW.)

Dritter Schub für die Wunschenergie Sonne

Den Regenerativen gilt nach Tschernobyl mehr Interesse

Von BERND STOY

Es bedurfte zweier Ölpreiskrisen, 1973 und 1979, und eines begrenzten, aber dennoch katastrophalen Störfalls in einem russischen Kernkraftwerk, um die westlichen Industrienationen für die Forschung, Entwicklung und Markteinführung der Solartechnik zu interessieren.

Das Jahr 1986 wird in die Geschichte der Energiewirtschaft auch als Jahr der Ölschwemme eingehen, als ein Jahr, in dem die Ölpreise vorübergehend auf etwa ein Drittel der Vorjahrespreise fielen. Dennoch wird der durch Tschernobyl ausgelöste dritte Schub für die Solartechnik stärkere Auswirkungen auf die künftige Nutzung regenerativer Energieträger haben als die beiden ersten Schübe. Denn zwölf Jahre Vorarbeit, weltweit erworbenes Know-how, hohe Akzeptanz der sogenannten regenerativen Energienutzung, inzwischen entstandene Industriezweige für die Fertigung von Solarzellen, Windenergie-, Biogas-, Solarkollektor- und Wärmepumpenanlagen bilden eine gute Grundlage.

Im Schlepptau dieser sogenannten „Regenerativen", das heißt unerschöpflichen und besonders umweltschonenden Energieträger, bekommt eine uralte, aus Sonnenenergie gespeiste Energienutzung wieder Auftrieb, die Wasserkraft. In unserem Land wird sie weitgehend genutzt.

Die Nutzung regenerativer Energieträger im weitesten Sinne – als Wasserkraft, Windenergie, Solarstrahlung, Umweltwärme, Biomasse – ist langfristig von großer Bedeutung, und zwar im Hinblick auf die

Ressourcenschonung fossiler Brennstoffe,

Verringerung der Schadstoffbelastung durch Energieumwandlungen aus Kohle, Öl und Gas,

Verminderung der Gefahr von Klimaveränderungen, beispeilsweise durch Anstieg der CO_2-Belastung in der Atmosphäre,

Gegenmaßnahmen zur katastrophalen Brennholzvernichtung in der Dritten Welt.

Dennoch sind die Startchancen der regenerativen oder erneuerbaren Energieträger sehr schlecht gewesen. Einige wesentliche Gründe hierfür sind:

Die Sonnenenergie liefert keine Mitnahmeeffekte (Spinn-off) aus anderen Anwendungen, etwa in der Medizin, der Landwirtschaft, dem militärischen Bereich; mit einer Ausnahme, der Raumfahrt. Sie brachte denn auch das Startkapital für die terrestrische Solarzellenentwicklung, die Direktumwandlung – von Licht in Elektrizität – auf der Erde.

Eine „Sonnenenergiewirtschaft" kann es nicht geben, denn unerschöpfliche und kostenlose Energie kann man nicht erzeugen, verteilen oder transportieren, vertreiben oder verkaufen. Dies ist und bleibt das größte Handicap der Regenerativen. Allein in unserem Land haben die Kohle-, Öl-, Gas- und Stromwirtschaft während der letzten zwölf Jahre für Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Geräteentwicklungen und Erprobungen insgesamt schätzungsweise zwei Milliarden Mark ausgegeben.

Die Aufwendungen der Industrie sind hier nicht eingerechnet. Bei der Solartechnik aber steht die Industrie allein. Selbst staatliche Förderprogramme kamen in ungleich höherem Umfang anderen Energietechniken oder der rationellen Energieverwendung zugute.

Selbst in der von der Sonne nicht verwöhnten Bundesrepublik kann regenerative Energie etliche Prozent des Endenergiebedarfs nach 20 Jahren decken, mit weniger Förderung einen mindestens ebenso hohen Anteil des Endenergiebedarfs wie die Kernenergie im gleichen Zeitraum.

Kein Entweder-Oder

Es muß aber auch von der Bevölkerung und den Entscheidungsträgern akzeptiert und durchgesetzt werden, daß die Kernenergie zur Substanzerhaltung benötigt wird. Die Frage „Kernenergie oder Sonnenenergie" stellt sich für unser Land nicht. Wir müssen Kernenergie u n d regenerative Energie verwenden.

Da sich bei den gegenwärtig relativ niedrigen Energiepreisen die Investition für Kollektor-, Wärmepumpen-, Biogas- und Windenergieanlagen nicht amortisiert, sind die hoffentlich demnächst günstigeren staatlichen Fördermaßnahmen von ausschlaggebender Bedeutung. Schließlich müssen die langfristig so positiven Auswirkungen der regenerativen Energienutzung auf die Arbeitsplatzerhaltung, Deviseneinsparung, Innovation sowie auf den Export und den Umweltschutz auch Berücksichtigung finden.



Die Energie der Sonnenstrahlen sichtbar gemacht im Solarkraftwerk in der südkalifornischen Mohave-Wüste. Das Foto wurde in den frühen Morgenstunden aufgenommen, wenn die von den Hohlspiegeln reflektierten Strahlen zunächst gebündelt werden, bevor man sie auf den Dampferzeuger im Turm lenkt. FOTO: VDEW

Im Hinblick auf die Erhaltung der Wirtschaftskraft, damit der sozialen Sicherheit und des Lebensstandards, und im Hinblick auf langfristige Energiesicherung sowie nachhaltigen Umweltschutz, ist folgendes anzustreben:

Oberstes Ziel sollten die rationelle Energieanwendung und der sparsame Energieverbrauch sein, die Fortführung aller aussichtsreichen Bemühungen zur sinnvollen Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energiemehrverbrauch. Oder ganz konkret: Der Endenergiebedarf unseres Landes sollte – trotz dann noch höherer Wirtschaftskraft – beispielsweise im Jahr 2000 pro Kopf der Bevölkerung niedriger sein, das heißt absolut gesehen deutlich unter dem heutigen liegen. Da der Endenergiebedarf der Bundesrepublik Deutschland zu rund 80 Prozent auf Kohle, Öl und Gas entfällt, ist vor allem für diese Energieträger ein spezifisch geringerer Energieeinsatz geboten.

Die Kernenergie muß bei höchstmöglichen Sicherheitsanforderungen die Grundlage einer kostengünstigen Stromversorgung bleiben und weiterhin die Steinkohle stützen.

Programm bis 1992

Die regenerative Energie sollte unbedingt eine stärkere Förderung als bisher erhalten. Da es keine Sonnenenergiewirtschaft geben kann, muß hier der Staat weit mehr Verantwortung übernehmen als bisher. Der Bundesverband Solarenergie (BSE) hat im Juni hierzu Vorschläge unterbreitet und ein detailliertes Programm bis zum Jahr 1992 vorgelegt, welches höhere Beträge als bisher für die Anwendungs- und für die Forschungsförderung, insbesondere steuerliche Anreize und Investitionszulagen, erfordert und zu einem Teil von der Industrie und der Energiewirtschaft mitgetragen werden soll.

Der Gesamtbetrag ist weit geringer als Vorleistungen, die für andere Primärenergieträger wie Kohle, Öl, Gas, Uran erbracht wurden oder werden.

Energiepolitik darf die Enkel nicht aus den Augen verlieren

● Fortsetzung von Seite I

Einsatz verursacht Landschaftszerstörung und Bodenverbrauch.

Die in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stehenden Wasserkräfte sind bereits weitgehend genutzt. Es ist zu bedenken, daß auch Wasserkraft erhebliche Eingriffe in den Naturhaushalt mit sich bringen kann. Proteste gegen den beabsichtigten Bau des Donaukraftwerkes Hainburg in Österreich haben dies deutlich gezeigt.

Auch die Nutzung der Biomasse, also nachwachsender Rohstoffe, wirft große Probleme für die Umwelt im Hinblick auf intensive Bodennutzung, Monokulturen und Landschaftsverbrauch auf.

Diese wenigen Beispiele zeigen: Auch regenerative Energieträger lassen sich nicht ohne Umweltprobleme nutzen.

Eine verantwortungsbewußte Energiepolitik darf sich keine Wege für die Zukunft verbauen; sie muß sich alle Optionen offenhalten. Das heißt:

● Fossile Energieträger wie Kohle, Öl und Gas sind ein wichtiger Bestandteil der Energieversorgungsstruktur. Sie müssen allerdings durch Luftreinhaltemaßnahmen so umweltverträglich wie möglich eingesetzt werden. Die konsequenten Umweltschutzmaßnahmen der Bundesregierung führen dazu, daß bis Mitte der 90er Jahre 50 Milliarden DM in die Luftreinhaltung investiert werden mit dem Ergebnis: Die Schwefeldioxid-Emissionen werden um rund zwei Drittel und die Stickstoffoxid-Emissionen um nahezu die Hälfte gesenkt.

● Der Einsatz regenerativer Energieträger ist – soweit ökologisch und ökonomisch sinnvoll – weiter auszubauen. Die Bundesregierung hat beschlossen, regenerative Energien durch Forschung, Entwicklung und Markteinführung stärker zu fördern. Im übrigen werden auch weiterhin die Möglichkeiten der rationellen Energieverwendung und der Energieeinsparung genutzt.

● Auf Kernenergie kann aus heutiger Sicht nicht verzichtet werden. Vordringliche Aufgabe ist es, durch internationale Initiativen mit dazu beizutragen, daß ihr Einsatz weltweit auf der Grundlage höchster Sicherheitsanforderungen erfolgt.

„Es geht nicht nur um einen deutschen Ausstieg aus der Kernenergie, sondern um den Einstieg in eine internationale Anstrengung für mehr Sicherheit." Das hat Bundeskanzler Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag erklärt. Deswegen hat der Bundeskanzler die Initiative zu einer Sonderkonferenz über Reaktorsicherheit nach dem Unglück von Tschernobyl ergriffen. Diese Initiative hatte Erfolg. In der nächsten Woche wird in Wien eine Sonderkonferenz der Internationalen Atomenergiebehörde IAEO zu diesem Thema stattfinden.

Im Vorfeld dieses Treffens der für die Nutzung der Kernenergie zuständigen Minister aller IAEO-Mitgliedsstaaten konnten bereits erste Erfolge



Die Bundesregierung will die regenerativen Energien – hier eines der 2800 Klein-Wasserkraftwerke – stärker fördern. FOTO: VDEW

erzielt werden. Experten aus den wichtigsten IAEO-Mitgliedsstaaten haben sich über zwei Resolutionsentwürfe geeinigt, die neben der Pflicht zur wechselseitigen Hilfeleistung vor allem die Verpflichtung zur umgehenden Information beim Auftreten bedeutsamer Störfälle enthalten.

Weitere Konferenzen bemühen sich um Vereinbarungen über eine kontinuierliche Verbesserung der Sicherheit. Es geht zum Beispiel darum, weltweit die Anwendung des sogenannten passiven Sicherheitskonzeptes durchzusetzen. Es geht ferner darum, Fernüberwachungssysteme weltweit zur Regel zu machen.

Auf nationaler Ebene habe ich den Auftrag erteilt zu prüfen, ob die Sicherheitsstandards und -einrichtungen in den kerntechnischen Anlagen noch weiter verbessert werden können. Obschon unsere Kernkraftwerke auch international als besonders sicher angesehen werden, zeigen diese Prüfungsaufträge, daß es für die Bundesregierung in Fragen der Sicherheit niemals ein selbstgefälliges Ausruhen gibt.

Um die in der Bundesrepublik Deutschland erreichten hohen Sicherheitsstandards auch international erneut nachzuweisen, hat die Bundesregierung die IAEO in Wien gebeten, mit sogenannten OSART-Inspektionen in drei deutschen Kernkraftwerken die Sicherheitsvorkehrungen von unabhängigen internationalen Experten überprüfen zu lassen.

Die Bundesregierung hat am 3. September 1986 ein von mir vorgelegtes Arbeitsprogramm zu den sicherheits-, gesundheits-, forschungs- und energiepolitischen Folgen des Reaktorunfalls in Tschernobyl beschlossen. Neben den bereits erläuterten Maßnahmen sollen unter anderem die Überwachung der Radioaktivität in der Umwelt, die Abstimmung zwischen Bund und Ländern und die EG-Koordinierung verbessert werden.

Die Bundesregierung hat auf dem Gebiet der kerntechnischen Sicherheit alles ihr Mögliche getan. Die strengen Schutzvorschriften und ihre Bewährung in der Praxis bleiben die Grundlage für eine Entscheidung, die Kernenergie zu nutzen. Gleichzeitig werden alle Anstrengungen unternommen, Energie einzusparen und erneuerbare Energien besser nutzbar zu machen. Zukünftige Energieträger wie zum Beispiel die Kernfusion werden erforscht. Der Einsatz fossiler Energieträger wird so umweltverträglich wie möglich gestaltet.

In der Energiepolitik bestand über mehrere Jahrzehnte hinweg ein parteienübergreifender Konsens. Ich wünsche mir, daß wir dazu zurückfinden, miteinander über diese wichtigen Fragen zu sprechen und gemeinsam Lösungen zu suchen. Die große Aufgabe, unsere Lebensgrundlagen für die Zukunft zu sichern, braucht eine interessen- und parteienübergreifende Koalition.

Keine Gefahr für Pinguine und Forscher

Heftige Diskussion um das Thema Klimaverschiebung

Droht unserem blauen Planeten eine Klimakatastrophe? Eine Gruppe internationaler Wissenschaftler ist davon überzeugt. Auch deutsche Physiker halten mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berg. Diese Katastrophe, so der „Arbeitskreis Energie“, ein Expertengremium innerhalb der renommierten Deutschen Physikalischen Gesellschaft, werde durch den weltweit stark ansteigenden Gehalt der Luft an Kohlendioxid verursacht.

Aber nicht nur das. Ihrer Meinung nach tragen auch andere Spurengase dazu bei, wie das Ozon zum Beispiel. Es wird in bodennahen Luftschichten durch Zusammenwirken von Sonnenlicht und Stickoxiden aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Erdgas gebildet. Aber auch Distickstoffoxid aus der intensiven Kunstdüngung sowie verschiedene Kohlenwasserstoffe wie Spraydosen-Treibmittel und die als Abfallprodukt bei der Verschäumung von Kunststoffen entstehenden Fluor-Chlormethane werden für die Aufheizung unseres Planeten verantwortlich gemacht.

Seit Jahrzehnten wird das Zusammenspiel der Gehalte an Kohlendioxid und Wasserdampf in unserer Luft und die damit verbundene Wirkung auf unser Klima kontrovers diskutiert: Fest steht, daß ohne diese Gase aufgrund der Wärmebilanz zwischen Einstrahlung der Sonne und Abstrahlung von der Erdoberfläche die mittlere Erdtemperatur etwa minus 15 Grad Celsius betragen würde. Die Gase absorbieren in Form einer überdimensionalen Heizdecke einen Teil der Erdoberflächen-Wärme, indem sie diese teilweise zurückstrahlen, so daß die mittlere Temperatur immerhin 30 Grad Celsius höher, bei plus 15 Grad Celsius liegt.

Für die 18 Mitglieder des Arbeitskreises, die im Januar dieses Jahres mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit gingen, besteht nun der „begründete Verdacht“, daß bei weiterer Anreicherung der Luft mit den genannten Gasen schon innerhalb der nächsten 50 bis 100 Jahre die mittlere Erdtemperatur um mehrere Grade ansteigen wird.

Trockenzonen könnten sich ausbreiten

Das erscheint auf den ersten Blick harmlos. Doch schon ein Anstieg von zwei bis vier Grad Celsius kann nach Ansicht der Physiker zu verheerenden Folgen führen und dramatische Klimaveränderungen zur Folge haben: So könnten sich die heutigen Trockenzonen im nördlichen Afrika, in Arabien, in Zentralasien und in den südlichen Teilen der USA ausweiten und damit die heutigen dichtbesiedelten, fruchtbaren Winterregenzonen um das Mittelmeer, in den USA und in der südlichen UdSSR in subtropische Trockengebiete verwandeln.

Das ihrer Meinung nach zu erwartende Abschmelzen der das Nordpolargebiet bedeckenden schwimmenden Eisdecke würde innerhalb von etwa 100 Jahren unter anderem die Absorption der Sonneneinstrahlung in diesem Gebiet wesentlich erhöhen und damit die Klimaveränderungen noch verstärken.

Das dann vermutlich innerhalb eines Zeitraumes von mehreren hundert Jahren mögliche Abschmelzen des westantarktischen Schelfeises könnte einen Anstieg des Meeresspiegels um fünf bis zehn Meter bewirken; damit würden niedrig liegende Küstengebiete wie etwa in den Niederlanden oder in Norddeutschland überflutet werden.

Abhilfe kann nach Meinung der Forscher nur durch eine ganze Reihe von Sofortmaßnahmen erreicht werden: Um innerhalb der nächsten 50 Jahre alle Emissionen der wärmeisolierenden Spurengase auf ein Drittel der heutigen Werte zu vermindern, müßten ab sofort weltweit alle entsprechenden Ursachen, vor allem die Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas, die Rodung tropischer Regenwälder, die Überdüngung der Kulturböden und der Ausstoß von Kohlenwasserstoffen, um jährlich zwei Prozent vermindert werden.

Internationales Verbot der Kohle ist Utopie

Eine für die amerikanische Umweltschutzbehörde Epa arbeitende Forschergruppe kam durch Modellrechnungen zu dem Schluß, daß beispielsweise eine weltweite Supersteuer auf fossile Brennstoffe, die deren Preis vervierfachen würde, den bis zum Jahr 2040 erwarteten Temperaturanstieg um zwei Grad Celsius nur um ganze fünf Jahre verzögern würde. Und eine bis zum Jahr 2100 angenommene Temperaturerhöhung um fünf Grad würde bestenfalls 15 Jahre hinausgeschoben, wenn vom Ende dieses Jahrhunderts an keine Kohle mehr verbraucht würde. Ein internationales Verbot der Verwendung von Kohle sei ohnehin utopisch.

Ein von Antarktisforschern aufgespürtes „Ozonloch“ über dem Südpol sorgte erst vor einigen Wochen für zusätzliche Aufregung. Für Professor Karin Labitzke, Leiterin der Abteilung für Stratosphärenforschung am Institut für Meteorologie der Berliner FU, haben auch die großen Vulkanausbrüche Anfang der achtziger Jahre mit ihren gewaltig in die Höhe geschleuderten Aerosol-Wolken einen entscheidenden Anteil an den Veränderungen in der Stratosphäre.

Einige Chemiker machen vor allem die rund 700 000 Tonnen Fluorchlorkohlenwasserstoffe, die jährlich von der Erde aus ungehindert in die Atmosphäre strömen, für das Phänomen verantwortlich. Nach ihren Einschätzungen werden durch komplizierte chemische Verbindungen die Ozonmoleküle in der UV-Schutzschicht unweigerlich zerstört. Nach Modellrechnungen der Chemiker ist unsere Ozonschicht in den kommenden 100 Jahren um etwa die Hälfte reduziert.

Für eine Katastrophenstimmung sieht die Berliner Wissenschaftlerin allerdings keinen Anlaß. Sie weist darauf hin, daß die jetzt durch die reduzierte Ozonschicht verstärkt auf die Polarkappen einwirkenden UV-Strahlen nicht zur Abschmelzung des Eises führen können, denn „UV-Strahlung ist keine Wärmestrahlung“. Karin Labitzke: „Weder Pinguine noch Antarktisforscher sind gefährdet.“ DIETER THIERBACH

Kraftwerk m… …art, liefert … 1000 Grad …

Die Energiepolitik steht vor einer durchgreifenden Wende – ausgelöst durch langfristig tiefgreifende Änderungen auf dem Energiemarkt. Die auffälligste Tendenz dabei: Die Kohle befindet sich eindeutig wieder auf dem Vormarsch. Und zwar in einem Maße, daß sie nach zuverlässigen Abschätzungen bereits bis zum Jahr 2000 weltweit das Erdöl in seiner Rolle als Primärenergieträger Nr. 1 ablösen und dann in Kooperation mit der Kernenergie den Energiebedarf überwiegend abdecken wird.

Der Sprung in das neue Energiezeitalter wird aber nur mit Hilfe umfassender technischer Innovationen gelingen. Das von VEW (Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG) aufgelegte Technologie-Programm ist in der Lage, einen wirkungsvollen Beitrag zur Lösung dieser Aufgabe zu leisten.

Sein Ziel ist die Entwicklung eines Energiegesamtsystems auf der Basis von Kohle und Kernenergie.

Erschwerend als Problem kommt hinzu: Aus dem Blickwinkel der reichen Industrienationen scheint die Welt zwar noch auf längere Sicht in einem nie gekannten Energieüberfluß zu leben, tatsächlich werden aber unsere Vorräte an fossilen Energien von Tag zu Tag knapper.

Auch aus diesem Grund sind neue, wirtschaftliche Techniken gefragt, die zugleich eine andere Forderung, die weitestgehende Schonung unserer Umwelt, erfüllen müssen.

Diesen beiden Zielsetzungen entspricht in vollem Umfang das VEW-Zukunftskonzept mit seinen drei Bausteinen:

- Technik des Kohle-Kombikraftwerks,
- Verfahren zur Kohleumwandlung und
- fortschrittliche Linie der Hochtemperaturreaktoren.

Diese Techniken werden zur Zeit bereits in Großanlagen an den beiden Kraftwerksstandorten Werne-Stokkum und Hamm-Uentrop erprobt.

Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu größerer Wirtschaftlichkeit und einem Mehr an Umweltschutz bei der Stromerzeugung aus der heimischen Energiequelle Steinkohle ist die kürzlich vorgestellte Planung für das „GDK 500“ – die Formel für eine neue Kraftwerksgeneration.

Übersetzt heißt GDK 500 Gas-Dampfturbinen-Kohlekraftwerk mit einer elektrischen Leistung von 500 MW. Nach diesem Kraftwerkskonzept, das Mitte der 90er Jahre verwirklicht werden könnte, soll erstmals ein Kohlekraftwerk

- mit einer Kohleveredlungsanlage verbunden werden, um die dem Kraftwerkskessel vorgeschaltete Gasturbine mit Gas aus Kohle zu bedienen, und zudem
- einen Natrium-Kreislauf erhalten, der die Wärmetransportwege im Kraftwerk optimiert.

Der Vorteil des GDK 500 liegt auf der Hand. Dieses neue Kraftwerk wird mit 20 bis 25 Prozent weniger Brennstoff auskommen. Während heute in herkömmlichen Kraftwerken noch rund 350 Gramm Kohle für die Erzeugung einer Kilowattstunde benötigt werden, braucht das GDK 500 lediglich 280 Gramm.

Mit dem im Herbst 1984 in Betrieb genommenen Kohle-Kombikraftwerk Werne, dessen Gasturbine noch mit Erdgas gefeuert wird, wurde erstmals der Vorwärtsgang in Richtung auf das technologisch ehrgeizige GDK 500 geschaltet. Die bisher vorliegenden Erfahrungswerte zeigen, daß sprichwörtlich Gas in die richtige Richtung gegeben wurde.

Das Kohle-Kombikraftwerk Werne weist nämlich den beachtlichen Wirkungsgrad von 42 Prozent auf, erreicht somit fünf Prozentpunkte mehr als konventionelle Kohlekraftwerke.

Mehr Energie mit gleicher Brennstoffmenge

Fünf Prozent sind vielleicht auf den ersten Blick wenig – aber die Erzeugungsbilanz überzeugt auch den Nicht-Fachmann. Statt vier Milliarden Kilowattstunden werden pro Jahr etwa 4,5 Milliarden Kilowattstunden mit der gleichen Brennstoffmenge produziert – also 500 Millionen Kilowattstunden mehr.

Strom wird seit Jahrzehnten aus Kohle gewonnen. Die Kohleverstromung hat allerdings nach wie vor mit dem entscheidenden Nachteil zu kämpfen, daß die heimische Steinkohle im Vergleich zu anderen Einsatzenergien sehr teuer ist. Deshalb ist die Entwicklung von Technologien, die aus jeder Tonne Steinkohle zusätzlich nutzbare Energie herausholen, im Interesse der Kohle selbst. Denn auf diese Weise wird ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert.

Diese Frage wird bei der anstehenden Verlängerung des Jahrhundertvertrages eine zentrale Rolle spielen.

Da die bekannte Technik der Kohleverstromung ausgereizt ist, wurde mit dem Kohle-Kombikraftwerk Werne auch ein neuer Akzent für die Überlebensfähigkeit der deutschen Steinkohle gesetzt.

Gleiches gilt für den zweiten Baustein des genannten Technologieprogramms, für das VEW-Kohleumwandlungsverfahren. Sein Produkt: umweltfreundliches Kohlegas, das in den vorgeschalteten Gasturbinen von Kohle-Kombiblöcken wie dem GDK 500 eingesetzt werden soll.

Das Kohleumwandlungsverfahren wird seit Herbst 1984 am Standort Werne-Stockum in einer Großversuchsanlage mit einem maximalen stündlichen Durchsatz von zehn Tonnen Steinkohle getestet. Vorausgegangen war Ende der 70er Jahre die Erprobung mit einer kleineren Anlage, die den grundsätzlichen Verfahrensnachweis erbracht hat.

Das Bindeglied für den energiepolitischen Verbund von Kohle und Kernenergie ist schließlich die fortschrittliche Linie der Hochtemperaturreaktoren. Die technischen Fähigkeiten von Hochtemperaturreaktoren gehen weit über die Stromerzeugung hinaus. Sie können Energie auch in anderer Form zur Verfügung stellen: Prozeßdampf und Prozeßwärme in allen Temperaturstufen bis zu 1000 Grad Celsius.

Der THTR 300 in Hamm-Uentrop, der sich gegenwärtig in der Schlußphase seiner Inbetriebnahme befindet, ist als Prototypkraftwerk aus Entwicklungsgründen noch als reiner Stromerzeuger konzipiert.

Das VEW-Technologieprogramm bietet die Möglichkeit, das angestrebte ferne Ziel einer sich wesentlich auf Strom und Wasserstoff abstützenden Energieversorgung zu verwirklichen und dabei bereits in naher Zukunft Wirtschaftlichkeit, Umweltfreundlichkeit und Versorgungssicherheit bei dem Enegieangebot zu steigern. Grundgedanke dabei ist, ausgehend von den Primärenergien Kohle und Kernenergie in Koppelproduktion Strom und Gas zu gewinnen. Das Konzept beruht auf fünf wesentlichen Elementen:

Das Kraftwerk Werne, 1984 in Betrieb genommen, ist der unmittelbare Vorläufer des GDK 500. Während die Gasturbine hier noch mit Erdgas betrieben wird, soll für sie im neuen Block Gas aus Kohle zur Verfügung stehen. FOTO: VEW

- Weiterentwicklung des kombinierten Gasturbinen-Dampfturbinenprozesses zur Steigerung der Umwandlungswirkungsgrade und zur Senkung der spezifischen Investitionskosten;
- Entwicklung der Kohlevergasung sowohl mit Luft als auch mit Sauerstoff, um dem auch künftig mengenmäßig ausreichend vorhandenen Primärenergieträger Kohle einen breiteren Markt zu erschließen, die Wirtschaftlichkeit und Umweltfreundlichkeit bei seinem Einsatz zu erhöhen und die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß er für andere Aufgaben in Gasform überführt werden kann;
- Einführung des Natrium-Kreislaufs zur Auskoppelung von Wärme auf hohem Temperaturniveau und zu ihrem Transport über in Anlagen heutiger Größe auftretenden Entfernungen für Kohle-Kombi-Blöcke mit integrierter Kohlevergasung;
- Weiterentwicklung des Natrium-Kreislaufs zur Wärmeeinkoppelung in Prozesse der Kohleumwandlung, der Wasserspaltung und der Methanspaltung;
- Weiterentwickung des Hochtemperaturreaktors über den THTR 300 und den geplanten HTR 500 zu einem Reaktor mit hoher Helium-Heißgastemperatur.

Das Risiko muß kalkulierbar bleiben

Der Erfolg eines solchen Konzeptes kann nur gesichert werden, wenn es in kleinen Schritten verwirklicht wird, von denen jeder sich allein durch verbesserte Wirtschaftlichkeit trägt.

Zudem muß bei jeder dieser Innovationen das wirtschaftliche und technische Risiko kalkulierbar bleiben, wie dies beispielsweise bei dem THTR 300 und dem Kohle-Kombikraftwerk Werne der Fall ist.

Diese Energie-Techniken sollen bei fortschreitender Langzeitbewährung zu einem harmonischen Kohle-Kernenergie-Gesamtsystem verbunden werden.

Im Sinne einer Energie- und Rohstoffschonung im weitesten Sinne ermöglicht dieses System neben einer rationelleren Stromerzeugung auf der Basis von Kohle und Kernenergie eine breite Anwendungspalette: So die Umwandlung von Schweröl zu leichtem Heizöl und Benzin, die Herstellung von Synthese- und Reduktionsgasen, die Gewinnung von Methanol und Wasserstoff.

Alle wichtigen Branchen unserer Volkswirtschaft – von der Chemie über Stahl und Kohle bis hin zur Mineralölindustrie – werden von den Vorzügen dieser neuen Energie-Technolgien profitieren können. (WR.)



Schwäbische Sparsamkeit mit doppeltem Nutzen

Sinnvoller Einsatz von Abwärme in Ballungsgebieten

Ein Problem seit langem: In städtischen Ballungsgebieten setzt die Industrie vielfach warme Abwasser- und Abluftmengen in beträchtlichem Umfang frei, während in benachbarten Wohnhäusern und Kommunalbauten Heizöl verfeuert wird, um Warmwasser und Heizwärme zu erzeugen.

In Göppingen kam es vor zwei Jahren schier zu einem Umweltskandal: Jahrelang pusteten die Kühltürme einer Gelatinefabrik die Abwärme aus der Produktion, begleitet von Nebelschwaden, in die Umgebung. Bürgerproteste und Ärger mit den Behörden ließen die Fabrik letztlich den Auszug aus der Stadt in Erwägung ziehen. Der drohende Verlust von Arbeitsplätzen und von Steuereinnahmen gaben den Anstoß für einen Lösungsvorschlag der Stadtwerke: Eine Wärmepumpenanlage, die dem 35 Grad Celsius warmen Kühlwasser der Fabrik die Wärme entzieht, sie auf ein Niveau von 70 Grad Celsius anhebt und in ein Nahwärmeheiznetz speist. Das Konzept wurde 1985 verwirklicht.

Mit zwei Wärmepumpen versorgen die Gelatinekocher – sie verarbeiten täglich 80 Tonnen Schweineschwarten – jetzt eine Reihe kommunaler Gebäude: Gymnasium, Turnhalle, Hallenbad, Jugendzentrum, mehrere Wohnblocks und zwei Fabriken.

Die Heizzentrale umfaßt außer den Wärmepumpen einen gasbefeuerten Kessel für die Spitzenzeiten des Bedarfs. Die Wärmepumpen liefern zusammen 1200 kW, der Heizkessel hat 3000 kW Heizleistung.

Messungen in der vergangenen Heizperiode zeigten, daß die Wärmepumpen nahezu alleine in der Lage sind, den gesamten Wärmebedarf zu decken. Lediglich in den Weihnachtsferien, als die Gelatineproduktion ruhte, ging der Kessel in Betrieb.

Aufgrund der guten Auslastung der Wärmepumpen sieht auch die rechnerische Seite des Projektes günstig aus: Der Investition von 2,1 Millionen Mark stand schon im ersten Betriebsjahr eine Energiekosteneinsparung von rund 300 000 Mark gegenüber.

Erstmals werden hier Erdgasmotoren mit Abgaskatalysatoren als Wärmepumpenantriebe erprobt. Bekanntlich erzeugen Gasmotoren viel Stickoxide (NO_x) – also Schadstoffe, die vermehrt im Zusammenhang mit dem Waldsterben in der Diskussion sind. Die Katalysatoren eliminieren aber 95 bis 98 Prozent des NO_x. Nach den laufenden Messungen soll die Katalysatorwirkung auch für Kohlenmonoxid bis zu 98 sowie für Kohlenwasserstoffe bis zu 70 Prozent betragen.

Das Göppinger Konzept wurde unlängst mit einem Preis der deutschen Gaswirtschaft ausgezeichnet. Es hat sich so bewährt, daß eine vergleichbare Anlage 1986 in der Nachbarstadt Süßen errichtet wurde. Dort leitete eine Wollgarnfabrik täglich rund 400 Kubikmeter Färbereiabwasser mit 30 bis 35 Grad Celsius in die öffentliche Kanalisation.

Nur 200 Meter vom Fabrikgelände entfernt befinden sich das Hallenbad, die Sporthalle und das Gemeindeschulzentrum. Eine isolierte Fernwärmeleitung transportiert jetzt das warme Abwasser in die Heizzentrale des Hallenbades. Das günstige Temperaturniveau macht es möglich, im direkten Wärmetausch Badewasser mit 28 Grad Celsius zu bereiten und auch das Duschwasser vorzuwärmen.

Um für die anderen Gebäude hinreichend warmes Heizwasser zu erhalten, wurde wiederum eine Gasmotorwärmepumpe installiert. Sie kühlt das Abwasser auf 15 Grad Celsius ab, ehe es in die Kanalisation fließt. Die entzogene Wärmeenergie hebt die Wärmepumpe auf ein nutzbares Niveau von 70 Grad Celsius an.

Die bisherige Wärmebilanz kann sich sehen lassen: Von dem Gesamtwärmebedarf aller angeschlossenen Gebäude lieferte der Direktwärmetauscher fast 20 Prozent kostenlos. Rund 70 Prozent stellte die Wärmepumpe zur Verfügung, den Rest ein fossil befeuerter Kessel.

Die Heizölersparnis in Süßen soll pro Saison etwa 155 000 Liter betragen; das sind 45 Prozent des bisherigen Verbrauchs. Der Schadstoffausstoß – bisher aus drei Kesseln – ging auf durchschnittlich fünf Prozent zurück, bedingt durch die Abgaskatalysatoren, wie sie auch im Göppinger Projekt eingesetzt sind.

Rund 1,4 Millionen Mark mußte die Stadt an Investitionen aufbringen. Sie amortisieren sich rechnerisch binnen sechs bis acht Jahren.

PETER GÖHRINGER


Versiegen die Ölquellen, könnten die Produktionsbänder für den Bau des Pöhlmann EL eingerichtet werden. Eine Ladung reicht für 160 Kilometer.

Der kleine Aktionsradius ist das größte Problem

Das Besondere an der silberfarbenen Golf-Flotte ist äußerlich nur durch den fehlenden Auspuff zu erkennen. Der Unterschied zu herkömmlichen Ausführungen des meistverkauften deutschen Automobils wird beim Tanken deutlich. Da rollen die Fahrzeuge nicht an die Zapfsäule, sondern an eine normale Steckdose mit 220 Volt/16 Ampere. Der VW-Konzern in Wolfsburg experimentiert laufend mit Prototypen der unterschiedlichsten Antriebsarten. Nicht der nächste oder übernächste Modellwechsel ist im Visier, sondern das Auto des Jahres 2000. Im VW-Werk ist man bei Forschungsprogrammen besonders aktiv, aber auch alle anderen Automobilunternehmen beschäftigen sich mit Alternativen von morgen.

Als bedeutendste Entwicklung für das Auto der Zukunft stellt sich heute das Elektro-Auto dar. Die zu kleinen Aktionsradien allerdings sind noch das größte Problem. Zwar laufen etlichen Busse, Transporter und Kleinwagen problemlos im Nahbereich für Firmen und Behörden, setzen Hotels und Verkehrsvereine diese Automobile in autofreien Kur- und Ferienzentren ein, doch bei der Kaufwahl des Normalverbrauchers gibt es zur Zeit noch keinen Erfolg, weil der Akku zu schnell leer ist. Die nötigen Batterien, die Kraft für einen genügend großen Aktionsradius liefern, sind im Konzept bereits fertig, aber noch nicht auf dem Markt.

Eine Entwicklung der mit Elektroantriebsversuchen beschäftigten Brown, Boveri & Cie AG (BBC), Mannheim, signalisiert allerdings baldigen Erfolg. Mit der Natrium-Schwefel-(NaS) Batterie anstelle der bisher landläufigen Blei-Säure-Batterie soll nach zehnjähriger Entwicklungsarbeit die entscheidende Hürde auf dem Weg zum leistungsfähigen Elektroauto genommen sein. Ein Golf wird damit ohne jede Nachladung mit Tempo 100 gut 250 Kilometer weit kommen und auf dieser Strecke nur acht Mark Stromkosten verursachen. Die Höchstgeschwindigkeit mit 130 km/h und akzeptable Beschleunigungswerte machen aus dem reinen Kurzstreckenfahrzeug ein Allround-Auto.

Die Entwicklungen laufen nicht nur in deutschen Firmen und Forschungsabteilungen. Ebenso intensiv werden in den Vereinigten Staaten und in Japan die Erprobungen der Antriebe und der Natrium-Schwefel-Batterien forciert. Erst im letzten Monat hat das Unternehmen Tokyo Electric Power Company zehn Millionen Dollar dafür bereitgestellt.

In Dänemark, dem Land ohne eigene Autoindustrie, werden zwei interessante Elektrofahrzeuge produktionsreif gemeldet. Es handelt sich um die Konstruktionen Miniel-Kabine und Whisper-Kleinwagen für den Stadt- und Kurzstreckenverkehr. Neben günstigen Kaufpreisen ist der umweltfreundliche Betrieb zum Pfennigtarif verlockend.

Der Kabinenroller Miniel von El-Trans wird von zwei Batterien angetrieben und hat eine Reichweite von 70 Kilometern. Eine Ladung an der Steckdose kostet 20 Pfennig. Der Preis soll bei 5000 Mark liegen. Wesentlich teurer und aufwendiger ist der ebenfalls serienreife Whisper. Der Zweisitzer, der seine Kraft aus zwölf Batterien holt, ist über 80 km/h schnell und rollt ohne Nachzuladen 110 Kilometer. Preis in Deutschland: 16 000 Mark.

Auch in den USA arbeiten Wissenschaftler und Ingenieure an neuen Aggregaten. Modell des „Giesel-Motors", einer kombinierten Gas/Diesel-Antriebsmaschine, die von der Firma Haeco Inc. in Cincinnati/Ohio entwickelt wurde.

Wenn die Ölquellen versiegen würden, könnten die Produktionsbänder sofort für den Bau des Pöhlmann EL eingerichtet werden. der Elektroingenieur aus Kulmbach hat einen besonders schnittigen, aerodynamischen Viersitzer mit Elektroantrieb bis zur Serienreife entwickelt. Das Auto hat chon die Crash-Tests bestanden und erreicht einen akzeptablen Radius von 160 Kilometern. Der Pöhlmann EL bezieht seine Kraft aus Nickel-Eisen-Batterien, die zwei Gleichstrommotoren von je 9,5 PS speisen. Das Elektromobil würde in Serie knapp 30 000 Mark kosten.

Andere Antriebsstoffe als das allzeit teure Benzin in Kfz-Motoren oder Strom aus der Steckdose zu verwenden, das reizt Tüftler in Hinterhof-Werkstätten ebenso wie die Techniker in den Entwickungs-Abteilungen der Automobil-Unternehmen und die Forscher-Teams der Universitäten. Dabei beschränkt sich das Suchen und Testen längst nicht nur auf die Zeiten von Ölkrisen und steigenden Preisen. Vor allem in den letzten fünf Jahren gab es weltweit eine lange Liste von Versuchserfolgen.

Einige Beispiele: Der amerikanische Wissenschaftler Elias Greenbaum erfand eine Methode, mit Hilfe von Chlorophyll (Blattgrün) aus Spinat auf dem Weg der Photosynthese Wassermoleküle in Sauerstoff und Wasserstoff zu spalten. Diese sogenannte Biophotolyse ist bisher allerdings nur im Labor getestet worden. Theoretisch wäre sie zur Wasserstoffgewinnung mit Sonnenenergie geeignet. Ein solcher „Spinatmotor", der diesen Wasserstoff nutzen kann, ist in der Entwicklung.

Bevor der Amerikaner Steve Nunnighoven seinen Kleinlaster anwirft, trifft er Vorbereitungen wie Fuhrunternehmer bei uns in der Nachkriegszeit: Er hackt Holz. Auf der Ladefläche seines Fahrzeuges steht ein gewaltiger „Holzkocher", der Buche und Eiche in Gas verwandelt, damit den wuchtigen Achtzylinder auf Touren bringt und die Brennräume befeuert. Der Automechaniker Nunnighoven bezeichnet sich als Pionier einer Unabhängigkeitsbewegung vom Öl. Ein neues, kleineres Fahrzeug mit dem gleichen Alternativ-System ist im Bau.

In mühevoller Kleinarbeit schuf der australische Abenteurer Hans Tholstrup mit dem Ingenieur Larry Perkins ein Solarauto. Das Fahrzeug, das wie eine abgedeckte Badewanne auf Rädern aussieht, ist bis zu 30 km/h schnell und unverwüstlich. Das acht Quadratmeter große Sonnenzellen-Dach speist zwei Zwölf-Volt-Batterien. Die beiden Freunde schafften mit dem Gefährt eine Australien-Reise von Küste zu Küste (4400 Kilometer) in 20 Tagen. Pausen gab's nur bei Gewitter.

Auf der Nürnberger Erfindermesse stellte ein Österreicher ein Druckluft-Auto aus. Die Antriebsenergie kam aus zwei 30-Liter-Druckluftflaschen, die über Regelventile einen Druckluft-Motor antreiben. Das Vehikel braucht weder Zündung noch Vergaser. Ein Aufsperrventil genügt, um das „Luftauto" in Bewegung zu setzen. Die Höchstgeschwindigkeit liegt bei 80 km/h.

Ein Frankfurter Erfinder bastelte ein VW-Dieseltriebwerk, ähnlich wie der rheinische Gastronom Banik, so um, daß es jetzt Sonnenblumenöl verträgt. Der 50jährige will seinen Sprit zukünftig auf einem riesigen ungenutzten Gartengrundstück anbauen.

Rudolf Diesel, der Vater des Selbstzünder-Motors, wäre nicht überrascht gewesen, wenn er damals von den heutigen Plänen gehört hätte, Autos mit dem Öl gepreßter Sonnenblumen zu betreiben. Schon 1911 stellte er fest, daß sein Aggregat auch mit Öl aus Biomasse betrieben werden kann. Öl aus Blumen, Erdnüssen oder anderen ölhaltigen Pflanzen bietet sich vor allem als Beimischung für Dieselmotoren an. In den 40er Jahren wurden in China industrielle Prozesse für solche alternative Automobilenergie entwickelt. Dabei muß man den Motor nur geringfügig umbauen, vor allem den Heizpunkt verändern.

Die technischen Fakultäten der Hochschulen haben bereits komplette Forschungs- und Zukunftsautos mit den unterschiedlichsten Antrieben konzipiert und gebaut. Speziell mit Energie-Alternativen beschäftigten sich die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Ein Bioreaktor der TH Aachen stellt beispielsweise Treibstoff für Autos aus Käsemolke, Stärkeabfällen und anderen billigen Rohstoffen her. Die schnelle Umwandlung in Äthanol besorgen Bakterien der Art Zymomonas Mobilis. Ähnliche Versuche führt auch der TÜV Rheinland durch, und der Bundeslandwirtschaftsminister unterstützt finanziell solche „Vorsorge-Strategie" vor dem Hintergrund der Energieverknappung.

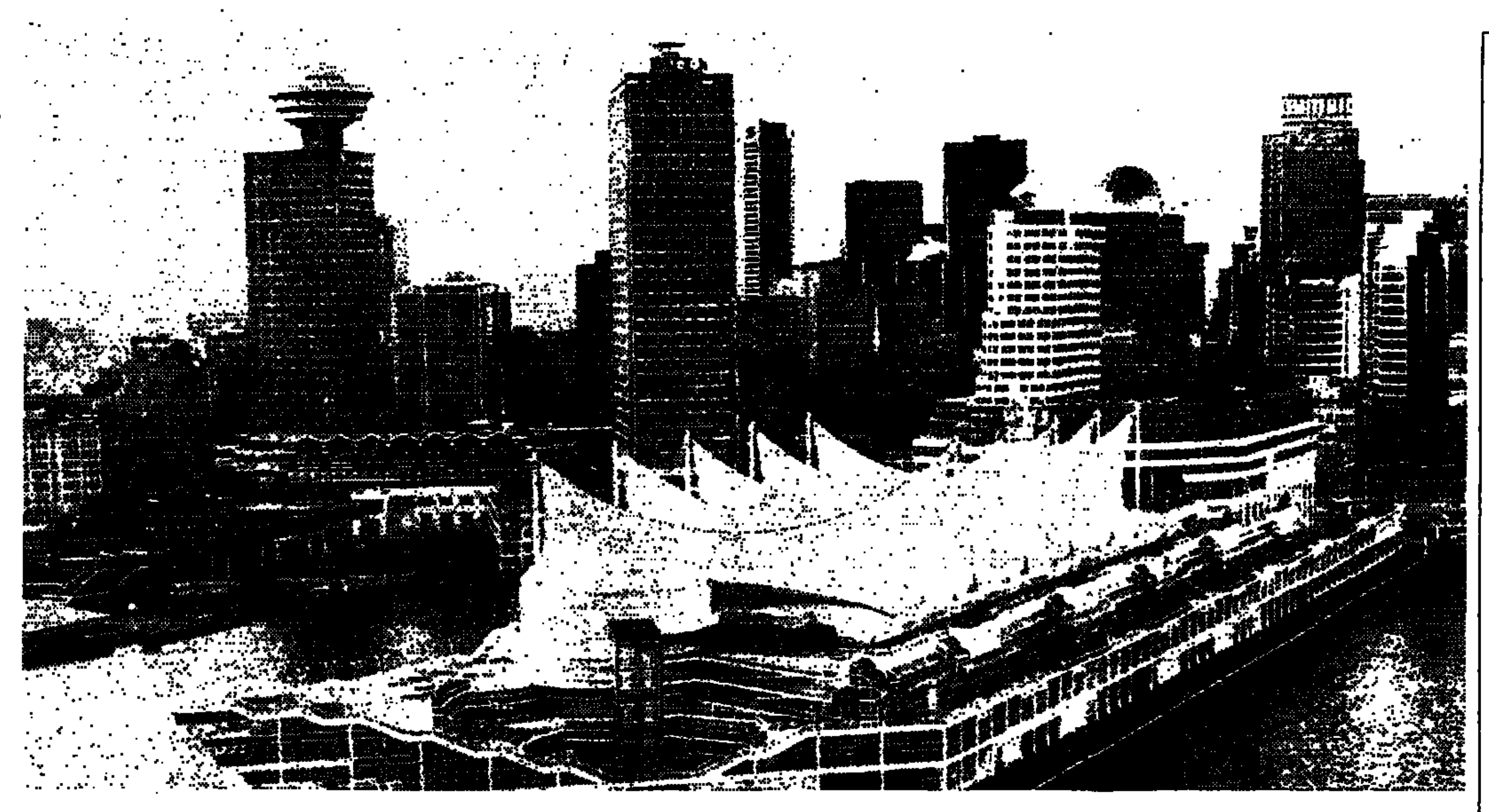
An vielen Orten wird mit diesem Geld geforscht. Unter anderem in Münster, Ochsenfurt und an der Ruhr-Universität. Berechnungen des Landwirtschaftsministeriums haben ergeben, daß etwa 400 000 Hektar (etwa drei Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Bundesrepublik) für die Erzeugung von Äthanol genutzt werden könnten, falls dieser Alternativ-Sprit zu jeweils fünf Prozent dem in Deutschland verwendeten Vergaserkraftstoff beigemischt würde.

Eine EG-Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß auf diese Weise spätestens im Jahre 2000 nahezu ein Zehntel des gesamten Energieverbrauchs in den Mitgliedsstaaten aus Biomasse gedeckt werden könnte, ohne daß die Nahrungsmittelproduktion dadurch gefährdet wäre.

HEINZ HORRMANN

Aluminium wird immer mehr zum bevorzugten Material der Architektur. Besonders augenscheinlich beweist dies die Expo '86 in Vancouver – im Zentrum des Fotos der kanadische Pavillon.

FOTO: ALLAN AERIAL PHOTOS LTD.



Wandert die stromintensive Industrie aus? Diese Frage drängt sich auf angesichts der Gefahr, daß die Kernkraftwirtschaft künftig nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Das Aus für die Kernkraft ist das Aus für viele Industrien, die auf preiswerten Strom angewiesen sind.

Teure Energie vertreibt die Industrie

In der Metallverarbeitung und in der Chemie bestimmt der Strompreis den Wettbewerb – Abwanderung droht als Konsequenz

Die Erfordernisse einer marktgerechten Energieversorgung des Industriebetriebes in unserer sozialen Marktwirtschaft sind vor allem an den Erfordernissen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit auszurichten, die wir in unserem Industriestaat brauchen, um allen Brot und Arbeit zu geben und damit den Lebensstandard zu erhalten.

Bei den Überlegungen zur Wettbewerbsfähigkeit eines Industriebetriebes sehen wir uns stets mit einer Reihe von Einflußgrößen konfrontiert, welche in ihrer Gesamtheit maßgeblich für die Leistungskraft des Unternehmens am Markt sind, beispielsweise die Qualifikation und die Kosten des Faktors Arbeit, die Vorteile aus Produktionsverbund und Kundennähe, die Wechselkursrelationen und – nicht zu vergessen – die Folgen der jeweiligen Ordnungspolitik und gegebenenfalls administrativer Eingriffe des Staates. Eine weitere Einflußgröße, die in den letzten Jahren ständig an Bedeutung zugenommen hat, stellt die Kostenbelastung durch den Produktionsfaktor Energie dar.

Die Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft hat in einer vor zwei Jahren veröffentlichten Studie für ausgewählte energieintensive Produkte der Grundstoffindustrie den Anteil der Energiekosten an den Fertigungskosten dargestellt. Es ergaben sich Energiekostenanteile von 30 bis 60 Prozent der Fertigungskosten. Die Angaben sind auch heute noch zutreffend.

Energiekosten haben vor allem für zentrale Produktionsprozesse des Grundstoffsektors eine entscheidende Bedeutung. Jede Energiekostensteigerung in diesem Bereich beeinträchtigt zunächst einmal merklich die Wettbewerbsfähigkeit des erzeugten Produktes. So ist die Überwälzung energierelevanter Kostensteigerungen über den Produktpreis an den Kunden im Markt im allgemeinen nur dann zu bewerkstelligen, wenn die Energiepreissteigerungen international einigermaßen gleichmäßig ausfallen.

In diesen Fällen können sie für einen dynamischen Unternehmer sogar neue Chancen eröffnen. Das ist dann der Fall, wenn dieser es versteht, Innovationsprozesse zu initiieren, durch welche die erforderlichen Energieaufwendungen verringert werden, ohne daß überproportionale Verteuerungen des Produktionsprozesses an anderer Stelle entstehen.

Je erfolgreicher ein Unternehmer dabei im Vergleich zu seinen Konkurrenten ist, desto besser werden seine Marktchancen ausfallen. Abgesehen hiervon ergeben sich durch international gleichmäßige Energiepreissteigerungen keine Wettbewerbsvor- oder -nachteile für die energienachfragenden Konkurrenten am Produktenmarkt.

Völlig anders stellt sich dagegen die Situation dar bei national einseitiger Erhöhung der Energiekosten, so wie wir es in unserem Lande vor allem in den letzten Jahren erlebt haben. Hierdurch werden stets bleibende Wettbewerbsverzerrungen hervorgerufen. Sie können dazu führen, daß im internationalen Maßstab technisch und wirtschaftlich sonst voll wettbewerbsfähige Produktionen in Schwierigkeiten geraten.

Die deutschen Industriestrompreise schneiden im internationalen Vergleich nicht gut ab. Die Strompreisdifferenzen im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarländern werden sich in nächster Zeit noch weiter zu unserem Nachteil vergrößern. Die Gründe dafür sowie die damit verbundenen volkswirtschaftlichen Gefahren wurden von der VIK in den letzten Jahren auch den Energiepolitikern in unserem Lande immer wieder eindringlich vor Augen geführt.

Da ist einmal die emotional bedingte Ablehnung der Kernenergie in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung zu nennen. Die Überwälzung der politischen Verantwortung von der Legislative auf die Judikative führt bei uns im Vergleich zu Frankreich zu Mehrkosten der Stromerzeugung in Höhe von mehreren Milliarden Mark pro Jahr.

Energiekostenanteil an den Fertigungskosten	(in Prozent)
Feinblech (Stahl)	34
Chlor, Natronlauge	58
Polyvinylchlorid	49
Propylenoxid	59
Polystryrol	43
Vinylacetat	55
Ferrochrom	59
Hüttenaluminium	53–58
Zement (bez. auf Umsatz)	40
Kalk (bez. auf Umsatz)	55

Zum anderen hat aber auch die deutsche Vorreiterrolle im Umweltschutz zu einer weiteren Verteuerung unserer Stromerzeugung geführt. Darüber hinaus sei auf die Praxis bei uns hingewiesen, insbesondere der elektrische Energieversorgung immer neue Lasten aufzubürden. Diese betragen heute mehrere Milliarden Mark pro Jahr. Ob das die Konzessionsabgaben oder die speziell an die Elektrizitätswirtschaft gestellten Forderungen nach überobligatorischer Erfüllung des Umweltschutzes oder aber die derzeit diskutierten Vorschläge zur Finanzierung eines Programms „Arbeit und Umwelt" sind, stets führen sie zu einer wettbewerbsschädigenden Verteuerung der Industriestrompreise.

Volkswirtschaftlich sinnvoll erscheint dagegen nur die solidarische Stützung des Steinkohlenbergbaus, zumal damit unsere langfristige Energieversorgung abgesichert wird. Wenngleich ferner im internationalen Vergleich die deutschen Haushaltsstrompreise – aufgrund der von den Ländern ausgeübten Preisaufsicht – niedriger liegen als in den meisten unserer europäischen Nachbarländer, so weiß der Fachmann, daß dies ebenfalls letztlich zu Lasten der deutschen Industriestrompreise geht.

Die Konsequenzen dieser aufgezeigten negativen Einflüsse auf die Kostenentwicklung bei der industriellen Stromversorgung würden sich für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie noch wesentlich negativer als zur Zeit auswirken, wenn sie nicht in der Vergangenheit durch zwei gegenläufige Entwicklungen abgemildert worden wären:

1. So besitzen wir erstens in unserem Lande eine im internationalen Vergleich hoch leistungsfähige Elektrizitätsversorgungswirtschaft, die
   - effizienzorientiert arbeitet,
   - unübertroffen in der technischen Sicherheit und Funktionstüchtigkeit der Anlagen ist,
   - Größendegressionen optimal genutzt hat,
   - den spezifischen Brennstoffverbrauch durch neueste Technik bis an die Grenzen des jeweils Möglichen reduziert,
   - Kostensenkungsmöglichkeiten durch Verbundbetrieb weitgehend ausschöpft und
   - bei der Substitution von krisenanfälligen Importenergien bewiesen hat, daß sie Marktsignale adäquat umzusetzen vermag.
2. So sind wir aber auch „Weltmeister" in der rationellen Energieverwendung und Energieeinsparung in der Industrie. Von 1960 bis 1973 konnte der spezifische Brennstoffverbrauch über alle Branchen hinweg um rund ein Drittel und von 1973 bis 1983 um nochmals ein Drittel gesenkt werden. Hierzu einige Beispiele:

Die eisenschaffende Industrie, die in der Bundesrepublik den größten Gesamtenergieverbrauch in der Industrie aufweist, senkte von 1973 bis 1984 ihre spezifischen Energieverbräuche um rund 30 Prozent, das sind knapp vier Prozent jährlich. Der bei uns zweitgrößte Energieverbraucher, die chemische Industrie, steht diesem Ergebnis nicht nach.

Für die energieintensiven Branchen des Verarbeitenden Gewerbes (Steine/Erden, eisenschaffende, NE-Metall- und chemische Industrie) hat das Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung in einer kürzlich vorgelegten Studie den Einfluß des Technikeffektes auf die Veränderung des Strom- und Brennstoffverbrauches untersucht. Dabei stellte sich heraus, daß von 1975 bis 1983 der Stromverbrauch durch technische Maßnahmen jährlich um knapp ein Prozent gesenkt werden konnte; beim Brennstoffverbrauch lagen die technisch bedingten Einsparungen bei etwa zwei Prozent.

So hat die deutsche Industrie sowohl auf der Erzeuger- als auch auf der Verbraucherseite auf die Energiepreissteigerungen – und damit auch soweit möglich auf die hausgemachten Verteuerungen im Elektrizitätsmarkt – betriebswirtschaftlich optimal reagiert. Durch erhöhten Kapitaleinsatz wurde Energie in erheblichem Maß substituiert und damit letztlich eingespart. Allerdings wurden mit den Sparerfolgen der Vergangenheit die Grenzen des derzeit technisch und wirtschaftlich Machbaren weitgehend ausgeschöpft. HANS GRAF

Ausblick nach gestern

Wer erinnert sich nicht an ihn, an Professor Leo Brandt, „Staatssekretär und Leiter des Landesamtes für Forschung bei dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen".

So lautete der Titel des Mannes, über den im Juni 1970, vor nur 16 Jahren also, das Buch „Nordrhein-Westfalen auf dem Weg in das Jahr 2000" (Herausgeber: Ernst Schmacke) schrieb, daß er der Motor des Landes Montan sei.

Und Leo Brandt schrieb in diesem Buch über die Zukunft der Forschung an Rhein und Ruhr, daß Forschung anpacken bedeute, in Kombination von Hochschule und Industrie. Seine Leistungen sind legendär. Doch seine Animation, wie er sie so fruchtbar für das ganze Land erbrachte, ist scheinbar nicht mehr gefragt.

Wohin Leo Brandt dieses Land Montan noch vor 16 Jahren gehen sah, das schrieb er im Buch von Ernst Schmacke zur Atomforschung und zur Steinkohle:

Im Dezember 1956 beschloß der Landtag von Nordrhein-Westfalen einstimmig, eine große Kernforschungsanlage zu errichten, die alle Gebiete der Atomwissenschaft umfassen sollte, also die großen Sektoren Lebenswissenschaften in Verbindung mit der Kernwissenschaft, Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Physik und Chemie, Plasmaphysik und Kernenergietechnik.

Jülich war niemals Stiefkind, wie der deutsche Forschungsdienst 1970 schrieb, es gehörte zu den liebsten Kindern des Landes, das 835 Mill. DM dafür aufgebracht hat. Aus Anerkennung für die neuartigen Vorschläge gaben die jeweiligen Bundesminister für verschiedene Institute – freiwillig, nicht als Almosen – insgesamt etwa 450 Mill. DM dazu.

Die Planung der heute fertiggestellten Kernforschungsanlage war bereits in ihrer Geburtsstunde genauso angelegt, wie sie heute verwirklicht worden ist, nur die Plutonium- und die daran anschließende Schnellbrüterentwicklung wurde in einer kurzen Schwächeperiode nach Karlsruhe abgegeben.

Jülich hat interessante Erfolge auf allen Gebieten zu verzeichnen. Erwähnt sei nur, daß in 40 oder 50 Jahren Atomkraftwerke auf der Grundlage der Wasserstofffusion technisch reif sein werden, wobei man aus einem Liter Wasser soviel Energie entnehmen kann wie aus dreihundert Litern Benzin.

Bereits fertig ist eine der modernsten, vielleicht die modernste und zukunftsweisendste Atomkraftwerkentwicklung der Welt, der Hochtemperaturreaktor nach Schulten. Bisher war es so, daß alle in der Welt errichteten Atomkraftwerke nur etwas mehr als die halbe in Kohlekraftwerken übliche Dampftemperatur liefern können; infolgedessen müssen Turbinen benutzt werden, die technisch längst überholt sind.

Der Generaldirektor der Düsseldorfer Stadtwerke, Engel, und sein Mitarbeiter, Direktor Cautius, waren mit 15 Städten von Rhein und Ruhr vor 13 Jahren über eines einig: Ein Atomkraftwerk muß dieselbe Dampftemperatur entwickeln, wie sie in jedem städtischen oder anderen Elektrizitätskraftwerk durch Kohle erzeugt wird.

Diese selbstverständliche Forderung wollte der junge Physiker Schulten mit drei kombinierten technischen Lösungen erfüllen, Helium als Wärmetransportmittel, 750° C heiß, als Brennstoff Thorium oder auch angereichertes Uran, als Moderator Graphit in Form von Kugeln.

Es gelang, die Vereinigten Elektrizitätswerke (VEW) in Dortmund zu gewinnen, mit den Städten einen 300-MW-Reaktor nach Schulten zu bestellen. Der Bund stellte die notwendigen Unterstützungsmittel für das Projekt, das erste seiner Art, zur Verfügung, das in Schmehausen bei Unna entsteht. Am Ort ist Platz für zwei oder drei weitere Kraftwerke bis zu je 1000 MW.

Diese bisherigen Erfolge sind aber nur ein Anfang. Das Helium kann heißer werden, 950° C sind schon erreicht, das Ziel sind 1200° C, 1400° C. Das nächste technische Ziel ist, heißes Helium direkt in eine Gasturbine zu leiten, ohne vorher Dampf zu erzeugen. Dann kommt aus dem Betonblock, der den Reaktor und die Turbinen enthält, nur noch eine Welle, die 600 MW mechanisch überträgt und an die der elektrische Generator angeflanscht wird.

Kein Reaktortyp mit einem anderen Wärmetransportmittel als Helium kann das erreichen. Ein Reaktor, der mit flüssigem Natrium arbeitet, kann höhere Temperaturen als 600 bis 700° C nicht erreichen.

Was macht man mit den großen Mengen heißen Heliums über 700° C? Noch niemals in der bisherigen Technik der Wärmemaschinen ist Wärme billig oberhalb der für die Maschine notwendigen Temperatur angefallen.

Sofort denkt man an die Möglichkeit der Vergasung von Steinkohle und Braunkohle, die bisher unter Benutzung dieser fossilen Brennstoffe selbst als Wärmemittel des Vergasungsprozesses zu teuer war.

Der Vorsitzende des Vorstandes der Ruhrkohle AG, Dr. Kuhnke, erklärte im Januar 1970, daß für die spätere Zeit die Zukunft der Kohle ausschließlich in ihrer Veredelung, in der Umwandlung zu flüssigen, gasförmigen Brennstoffen mit Hilfe der Kernenergie liegt.

Die Bergbauforschung GmbH arbeitet intensiv vertragsmäßig mit der Kernforschungsanlage Jülich zusammen. Die Vorkommen von Braunkohle, die noch für etwa 100 Jahre reichen, können auf diese Weise ebenfalls genutzt werden. Steinkohle und Braunkohle waren die bisher schicksalsbestimmenden Rohstoffe unseres Landes. Es zeichnet sich die Hoffnung ab, ihre Bedeutung auf lange Zeit zu sichern.

Jede zweite Wohnung wird mit Öl beheizt

Moderne Anlagen um mehr als 30 Prozent günstiger

Rund 49 Prozent aller Wohnungen werden heute mit leichtem Heizöl beheizt. 1975 waren es 52 Prozent.

Der deutsche Wärmemarkt ist nach wie vor ein Ölmarkt. Künftig wird jedoch ein stagnierender und möglicherweise längerfristig schrumpfender Absatz erwartet. Die Gründe für diese Entwicklung liegen in der Sättigung des Wohnungsneubaus und in den modernen Energiespartechniken, die den Brennstoffbedarf moderner Ölheizungen gegenüber Altanlagen um über 30 Prozent reduzieren können.

Gerade hierin liegt die besondere Chance dieses Systems: Die Modernisierung einer Ölheizung kann das gleiche Energiesparpotential erschließen wie die Umstellung auf einen anderen Energieträger. Die Modernisierung eines bestehenden Systems ist jedoch bezogen auf das eingesetzte Kapital und im Hinblick auf die entsprechenden Brennstoffpreise die wirtschaftlichere Alternative.

Der internationale Ölpreisverfall und seine Folgen haben seit Jahresbeginn 1986 zu einem Popularitätsschub für das Heizöl geführt, den Wettbewerber, insbesondere kommunale Versorgungsunternehmen, auch durch anteilig vorgezogene Preissenkungen nicht bremsen konnten. In diesem Zusammenhang gelangen die Vorteile der Ölheizung wieder verstärkt in die Diskussion und damit in das Bewußtsein der Verbraucher.

Vergleichsrechnungen zum Vorjahr ergeben Heizkostenersparnisse für Ölheizungen von über 1000 Mark durch den günstigen Brennstoffeinkauf. Möglich wird dieser Vorteil durch die Freiheit des Verbrauchers, Zeitpunkt und Liefermenge beim Heizölkauf selbst zu bestimmen. Dazu ist der eigene Tankraum eine Voraussetzung.

Die Vorratshaltung bietet aber noch einen besonderen Vorteil: Bei einem derzeitig durchschnittlichen Ölverbrauch von rund 26 Litern (1973: 40 Liter) je Quadratmeter Wohnfläche reicht die Tankkapazität des Endverbrauchers im Durchschnitt für weit über ein Jahr. Die Preissprünge, die durch den internationalen Rohölmarkt und die Wechselkursschwankungen entstehen und die von anderen Energieanbietern vielfach als Nachteil herausgestellt werden, können durch das Verbraucherverhalten beeinflußt werden.

Die Wirtschaftlichkeit moderner Ölheizungen kann sich nicht nur durch den günstigen Energiepreis des Brennstoffs, sondern auch durch den hohen Wirkungsgrad der Energiefreisetzung mit anderen Heizsystemen messen.

Die moderne Niedertemperaturtechnik mit den entsprechenden elektronischen Regeleinrichtungen sichert sowohl einen besonderen Heizkomfort als auch einen hohen Wirkungsgrad. Für die Bewertung moderner Heizsysteme hat sich inzwischen der sogenannte Jahresnutzungsgrad eingeführt, der angibt, welche Brennstoffmenge, bezogen auf den Jahresverbrauch, in Wärme umgesetzt wird. Moderne Ölheizungssysteme liegen inzwischen bei etwa 90 Prozent, Altanlagen bei durchschnittlich etwa 60 Prozent.

Bisher konnte sich der Gesetzgeber noch nicht entschließen, den Jahresnutzungsgrad zur Grundlage der Energieeinspargesetzgebung zu machen, da der meßtechnische Aufwand höher ist und Investitionen für Betriebsstundenzähler erforderlich wären.

Der sogenannte feuerungstechnische Wirkungsgrad gibt aber nur ein unvollkommenes Bild über die Energieumsetzung eines Heizsystems, da nur der augenblickliche Zustand bewertet wird, der mit einer Momentaufnahme der Fotografie zu vergleichen ist. Er sagt in keiner Weise etwas über das realisierbare Energiesparpotential bei einer entsprechenden Modernisierung aus, deshalb sollte stets der Jahresnutzungsgrad, der von jedem einschlägigen Fachmann ermittelt werden kann, herangezogen werden.

W. B./K. H. O.

Brennelement-lagergebäude | Reaktor-nebengebäude | Reaktor-gebäude | Zwischen-gebäude | Maschinenhaus | Industriedampf-gebäude

Schnitt durch die Gesamtanlage mit dem zentralen Reaktorgebäude, in dem der kompakte Primärteil als Einbehälterbauweise angeordnet ist. Für die kleineren Abmessungen des HTR 100 ist ein Stahldruckbehälter vorgesehen. Weitere Merkmale des Konzeptes sind der Kugelbettreaktor mit Aufwärtsströmung der Kühlgase.

Wann kommt der Reaktor für jede Gemeinde?

Das Modulkraftwerk paßt sich dem jeweiligen regionalen Bedarf an – Die Leistungsgröße von 550 Megawatt zeigt den Trend zu kleineren Einheiten

Als maßgeschneiderten Energiespender für Industriebetriebe und kommunale Energieversorgungsunternehmen planen die Brown, Boveri & Cie AG (BBC) und deren Beteiligungsgesellschaft Hochtemperatur-Reaktorbau GmbH (HRB) eine Variante des Hochtemperaturreaktors mit 100 Megawatt (MW) elektrischer Leistung.

Seit 30 Jahren werden in der Bundesrepublik Deutschland Hochtemperaturreaktoren nach dem Kugelbettprinzip entwickelt. Referenzanlagen sind der 15-MWe-AVR in Jülich, der mit hoher Verfügbarkeit seit 19 Jahren ein überaus zufriedenstellendes Betriebsverhalten demonstriert, und der 300-MWe-THTR in Schmehausen, der sich zur Zeit im Leistungsbetrieb befindet und 80 Prozent seiner Nennlast inzwischen erreicht hat.

Geringeres Wachstum des Strombedarfs

Beide Anlagen sind von BBC/HRB geplant, gebaut und in Betrieb genommen worden.

Als nächster Schritt der Markteinführung in der Bundesrepublik Deutschland wird eine 550-MW-Anlage, der HTR 500, für Stromerzeugung und mögliche Prozeßdampf- und Fernwärmeauskopplung angestrebt. Die Leistungsgröße von 550 MW trägt dabei dem veränderten Bedarf des Kernkraftwerkmarktes Rechnung, der aus Gründen der Netzgröße, des Finanzierungsumfanges und des geringeren Wachstums des Strombedarfs international einen Trend zu kleineren Leistungseinheiten im Bereich 400 bis 600 MW zeigt.

Für spezielle Anwendungen in der Industrie (Dampf und Strom als Koppelprodukt) und bei speziellen Aufstellungsbedingungen (industrienah) kann der 100-MW-HTR als Doppelanlage von 200 MW konkurrenzfähig zu konventionellen Erzeugungsanlagen gleicher Größe errichtet werden ohne das Problem der Schadstoffemission. An diesem Kraftwerkskonzept wird seit sechs Jahren intensiv gearbeitet.

BBC/HRB haben den HTR 100 auf der Basis des bewährten AVR-Prinzips unter Nutzung der THTR-Technik für die Komponenten und Systeme konzipiert. Dabei wurde besonderer Wert darauf gelegt, die Anlage möglichst vollständig vorfertigen und vormontieren zu können. Bild 1 zeigt einen Schnitt durch die Gesamtanlage mit dem zentralen Reaktorgebäude, in dem der kompakte Primärteil als Einbehälterbauweise angeordnet ist. Für die kleineren Abmessungen des HTR 100 wird ein Stahldruckbehälter vorgesehen.

Weitere Merkmale des Konzeptes sind der Kugelbettreaktor mit Aufwärtsströmung des Kühlgases zu dem oberhalb des Kerns angeordneten Dampferzeuger sowie Regelung und Abschaltung durch Reflektorstäbe.

Der Reaktorkern ist eine zylindrische Kugelschüttung mit einem Durchmesser von etwa 3,5 Meter und acht Meter mittlerer Höhe (Bild 2). Er ist in einen Graphitreflektor eingebettet und wird mit kugelförmigen Brennelementen beschickt, wie sie bereits im AVR getestet wurden. Sie werden über fünf Zugaberohre im Deckenreflektor in den Kern eingebracht und über vier Kugelabzugsrohre unten in der Tragstruktur entnommen.

Die kontinuierliche Umwälzung gewährleistet einen hohen und gleichmäßigen Abbrand. Zur Regelung und Schnellabschaltung des Reaktors sind Absorberstäbe vorgesehen, die in senkrechten Bohrungen des Seitenreflektors verfahren werden. Bei Anforderung fallen die Absorberstäbe unter Schwerkraft in den Seitenreflektor ein. Die Ausführung der Absorberstäbe entspricht derjenigen des THTR.

Für die Langzeitabschaltung ist ein zweites Abschaltsystem vorgesehen. Hierbei fallen auf Anforderung kleine Absorberkugeln aus vier Vorratsbehältern durch Schwerkraft in Hohlräume von vier Graphitnasen, die in den Reaktorkern hineinragen.

Der Reaktorkern wird bei einem Druck von 70 bar vom Kühlgas Helium aufwärts durchströmt. Am Dampferzeugereintritt erreicht das Kühlgas eine Temperatur von 700 Grad Celsius. Nach Durchströmung des Dampferzeugers von unten nach oben wird die Wärme des Kühlgases an das Speisewasser abgegeben und eine thermische Leistung von 260 MW übertragen. Dabei wird Frischdampf von 530 Grad Celsius bei 180 bar erzeugt.

Hochtemperaturreaktoren haben ein hohes Sicherheitspotential mit folgenden wesentlich inhärenten Sicherheitseigenschaften, das heißt Eigenschaften, die im technisch-physikalischen Prinzip dieses Reaktortyps begründet sind:

- Temperatur-Unempfindlichkeit gegenüber Kühlungsausfällen.
- Hohe Temperaturbeständigkeit der keramischen Brennelemente und Kernstrukturmaterialien. Die Brennstoffpartikel weisen bis zu Temperaturen von etwa 2000 Grad Celsius vernachlässigbare Versagensraten auf. Graphit ist bis weit über 3000 Grad Celsius erhitzbar, ehe er seine Konsistenz verliert, das heißt, Kernschmelzen ist beim Hochtemperaturreaktor nicht möglich.
- Gasförmiges Kühlmittel, das heißt, kein totaler Kühlmittelverlust möglich.

Die Systeme bewältigen riesige Wassermengen

Beim HTR-100-Industriereaktor wird nun weiterhin durch ein ausgewogenes Sicherheitskonzept sichergestellt, daß der Reaktor jederzeit sicher abgeschaltet werden kann, die anfallende Wärmemenge in dem erforderlichen Umfang abgeführt und radioaktives Material sicher eingeschlossen wird.

Durch den negativen Temperaturkoeffizienten bricht bei jeder Temperaturerhöhung die nukleare Kettenreaktion noch deutlich unterhalb der Auslegungstemperatur der Brennelemente ohne weitere Maßnahmen zusammen.

Die Abschaltstäbe zur Schnellabschaltung und die für einen langfristigen kalten unterkritischen Zustand erforderlichen Absorberkugeln fallen darüber hinaus allein durch Schwerkraft in ihre Abschaltposition ein.

Dampferzeugerleckagen werden über Feuchte und Primärgasdruck frühzeitig erkannt, die Schnellabschaltung wird ausgelöst und der Wasserdampfkreislauf abgesperrt. Zur Nachwärmeabfuhr ist er nicht erforderlich. Die Abschaltsysteme sind zur Abdeckung unbegrenzter Wassermengen ausgelegt. Explosive Gasgemische können ebenfalls nicht auftreten; dies schließt die Vermischung mit dem Helium aus.

Nach einer Reaktorabschaltung muß die im Reaktorkern erzeugte Nachwärme abgeführt werden. Dies erfolgt normalerweise über Wasserdampfkreisläufe. Da durch eine ungenügende Nachwärmeabfuhr stets auch der Einschluß der radioaktiven Spaltprodukte gefährdet wird, ist es das Konzept des HTR 100, die Nachwärmeabfuhr unfallsicher und unabhängig von jeder Fremdenergie zu gewährleisten.

Bei Ausfall der Wasserdampfkreisläufe kann die Nachwärme durch Wärmeleitung und Wärmestrahlung über die Behälterwand zu einem auf dem biologischen Schild befindlichen Betonkühlsystem transportiert werden, das mit Hilfe von Naturkonvektion ohne Fremdenergie arbeitet. Erst nach zwei Tagen muß der verdunstete Wasservorrat neu aufgefüllt werden. Zur Funktionsfähigkeit dieses Systems ist keine Schaltmaßnahme erforderlich.

Die maximale Brennelementtemperatur bleibt auch dann in diesen Fällen unterhalb von 1700 Grad Celsius, wenn der Reaktor seinen Betriebsdruck verloren hat und damit der Wärmetransport zur Behälterwand deutlich verringert ist.

Gebläse
Speisewasserleitung
Dampferzeuger
KLAK-Zugabebehälter
Abschaltstab
Deckenreflektor
Seitenreflektor
Reaktordruckbehälter
therm. Seitenschild
therm. Bodenschild
Tragstern
Brennelementabzugseinrichtung

Blick in den Reaktorkern

Die Brennelementtemperatur bleibt damit deutlich niedriger als 1800 Grad Celsius, wo eine nennenswerte Spaltproduktfreisetzung beginnt. Selbst bei Ausfall des Betonkühlsystems wird die maximale Brennelementtemperatur von 1680 Grad Celsius nicht überschritten.

Das Reaktorgebäude außerhalb des biologischen Schildes ist also jederzeit ohne erhöhte Strahlenbelastung gefahrlos begehbar.

Durch den Einsatz der kugelförmigen graphitischen Brennelemente mit 0,5 Millimeter großen, gasdicht und druckfest umschichteten Brennstoffteilchen wird erreicht, daß bei allen denkbaren, physikalisch möglichen Ereignisabläufen die Schädigungsgrenzen der Umschichtungen nicht überschritten werden.

Konsortium für die gemeinsame Entwicklung

Der wesentliche Aktivitätseinschluß bleibt beim HTR 100 stets erhalten.

Der HTR-100-Industriereaktor bietet bedarfsgerecht Strom und Wärme in Kraftwärmekopplung für folgende Bereiche an:

- in der kommunalen Energieversorgung zur Bereitstellung von Strom und Fernwärme;
- in der Industrie für die verschiedensten Bedarfsfälle, in denen Strom und Prozeßdampf gleichzeitig benötigt werden, und
- in besonderen Anwendungsfällen mit reinem Wärmebedarf.

Langfristige Entwicklungsziele sind die direkte Anwendung der hohen Gastemperatur in Kohleveredelungskomplexen.

Für den HTR 100 ist von den Firmen Brown, Boveri & Cie AG, Hochtemperatur-Reaktorbau GmbH, Deutsche Babcock Maschinenbau AG, Mannesmann Anlagenbau AG, Strabag Bau AG, Innotec-Gesellschaft für Spitzentechnologie und Technologietransfer mbH & Co. Energietechnik KG ein Industriekonsortium HTR 100 gegründet worden mit dem Ziel, eine mit konventionellen Anlagen wettbewerbsfähige Anlage im Detail durch Vereinfachung, Standardisierung, Serienfertigung, Werkstattfertigung, Entwicklung eines Transport- und Montagesystems für vorgefertigte Anlagenteile auszuarbeiten.

H. M.